

ifb-Familienreport Bayern 2009: Schwerpunkt: Familie in Europa

Mühling, Tanja (Ed.); Rost, Harald (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mühling, T., & Rost, H. (Hrsg.). (2009). *ifb-Familienreport Bayern 2009: Schwerpunkt: Familie in Europa* (ifb-Materialien, 6-2009). Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46848-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



GENERATION
Familie
IN BAYERN

ifb-FAMILIENREPORT BAYERN 2009

SCHWERPUNKT: FAMILIE IN EUROPA

Tanja Mühling · Harald Rost





ifb-FAMILIENREPORT
BAYERN 2009

Schwerpunkt: Familie in Europa

TANJA MÜHLING UND HARALD ROST (Hrsg.)



Europa rückt enger zusammen. Für die Familienpolitik eröffnen sich Möglichkeiten, nationale Entwicklungen und Handlungsansätze in einen größeren Zusammenhang zu stellen.

Der *ifb*-Familienreport 2009 hilft, diese Diskussionen auf eine seriöse Basis zu stellen. Wir erkennen die mitunter verblüffende Parallelität zahlreicher Entwicklungslinien in Europa. Der Bericht zeigt aber auch die Unterschiede auf und bleibt dabei nicht stehen: Erst über die Analyse der Unterschiede zeigt sich, wie sehr unterschiedliche Entwicklungen auf unterschiedlichen Einstellungen und Strukturen beruhen.

Kaum eine aktuelle familienpolitische Diskussion, in der nicht auf „nachahmenswerte“, „vorbildliche“ oder „kopierfähige“ Ansätze anderer Länder der EU verwiesen wird. Der *ifb*-Familienreport leistet einen wertvollen Beitrag zur Frage der Übertragbarkeit von familienpolitischen Ansätzen. Europa kann nur dann voneinander lernen, wenn wir Gemeinsamkeiten entdecken und Unterschiede begreifen. Dafür ist dieser Report eine Fundgrube.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des *ifb*, die mitgeholfen haben, diesen Bericht zu erstellen und wünsche dem *ifb*-Familienreport viele interessierte Leserinnen und Leser.

A handwritten signature in blue ink, reading 'Christine Haderthauer'.

Christine Haderthauer

Bayerische Staatsministerin
für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

FAMILIENREPORT 2009

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	3
EINLEITUNG	6
1. FAMILIENHAUSHALTE IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH (HARALD ROST)	9
1.1 Familienhaushalte	10
1.2 Eheschließung und Ehescheidung	13
1.3 Generatives Verhalten	21
1.4 Erwerbsbeteiligung	28
Literatur	32
2. FAMILIENPOLITIK IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH (TANJA MÜHLING)	33
2.1 Familienpolitik in Europa: Institutionelle Rahmenbedingungen von Elternschaft in den Mitgliedsstaaten der EU im Überblick	34
2.2 Freistellungsmaßnahmen und die damit verbundenen Lohnfortzahlungen im europäischen Vergleich	41
2.3 Angebote der institutionellen Kinderbetreuung im europäischen Vergleich	46
2.4 Finanzielle Transfers für Familien im europäischen Vergleich	51
2.5 Zentrale Aspekte der Besteuerung von Familien im europäischen Vergleich	55
2.6 Zusammenfassung und Ausblick	60
Literatur	62
3. VOM ERNÄHRER- ZUM ZWEIVERDIENERMODELL – BESTANDSAUFNAHME UND INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN (DIRK HOFÄCKER)	65
3.1 Einleitung: Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell?	65
3.2 Institutionelle Rahmenbedingungen familialer Erwerbstätigkeit – ein europäischer Überblick	68
3.2.1 Familienpolitische Maßnahmen	68
3.2.2 Betriebliche Unterstützungsleistungen	69
3.2.3 Zugang zum Arbeitsmarkt	71
3.2.4 Synthese: nationale Rahmenbedingungen für das Zweiverdienermodell	73
3.3 Entwicklung der Erwerbsmuster von Männern und Frauen in Europa	75
3.3.1 Das Ernährermodell auf dem Rückzug – Erwerbsquoten im europäischen Vergleich	76
3.3.2 Zuverdiener oder Zweitverdiener? Arbeitszeitmuster von Männern und Frauen im europäischen Vergleich	84
3.4 Ausblick	93
Literatur	95

4. SOZIOÖKONOMISCHE SITUATION VON FAMILIEN IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH (MARCO HÄRPFER)	99
4.1 Einkommenshöhe und relative Einkommensarmut	100
4.2 Einkommensstruktur	107
4.3 Wohnverhältnisse und finanzielle Situation	112
4.4 Fazit	119
Literatur	120
5. ROLLENBILDER UND ARBEITSTEILUNG IN DEN LÄNDERN DER EU (LOREEN BEIER, MARINA RUPP)	121
5.1 Die Entwicklung von Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern in der EU	122
5.2 Die aktuelle Situation: Einstellungen und Rollenbilder	126
5.3 Aufgabenteilung im Haushalt	131
5.4 Zusammenspiel von Rollenbildern und Arbeitsteilung im Haushalt	138
Literatur	141
6. INTERGENERATIONALE AUSTAUSCHBEZIEHUNGEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH (CHRISTOPHER SCHMIDT, MARCEL RAAB, MICHAEL RULAND)	143
6.1 Demografische und sozialpolitische Entwicklungen	143
6.2 Sozialstaat und intergenerationale Solidarität	146
6.2.1 Leistungen an Ältere	148
6.2.2 Unterstützung durch Ältere	152
6.3 Individuelle Einstellungen zur intergenerationalen Unterstützung	157
6.4 Gegenüberstellung von erhaltenen und gewährten Leistungen	160
Literatur	164
ZUSAMMENFASSUNG AUSGEWÄHLTER ERGEBNISSE	167
ANHANG	179
VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN	207
VERZEICHNIS DER TABELLEN	209

EINLEITUNG

Zu den zentralen Aufgaben des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg zählt die Dokumentation und Aufbereitung von Informationen über die Situation von Familien in Bayern. In diesem Zusammenhang erscheint seit 2000 im Dreijahresabstand der „*ifb*-Familienreport Bayern“, dessen vierte Ausgabe nun vorliegt. Zielsetzung dieser Berichte ist es, eine fundierte Informationsgrundlage für eine familienpolitisch interessierte Leserschaft zu schaffen. Ergänzend werden aktuelle Daten und Zeitreihen in Form von Tabellenbänden aufbereitet, die der Öffentlichkeit auf der Homepage des Instituts zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Der *ifb*-Familienreport Bayern beinhaltet eine ausführliche Darstellung der zentralen Daten über die aktuelle Situation der bayerischen Familienhaushalte sowie umfangreiche Beschreibungen längerfristiger Entwicklungen und kurzfristiger Trends anhand von Zeitreihen. Auf diese Weise können die Relevanz verschiedener Familienformen sowie Veränderungen im familienbezogenen Verhalten wie Eheschließungen, Geburten, Scheidungen oder Wiederverheiratungen bewertet werden. Ergänzt wird die Darstellung der allgemeinen Lage der Familien in Bayern in jedem *ifb*-Familienreport durch ein Schwerpunktthema, das vertieft analysiert wird. Der nun vorliegende *ifb*-Familienreport 2009 befasst sich mit der „Familie in Europa“.

Die Datendokumentation der *ifb*-Familienreporte basiert auf der kontinuierlichen Sichtung und Auswertung verschiedener Veröffentlichungen der amtlichen Statistik sowie eigener Analysen. Für das Schwerpunktthema dieses Reports wurden neben dem Mikrozensus auch die Arbeitskräfteerhebung der EU 2007, die EU-Silc-Daten 2007, der Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) 2004, das ISSP 1994 und 2002, der Generations and Gender Survey, Eurobarometer-Erhebungen und andere komparative Studien ausgewertet. Darüber hinaus wurden online verfügbare Datenbanken der OECD und der Europäischen Kommission als Informationsquellen für den vorliegenden Report genutzt. Soweit dies mit den genannten Datensätzen möglich ist, werden zusätzlich zur Differenzierung nach europäischen Ländern auch die Daten für Bayern jeweils gesondert ausgewiesen, so dass eine Einordnung der Situation der bayerischen Familien im internationalen Kontext vorgenommen werden kann.

In Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen beleuchtet der *ifb*-Familienreport 2009 die Situation von Familien in Europa in sechs verschiedenen inhaltlichen Bereichen:

1. Familienhaushalte im europäischen Vergleich (Harald Rost)

Das einführende Kapitel informiert über die Zahl und Strukturen der Familie in Bayern, Deutschland und den EU-Ländern und über die Entwicklung familienrelevanter Parameter wie Eheschließungen, Scheidungen und Geburtenraten im Zeitverlauf. Harald Rost geht in Kapitel 1 des Weiteren auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern ein. Zielsetzung des Kapitels ist es, anhand von Daten der amtlichen Statistik Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede der Familienhaushalte innerhalb der EU-Länder aufzuzeigen. Dabei wird sowohl die aktuelle Situation als auch die Entwicklung in der Vergangenheit dargelegt. Neben den Informationen auf nationaler Ebene werden stets auch die bayerischen Daten diskutiert.

2. Familienpolitik im europäischen Vergleich (Tanja Mühling)

Das zweite Kapitel widmet sich den institutionellen Rahmenbedingungen von Familien in den EU-Mitgliedsstaaten. Hier wird insbesondere auf die jeweilige Ausgestaltung der zentralen familienpolitischen Instrumente wie Mutterschutz und Elternzeit, Geburtsbeihilfen, Kinder- und Betreuungsgeld sowie auf Kinderbetreuungsangebote und die steuerliche Behandlung von Familieneinkommen eingegangen. Historisch gesehen setzten sich die einzelnen Nationalstaaten in Europa in Abhängigkeit von ihren spezifischen kulturellen und ökonomischen Bedingungen sehr unterschiedliche Ziele für ihre Familienpolitik. So gibt es bis in die Gegenwart hinein neben Ländern, in denen Familie Privatsache und Familienpolitik dementsprechend wenig ausgeprägt ist, Staaten, die eine aktive und ausgabenintensive Familienpolitik mit expliziten Zielen wie Gleichberechtigung der Geschlechter oder Förderung des generativen Verhaltens betreiben. Tanja Mühling stellt dar, inwiefern die Zielgruppen, Leistungen und Wirkungen der familienpolitischen Maßnahmbündel zwischen den Ländern und Ländergruppen variieren.

3. Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell? Familie und Erwerbstätigkeit – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven (Dirk Hofäcker)

Dirk Hofäcker befasst sich ausführlich mit dem Verhältnis von Elternschaft und Erwerbstätigkeit im internationalen Vergleich. Einführend wird ein Überblick über die verschiedenen institutionellen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit in den europäischen Ländern gegeben. Dabei geht der Autor insbesondere auf die Angebote der betrieblichen Unterstützungsleistungen und die unterschiedlichen Zugänge zum Arbeitsmarkt ein. Anschließend wird der Frage nachgegangen, wie die Erwerbstätigkeitsmuster von Männern und Frauen in verschiedenen Ländern verlaufen und inwiefern sich abweichende Verlaufsmuster auf unterschiedliche arbeitsmarkt- und familienpolitische Ansätze zurückführen lassen.

4. Sozioökonomische Situation von Familien im internationalen Vergleich (Marco Härpfer)

In Deutschland werden Kinder in der öffentlichen Diskussion häufig als Kostenfaktor oder sogar als Armutsrisiko thematisiert. In Kapitel 4 wird daher die finanzielle Situation der Familien in Deutschland mit der materiellen Lage von Familien in verschiedenen Ländern der EU verglichen. Marco Härpfer analysiert hierzu u. a. die Einkommensverteilung der Familien, ihre Betroffenheit von relativer Einkommensarmut sowie die Relevanz verschiedener Einkommensquellen für den Lebensunterhalt. Weitere Dimensionen der sozioökonomischen Situation von Familien, die in diesem Kapitel ausführlich dargestellt werden, sind Merkmale der Wohnverhältnisse von Familien und ihre finanzielle Belastung im Hinblick auf Zahlungsrückstände.

5. Wie modern ist Europa? Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU (Loreen Beier, Marina Rupp)

Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ist ein zentrales Ziel europäischer Politik, jedoch fallen die Erwerbsbeteiligung von Müttern und die innerfamiliäre Arbeitsteilung in den verschiedenen EU-Mitgliedsländern nach wie vor sehr unterschiedlich aus. Verantwortlich dafür sind neben strukturellen Unterschieden auch sozial-historische Hintergründe und normative Rollen- und Familienleitbilder. Zielsetzung des fünften Kapitels ist es, die Gemeinsamkeiten und

Unterschiede in den Einstellungen zu Rollenbildern (traditionell versus modern) und zur innerfamiliären Arbeitsteilung innerhalb der EU aufzuzeigen. Die Autorinnen stellen dar, wie sich diese Einstellungen und Werthaltungen verändert haben und inwieweit in den einzelnen Ländern zwischen modernisierten Rollenbildern und tatsächlicher Arbeitsteilung Diskrepanzen bestehen.

6. Gesellschaftliche Alterung und intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich (Christopher Schmidt, Marcel Raab, Michael Ruland)

In Kapitel 6 werden neben einigen gängigen Indikatoren zur Erfassung der demografischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen des Generationenverhältnisses vor allem Befunde diskutiert, die auf der Analyse von Austauschprozessen innerhalb der Familien basieren. Christopher Schmidt, Marcel Raab und Michael Ruland konzentrieren sich dabei auf den intergenerationalen Austausch von alltäglichen Unterstützungsleistungen zwischen Angehörigen der Altersgruppe der über 50-Jährigen und deren erwachsenen Kindern im europäischen Vergleich. Auf der einen Seite werden von den Älteren in Anspruch genommene Hilfen in den Bereichen Pflege, Haushalt und Verwaltungsaufgaben dargestellt. Auf der anderen Seite werden die Unterstützungsleistungen analysiert, welche die ältere Generation für die Betreuung von Enkelkindern sowie als Hilfeleistungen für die erwachsenen Kinder erbringt. Die länderspezifischen Unterschiede in Bezug auf den Anteil der Hilfeleistenden und den Umfang dieser innerfamiliären Unterstützung werden vor dem Hintergrund der Ausgestaltung der einzelnen Wohlfahrtsstaaten interpretiert.

Der eilige Leser findet am Ende des Familienreports eine knappe Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse aller Kapitel. Über die in den jeweiligen Kapiteln bereits dargestellten Daten hinaus bieten zusätzliche Tabellen im Anhang dem interessierten Leser vertiefende Informationen.

1. FAMILIENHAUSHALTE IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

(HARALD ROST)

Im folgenden Kapitel werden Familienhaushalte im europäischen Vergleich anhand ausgewählter, familienrelevanter Daten aus der amtlichen Statistik beschrieben. Die Informationen und die statistischen Maßzahlen beziehen sich inhaltlich auf die Struktur und Größe der Familien, Eheschließungs- und Ehescheidungsindikatoren, auf das generative Verhalten und auf die Erwerbsbeteiligung, auf die im Kapitel 3 detailliert eingegangen wird. Über die Sozioökonomische Situation der Familien in Europa wird in einem eigenen Kapitel (siehe Kapitel 4) berichtet. Generell werden, soweit möglich, die bayerischen Zahlen den gesamtdeutschen und den Daten aus den verschiedenen EU-Mitgliedsländern gegenübergestellt.¹ Einschränkungen hinsichtlich einer vergleichbaren Berichterstattung ergeben sich dadurch, dass einige Indikatoren, die für Bayern und Deutschland von den statistischen Ämtern der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellt werden, bei Eurostat nicht für europäische Länder verfügbar sind. Neben einer aktuellen Bestandsaufnahme werden im europäischen Vergleich auch Zeitreihen dargestellt, die Veränderungen über einen längeren Zeitraum sichtbar machen. Dafür liegen die statistischen Parameter z. T. rückführend bis in das Jahr 1960 vor.

Zielsetzung des Kapitels soll sein, anhand von Daten der amtlichen Statistik Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede der Familienhaushalte innerhalb der EU-Länder und im Vergleich mit Bayern aufzuzeigen, sowohl in der aktuellen Situation als auch in der Entwicklung der jüngsten Vergangenheit. Der Begriff „Familienhaushalte“ wurde gewählt, da es sich bei den Zahlen der amtlichen Statistik um eine Haushaltsstatistik handelt, wie z. B. für Deutschland der Mikrozensus. Als Familien werden daher in diesem Kapitel Haushaltseinheiten verstanden, in denen Kinder leben.

Im Detail zeigt sich, dass die meisten Daten zur Eheschließungs- und Ehescheidungsstatistik und ebenso viele Fertilitätsindikatoren nicht nur für Bayern und Deutschland, sondern auch auf EU-Ebene verfügbar sind. Bei den Indikatoren zur Familienstruktur und -größe fällt jedoch auf, dass insbesondere bei einer Differenzierung nach Familienformen viele Daten, z. B. Zahlen zu Alleinerziehenden und nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern auf EU-Ebene nur unzureichend vorhanden sind. Ebenso unzureichend ist die offizielle EU-Statistik zur Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern, so dass hier Sonderauswertungen mit den Daten aus der Arbeitskräfteerhebung (Labour Force Survey) durchgeführt werden mussten. Bei dem entsprechenden LFS-Mikrodatenfile 2007, der dem Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg zur Verfügung gestellt wurde, handelt es sich jedoch um einen anonymisierten Datensatz, der nicht alle Variablen des Originaldatensatzes enthielt. Daraus ergaben sich inhaltlich erhebliche Einschränkungen bei der Auswertung, insbesondere bei der Ermittlung der Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern.

¹ Als Ausgangspunkt diente ein zentraler Bestandteil der bisher erschienenen *ifb*-Familienreporte Bayern: Das Kapitel „Die Familienhaushalte in Bayern“, welches über die Zahl und Strukturen der Familien in Bayern und deren Veränderungen in den letzten drei Jahrzehnten informiert. Jedoch konnten einige der in den *ifb*-Familienreporten verwendeten Indikatoren nicht im EU-Vergleich herangezogen werden, da einzelne Kennziffern auf EU-Ebene nicht verfügbar waren.

1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

1.1 Familienhaushalte

Die Bevölkerung in der EU hat in den letzten Jahren nicht nur durch die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten zugenommen, sondern auch durch ein positives natürliches Bevölkerungswachstum, da die Anzahl an Lebendgeburten in Europa insgesamt größer ist als die der Sterbefälle (vgl. Tab. 1.1 im Anhang). Ein weiterer zentraler Grund dafür ist eine positive Nettozuwanderung, d. h. in die EU wandern pro Jahr mehr Menschen zu als ab.² In den 27 Mitgliedstaaten leben derzeit ca. 490 Millionen Einwohner, damit ist die EU die drittgrößte Bevölkerung der Welt nach China und Indien. Die Einwohner verteilen sich auf etwa 195 Millionen Privathaushalte, so dass die durchschnittliche Haushaltsgröße in der EU bei 2,4 Personen liegt. Der Anteil an Einpersonenhaushalten liegt EU-weit bei 29 %, wobei für Deutschland mit einem Anteil von 38,7 % der höchste Wert ausgewiesen wird. Der Wert für Bayern liegt mit 37,9 % knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Deutlich niedriger ist der Anteil an Einpersonenhaushalten in den südeuropäischen Ländern (Griechenland 26,5 %, Italien 28,9 %, Portugal 17,1 %, Spanien 17,3 %, Zypern 15,2 %, vgl. Tab. 1.2 im Anhang).



Unter den etwa 196 Mio. Haushalten in der EU-27 befinden sich gut 63 Mio. Familienhaushalte, d. h. Haushalte, in denen Kinder leben.³ Dies entspricht einem Anteil von 32,4 % für den EU-Durchschnitt (vgl. Tab. 1.3 im Anhang). Einen deutlich höheren Anteil von Familienhaushalten an allen Haushalten

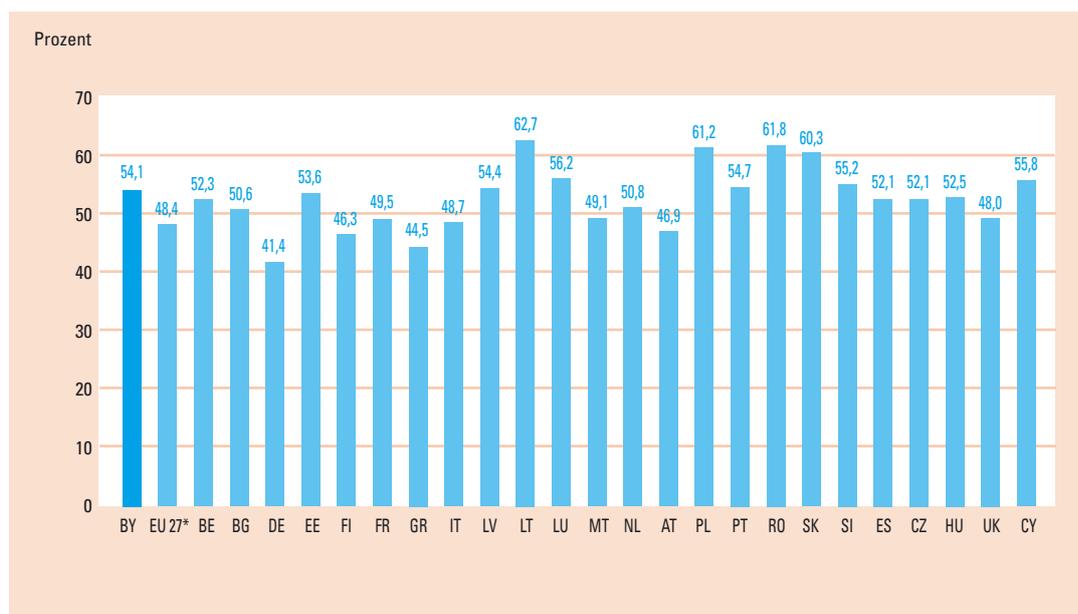
weisen die südeuropäischen Länder Zypern (42,6 %) und Malta (42,5 %) sowie die ehemals sozialistischen Länder Polen (45,1 %), Rumänien (43,6 %), Slowakei (42,6 %) und Litauen (41,6 %) auf. Unterdurchschnittlich ist der Anteil der Familienhaushalte in Finnland (24,8 %) und Deutschland (23,9 %). Dies hängt damit zusammen, dass in diesen beiden Ländern ein vergleichsweise hoher Anteil der Bevölkerung in Einpersonenhaushalten, d. h. in Haushalten ohne Kinder lebt.

Zwar leben im Durchschnitt über die gesamte EU nur in jedem dritten Haushalt Kinder, aber bezogen auf die Bevölkerung lebt etwa die Hälfte der EU-Bürger in Haushalten mit Kindern zusammen, wie die folgende Grafik (Abb. 1.1) veranschaulicht.

² Im Jahr 2006 ließen sich rund drei Millionen ausländische Einwanderer in einem Land der EU-27 nieder. Diese Einwanderer können anhand ihrer Staatsangehörigkeit in zwei Gruppen unterteilt werden: Bürger aus EU-27-Mitgliedstaaten (1,2 Millionen Personen) und Nicht-EU-27-Bürger (1,8 Millionen) (vgl. Eurostat Pressemitteilung Nr. 162/2008 - 18. November 2008).

³ Nachdem Eurostat die Zahlen der Europäischen Arbeitskräfteerhebung dafür heranzieht, sind Familienhaushalte definiert als Haushalte mit unter 15-jährigen Kindern bzw. unter 24-jährigen Kindern, falls diese noch in Ausbildung sind.

Abb. 1.1: Anteil der in Familienhaushalten lebenden Personen an der Gesamtbevölkerung in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)



* Daten von 2006

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Daten des Mikrozensus; *ifb*-Berechnungen. Zu den Ländern Dänemark, Irland, Schweden lagen keine Daten vor.

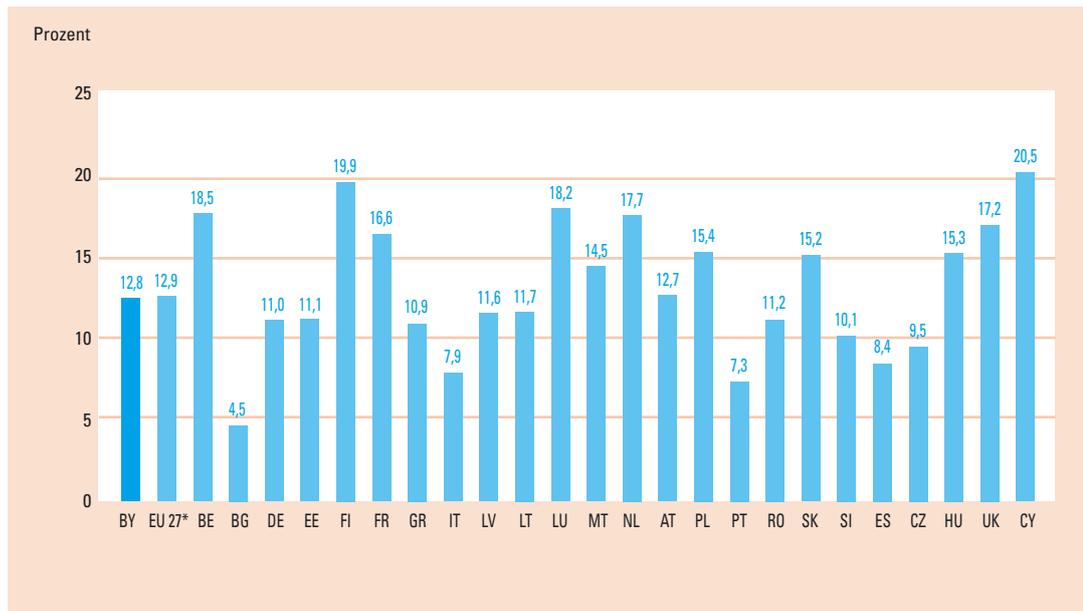
Der Anteil der in Familienhaushalten lebenden Personen an der Gesamtbevölkerung variiert dabei, wie die Grafik verdeutlicht. Die Werte liegen zwischen 41,1 % für Deutschland und 62,7 % für Litauen. Auffallend ist, dass die höchsten Werte in den ehemaligen sozialistischen Ländern zu finden sind. In Bayern wohnt gut die Hälfte der Bevölkerung mit Kindern in einem Haushalt. Der Wert für Deutschland liegt mit 41,1 % deutlich darunter, d. h. in Bayern leben überproportional viele Personen mit Kindern zusammen.

Der seit langem zu beobachtende Geburtenrückgang (vgl. Kapitel 1.3) in vielen europäischen Ländern hat auch Auswirkungen auf die Familiengröße. Der demographische Wandel führt auf der einen Seite dazu, dass immer mehr Frauen und Männer kinderlos bleiben. Auf der anderen Seite nimmt der Anteil kinderreicher Familien (drei oder mehr Kinder) ab.⁴ Der Anteil an Familien mit drei oder mehr Kindern an allen Familienhaushalten lag EU-weit im Jahr 2006 bei 12,9 % (vgl. Abb. 1.2). Die meisten kinderreichen Familien gibt es, relativ gesehen, in Zypern und Finnland, dicht gefolgt von den Benelux-Staaten, Großbritannien und Frankreich. In den Mittelmeerlandern Portugal, Italien und Spanien ist ihr Anteil deutlich unterdurchschnittlich, ebenso in Bulgarien und der Tschechischen Republik. Der Wert für Deutschland liegt unter dem EU-Mittelwert, der Anteil kinderreicher Familien in Bayern (12,8 %) entspricht dem Durchschnittswert für die EU-27.

⁴ Für die bayerischen Daten als Zeitreihe ab 1970 gut dokumentiert in *ifb*-Familienreport Bayern 2006, S. 29, Abb. 21.

1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

Abb. 1.2: Anteil der Familienhaushalte mit drei und mehr Kindern in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)



* Daten von 2006

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Daten des Mikrozensus; *ifb*-Berechnungen. Zu den Ländern Dänemark, Irland, Schweden lagen keine Daten vor.

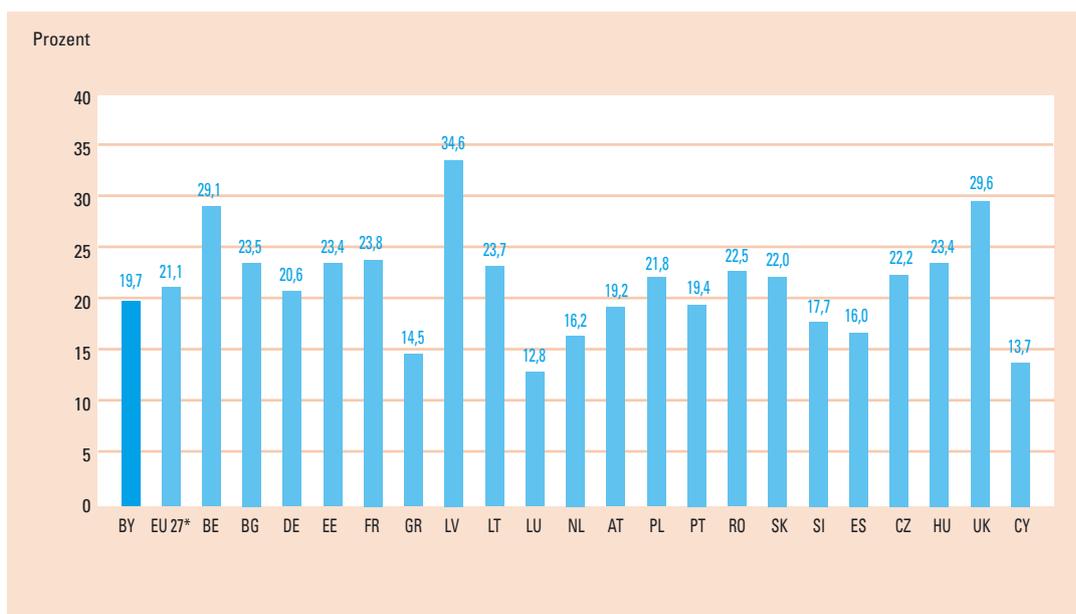
Die Familienhaushalte haben sich nicht nur hinsichtlich ihrer Größe verändert, für Deutschland und den Freistaat Bayern zeigt sich auch ein Trend zur Ausdifferenzierung familialer Lebensformen.⁵ Neben der Kernfamilie im klassischen Sinn mit verheiratetem Elternpaar gibt es immer mehr Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern. Insbesondere der Anteil der Alleinerziehenden hat sich in den letzten 30 Jahren in Deutschland verdoppelt. Die Ursache für die wachsende Zahl von Alleinerziehenden liegt hauptsächlich in der Zunahme von Trennungen und Scheidungen (vgl. Kapitel 1.2). Durch die ebenfalls steigende Zahl an Wiederverheiratungen kommt es vermehrt zur Bildung von Stief- bzw. sog. Patchwork-Familien, die eine Trennung von biologischer und sozialer Elternschaft in der Familie und damit komplexe familiäre Strukturen darstellen.⁶

Diese Veränderungen der Familienstrukturen lassen sich aufgrund fehlender statistischer Daten hierzu leider nicht detailliert für die EU nachzeichnen. Die folgende Grafik (Abb. 1.3) zeigt aber zumindest das sehr unterschiedliche Ausmaß der Verbreitung von Alleinerziehenden in Europa.

⁵ Siehe *ifb*-Familienreport Bayern 2006, S. 12f.

⁶ Stieffamilien sind aufgrund des Haushaltsbezugs in der amtlichen Statistik nicht „nachweisbar“, rücken jedoch zunehmend in den Blickpunkt der Familienforschung (vgl. Steinbach, Anja. 2008).

Abb. 1.3: Anteil der Alleinerziehenden an allen Familienhaushalten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)



* Für die Länder Dänemark, Finnland, Irland, Italien, Malta und Schweden konnten keine Daten berechnet werden, da die entsprechenden Haushalts-Variablen nicht vorlagen.

Quelle: Labor Force Survey microdata 2007, eigene Berechnungen (ungewichtete Daten); Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Daten des Mikrozensus; *ifb*-Berechnungen.

Bei etwa jeder fünften Familie in Europa handelt es sich um eine Ein-Eltern-Familie. Die Werte für Deutschland und Bayern entsprechen dem europäischen Durchschnittswert, wobei für die Länder Dänemark, Finnland, Irland, Malta und Schweden dazu keine Daten vorlagen. Auffallend starke Verbreitung erfährt diese Lebensform in Lettland, Großbritannien und Belgien. Die kleinsten Anteile an Alleinerziehenden wiesen Luxemburg, Zypern und Griechenland auf.

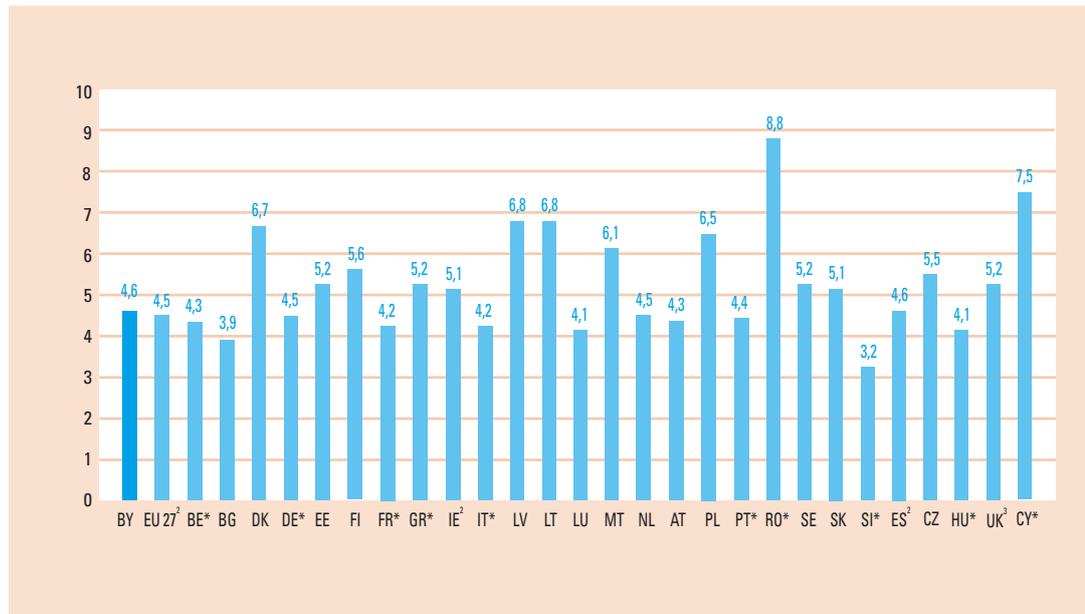
1.2 Eheschließung und Ehescheidung

Eheschließungen in der EU sind rückläufig: Wurden 1970 noch 3,44 Mio. Ehen in den EU-27-Ländern geschlossen, waren es dagegen 2005 nur noch 2,40 Mio. In etwa gleichgeblieben in diesem Zeitraum sind die Anzahl der Hochzeiten lediglich in Dänemark, Irland, Luxemburg, Malta, Schweden und Zypern. Besonders stark zurückgegangen sind Eheschließungen in Bulgarien, Estland, Lettland, Slowenien und Ungarn (vgl. Tab. 1.4 im Anhang).

Aussagekräftiger als die absolute Zahl an Heiraten sind Eheschließungsziffern, die sich auf die Bevölkerungszahl beziehen (siehe Abb. 1.4) und somit validere Rückschlüsse auf die Heiratsneigung einer Bevölkerung zulassen.

1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

Abb. 1.4: Eheschließungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1.000 Einwohner) (2007)



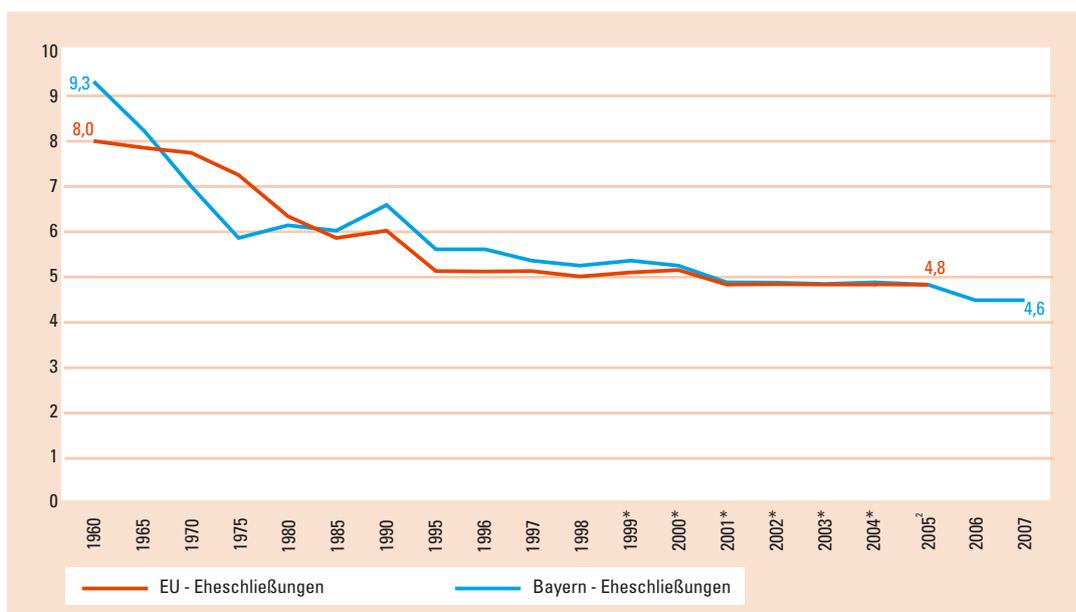
* vorläufige oder geschätzte Angaben, ² Daten von 2006, ³ Daten von 2005.

Quelle: Eurostat; Eurostat Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung Ausgabe 2000, S. 106, Ausgabe 2006, S. 115; Statistik kurz gefasst Thema 3 - 15/2001, S. 7, Thema 3 - 20/2003, S. 7, Thema 13/2004, S. 7, Thema 15/2005, S. 7, Thema 16/2006, S. 8; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, *ifb*-Berechnungen.

Am häufigsten geheiratet wird augenscheinlich in Rumänien: 2007 kamen dort auf 1.000 Einwohner 8,8 Hochzeiten. Ebenfalls hohe Eheschließungsquoten, auf den Bevölkerungsumfang bezogen, haben auch Zypern, Lettland, Litauen, Dänemark, Polen und Malta. Die niedrigsten Quoten in der Europäischen Union weisen Bulgarien und Slowenien aus. Bayern liegt mit 4,6 Eheschließungen pro 1.000 Einwohner wie Gesamtdeutschland in etwa beim EU-Durchschnitt (4,5). Bei dieser Quote ist zu berücksichtigen, dass auch die Altersstruktur der jeweiligen Bevölkerung eine große Rolle spielt, da die Anzahl der Eheschließungen in Relation zu 1.000 Einwohnern der jeweiligen Bevölkerung gesetzt wird.

Anhand dieser Eheschließungsziffer, die sich im Zeitraum seit 1960 in etwa halbiert hat, wird die rückläufige Heiratsneigung innerhalb der EU deutlich erkennbar. Für den Freistaat Bayern ist dabei eine ähnliche Entwicklung wie für die EU insgesamt erkennbar (siehe Abb. 1.5).

Abb. 1.5: Eheschließungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1.000 Einwohner) (1960-2007)



* Schätzung Eurostat (bei EU-Daten), ² vorläufige Angaben (bei EU-Daten).

Quelle: Eurostat; Eurostat Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung Ausgabe 2000, S. 106, Ausgabe 2006, S. 115; Statistik kurz gefasst Thema 3 - 15/2001, S. 7, Thema 3 - 20/2003, S. 7, Thema 13/2004, S. 7, Thema 15/2005, S. 7, Thema 16/2006, S. 8; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, *ifb*-Berechnungen, bis 2002 Daten EU-15, bis 2005 Daten EU-25, ab 2006 EU-27.

Betrachtet man den Familienstand beider Partner zum Zeitpunkt der Eheschließung, zeigt sich, dass die Anzahl der Eheschließungen von Ledigen abnimmt. In nahezu allen europäischen Ländern ist die Zahl der Ersteheschließungen rückläufig und die Quote der Wiederverheiratungen steigt (vgl. Tab. 1.5 im Anhang). In Dänemark lag beispielsweise der Anteil geschiedener Frauen an den Eheschließungen im Jahr 1960 noch bei 11,2 % (der höchste Wert der EU-Länder damals), bis zum Jahr 2006 stieg dieser Wert auf 21,1 %. Auch für Deutschland lässt sich die steigende Tendenz der Wiederverheiratungen ablesen: Waren im Jahr 1960 noch 89,1 % der Frauen, die den „Bund fürs Leben“ eingingen, ledig, sank dieser Wert bis 2006 auf 73,1 %.

Der Anteil an Eheschließungen lediger Frauen variiert in den EU-Mitgliedsländern, wie die folgende Grafik illustriert (vgl. Abb. 1.6).

1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

Abb. 1.6: Eheschließungen von ledigen Frauen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2006)



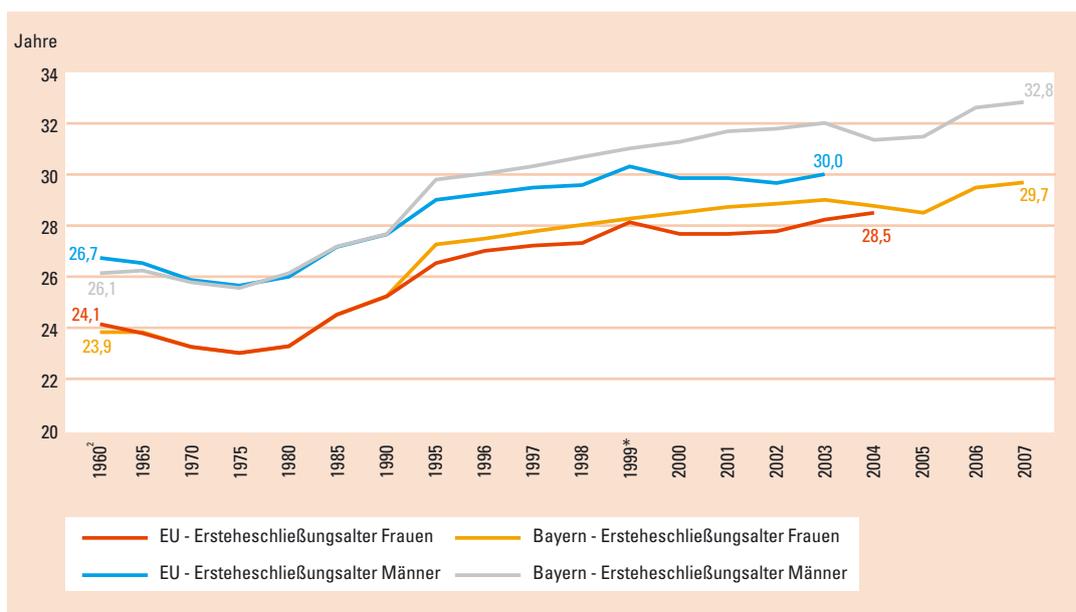
* Daten von 2007.

Quelle: Eurostat, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, *ifb*-Berechnungen. Zur EU-27 und den Ländern Belgien, Irland, Italien, Niederlande und England lagen keine Daten vor.

Die Entscheidung, eine eheliche Bindung einzugehen, wird im Durchschnitt erst immer später im Leben gefällt. Während in den 1960er und 1970er Jahren das mittlere Alter bei der ersten Eheschließung in den meisten europäischen Ländern für die Frauen bei ca. 23 Jahren lag und für die Männer etwa 26 Jahre betrug, liegt dieses Durchschnittsalter heute EU-weit bei 28 Jahren für die Frauen und 30 Jahren bei den Männern (siehe Tab. 1.6 und 1.7 im Anhang). Auch hier zeigt sich eine große Varianz innerhalb der europäischen Länder. Im Durchschnitt am jüngsten ist die Braut in den baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien, Polen und in der Slowakei (ca. 25 Jahre). Das höchste Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung weisen die skandinavischen Frauen auf (Dänemark: 30,7 Jahre, Schweden: 31,1 Jahre). Diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2004, neuere sind bei Eurostat leider nicht verfügbar. Die Werte für Bayern und Deutschland lagen für 2004 bei einem mittleren Alter von 28,7 Jahren. Mittlerweile ist das Heiratsalter weiter gestiegen, bayerische Frauen sind im Durchschnitt heute 29,7 Jahre alt, wenn sie heiraten, bayerische Männer 32,8 Jahre (siehe Abb. 1.7).

Die folgende Grafik illustriert den Anstieg des Heiratsalters in den letzten Jahrzehnten und zeigt gleichzeitig, dass dabei der mittlere Altersabstand zwischen den Geschlechtern in etwa gleich geblieben ist. Damals wie heute sind Frauen bei der ersten Eheschließung im Durchschnitt etwa zwei bis drei Jahre jünger als Männer. Gleichzeitig ist erkennbar, dass die Entwicklung in Bayern und in Europa parallel verläuft.

Abb. 1.7: Ersteheschließungsalter bei Frauen und Männern in den EU*-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2007)



* Schätzung Eurostat (bei EU-Daten), ² Daten von 1963 (für Bayern).

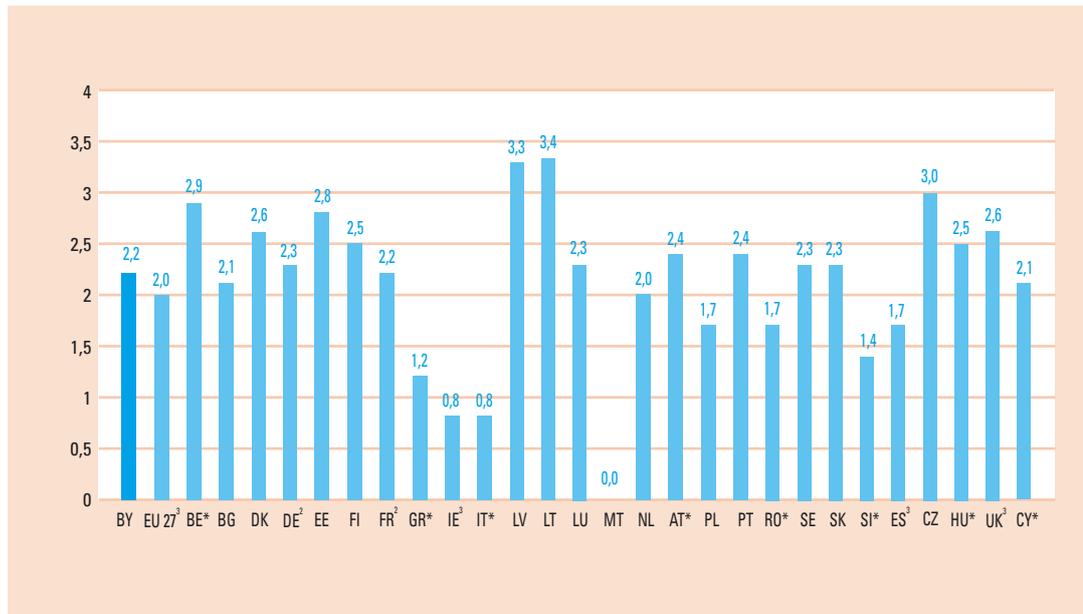
Quelle: Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung Ausgabe 2004, S. 122, Ausgabe 2006, S.120, Eurostat Jahrbuch 2003, S. 88, 2004, S. 47; Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung Ausgabe 2006, S.115; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, bis 2002 Daten EU-15, bis 2005 Daten EU-25, ab 2006 EU-27.

Nicht alle Ehen erweisen sich tatsächlich als Bund für das ganze Leben. Jedes Jahr werden in der EU-27 rund eine Million Ehen geschieden. Für das Jahr 2007 waren das, umgerechnet auf die Bevölkerung, zwei Scheidungen pro 1.000 Einwohner. Die Mitgliedstaaten mit den höchsten Scheidungsziffern sind derzeit Litauen (3,4), Lettland (3,3) und die Tschechische Republik (3,0). Die niedrigsten Scheidungsziffern, bezogen auf die Bevölkerung, verzeichnen Irland und Italien (je 0,8), Griechenland (1,2) und Slowenien (1,4). Der Wert für Bayern (2,2) liegt niedriger als der für Gesamtdeutschland (2,6) und entspricht in etwa dem Durchschnittswert für die EU-27 (2,2) (siehe Abb. 1.8). Der Wert für Malta liegt bei null, da die Ehescheidung im Rechtssystem Maltas nicht vorgesehen ist.⁷

⁷ Die Ehescheidung wird vom Rechtssystem Maltas nicht umfasst. Jedoch kann ein Beteiligter gemäß Artikel 33 Marriage Act (Ehegesetz) (Kap. 255 – Laws of Malta (Gesetzessammlung für Malta)) eine ausländische Scheidung im Abschnitt „Anmerkungen“ des amtlichen Bevölkerungsregisters (Public Registry) eintragen lassen, wenn diese Entscheidung vom zuständigen Gericht des Landes gefällt wurde, in dem eine der Verfahrensparteien ihren Wohnsitz hat oder dessen Staatsangehöriger eine der Parteien ist. Ist eine solche Ehescheidung eingetragen, so steht es jeder Partei frei, eine neue Ehe einzugehen (vgl. http://ec.europa.eu/civiljustice/divorce/divorce_mlt_de.htm).

1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

Abb. 1.8: Ehescheidungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1.000 Einwohner) (2007)



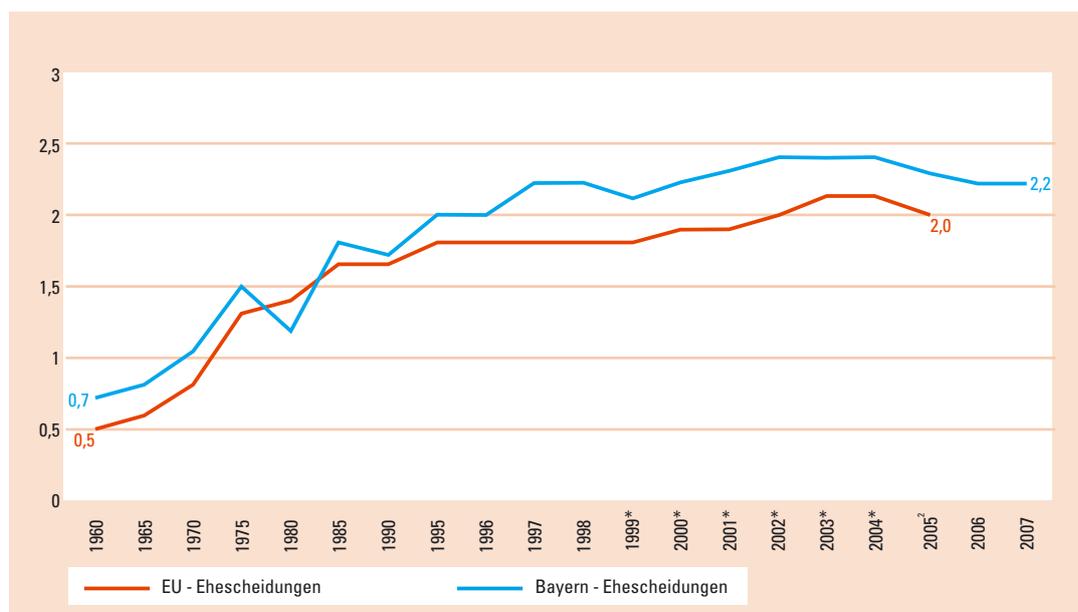
* vorläufige oder geschätzte Angaben, ² Daten von 2006, ³ Daten von 2005.

Quelle: Eurostat; Eurostat Jahrbuch 2003, S. 87, 2006, S. 70; Statistik kurz gefasst Thema 3 - 20/2003, S. 7, Thema 13/2004, S. 7, Thema 15/2005, S. 7, Thema 16/2006, S. 8; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, *ifb*-Berechnungen.

Dass die Scheidungsbereitschaft insgesamt in den letzten vier Jahrzehnten deutlich zugenommen hat, zeigt die nachfolgende Grafik (Abb. 1.9). Es wird erkennbar, dass die Zahl der Ehescheidungen je 1.000 Einwohner seit 1960 EU-weit auf das Vierfache (von 0,5 auf 2,0) angestiegen ist, in Bayern hat sie sich in dieser Zeit verdreifacht (von 0,7 auf 2,2).

Der in der Zeitreihe erkennbare Einschnitt bei den bayerischen Scheidungszahlen Mitte der 1970er Jahre zeigt den großen Einbruch der Scheidungszahlen in Deutschland durch die Einführung des Ehereformgesetzes im Jahre 1977, welches eine Veränderung im Scheidungsrecht beinhaltete. Durch das Ersetzen des sogenannten Verschuldungsprinzips durch das Zerrüttungsprinzip wurde die Auflösung einer Ehe erleichtert. Dies führte zunächst zu einem drastischen Rückgang der Scheidungen in Deutschland. Allerdings war dieser Einbruch relativ kurzfristig, da fünf Jahre später die Scheidungszahlen wieder das gleiche Niveau wie vor der Reform erreicht hatten.

Abb. 1.9: Ehescheidungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1.000 Einwohner) (1960-2007)



* Schätzung Eurostat (bei EU-Daten), ² vorläufige Angaben (bei EU-Daten).

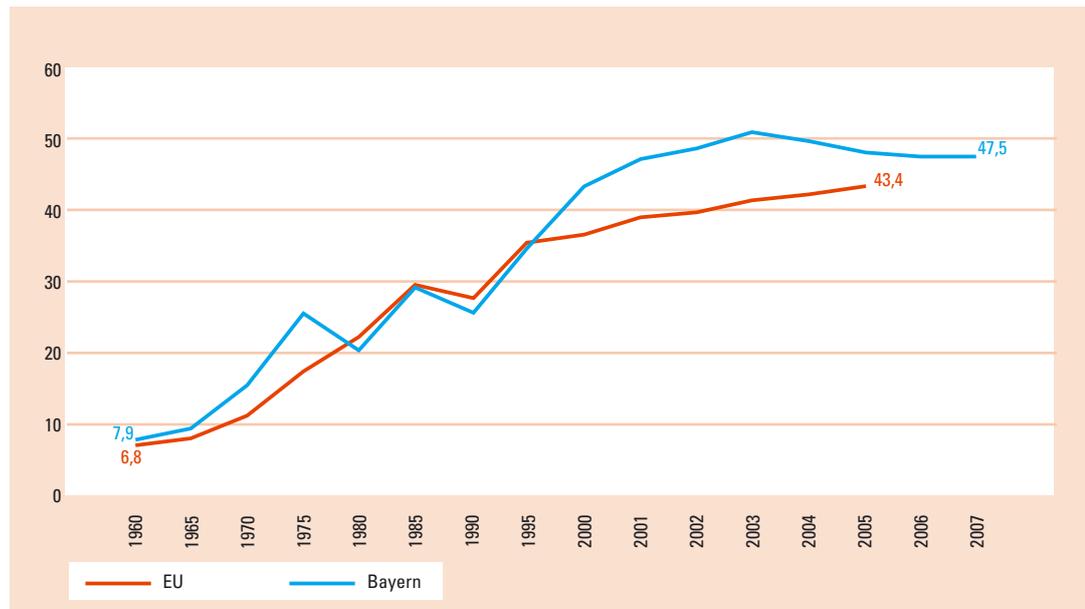
Quelle: Eurostat; Eurostat Jahrbuch 2003, S. 87, 2006, S. 70; Statistik kurz gefasst Thema 3 - 20/2003, S. 7, Thema 13/2004, S. 7, Thema 15/2005, S. 7, Thema 16/2006, S. 8; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, *ifb*-Berechnungen, bis 2002 Daten EU-15, bis 2005 Daten EU-25, ab 2006 EU-27.

Ein weiterer Indikator aus der amtlichen Statistik belegt, dass die Scheidungshäufigkeit auch unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung zunimmt. Bezieht man die Zahl der Scheidungen auf 100 Eheschließungen des gleichen Jahres, zeigt sich ebenfalls, dass immer mehr Ehen durch Scheidung gelöst werden (vgl. Abb. 1.10). Während in der EU 1960 auf 100 Eheschließung nur 6,8 Scheidungen im selben Jahr kamen, waren es 2005 bereits 43,4. Für den Freistaat Bayern zeigt sich für die letzten vier Jahrzehnte eine ähnliche Entwicklung. Die Scheidungshäufigkeit stieg von 7,9 auf derzeit 47,5 Scheidungen pro 100 Eheschließungen desselben Jahres.

Die Scheidungsziffern dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass nach wie vor die große Mehrheit der Ehen bis zum Tod eines Partners besteht. Allerdings zeigen sowohl die absoluten Scheidungszahlen als auch die Scheidungsziffern, bezogen auf Einwohnerzahlen oder geschlossene Ehen, ein kontinuierliches Ansteigen des Scheidungsrisikos.

1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

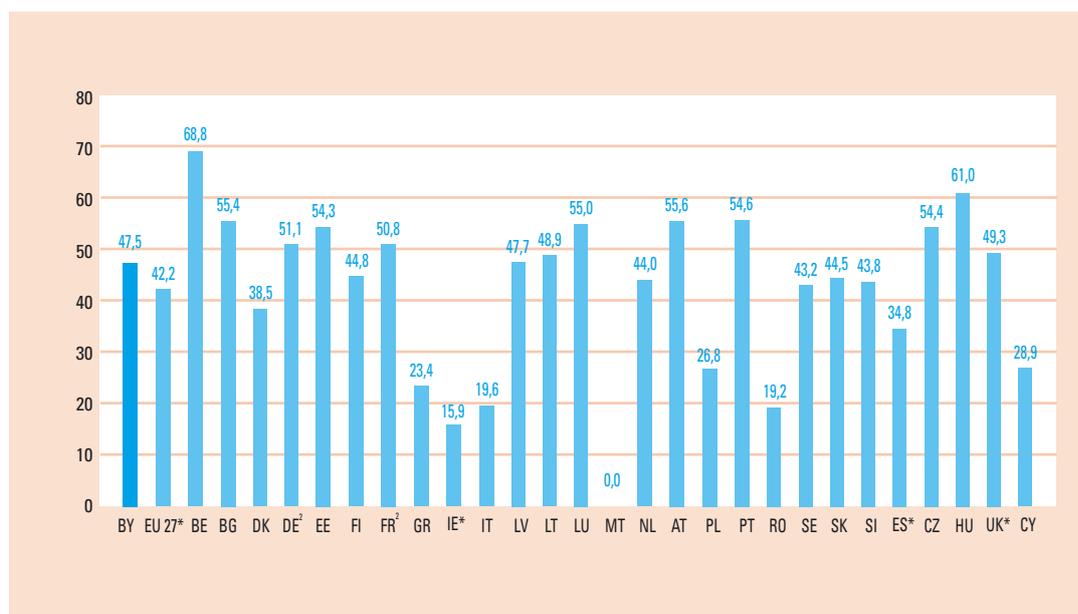
Abb. 1.10: Ehescheidungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 100 Eheschließungen) (1960-2007)



Quelle: Eurostat, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, *ifb*-Berechnungen, bis 2000 Daten EU-15, bis 2005 Daten EU-25.

Vergleicht man die einzelnen europäischen Länder nach den Ehescheidungen je 100 Eheschließungen, zeigt sich ein leicht abweichendes Bild gegenüber der Scheidungsziffer, die auf die Einwohnerzahl Bezug nimmt. Belgien mit 68,8 Scheidungen pro 100 im gleichen Jahr geschlossene Ehen ist nun Spitzenreiter, gefolgt von Ungarn mit einem Wert von 61,0 (siehe Abb. 1.11). Deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen die Werte von Irland (15,9), Rumänien (19,2), Italien (19,6), Griechenland (23,4) und Zypern (28,9). Für Deutschland liegt die Zahl bei 51 Ehescheidungen pro 100 Eheschließungen, für den Freistaat Bayern bei 47,5. Damit liegt das Scheidungsrisiko für die deutschen und bayerischen Eheleute leicht über dem EU-Durchschnitt.

Abb. 1.11: Ehescheidungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 100 Eheschließungen) (2007)



* Daten von 2005, ² Daten von 2006.

Quelle: Eurostat, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, *ifb*-Berechnungen.

Beide Ehescheidungsziffern (Ehescheidungen je 1.000 Einwohner in Abb. 1.8 bzw. je 100 Eheschließungen in Abb. 1.11) zeigen tendenziell die gleichen Ergebnisse auf. Allerdings werden die Unterschiede zwischen den Ländern dann größer, wenn die Anzahl der Scheidungen ins Verhältnis zu den Eheschließungen gesetzt werden.

1.3 Generatives Verhalten

Kennzeichnend für die Entwicklung der Geburtenzahlen in vielen europäischen Ländern ist ein starker Rückgang der Geburten seit Mitte der 1960er Jahre, der als demographischer Einbruch bezeichnet wird. So wurden beispielsweise vor 40 Jahren in Deutschland 1,3 Millionen Kinder geboren, fast doppelt so viele wie im Jahr 2007. In Bayern kamen im Jahr 1963 die meisten Kinder zur Welt (185 Tsd.), im Jahr 2007 waren es 107 Tsd. Dieser Rückgang der Geburtenzahlen ist jedoch kein deutsches Phänomen, denn fast alle europäischen Länder verzeichnen für diesen Zeitraum einen Rückgang der Neugeborenenzahlen. Am drastischsten war der Rückgang der absoluten Geburtenzahlen in Rumänien (-59 %), Portugal (-49,3 %) und Deutschland (-46,2 %).⁸ Ein Geburtenplus im Zeitraum von 1967 bis 2007 gab es nur in Irland (+15 %) und Luxemburg (+ 10 %). Insgesamt ging die Zahl der Geburten im Gebiet der EU-27 in diesem Zeitraum um 31 % zurück (vgl. Statistisches Bundesamt 2009).

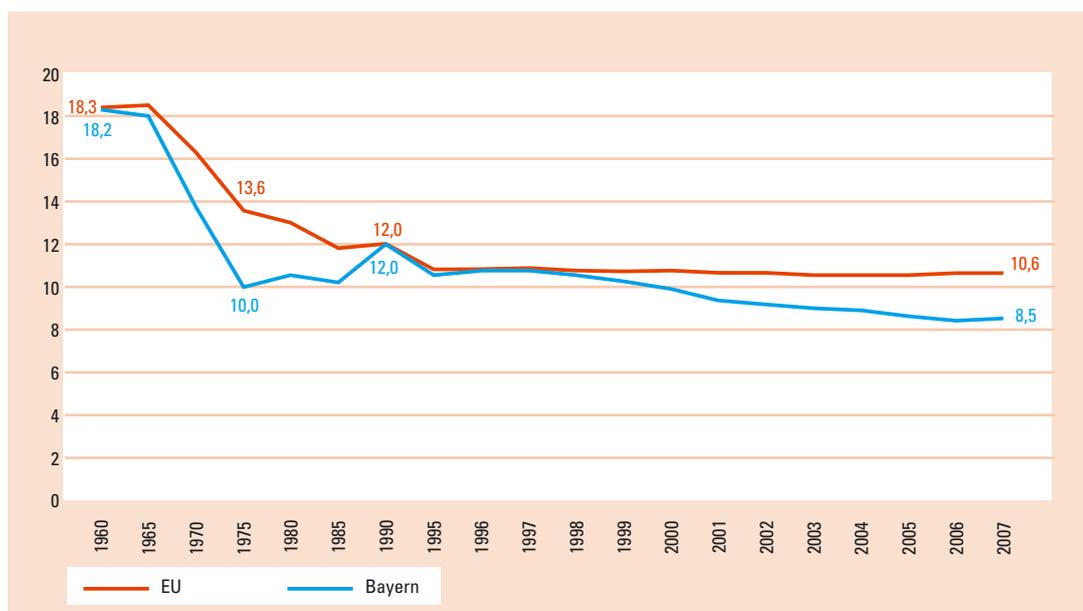
⁸ Deutschland 1967: BRD und DDR zusammengenommen.

1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

Zur Beschreibung der Geburtenentwicklung gibt es verschiedene Indikatoren, die unterschiedliche Aspekte und Dimensionen der Fertilität betonen, z. B. die Differenzierung in kalenderjahres- und lebenslaufbezogene Maßzahlen (vgl. hierzu Peuckert 2008, 96f. und Schulze 2009, 21f.). Die einfachste kalenderjahresbezogene Maßzahl der Fertilität ist die „Rohe Geburtenrate“, bei der die Geburtenzahl je 1.000 Einwohner berechnet wird, um – im Gegensatz zur absoluten Geburtenzahl – die unterschiedlichen Bevölkerungsgrößen auszuschalten.

Die folgende Grafik (Abb. 1.12) veranschaulicht noch einmal den bereits beschriebenen Geburtenrückgang anhand der einwohnerbezogenen Geburtenziffern für die EU und Bayern. Dabei wird deutlich, dass der demographische Einbruch zwischen 1965 und 1975 in Bayern (und auch für Gesamtdeutschland) deutlich stärker ausgefallen ist als in der EU-27 insgesamt.

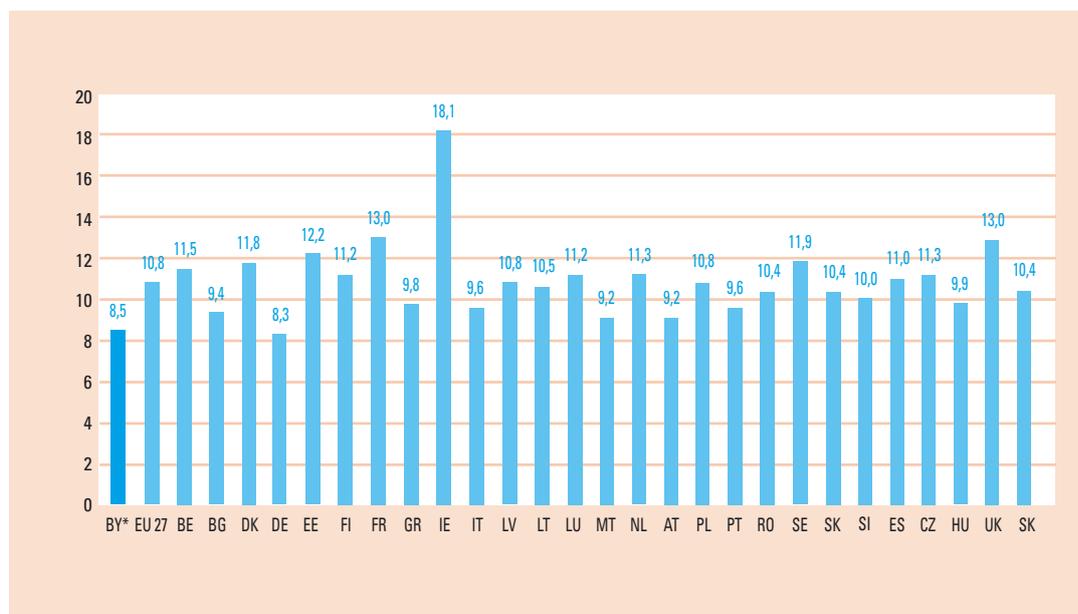
Abb. 1.12: Lebendgeburten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1.000 Einwohner) (1960-2007)



Quelle: Eurostat; Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung Ausgabe 2001, S. 8, Ausgabe 2004, S. 47; Statistik kurzgefasst Thema 3 - 17/2002, S. 3, Thema 3 - 20/2003, S. 3, Thema 13/2004, S. 3, Thema 15/2005, S. 5; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Daten des Mikrozensus, *ifb*-Berechnungen, bis 2002 Daten EU-15, bis 2005 Daten EU-25, ab 2006 EU-27.

Vergleicht man die aktuellen Geburtenzahlen je 1.000 Einwohner in den europäischen Ländern, ist Irland einsamer Spitzenreiter, d. h. dort werden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die meisten Babys geboren (vgl. Abb. 1.13). Für alle anderen Staaten schwanken die Werte in einem engen Intervall von 8,3 für den niedrigsten Wert (Deutschland) und 13,0 für den zweithöchsten Wert (Frankreich und Großbritannien). Der Mittelwert für die EU-27 liegt bei 10,8 Geburten je 1.000 Einwohner. Bayern liegt mit 8,5 etwas über dem gesamtdeutschen Wert, aber unter dem EU-27-Durchschnitt.

Abb. 1.13: Lebendgeburten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1000 Einwohner) (2008)



* Daten von 2007.

Quelle: Eurostat; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Daten des Mikrozensus, *ifb*-Berechnungen.

Der Nachteil der „Rohen Geburtenrate“ ist, dass die Zahl der Geburten auf die gesamte Bevölkerung bezogen ist, in der auch die alten und jungen Menschen enthalten sind. Sie kann also Veränderungen im generativen Verhalten nur ungenau anzeigen, da dieser Indikator abhängig von der Altersstruktur der jeweiligen Bevölkerung und von der Anzahl der Frauen ist, die sich in einem für eine Geburt günstigen Alter befinden.

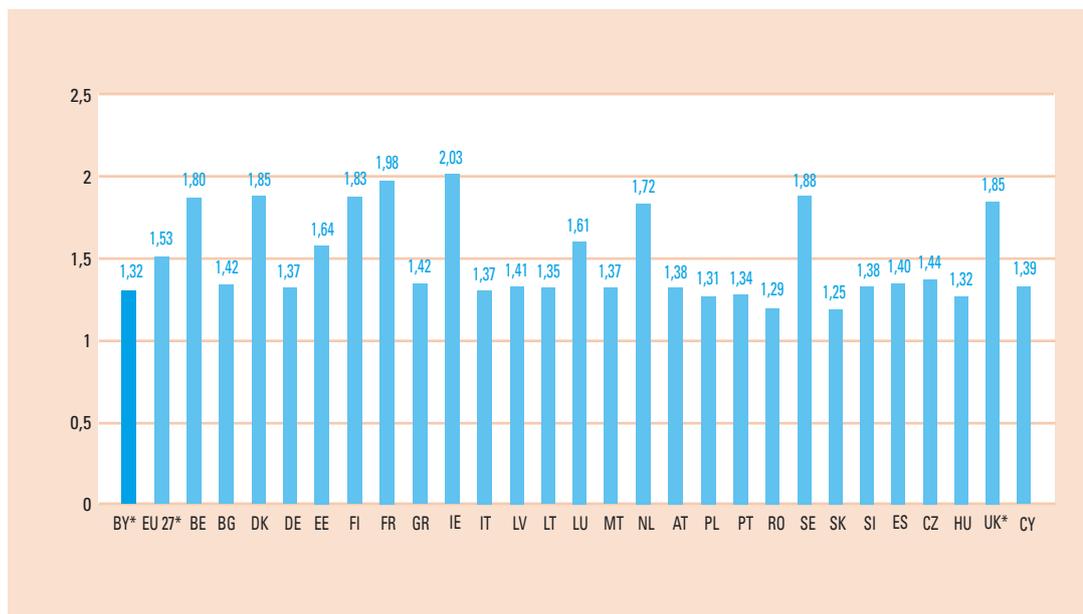
Größeren Informationsgehalt zur Abschätzung der Fertilität haben sog. Reproduktionsindikatoren, die angeben, wie viele Kinder eine Frau durchschnittlich in ihrem Leben bekommt. Um die Einflüsse von Bevölkerungszahl und Altersstruktur auszuschließen, wird für jedes Altersjahr von 15 bis 49 die altersspezifische Geburtenziffer berechnet. Durch Aufsummierung dieser Ziffern innerhalb eines Beobachtungsjahres erhält man die zusammengefasste Geburtenziffer, die als TFR (Total Fertility Rate) bezeichnet wird. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten dem aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren entspräche. Damit sich die Bevölkerung eines Landes auf natürliche Weise reproduziert, ist in hochentwickelten Ländern mit einer geringen Säuglings- und Kindersterblichkeit eine Zahl von durchschnittlich 2,1 Kindern je Frau erforderlich. Solange die Geburtenziffer unter diesem Wert bleibt, wird jede folgende Müttergeneration kleiner als die vorherige.

Wie die folgende Grafik (Abb. 1.14) veranschaulicht, wird dieser Wert derzeit von keinem EU-Land erreicht. In Irland, dem Staat mit der höchsten Geburtenziffer in der EU, bekam eine Frau durchschnittlich 2,03 Kinder. Deutlich überdurchschnittliche und auch vergleichsweise hohe Geburtenraten haben Frankreich (1,98) und die skandinavischen EU-Länder Schweden (1,88), Dänemark (1,85) und Finnland (1,83). Ebenfalls über der Gesamt-TFR für die EU-27-Staaten liegen die Benelux-Länder Niederlande (1,72), Belgien (1,80), Luxemburg (1,61) und Großbritannien (1,85)

1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

und Estland (1,64). Die geringsten Geburtenziffern weisen einige der neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten auf. Schlusslichter sind die Slowakei mit 1,25 und Rumänien mit 1,29 Kindern je Frau. Auch Deutschland ist ein Land mit einer sehr niedrigen Geburtenrate, die durchschnittliche Kinderzahl lag im Jahr 2007 bei 1,37.

Abb. 1.14: Zusammengefasste Geburtenziffern in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)



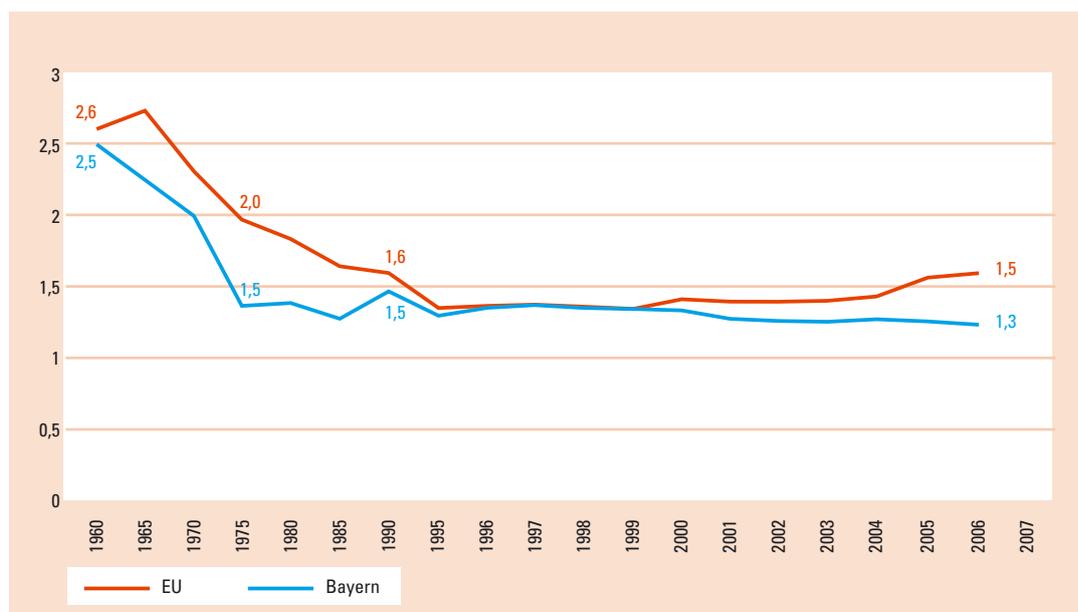
* Daten von 2006.

Quelle: Eurostat, Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung, Statistisches Bundesamt, Zentrum für Demografischen Wandel, U.S. Census Bureau; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Im Vergleich zu den anderen EU-Staaten liegt die Geburtenziffer in Deutschland (dies gilt speziell für das frühere Bundesgebiet) seit 30 Jahren auf sehr niedrigem Niveau. Die nachfolgende Grafik (Abb. 1.15) zeigt die zusammengefassten Geburtenziffern in den EU-Mitgliedsländern und Bayern für den Zeitraum von 1960 bis 2006. Erkennbar wird, dass in Bayern, wie auch im früheren Bundesgebiet, der Rückgang der TFR zum einen zeitlich früher einsetzt, und zum anderen deutlich stärker als im EU-Durchschnitt ist. Die Folge davon sind zunehmend schwächer besetzte Geburtenjahrgänge und damit auch immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter.

Als demographische Konsequenz zeichnet sich für Deutschland eine Alterung der Gesellschaft ab, die aufgrund der niedrigen Geburtenziffern seit 1975 selbst bei ansteigenden Geburtenzahlen in naher Zukunft nicht mehr aufzuhalten ist (siehe dazu Kapitel 6). Die Relationen zwischen Alt und Jung werden sich stark verändern. Im Jahr 2005 waren 20 % der deutschen Bevölkerung jünger als 20 Jahre, die 65-Jährigen und Älteren machten 19 % aus. Die übrigen 61 % stellten Personen im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahre dar. Nach den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird dagegen im Jahr 2050 nur etwa die Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter sein (vgl. Statistisches Bundesamt 2006). Der Anteil derjenigen, die 65 Jahre oder älter sind, wird auf über 30 % steigen und nur noch circa 15 % werden dann unter 20 Jahre alt sein.

Abb. 1.15: Zusammengefasste Geburtenziffern in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2006)



* bis 2002 Daten EU-15, bis 2005 Daten EU-25, ab 2006 EU-27.

Quelle: Eurostat, Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung, Statistisches Bundesamt, Zentrum für Demografischen Wandel, U.S. Census Bureau, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Bei der Interpretation der zusammengefassten Geburtenziffern ist zu berücksichtigen, dass diese Maßzahlen auf Querschnittsdaten beruhen, d. h. es werden alle Geburten eines Kalenderjahres auf alle in dieser Periode lebenden Geburtsjahrgänge im Alter von 15 bis 49 Jahren bezogen. Unterstellt wird damit eine gleichbleibende Fertilitätswahrscheinlichkeit über die verschiedenen Geburtskohorten hinweg, d. h. es wird beispielweise für heute 20-jährige Frauen angenommen, dass sie in 20 Jahren die gleiche altersspezifische Fertilität haben wie die heute 40-jährigen Frauen. Aufgrund dieser Annahmen können solche längsschnittlichen Interpretationen von Querschnittsdaten zu verzerrten Schätzungen der Kinderzahl pro Frau führen.

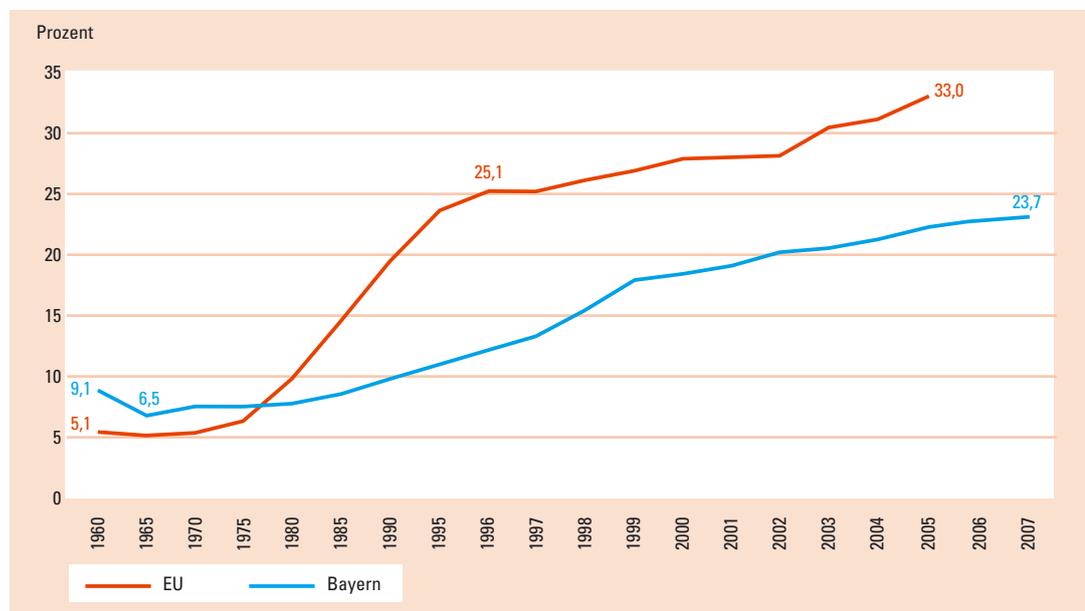
Die exakteste Methode, das Geburtenniveau darzustellen, ist die Bestimmung der Kohortenfertilität, d. h. die endgültige Kinderzahl von Frauengeburtsjahrgängen. Sie können jedoch erst rückwirkend bestimmt werden, wenn die reproduktive Phase eines (weiblichen) Geburtsjahrganges abgeschlossen ist, d. h. wenn die Frauen 45 Jahre oder älter sind. Wie hoch die endgültige Kinderzahl der heute noch jüngeren Frauen einmal sein wird, lässt sich anhand dieses retrospektiven Indikators nicht bestimmen.

Im Gegensatz zu früheren Generationen ist in Europa die Elternschaft nicht mehr sehr eng mit der Institution Ehe verbunden, der Anteil nichtehelich geborener Kinder hat in allen EU-Staaten in den letzten drei Jahrzehnten zugenommen (siehe Abb. 1.16 und Tab. 1.8 im Anhang). Im europäischen Durchschnitt wird derzeit etwa jedes dritte Kind außerhalb einer Ehe geboren. Allerdings verlief diese Entwicklung in einzelnen EU-Ländern teilweise sehr unterschiedlich. In einigen Ländern, z. B. in Griechenland, war die Zunahme nur sehr gering. In anderen Ländern, wie

1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

z. B. Schweden, Bulgarien und Deutschland, hat sich der Anteil nichtehelich geborener Kinder sehr deutlich erhöht. Allerdings setzte der Anstieg in diesen Ländern zu unterschiedlichen Zeiten ein. In Schweden ist eine kontinuierliche Zunahme seit Anfang der 1970er Jahre zu beobachten, in Bulgarien ein steiler Anstieg nach dem Ende der kommunistischen Ära im Jahr 1989 und in Deutschland ein stetiger Anstieg, der sich seit Ende der 1990er Jahre verstärkt. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich für die bayerischen Lebendgeborenen: Knapp ein Viertel von ihnen kommen nichtehelich zur Welt (siehe Abb. 1.16).

Abb. 1.16: Anteile nichtehelicher Lebendgeburten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2007)

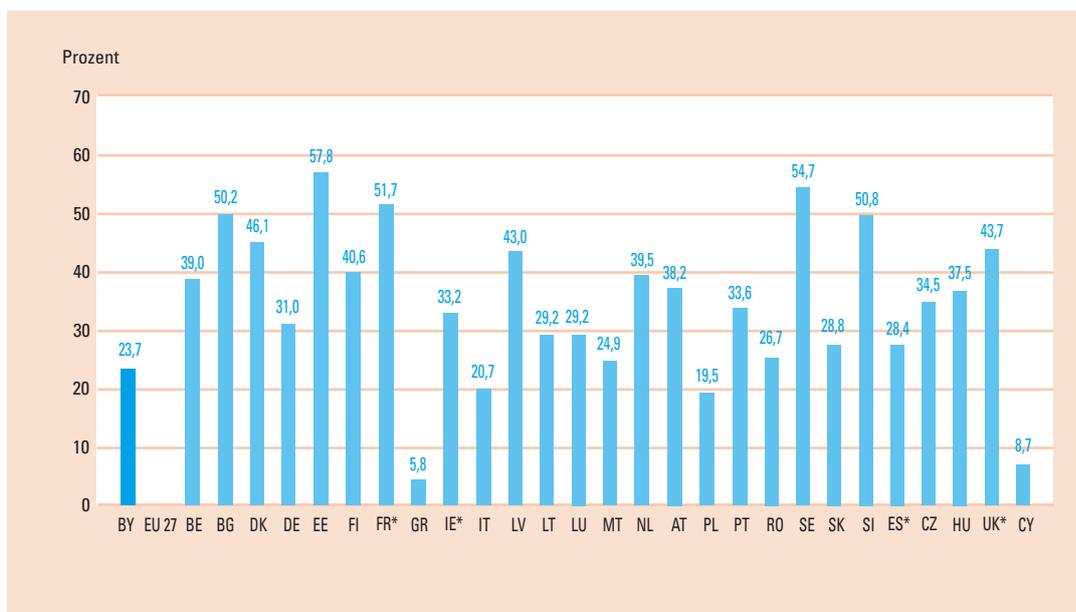


* bis 2002 Daten EU-15, ab 2003 Daten EU-25.

Quelle: Eurostat; Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung Ausgabe 2001, S. 89; Statistik kurz gefasst Thema 3 - 17/2002, S. 5, Thema 13/2004, S. 5, Thema 15/2005, S. 5; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Den größten Anteil nichtehelicher Geburten weist mit 57,8 % derzeit Estland auf. Damit hält die baltische Republik die Spitzenposition in der EU-27 vor Schweden, dessen Anteil ebenfalls sehr hoch ist (54,7 %). Nur in Frankreich (51,7 %), Slowenien (50,8 %) und Bulgarien (50,2 %) werden noch etwas mehr als die Hälfte Kinder nichtehelich geboren, für alle anderen Länder liegen die Anteilswerte unter der 50 %-Marke (vgl. Abb. 1.17). Kinder zu haben ohne verheiratet zu sein, ist demnach in einigen Ländern der EU zwar weit verbreitet, doch der überwiegende Teil der Kinder wird nach wie vor innerhalb einer Ehe geboren. Immer noch eine Ausnahme sind nichteheliche Kinder in Griechenland und auf Zypern, wo 2007 jeweils nur 5,8 % bzw. 8,5 % der Neugeborenen nichtehelich zur Welt kamen.

Abb. 1.17: Anteile nichtehelicher Lebendgeburten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)



* Daten von 2006, zur EU-27 lagen keine Daten vor.

Quelle: Eurostat; Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung Ausgabe 2001, S. 89; Statistik kurz gefasst Thema 3 - 17/2002, S.5, Thema 13/2004, S.5, Thema 15/2005, S.5; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Der Wert für Deutschland liegt im europäischen Vergleich relativ niedrig: 2007 kamen 31 % der Babys nichtehelich zur Welt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass innerhalb Deutschlands noch große Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern, in denen der Anteil nichtehelicher Geburten erheblich höher ist, bestehen. Dies zeigt auch der Wert für Bayern, der mit 23,7 % nichtehelicher Geburten unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Der Unterschied ist historisch bedingt. In Westdeutschland gab es ein seit Jahrzehnten etabliertes Muster der engen Koppelung von Heirat und Familiengründung, das auch heute von Bedeutung ist: Die „kindorientierte Eheschließung“. Demgegenüber war der Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen in Ostdeutschland sehr viel schwächer.

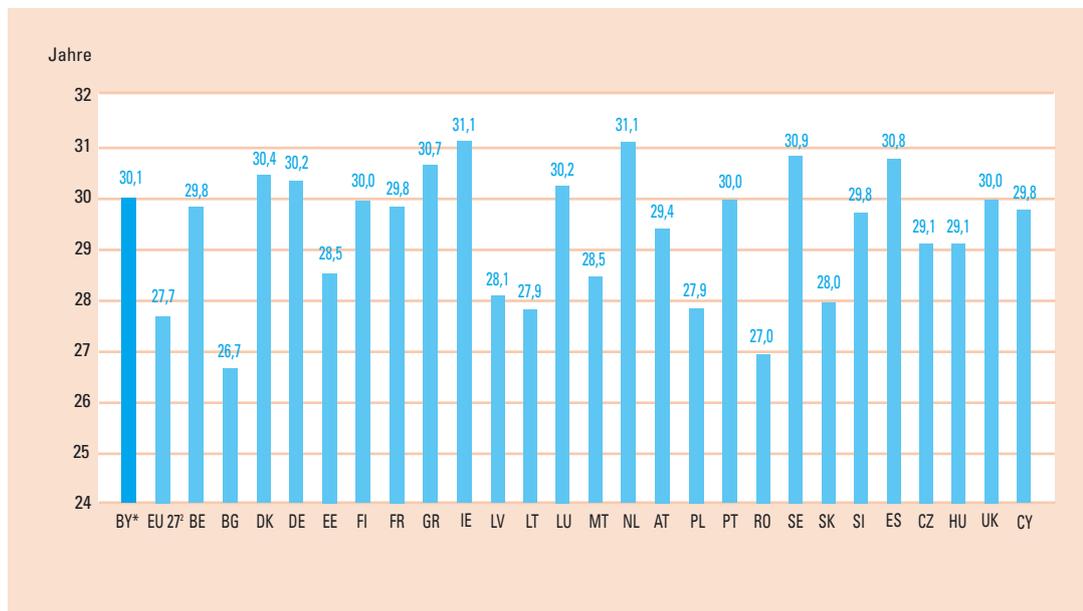
Neben der Zunahme nichtehelicher Geburten gibt es einen weiteren einheitlichen Trend in der EU hinsichtlich des generativen Verhaltens. Frauen bekommen durchschnittlich nicht nur weniger Kinder als noch vor einigen Jahrzehnten, sie entscheiden sich auch immer später zu diesem Schritt. Von 2000 bis 2006 hat sich in allen EU-Ländern außer in Bulgarien das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes erhöht, im Durchschnitt bekommen sie mit 27,7 Jahren ihr erstes Kind (vgl. Tab. 1.9 im Anhang).

Für Bayern zeigt sich ebenfalls ein kontinuierlicher Trend zur späteren Mutterschaft, ähnlich wie für Deutschland insgesamt. Lag das durchschnittliche Alter von Müttern bei der Geburt ihres ersten ehelichen Kindes im Jahr 1970 noch bei 25,0 Jahren, erfolgte der Übergang zur ersten Mutterschaft im Jahr 2007 im Mittel mit 30,1 Jahren, d. h. die Familiengründung erfolgt heute gut fünf Jahre später als vor knapp 40 Jahren.

1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

Wie die folgende Grafik (Abb. 1.18) zeigt, besteht hinsichtlich des Durchschnittsalters von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes ein Ost-West-Gefälle. Die EU-Länder mit dem niedrigsten Durchschnittsalter zählen zu der Gruppe der ehemaligen sozialistischen Länder.

Abb. 1.18: Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)



* durchschnittliches Alter der Frauen bei der Geburt des ersten ehelich geborenen Kindes, ² Daten von 2006.

Quelle: Eurostat; Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung Ausgabe 2006, S. 73; Statistisches Bundesamt Fachserie 1 Reihe 1.1 2006, Vienna Institute of Demography; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Daten des Mikrozensus.

In den skandinavischen und südeuropäischen Ländern und in den Benelux-Staaten sind die Mütter bei der Familiengründung durchschnittlich schon 30 Jahre oder älter. Ähnliche Werte weisen Großbritannien und Irland auf. Am jüngsten sind die Mütter bei der Geburt des ersten Kindes in Bulgarien (Mittelwert 26,7 Jahre) und Rumänien (27 Jahre).

1.4 Erwerbsbeteiligung

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt heute immer noch eine große Herausforderung für viele Familien dar. Beruf und Karriere auf der einen, Haushaltsarbeit und die Betreuung und Erziehung der Kinder auf der anderen Seite gut miteinander in Einklang zu bringen, ist für viele Eltern – und insbesondere für Mütter – nach wie vor problematisch. Daher regte der Europäische Rat bereits im Jahr 2000 die EU-Mitgliedstaaten an, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Berufs- und Familienleben zu erreichen und Strategien zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern zu entwickeln.

Trotz verschiedener politischer Gleichstellungsbemühungen (siehe Kapitel 2) zeigt sich, dass die Erwerbsbeteiligung von Männern über alle EU-Länder hinweg immer noch höher ist als die der

Frauen. Als Maß für die Erwerbsbeteiligung wird häufig die Erwerbstätigenquote herangezogen. Sie stellt den Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung bezogen auf die 15- bis 64-Jährigen dar. Diese Maßzahl darf nicht mit der Erwerbsquote verwechselt werden. Die Erwerbsquote steht für den Anteil der Erwerbspersonen – also Personen, die Arbeit haben oder suchen – an der gleichaltrigen Gruppe in der Gesamtbevölkerung.

In fast allen Ländern der EU ist die Frauenerwerbstätigenquote in den letzten zehn Jahren angestiegen. Für die EU zeigt sich ein Zuwachs von 49,6 % im Jahr 1995 auf 60,4 % im Jahr 2008 (im Zeitvergleich für die EU-15, vgl. Tab. 1.10 im Anhang). Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist umso stärker gestiegen, je geringer die Quote in der Vergangenheit war (z. B. in Spanien oder Irland). Dagegen ist sie in den Ländern weitgehend konstant geblieben, die bereits vor zehn Jahren ein hohes Niveau aufwiesen (z. B. Schweden oder Dänemark). In Bayern ist die Frauenerwerbstätigenquote von 60,6 % im Jahr 1998 auf 67,5 % in 2008 angestiegen.

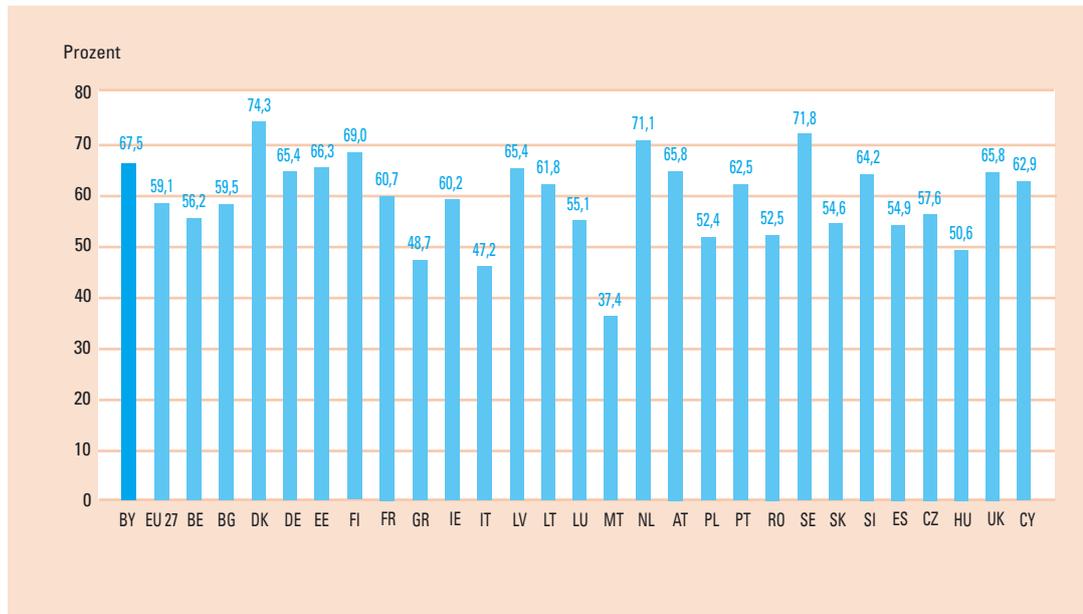
Nach wie vor liegt jedoch die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Männer EU-weit mit 72,8 % deutlich höher als die der gleichaltrigen Frauen mit 59,1 %. Die Unterschiede in der Erwerbstätigenquote von Männern und Frauen variieren jedoch zwischen den einzelnen Ländern erheblich. Besonders gering ausgeprägt sind die Unterschiede in den skandinavischen Ländern Finnland (Männer 73,1 %, Frauen 69,0 %), Schweden (Männer 76,7 %, Frauen 71,8 %) und Litauen (Männer 67,1 %, Frauen 61,8 %), am deutlichsten zeigen sich Differenzen in den südeuropäischen Ländern Malta (Männer 72,5 %, Frauen 37,4 %), Griechenland (Männer 75,0 %, Frauen 48,7 %), Italien (Männer 70,3 %, Frauen 47,2 %) und Spanien (Männer 73,5 %, Frauen 54,9 %). In Deutschland lag die Erwerbstätigenquote von Männern im Jahr 2008 bei 75,9 %, die der Frauen bei 65,4 % und damit gut zehn Prozentpunkte niedriger (vgl. Tab. 1.11 im Anhang).

Im Freistaat Bayern liegt die Erwerbstätigenquote bei den Frauen derzeit bei 67,5 % und damit deutlich höher als der Bundesdurchschnitt und auch über dem Mittelwert für die EU-27-Staaten. Eine höhere Frauenerwerbstätigenquote als Bayern weisen derzeit in Europa nur die skandinavischen Staaten Dänemark, Finnland und Schweden und die Niederlande auf. Auch in Frankreich, einem Land, das in der Diskussion um familienpolitische Maßnahmen und aufgrund seiner hohen Geburtenrate oft als gutes Beispiel herangezogen wird, ist die Frauenerwerbstätigenquote mit 60,7 % niedriger (vgl. Abb. 1.19). Geringe Erwerbstätigenquoten von Frauen weisen die südeuropäischen Länder Griechenland (48,7 %), Italien (47,2 %) und Malta (37,4 %) auf.



1 Familienhaushalte im europäischen Vergleich

Abb. 1.19: Frauenerwerbstätigenquote in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2008)



Quelle: Eurostat; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Daten des Mikrozensus, *ifb*-Berechnungen.

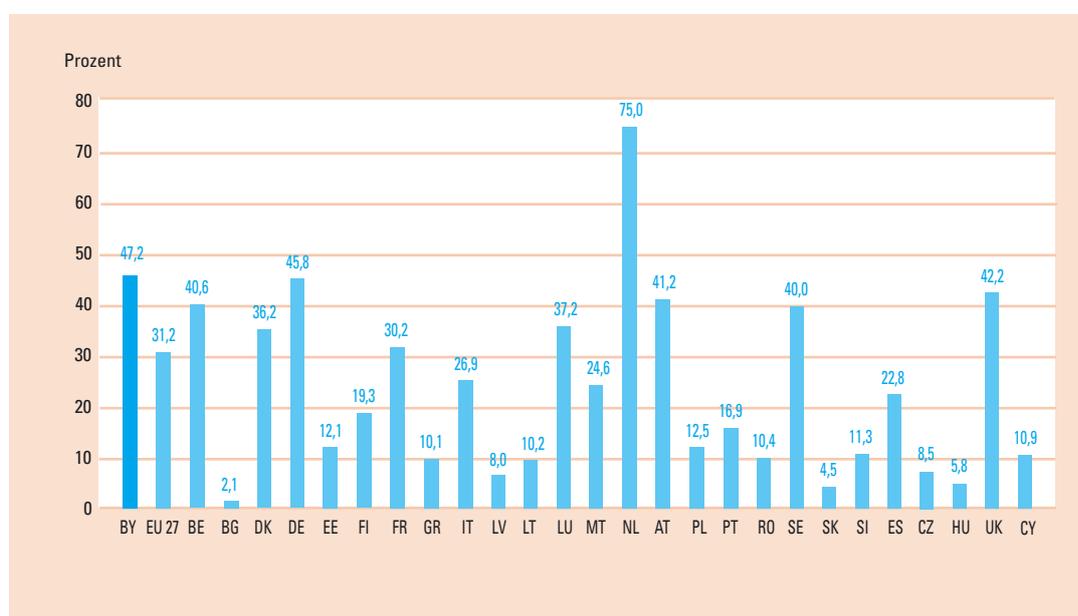
Für die Beteiligung am Erwerbsleben ist nicht nur die Erwerbstätigenquote ein wichtiger Indikator. Entscheidend ist auch das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung, da der Umfang der Arbeitszeit eine wichtige Rolle für die Integration ins Berufsleben spielt. Teilzeitarbeit bietet im Gegensatz zu einer Vollzeitbeschäftigung dabei Vor- und Nachteile. Sie ermöglicht einerseits, Erwerbstätigkeit und Familienleben zeitlich besser zu koordinieren. Auf der anderen Seite kann damit auch ein Einbruch in der beruflichen Karriere verbunden sein, wenn sie beispielsweise mit mangelndem beruflichem Engagement in Verbindung gebracht wird. Im Hinblick auf die nach wie vor vorherrschenden traditionellen Geschlechterrollenbilder (vgl. Kapitel 5) gilt dies insbesondere für Männer. Eine reduzierte Arbeitszeit bedeutet aber auch Lohnverzicht, wodurch nicht immer ein Existenz sicherndes Einkommen gewährleistet ist, und hat oft negative Auswirkungen auf die staatliche Alterssicherung.

Trotz aller politischen Zielsetzungen um eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Berufs- und Familienleben ist die Teilzeitbeschäftigung immer noch hauptsächlich Frauensache. Dies zeigt sich daran, dass die Teilzeitquoten von Männern in den einzelnen Ländern Europas nach wie vor meist unter 10 % liegen (vgl. Tab. 1.11 im Anhang), eine Ausnahme hiervon sind die Niederlande mit 20,1 %. Große Unterschiede zwischen den Ländern zeigen sich bei der Teilzeitquote⁹ erwerbstätiger Frauen. Sehr niedrige Teilzeitquoten, teilweise deutlich unter 10 %, weisen die post-sozialistischen Länder auf (vgl. Abb. 1.20). Auch in den südeuropäischen Ländern ist eine Teilzeitbeschäftigung von Frauen mäßig häufig verbreitet. Der Wert für Frankreich

⁹ Nach der Definition von Eurostat handelt es sich bei den Teilzeitbeschäftigten um Beschäftigte, deren normale Arbeitszeit kürzer als die reguläre Arbeitszeit ist. Diese Definition umfasst alle Formen der Teilzeitarbeit (Halbtagsbeschäftigung, Beschäftigung an einem, zwei oder drei Tagen in der Woche usw.). Hinzuzufügen ist, dass zwar die Kategorie der „Vollzeitbeschäftigten“ relativ homogen ist, dies aber nicht für die „Teilzeitbeschäftigten“ gilt, deren Arbeitszeit weniger als 20%, aber auch mehr als 80% der regulären Arbeitszeit der Einheit sein kann (http://eur-lex.europa.eu/pr/de/oj/dat/1998/L_344/L_34419981218de00490080.pdf).

liegt nahe am EU-Durchschnitt von 31,2 %. In Deutschland arbeitet fast jede zweite Frau Teilzeit, was die hohe Frauenerwerbstätigenquote relativiert. Zwar sind in Deutschland relativ viele Frauen erwerbstätig, aber eben auch viele von ihnen in einem Teilzeit-Arbeitsverhältnis. Als Ausreißer ragen die Niederlande hervor, in der eine Teilzeiterwerbstätigkeit arbeitsmarktpolitisch bereits seit den 1980er Jahre gefördert wird: Hier liegt die Teilzeitquote der Frauen bei 75 %.

Abb. 1.20: Teilzeitquote von Frauen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)



Quelle: Eurostat; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Daten des Mikrozensus.

Obwohl die Erwerbstätigkeit von Frauen in fast allen europäischen Ländern zugenommen hat, erweist sich die Anwesenheit von minderjährigen Kindern weiterhin als Hürde für die Erwerbstätigkeit von Frauen: Mütter sind seltener berufstätig als Frauen ohne Kinder. Die Daten für die Altersgruppe der 25- bis 49-jährigen Frauen zeigen, dass Mütter mit minderjährigen Kindern in fast allen Ländern der EU deutlich seltener einer Arbeit nachgehen als Frauen ohne minderjährige Kinder. Im EU-Durchschnitt waren im Jahr 2007 78,7 % der Frauen ohne Kinder und 67,5 % der Mütter mit minderjährigen Kindern erwerbstätig (vgl. Statistisches Bundesamt 2009, S. 47f.). Für Deutschland war diese Differenz noch ausgeprägter: Die Erwerbstätigenquote von kinderlosen Frauen in dieser Altersklasse war 2007 mit 82,9 % vergleichsweise hoch. Der Anteil der Mütter zwischen 25 und 49 Jahren, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, lag dagegen bei 69,3 % und damit im europäischen Durchschnitt. Lediglich in Portugal und Slowenien arbeiteten 2007 die Mütter genauso häufig wie kinderlose Frauen. Bei den Männern der gleichen Altersgruppe lässt sich ein gegenteiliger Effekt beobachten: Väter zwischen 25 und 49 Jahren wiesen in allen EU-Ländern höhere Erwerbstätigenquoten auf als die gleichaltrigen Männer ohne Kinder.

In welchem Umfang Mütter erwerbstätig sind, wird von der Anzahl und dem Alter der Kinder stark beeinflusst. Solange kleine Kinder im Haushalt leben, ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern in den meisten europäischen Ländern niedriger. Während die Erwerbstätigenquote von Müttern EU-weit bei 65,8 % liegt, sinkt sie auf einen Wert von 61,7 %, wenn ein Kind unter fünf Jahren im Haushalt ist (vgl. Tab. 1.12 im Anhang). Während in Deutschland zwei Drittel aller Mütter erwerbstätig sind, geht dieser Anteil auf 43,3 % zurück, wenn das jüngste Kind im Haushalt unter drei Jahren ist. Im Freistaat Bayern waren im Jahr 2007 insgesamt 68,3 % aller Mütter erwerbstätig und 53,4 % der Mütter, die ein Kind unter sechs Jahren betreuen. War das jüngste Kind im Haushalt noch jünger als drei Jahre, lag die Erwerbsbeteiligung der bayerischen Mütter bei 43,4 %.¹⁰ Mit steigendem Alter der Kinder und damit auch mit abnehmendem Betreuungsaufwand seitens der Eltern und zunehmender institutioneller Betreuung steigt die Erwerbsbeteiligung von Müttern. In fast allen EU-Staaten ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit drei oder mehr Kindern ebenfalls niedriger als die allgemeine Erwerbstätigenquote. Allerdings zeigt sich für die einzelnen Länder ein ausgesprochen heterogeneres Bild (vgl. Tab. 1.12 im Anhang).

Auch wenn im Durchschnitt zwei Drittel der Mütter in der EU erwerbstätig sind, überwiegt nur in den ehemals sozialistischen Ländern ein „Dual Earner“-Modell in dem Sinne, dass beide Partner einer gleichwertigen Erwerbstätigkeit nachgehen, d. h. beide Vollzeit oder beide Teilzeit berufstätig sind. In den west- und südeuropäischen Staaten findet sich als Erwerbskonstellation in den Familien nach wie vor das „Male Breadwinner“-Modell, d. h. der Vater übernimmt hauptsächlich die Funktion des „Ernährers“ der Familie. Dabei ist insbesondere in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Italien und Spanien das traditionelle Modell noch weit verbreitet, nach dem die Mutter gar nicht erwerbstätig ist, während in Deutschland, Österreich, den Benelux-Ländern und Großbritannien häufig das „Zuverdiener-Modell“ praktiziert wird, in dem die Mutter einer zeitlich und monetär gering ausgeprägten Beschäftigung nachgeht (vgl. Tab. 1.13 im Anhang). Auf eine inhaltlich tiefere Beschreibung dieser Erwerbsmuster in verschiedenen europäischen Ländern und die gesellschaftlichen und familienpolitischen Zusammenhänge wird im Kapitel 3 näher eingegangen.

Literatur

Mühling, Tanja/Rost, Harald (2006): *ifb* Familienreport Bayern 2006. Zur Lage der Familie in Bayern. Schwerpunkt: Väter in der Familie. *ifb*-Materialienband 6-2006.

Peuckert, Rüdiger (2008): Familienformen im sozialen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag.

Schulze, Alexander (2009): Sozioökonomische Konsequenzen der Fertilität. Folgen der Geburt von Kindern für den Wohlstand von Paarhaushalten. Wiesbaden: VS Verlag.

Statistisches Bundesamt (2009): Im Blickpunkt: Jugend und Familie in Europa, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorberechnung, Wiesbaden.

Steinbach, Anja (2008): „Stieffamilien in Deutschland“. Ergebnisse des „Generations and Gender Survey“ 2005. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 33, 2/2008, S. 153-180, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

¹⁰ Aufgrund des Zugangs zum Mikrozensus konnten die Erwerbstätigenquoten für Deutschland und Bayern auch für die Mütter mit Kindern unter drei Jahren berechnet werden, mit den Daten des Labour Force Survey war das für einen europäischen Vergleich nicht möglich.

2. FAMILIENPOLITIK IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

(TANJA MÜHLING)

Zielsetzung des folgenden Kapitels ist es, die wichtigsten Instrumente der Familienpolitik in den EU-Mitgliedstaaten vergleichend zu thematisieren. Dazu gehören insbesondere finanzielle Transfers für Familien, Freistellungsmaßnahmen, Angebote der institutionellen Kinderbetreuung sowie zentrale Aspekte der Besteuerung von Familien. Neben der aktuellen Situation wird punktuell auch der historische Hintergrund und die sozialpolitische Motivation, die zur spezifischen Ausgestaltung der familienpolitischen Instrumente in den einzelnen Staaten geführt hat, knapp erläutert. Darüber hinaus wird gezeigt, mit welchen familienpolitischen Reformen die europäischen Wohlfahrtsstaaten in jüngerer Zeit auf Herausforderungen wie sinkende Geburtenzahlen und die gestiegene Erwerbsneigung von Müttern reagiert haben. Die zentrale Aufgabe dieses Kapitels ist es jedoch, die verschiedenen Länder nach ihrer familienpolitischen Ausrichtung zu Ländergruppen zusammenzufassen und Deutschland darin einzuordnen.

Die wichtigste Informationsquelle für diesen Beitrag ist neben der OECD Family Database die MISSOC-Datenbank der Europäischen Union, in der systematisch über die Ausgestaltung einzelner sozialpolitischer Maßnahmen in allen EU-Mitgliedstaaten berichtet wird. Dank dieser online verfügbaren Informationen ist es gelungen, den Stand der Instrumente der nationalen Familienpolitiken zum 1. Januar 2009 zu beschreiben.

Da eine komparative Perspektive stets Vereinfachungen in der Darstellung notwendig macht, versucht der vorliegende Beitrag die jeweils wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede darzustellen, ohne sich in den Details einzelner familienpolitischer Regelungen zu verlieren. Es war deshalb erforderlich, Kategorisierungen von familienpolitischen Instrumenten vorzunehmen, die unvermeidlich zu Unschärfen führen. Beispielsweise verlaufen die Grenzen zwischen Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld und Betreuungsgeld in manchen Ländern fließend, wenn diese Instrumente in übergeordneten Leistungen zusammengefasst sind. Instrumente, die regional begrenzt gelten und damit den Familien nur in bestimmten Landesteilen (z. B. in einzelnen Bundesländern) zur Verfügung stehen, finden in den folgenden Ausführungen keine Berücksichtigung. Diese Einschränkung spielt v. a. bei föderalistisch aufgebauten Staaten eine Rolle. So wird in Kapitel 2.2 zwar das bundesweit geltende Elterngeld thematisiert, das in Bayern und Thüringen existierende Landeserziehungsgeld wird jedoch nicht in den europäischen Vergleich einbezogen.

Dieses Kapitel konzentriert sich auf die Rahmenbedingungen von Familien mit leiblichen Kindern ohne Behinderung, da diese die Mehrheit der Familien ausmachen. Spezielle Leistungen für Adoptiv- und Pflegefamilien sowie für Familien mit Kindern, die von einer Behinderung betroffen sind, werden hingegen nicht thematisiert.

2.1 Familienpolitik in Europa: Institutionelle Rahmenbedingungen von Elternschaft in den Mitgliedstaaten der EU im Überblick

Günstige Entwicklungen wie der steigende Lebensstandard, der medizinische Fortschritt, der Wandel der Frauenrolle und andere soziale Veränderungen haben dazu beigetragen, dass die Geburtenraten in Europa seit Längerem deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau liegen und die europäische Bevölkerung zunehmend altert. Die Mitgliedstaaten der EU bemühen sich daher im Bereich der Sozialpolitik um wirksame Strategien, mit denen sie den Herausforderungen des demografischen Wandels konstruktiv begegnen können. In diesem Kontext kommt der Familienpolitik die Aufgabe zu, gute Rahmenbedingungen für Elternschaft und Familienleben, für die Fürsorge für pflegebedürftige Angehörige sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen.

Eine „**europäische Familienpolitik**“ im engeren Sinne gibt es nicht, da die vorhandenen Rechtsgrundlagen keine unmittelbare Zuständigkeit der EU für Familienpolitik bieten. Das Recht von Familien auf sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz wird zwar in Artikel 33 der Charta der Grundrechte der Europäischen Gemeinschaft ausdrücklich erwähnt¹¹ (vgl. Gerlach 2004: 275), familienpolitische Fragen fallen jedoch im Wesentlichen in die alleinige Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Auf europäischer Ebene ist die Familienpolitik bislang nicht über den Status einer unselbständigen Querschnittspolitik aus den Bereichen Binnenmarkt, Sozialpolitik, Berufsausbildung und Jugend, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz und Umwelt hinausgekommen. Deshalb kann die EU bei der Familienpolitik nur indirekt eingreifen. Die EU ist beispielsweise zuständig für die Zielvorgabe der europäischen Beschäftigungsstrategie und für Chancengleichheit. In diesem Zusammenhang kann sie sich beispielsweise mit der Benachteiligung von Frauen, die erziehen oder pflegen, in der Rentenberechnung beschäftigen. Auf diese Weise gelangen familienpolitische Themen zumindest indirekt in den Koordinierungsausschuss. Im Jahr 2007 wurde zudem die „Europäische Allianz für Familien“ geschaffen, die den EU-Mitgliedstaaten als Plattform für den Austausch von bewährten Verfahren und von Forschungsergebnissen dienen soll. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass der demografische Wandel für alle europäischen Länder gemeinsame Herausforderungen und Fragen von allgemeinem Interesse mit sich bringt, denen am ehesten gemeinsam begegnet werden kann. Und tatsächlich nähern sich die Familienpolitiken der EU-Staaten in der jüngeren Vergangenheit – bei allen nach wie vor bestehenden Unterschieden – einander an, so dass eine Verständigung über ein gemeinschaftliches Vorgehen zumindest partiell möglich und sinnvoll wird.

Im Vergleich mit anderen Kulturkreisen, etwa dem orientalischen Raum, überwiegen in Europa ohnehin die Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Struktur von Familie und der familienpolitischen Interventionen. Die Industrialisierung, die Herausbildung kapitalistischer Marktwirtschaften, die Aufklärung, Säkularisierung, Demokratisierung und Liberalisierung sowie der Aufstieg der Wissenschaften und des Rechts haben das Europa der Moderne geprägt. Bezogen auf die Familie hat sich seither in ganz Europa die Kernfamilie als dominierende Haushaltsform herausgebildet, begleitet von einem Rückgang der Geburten und sinkenden Haushaltsgrößen. Dennoch variieren Ursprung und Entwicklung der Familienpolitik in den europäischen Ländern sehr, wie sich auch die institutionelle Verankerung der Familie im europäischen Vergleich sehr unterscheidet. Thomas Bahle bringt dies folgendermaßen auf den Punkt: „Der Wandel der Familie und die Entwicklung der Familienpolitik waren *gesamteuropäische Prozesse*, die durch *spezifische institutionelle und strukturelle Bedingungen* in den einzelnen Ländern auf besondere Art und Weise verliefen“ (Bahle 1995: 16).

¹¹ In Abs. 2 werden mit Bezugnahme auf die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben explizit der „Schutz vor Entlassung aus einem mit der Mutterschaft zusammenhängenden Grund“ sowie der „Anspruch auf einen bezahlten Mutterschaftsurlaub und auf einen Elternurlaub“ genannt.

Zwischen dem Wohlfahrtsstaat und der Familie besteht historisch gesehen ein enges Verhältnis. Bestehende Familienstrukturen und Muster der innerfamilialen Arbeitsteilung prägen die Institutionen des Wohlfahrtsstaates wie etwa das Renten- und Steuersystem. Zugleich bleiben wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen nicht ohne Auswirkungen auf die Familie, beispielsweise führte die Einführung einer staatlichen Alterssicherung zu einer ökonomischen Unabhängigkeit der Älteren von der Generation ihrer Kinder, was sich langfristig und unintendiert auch auf das generative Verhalten auswirkte. Die einzelnen Nationalstaaten in Europa setzten sich in Abhängigkeit von ihren spezifischen kulturellen und ökonomischen Bedingungen sehr unterschiedliche Ziele für ihre Familienpolitik. „Der Vergleich der Ursprünge der Familienpolitik offenbart tief verwurzelte, institutionelle Unterschiede. Einige Länder schufen Familienpolitik, um die traditionelle Familie zu schützen, im Gegensatz dazu trieben andere Länder eine moderne Familienpolitik voran, welche die Gesellschaft verändern und die Familie modernisieren wollte. Immer noch gibt es Länder, in denen familienpolitische Leistungen schwach entwickelt sind und Familie Privatsache ist“ (Strohmeier et al. 2006: 67). Dementsprechend variieren auch die Zielgruppen, Träger, Mittel und Wirkungen der familienpolitischen Maßnahmenbündel zwischen den Ländern und Ländergruppen erheblich.

Die Notwendigkeit von Familienpolitik, verstanden als „die Gesamtheit der Maßnahmen und Einrichtungen, mit denen die Träger der Politik das Ziel verfolgen, die Familie zu schützen und zu fördern“ (Lampert / Althammer 2001: 335), ergibt sich zum einen, weil die Institution Familie durch den sozialen Wandel in der Erfüllung ihrer für die Gesellschaft wichtigen Aufgaben beeinträchtigt ist¹², und zum anderen, weil bestimmte Familientypen hinsichtlich ihrer Lebenslage gegenüber anderen Gesellschaftsmitgliedern stark benachteiligt sind.¹³ Eine wichtige **Zielsetzung der Familienpolitik** ist es daher, die materielle Sicherung der Familie zu gewährleisten, allen Kindern unabhängig von der Schichtzugehörigkeit und der Struktur ihrer Familie ein Höchstmaß an Entwicklungschancen zu verschaffen und die Erziehungsfähigkeit der Eltern zu fördern. Es ist nicht zuletzt davon auszugehen, dass günstige ökonomische Rahmenbedingungen für die Versorgung und Erziehung von Kindern sowie eine gute Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit Menschen mit Kinderwunsch die Entscheidung zur Elternschaft erleichtern und sich auf diese Weise positiv auf die Geburtenraten auswirken. Des Weiteren spielen auch geschlechter- und wirtschaftspolitische Erwägungen bei der Ausgestaltung der Familienpolitik eine Rolle. Die einzelnen europäischen Länder und Ländergruppen setzen in der Familienpolitik unterschiedliche Schwerpunkte, grundsätzlich haben die genannten Motive der Familienpolitik angesichts vergleichbarer Prozesse gesellschaftlichen Wandels und ähnlicher Tendenzen in der demographischen Entwicklung jedoch in allen europäischen Ländern eine gewisse Gültigkeit.

Familienpolitik besteht aus **Interventionen**, d. h. aus Maßnahmen, die in historisch und biographisch gewachsene soziale Verhältnisse direkt oder indirekt eingreifen und dabei u. U. auch nicht beabsichtigte Folgewirkungen zeitigen. Dabei lassen sich vier wesentliche Interventionsformen unterscheiden:

1. Maßnahmen, die den rechtlichen Status der Familienmitglieder beeinflussen, z. B. im Familien-, Arbeits- oder Sozialrecht (rechtliche Intervention)
2. Maßnahmen, die die wirtschaftlichen Ressourcen der Familie beeinflussen, z. B. Mindestlöhne, Familienlastenausgleich (ökonomische Intervention)

¹² Es ist beispielsweise Aufgabe der Familienpolitik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zeiten gesteigener Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erleichtern, damit Familien ihre Reproduktions- und Sozialisationsfunktion erfüllen können.

¹³ Insbesondere ist die finanzielle Situation von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien wesentlich ungünstiger als die ökonomische Lage kleiner Kernfamilien oder gar kinderloser Ehepaare.

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

3. Maßnahmen, welche die Umwelt und damit die Gelegenheitsstrukturen für Familien beeinflussen, z. B. Infrastrukturen, soziale Dienste, Wohnungspolitik (ökologische Intervention)
4. Maßnahmen, die sich auf die Förderung oder Wiederherstellung von Fähigkeiten der Familienmitglieder richten, z. B. im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen (personenbezogene Intervention)

Die oben angesprochenen Zielsetzungen der Familienpolitik werden im Wesentlichen in Form von finanziellen Transfers, Steuervergünstigungen, Dienstleistungen und den familienbezogenen rechtlichen Regelungen verfolgt und zielen entweder auf einen Ausgleich der Lasten von Familien im Allgemeinen, auf eine Erleichterung des Übergangs zur Elternschaft oder auf die Unterstützung von Alleinerziehenden ab (vgl. Tab. 2.1). Das umfangreiche familienpolitische Maßnahmenpektrum gestattet es jedem EU-Mitgliedstaat, seine Politik an der eigenen Bedarfslage und Zielsetzung auszurichten. Da dieser Beitrag einen Überblick über Familienpolitik in Europa geben soll, wird im Folgenden nur auf die zentralen Instrumente des Kindergeldes, des Elterngeldes, auf grundlegende Besteuerungsformen und die öffentlichen Kinderbetreuungsangebote eingegangen.

Tab. 2.1: Zentrale Instrumente der Familienpolitik

Zielbereich der familienpolitischen Instrumente	Art des familienpolitischen Instruments			
	Finanzielle Transfers	Steuervergünstigungen	Dienstleistungen	Familienbezogene rechtliche Regelungen
Familienlastenausgleich	Kindergeld Ausbildungshilfen (BaFöG) Wohngeld / Eigenheimzulagen	Ehegattensplitting Familiensplitting Kinderfreibetrag	Angebote der Familienbildung Ehe- und Erziehungsberatung Beitragsfreier Krankenversicherungsschutz für nicht erwerbstätige Familienangehörige	Rentenrecht (insbesondere Anrechnung von Erziehungszeiten)
Erleichterung des Übergangs zur Elternschaft	Mutterschaftsgeld Geburtzuschüsse Elterngeld / Erziehungsgeld		Kinderbetreuungsangebote Angebote der Familienbildung Ehe- und Erziehungsberatung	Mutterschutz Elternzeit / Erziehungsurlaub Adoptionsrecht
Unterstützung von Alleinerziehenden	Spezielle Transfers (z. B. Halbwaisenrente) Zuschläge zu den allgemeinen Transfers	Spezielle Freibeträge	Unterhaltsvorschuss Angebote der Familienbildung Ehe- und Erziehungsberatung	Sorgerecht, Unterhaltsrecht Spezielle Freistellungsregelungen

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Bahle 1995: 19f.

Eine einfache Zuordnung von Ländern zu **Familienpolitikstilen** lässt sich vornehmen, wenn man jeweils den Grad, in dem Familien für die familiäre Kinderziehung finanzielle Transfers bzw. Steuererleichterungen erhalten, und den Umfang der öffentlichen Kinderbetreuungsangebote gegenüberstellt. Die resultierende Vier-Felder-Tafel von Wohlfahrtsstaaten (vgl. Tab. 2.2) macht länderspezifische Unterschiede in der familienpolitischen Ausgestaltung leichter fassbar. Als Begriffspaar

zur Typologisierung wohlfahrtsstaatlicher Regimes dient Familialismus vs. De-familialisierung. Ein familialistischer Wohlfahrtsstaat ist derjenige, der den Familienhaushalten ein Maximum an Wohlfahrtsleistungen gewährt, wohingegen ein de-familialistischer Wohlfahrtsstaat durch politische Maßnahmen gekennzeichnet ist, die die Abhängigkeit von Aufgaben in der Familie verringern und somit die individuelle Verfügung über ökonomische Ressourcen unabhängig von der Familie oder der Ehe maximieren (vgl. Esping-Andersen, 1999: 45f.). Während in einem familialistischen Wohlfahrtsstaat die Familie als Einheit betrachtet wird, Leistungen an die Familien als Ganzes adressiert werden und Einkommensumverteilungen zwischen Haushalten ohne und mit Kindern bzw. zwischen den Gesellschaftsschichten vorgenommen werden, hat eine de-familialistische Politik die Individuen im Auge und forciert eine individuelle Förderung und Entfaltung. Als Beispiel für „De-familialismus“ kann die Familienpolitik Schwedens herangezogen werden, die auf die Verbreitung der öffentlichen Kinderbetreuung, aber kaum auf finanzielle Entlastungen für die Familie setzt. Die südeuropäischen Länder zeichnen sich ebenso wie die liberalen Wohlfahrtsstaaten Irland und Großbritannien durch ein geringes Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung und geringe Transferzahlungen an die Familien aus, in Anlehnung an Opielka (2004: 112) lässt sich hier von einem „impliziten Familialismus“ sprechen. Deutschland, insbesondere West-Deutschland gehört ebenso wie Österreich, Luxemburg und die Niederlande zu denjenigen Ländern, die bisher v. a. auf großzügige Transferzahlungen für die Kindererziehung in den Familien bei einem geringen Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung setzen. In diesen „explizit familialistischen“ Staaten dominiert eine Familienabhängigkeit, wenn es z. B. um die Betreuung von Kindern oder die Pflege von alten und kranken Angehörigen geht. Der „optionale Familialismus“ Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Finnlands und Norwegens ist demgegenüber durch ein gut ausgebautes und professionelles Kinderbetreuungsangebot sowie durch relativ hohe Transferzahlungen für die Kindererziehung in den Familien gekennzeichnet, was dazu führt, dass Familien über eine vergleichsweise hohe Wahlfreiheit verfügen.

Tab. 2.2: Familienpolitikstile in Europa im Überblick

öffentliche Kinderbetreuungsangebote	Finanzielle Transfers und steuerliche Entlastungen für familiäre Kindererziehung	
	geringer	stärker
wenig	„impliziter Familialismus“	„expliziter Familialismus“
viel	„De-Familialismus“	„optionaler Familialismus“

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Opielka 2004: 112f.

Selbstverständlich ist die oben beschriebene Klassifizierung der europäischen Länder weder unumstritten noch als statisch zu betrachten. Tiefgreifende familienpolitische Reformen und sogar Pfadwechsel sind möglich, so dass einzelne Staaten in Zukunft vielleicht einem anderen Familienpolitikstil zugeordnet werden müssen. Sollte Deutschland beispielsweise den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote in der derzeit geplanten Weise realisieren, ohne die finanziellen Leistungen für Familien nennenswert zu kürzen, so wäre dies im Kontext der beschriebenen Typologie mit einem Wechsel vom expliziten zum optionalen Familialismus verbunden.

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

Für die postkommunistischen EU-Mitgliedstaaten greift die von Esping-Andersen entwickelte Wohlfahrtsstaatstypologie ohnehin nur sehr eingeschränkt, da die Pfadabhängigkeit der Entwicklung und eine längere wohlfahrtsstaatliche Tradition aufgrund des radikalen Systemwechsels Anfang der 1990er Jahre hier nicht gegeben ist. Die osteuropäischen Länder befinden sich noch immer in einem wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Transformationsprozess, der von hoher Arbeitslosigkeit, hohen Armutsraten und geringen finanziellen Mitteln begleitet wird. Bei der Finanzierung von familienpolitischen Maßnahmen spielen daher EU-Fördermittel eine zentrale Rolle (vgl. Steidle 2007: 15f.).

Es stellt sich nun die Frage, welche familienpolitischen Rahmenbedingungen sich günstig auf das generative Verhalten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auswirken.¹⁴ Hinsichtlich der **empirisch belegbaren Effekte von Familienpolitik** ist aus international vergleichenden Studien Folgendes festzuhalten:

Auffallend oft findet sich in Ländern mit hoher Erwerbsbeteiligung von Frauen eine relativ hohe Fertilität, d. h. dass die Integration von Frauen im Erwerbsleben und das generative Verhalten positiv korrelieren (vgl. z. B. Brewster / Rindfuss 2000, Engelhardt / Prskawetz 2004). Ein positiver Zusammenhang lässt sich auf Länderebene des Weiteren zwischen der Geburtenrate und dem Anteil der in Einrichtungen oder durch Tagesmütter betreuten Kinder unter drei Jahren ermitteln. Dies war nicht immer so: Bis Mitte der 1980er Jahre war im internationalen Vergleich ein negativer Zusammenhang zwischen der Frauenerwerbsquote und der Fertilitätsrate feststellbar. Länder, in denen Frauen auch nach dem Übergang zur Mutterschaft zu hohen Anteilen berufstätig waren bzw. sein mussten, wiesen niedrigere Geburtenzahlen auf als Länder, in denen das traditionelle Ernährermodell verbreitet war. Dies zeigt, dass insbesondere bei den Frauen private Lebensziele und die Bewertung biografischer Optionen in den letzten Jahrzehnten erheblichen Veränderungen unterlagen und dass einmal gefundene familienpolitische Wirkungszusammenhänge keineswegs unumstößlich sind, denn das „Handeln der Menschen und ihre biographischen Entscheidungen werden selbstverständlich nicht ausschließlich ... von der



¹⁴ Eine handlungstheoretische Analyse der Wirkungsweise von Familienpolitik auf die Fertilität findet sich z. B. bei Strohmeier et al. 2006: 53-66.

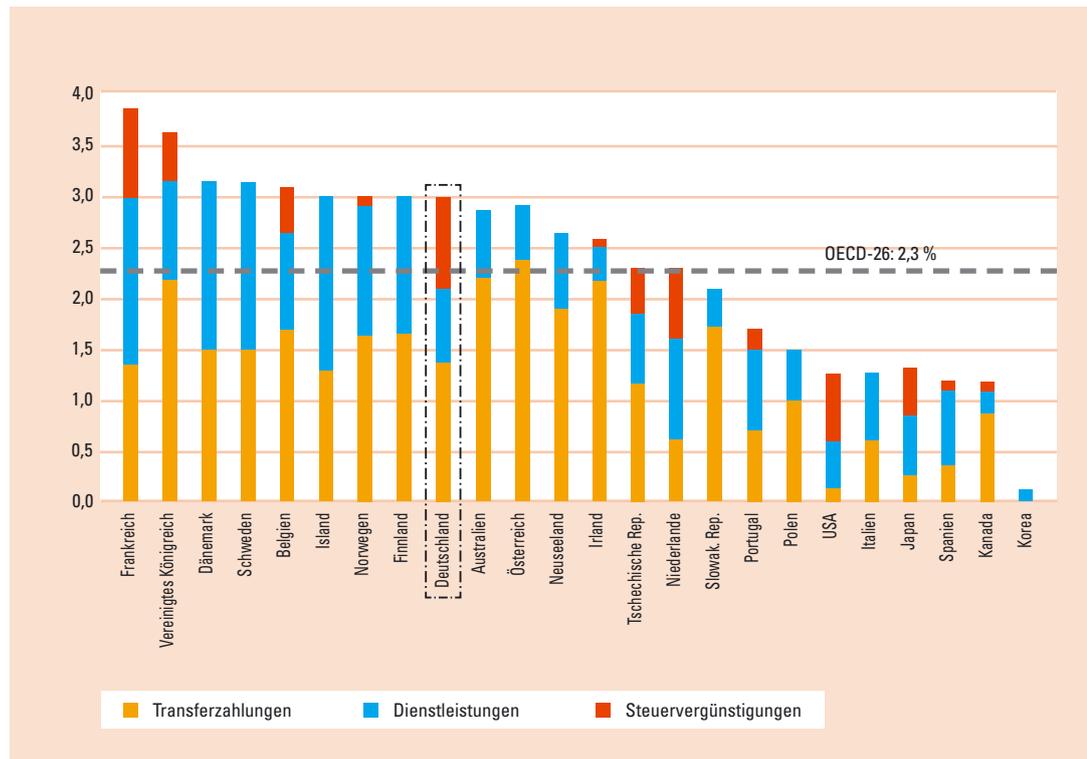
Familienpolitik geprägt. In jedem Fall ist das Politikprofil nicht der einzige Parameter biographischer Entscheidungen. Von erheblicher Bedeutung sind zum Beispiel soziokulturelle Wert- und Normsysteme, Traditionen und Ideologien“ (Strohmeier et al. 2006: 64).

Kindergeldzahlungen sind eine bei Eltern willkommene Kompensation für die mit Kindererziehung verbundenen Kosten, weisen jedoch aus Sicht des Staates nur eine sehr geringe Effektivität und Effizienz auf. Wirkungsanalysen zeigen, dass eine Fokussierung der Familienpolitik auf die Bereitstellung von Kinderbetreuung wesentlich stärkere positive Effekte für die Arbeitsmarktintegration von Müttern hat. Elternzeitregelungen, die eine zu lange Erwerbsunterbrechung von Frauen fördern, senken die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Wiederaufnahme der Berufstätigkeit kommt und führen zu Lohneinbußen bei den Berufsrückkehrerinnen. Je höher jedoch Frauen die mit der Mutterschaft verbundenen Karriereeinbußen einschätzen, umso eher verzichten sie ganz auf Kinder oder zögern die Entscheidung für Kinder hinaus. Da Fertilitätsraten und die Arbeitsmarktintegration von Frauen zusammenhängen, wirken sich öffentliche Investitionen in die Kinderbetreuungssysteme in Verbindung mit Elternzeitregelungen, die einen schnellen beruflichen Wiedereinstieg fördern, am günstigsten aus. Wichtig sind zudem Anreize im Steuersystem, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit attraktiv machen. In Ländern, in denen die Erwerbseinkommen von Paaren individuell statt gemeinsam besteuert werden, wird die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit für Frauen attraktiver. In denjenigen Staaten, in denen die Erwerbsbeteiligung von Müttern hoch ist, sinkt wiederum das Armutsrisiko von Familien und der Staat profitiert auf der Einnahmenseite der Steuern und sozialen Sicherung (siehe für eine Zusammenfassung von empirisch ermittelten Wirkungsfaktoren der Familienpolitik z. B. Eichhorst et al. 2007: 48-54).

Die Unterschiede in der familienpolitischen Ausrichtung und den gewählten Interventionsformen schlagen sich in der **Höhe und Struktur der staatlichen Ausgaben für Familien** nieder. In den OECD-Ländern werden im Durchschnitt 2,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Familienpolitik im engeren Sinne aufgewandt. In Abb. 2.1 ist dargestellt, wie hoch die Ausgaben, die ausschließlich Familien und Kindern zu Gute kommen, in ausgewählten Mitgliedstaaten der OECD im Jahr 2005 waren und wie sie sich zusammensetzten. Dabei wird zwischen finanziellen Transfers (oranger Balkenabschnitt) wie etwa dem Kindergeld, Ausgaben für Dienstleistungen (blauer Balkenabschnitt) wie z. B. Kinderbetreuungseinrichtungen und finanzieller Unterstützung für Familien, die im Rahmen des Steuersystems (roter Balkenabschnitt) durch spezielle Freibeträge und Befreiungen geleistet wird, unterschieden. Der gesamte Anteil der Ausgaben für Familien und Kinder am BIP variiert erheblich zwischen den einzelnen Staaten. Die südeuropäischen Länder sind v. a. durch ihre niedrigen Gesamtausgaben für Familien gekennzeichnet, während Frankreich mit 3,8 % die ausgabenintensivste Familienpolitik betreibt. In den meisten Ländern spielen finanzielle Transfers in den familienpolitischen Ausgaben eine größere Rolle als Dienstleistungen und Steuervergünstigungen. Auf finanzielle Transfers wird in Kapitel 2.4 näher eingegangen.

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

Abb. 2.1: Staatliche Ausgaben für Familien nach Barleistungen, Dienstleistungen und Steuervergünstigungen in Prozent des BIP (2005)



Quelle: OECD 2008a.

In Dänemark, Schweden, Island, Finnland, Neuseeland, Italien, Korea und Mexiko gibt es eine reine Individualbesteuerung, bei der die Höhe der Einkommenssteuer ohne Rücksicht auf den Familienstand oder die Kinderzahl ermittelt wird. In den genannten Ländern fallen daher keinerlei Steuervergünstigungen im Rahmen der Familienpolitik an. Deutschland gehört – wie Frankreich, Japan, die Niederlande und die USA – zu den wenigen Ländern, die große Steuervergünstigungen für Familien bieten. Eine genauere Erläuterung der steuerlichen Behandlung von Familien in den EU-Mitgliedstaaten wird in Kapitel 2.5 vorgenommen.

Es fällt des Weiteren auf, dass die skandinavischen Länder und Frankreich relativ viel Geld in den Dienstleistungssektor für Familien investieren, was in Kapitel 2.3 noch nähere Betrachtung findet. Zunächst wird jedoch in Kapitel 2.2 thematisiert, welche Freistellungsmöglichkeiten Müttern und Vätern für die Betreuung ihrer Kinder in den europäischen Ländern eingeräumt werden.

2.2 Freistellungsmaßnahmen und die damit verbundenen Lohnfortzahlungen im europäischen Vergleich

Der Übergang zur Mutterschaft geht normalerweise mit einer mehr oder weniger langen Unterbrechung der Erwerbstätigkeit einher. In allen EU-Mitgliedstaaten unterliegen Frauen am Ende der Schwangerschaft und in der Zeit nach der Entbindung dem **Mutterschutz**. Die meisten Länder gewähren zwischen 16 und 18 Wochen Mutterschutz, Deutschland nur 14 Wochen, Großbritannien und Irland hingegen 26 Wochen und die Tschechische Republik sogar 28 Wochen.

Das Mutterschaftsgeld wird auf der Basis von Versicherungsrechten bezahlt, d. h. dass Frauen, die vor dem Mutterschutz Sozialversicherungsbeiträge entrichtet haben, diese Unterstützung erhalten. Nur in Deutschland, Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich gibt es während des Mutterschutzes zudem eine gesetzlich festgelegte Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber. In den übrigen EU-Staaten sind die Arbeitgeber von Lohnkosten befreit, während sich ihre Beschäftigten im Mutterschutz befinden. Die insgesamt resultierende Lohnersatzrate variiert dabei erheblich, zwischen 100 % (z. B. in Deutschland, Spanien und Frankreich) und 43 % (Großbritannien). Für Frauen, die nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und daher keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben, wird in einigen Ländern eine andere Beihilfe ausgezahlt.

In einzelnen EU-Staaten steht auch dem Vater ein bezahlter **Vaterschaftsurlaub** zu. In Belgien und Lettland haben Väter aus Anlass der Geburt ihres Kindes Anspruch auf einen Vaterschaftsurlaub von 10 Tagen, in Frankreich von 11 Tagen und in Dänemark und Spanien von zwei Wochen. Die genauen Regelungen der einzelnen Länder zur Dauer des Mutterschutzes und des Vaterschaftsurlaubs sowie zur Lohnfortzahlung bzw. zum Lohnersatz sind in MISSOC 2009 wiedergegeben.

Während der Mutterschutz gesundheitspolitisch motiviert ist und sich die Anspruchsdauern in Europa nur um einige Wochen unterscheiden, sind bezüglich der Regelungen zum **Elternurlaub** größere Diskrepanzen festzustellen.¹⁵ Zielsetzung des Eltern(schafts)urlaubs, der in Deutschland heute als „Elternzeit“ bezeichnet wird und früher unter dem Begriff „Erziehungsurlaub“ bekannt war, ist es, jungen Eltern die Möglichkeit zu geben, in der ersten Lebenszeit des Kindes selbst dessen Betreuung übernehmen und viel Zeit mit dem Kind verbringen zu können. Auf der anderen Seite wirken sich lange Unterbrechungen der Berufstätigkeit ungünstig auf den Wiedereinstieg aus und haben oftmals langfristig negative Folgen für die berufliche Laufbahn und die Einkommensentwicklung der betroffenen Mütter.

Deutschland, Finnland, Spanien, Litauen und Frankreich gehören hinsichtlich der Gesamtdauer mit 36 Monaten zu den Spitzenreitern. In Lettland und Luxemburg beispielsweise umfasst die Beurlaubung 24 Monate, in Schweden besteht ein Anspruch auf Elternurlaub von 18 Monaten. Am kürzesten ist der Elternurlaub mit gerade einmal 6 Monaten in Portugal, den Niederlanden und Belgien und auch in Irland, Großbritannien und Griechenland dauert diese Freistellungsmaßnahme weniger als ein dreiviertel Jahr.

Ausschlaggebend für die Attraktivität und Inanspruchnahme des Elternurlaubs ist die Ausgestaltung und Höhe des Erziehungsgeldes, also der Einkommen, die Mütter und Väter im Erziehungsurlaub beziehen. Hier sind in der EU drei Typen zu unterscheiden (vgl. Gerlach 2009):

¹⁵ Eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 1996 schrieb den Mitgliedstaaten vor, Elternurlaub einzurichten. Daher gibt es dieses Instrument heute in allen EU-Ländern.

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

1. Die skandinavischen Länder, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Österreich, Italien, Bulgarien, Lettland, Tschechien, Estland, Rumänien, Ungarn und Deutschland gewähren während der Elternzeit finanzielle Leistungen.
2. Die Niederlande, Portugal, Litauen und Spanien stellen hingegen keine direkten Transferzahlungen, sondern Unterstützung in Form von Sozialversicherungsbeiträgen oder Steuervergünstigungen bereit. In Spanien werden z. B. die ersten beiden Jahre des Elternschaftsurlaubs als Beitragszeit in der Sozialversicherung angerechnet.
3. In Irland, Griechenland und Großbritannien werden während der Elternzeit weder finanzielle noch Sachleistungen gewährt.

In Tab. 2.3 sind die EU-Mitgliedstaaten danach sortiert, ob sie eine Geldleistung während des Elternurlaubs zahlen, und falls ja, ob es sich dabei um eine pauschale Leistung oder um eine Lohnersatzleistung handelt, die als Prozentsatz des Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes festgelegt ist.

Tab. 2.3: Zuordnung von europäischen Staaten nach den Bestimmungsfaktoren der Höhe des Elternschaftsgeldes (Stand: 2009)

Einkommensersatzleistung als Anteil vom vorhergehenden Erwerbseinkommen	Pauschalleistung	Kein Erziehungsgeld
<ul style="list-style-type: none"> • Deutschland (67 %) • Schweden (80 %) • Dänemark (60 % der Leistung der Arbeitslosenversicherung) • Estland (100 %) • Rumänien (85 %) 	<ul style="list-style-type: none"> • Frankreich • Belgien • Bulgarien • Tschechische Republik • Lettland • Luxemburg • Österreich • Polen • Ungarn • Slowenien • Slowakei 	<ul style="list-style-type: none"> • Niederlande • Portugal • Litauen • Spanien • Irland • Griechenland • Großbritannien • Italien • Zypern • Malta • Finnland

Quelle: Eigene Darstellung.

Überraschend viele Länder bieten demnach gar kein Erziehungsgeld und setzen auf diese Weise hohe Anreize für Mütter, nach der Geburt eines Kindes schnell ins Erwerbsleben zurückzukehren, was beschäftigungspolitisch durchaus gewünscht sein kann. Deutschland gehört hingegen zu den fünf EU-Mitgliedstaaten mit einer Einkommensersatzleistung, die sich aus der Höhe des vorherigen Erwerbseinkommens ableitet. Diese Form des Elterngeldes ist für Bezieher höherer Einkommen attraktiver als ein pauschales Erziehungsgeld, das für diese Personengruppen mit größeren Einkommenseinbußen verbunden wäre.

Das familienpolitische Instrument des Elternurlaubs richtet sich primär an Frauen. Die Einbeziehung von Vätern in die Regelungen zum Elternurlaub kann jedoch nicht nur für den Aufbau der Vater-Kind-Beziehung förderlich sein, sondern auch eine Entlastung für die Mütter darstellen.

Es ist empirisch belegt, dass „Väterzeiten“ im Erziehungsurlaub einen frühen beruflichen Wiedereinstieg von Müttern begünstigen (vgl. z. B. Pylkkänen/Smith 2004). In den meisten EU-Ländern ist daher ein bestimmter Teil der Elternzeit für die Väter reserviert und weitere Zeiten des Elternurlaubs können von der Mutter auf den Vater übertragen werden, allerdings sind die Unterschiede hinsichtlich der jeweiligen Dauern erheblich.

Im Folgenden sollen die in Frankreich und Schweden geltenden Regelungen der Elternzeit näher betrachtet werden. Wie sich zeigen lässt, legen die beiden familienpolitischen Vorbildländer der EU bei der Ausgestaltung dieser Freistellungsmaßnahme das Gewicht auf unterschiedliche sozialpolitische Zielsetzungen: Während in Deutschland seit dem 1.1.2007 Elterngeld in Höhe von 67 % des Nettoeinkommens für 12 Monate zzgl. zweier Partnermonate gewährt wird und schwedische Eltern 80 % ihres vorherigen Nettogehaltes erhalten, beziehen französische Mütter und Väter ab dem zweiten Kind während der gesamten Elternzeit bis zu 552,11 € monatlich, wenn sie nicht erwerbstätig sind. In Frankreich orientiert sich das Erziehungsgeld nicht an dem zuvor erzielten Erwerbseinkommen, die Höhe und Dauer der Leistung hängt von der Kinderanzahl und dem Umfang der Erwerbsreduktion ab.

Wie bereits erwähnt, beeinflusst die Ausgestaltung der Elternzeit in hohem Maße die Entscheidung von Müttern über ihre Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Empirische Studien belegen, dass die vergleichsweise kurze Gesamtdauer der Elternzeit in Schweden und die Tatsache, dass seit 1995 ein bestimmter Teil davon (aktuell 60 Tage) ausschließlich für die Väter reserviert ist, entscheidend zu dem frühen beruflichen Wiedereinstieg der Mütter beiträgt. Schweden gehört zu denjenigen Ländern, die schon frühzeitig die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt ihrer Sozialpolitik gerückt haben. Vor diesem Hintergrund ist die „Daddy Month“-Reform des Jahres 1995 zu sehen, deren Zielsetzung es war, Väter zu einer stärkeren Beteiligung an der Familienarbeit zu bewegen, ihnen den Aufbau einer intensiven Beziehung zu ihrem Kind zu erleichtern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen zu verbessern, indem ein Teil der Elternzeit auf einer „use it or lose it“-Basis dem Vater vorbehalten bleibt.¹⁶ Aktuell nimmt etwa ein Drittel der schwedischen Väter Elternzeit in Anspruch (Prognos 2005), die relativ hohe finanzielle Kompensation fördert dies natürlich. Zusätzlich wurde jüngst ein Bonus zur Gleichstellung der Geschlechter eingeführt, der ein Anreiz sein soll für schwedische Eltern von Kindern, die nach dem 1. Juli 2008 geboren sind, den Elternurlaub mit dem Elternschaftsgeld so gleichmäßig wie möglich zwischen der Mutter und dem Vater aufzuteilen. Die Ausgestaltung des Elterngeldes als Lohnersatzleistung kann außerdem das generative Verhalten von Beziehern höherer Einkommen, also z. B. von Akademikerinnen, günstig beeinflussen, weil in dieser Gruppe große Einkommenseinbußen, wie sie etwa bei pauschalen Zahlungen anfallen, den Übergang zur Mutterschaft und die Nutzung der Elternzeit besonders unattraktiv erscheinen lassen und auf diese Weise die Bereitschaft dazu tendenziell mindern. Es steht zu hoffen, dass die Anreize, die von der neuen Elternzeit und dem Elterngeld ausgehen, mittelfristig auch hierzulande zu positiven Effekten auf die Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter und das generative Verhalten von Akademikerinnen führen werden.

¹⁶ Das schwedische Elternzeitmodell ist besonders flexibel, da die Gesamtdauer von 480 Tagen in ganzen Tagen (d. h. als vollständige Erwerbspause), aber auch als Reduzierung der Erwerbstätigkeit um halbe, viertel oder achte Teil Tage genommen werden kann, bis das Kind 8 Jahre alt ist (vgl. OECD 2007).

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

Tab. 2.4: Elternzeitregelungen im Drei-Länder-Vergleich (Stand: 2009)

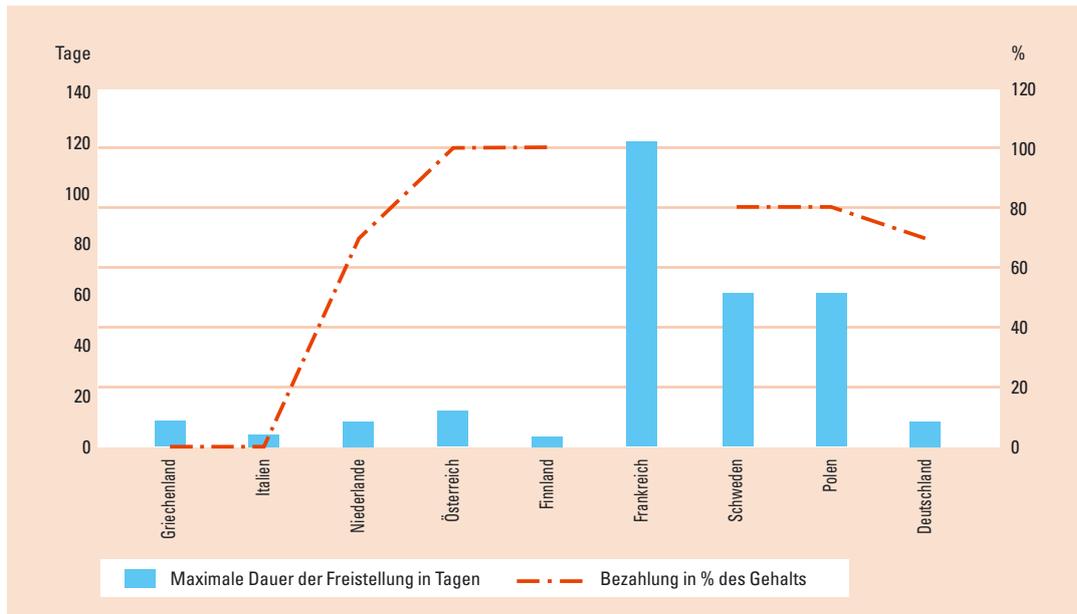
Land	Gesamtdauer der Elternzeit	Geldleistung während der Elternzeit	Regelung für Väterbeteiligung
Deutschland	36 Monate	67 % des Nettoeinkommens für 12 Monate Mindesthöhe: 300 €/ Maximalbetrag: 1.800 € monatlich	jeweils zwei Monate sind für die Mutter und den Vater reserviert die restliche Bezugsdauer ist auf den Partner übertragbar
Schweden	18 Monate	Bezugsdauer: 480 Tage, davon 390 Tage (80 % des Gehalts) und 90 Tage (19 € pro Tag)	jeweils 60 Tage sind für die Mutter und den Vater reserviert die restliche Bezugsdauer ist auf den Partner übertragbar bei gleichmäßiger Aufteilung der Elternzeit auf beide Elternteile wird ein „Bonus zur Gleichstellung der Geschlechter“ ausbezahlt
Frankreich	36 Monate	552,11 € monatlich bei vollständiger Arbeitsaufgabe bei Teilzeitbeschäftigung je nach Umfang 317,48 € oder 419,83 € monatlich Bezugsdauer: 6 Monate beim ersten Kind, 3 Jahre ab dem zweiten Kind	Die gesamte Bezugsdauer des Erziehungsgeldes ist auf den Partner übertragbar

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eichhorst et al. 2007: 78, MISSOC 2009 und OECD 2007.

In Frankreich wird durch die relativ kurze Bezugsdauer des Elterngeldes nach der Geburt des ersten Kindes ein starker Anreiz gesetzt, entweder schnell wieder ins Berufsleben zurückzukehren oder bald ein zweites Kind zu bekommen. Auf diese Weise steht die Ausgestaltung des Erziehungsgeldes sowohl im Einklang mit bevölkerungspolitischen Zielen als auch mit der Förderung der Erwerbsbeteiligung von Müttern.

Ein deutlicher Unterschied im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist im europäischen Vergleich hinsichtlich der **Freistellungsmöglichkeiten bei Erkrankung eines Kindes** zu erkennen (vgl. MISSOC 2009): Während Eltern in Deutschland nur an 10 Tagen pro Kalenderjahr ihre Erwerbstätigkeit für die Betreuung ihres kranken Kindes ruhen lassen können, dürfen Schweden bis zu 60 und Franzosen sogar maximal 120 Tage zu Hause bleiben. Die Höhe des Kinderkrankengeldes ermittelt sich in Deutschland und Schweden, genau wie das Elterngeld, als Prozentsatz des Gehalts (70 % in Deutschland, 80 % in Schweden). In Frankreich dagegen wird wiederum eine Pauschalleistung bezahlt.

Abb. 2.2: Freistellung bei Krankheit des Kindes in ausgewählten EU-Ländern



Quelle: Eigene Darstellung nach MISSOC 2009.

Am restriktivsten sind die Regelungen in Griechenland. Hier können Eltern bei Erkrankung eines Kindes 6, 8 oder 10 Tage pro Jahr (je nach Zahl der Kinder) unbezahlten Urlaub nehmen, vorausgesetzt, dass sie in einem Unternehmen mit mindestens 100 Beschäftigten arbeiten. Auch in Italien ist die Freistellung bei Erkrankung eines Kindes unbezahlt. Eine Freistellung ohne Gehaltseinbußen gibt es nur in Österreich und Finnland bei der Erkrankung eines Kindes unter 12 bzw. 10 Jahren.

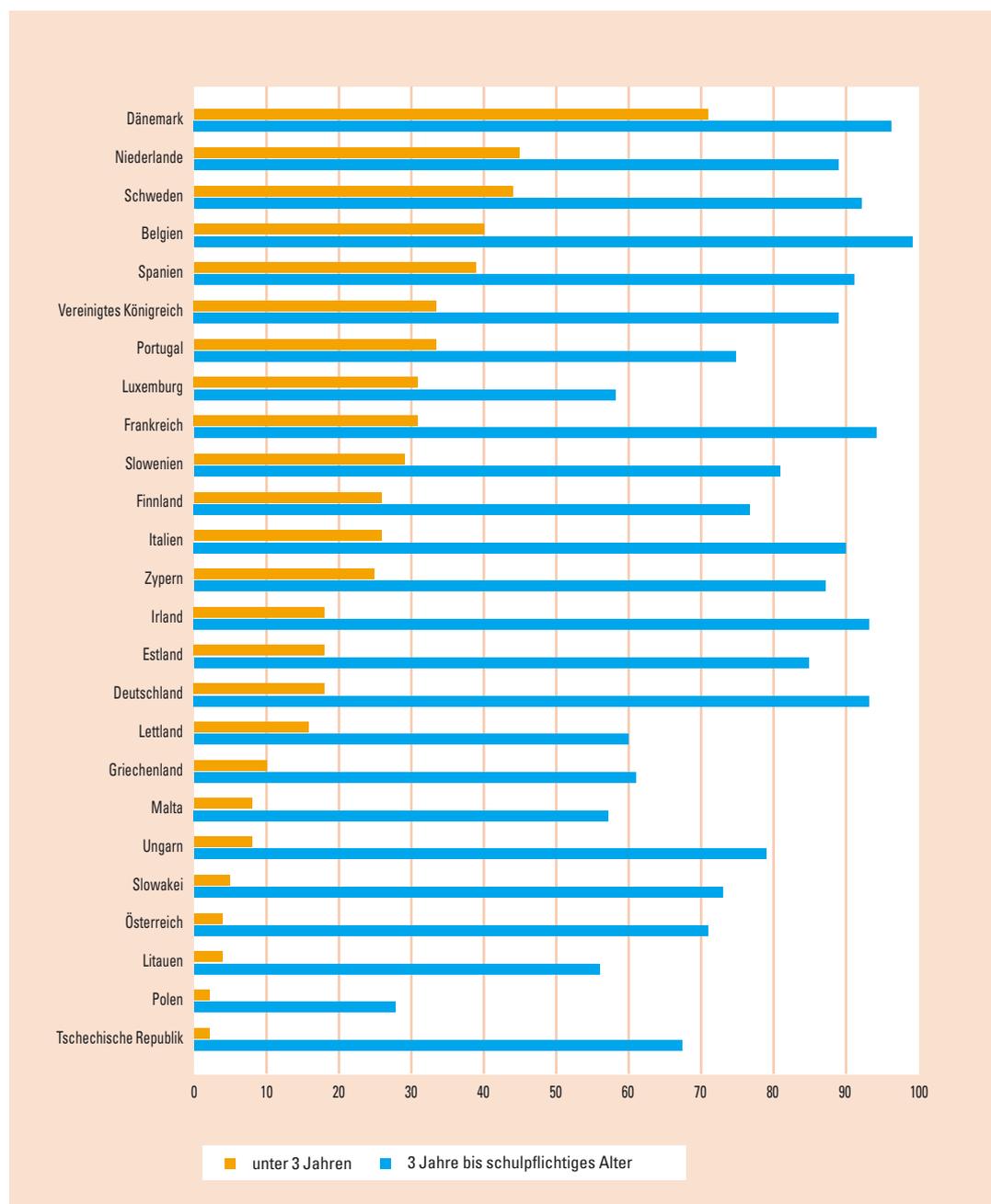


Berufstätige Eltern stehen oft vor großen Herausforderungen, wenn ein Kind kurzfristig erkrankt, da dessen Pflege im Rahmen der herkömmlichen Betreuungsarrangements in Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern und in der Schule normalerweise nicht gelingt und die Anwesenheit eines Elternteils zu Hause bei dem erkrankten Kind erforderlich wird. Aus diesem Grund gibt es in den EU-Staaten die skizzierten Freistellungsregelungen für Eltern. Es wird von der Familienpolitik jedoch vielfach noch übersehen, dass in alternden Gesellschaften zunehmend auch die Versorgung anderer erkrankter Familienangehöriger, insbesondere der Eltern, von Berufstätigen geleistet werden muss. In Polen erhalten Arbeitnehmer, die ihre Tätigkeit unterbrechen müssen, um ein krankes Familienmitglied zu pflegen, 80 % des Bezugsentgelts für Krankengeld und dies für eine Dauer von höchstens 60 Tagen pro Jahr bei einem kranken Kind zwischen 8 und 14 Jahren und von bis zu 14 Tagen bei sonstigen Familienmitgliedern. Freistellungsmöglichkeiten für die Pflege eines Kindes, eines erkrankten Partners oder Elternteils von bis zu 10 Tagen bei einer Bezahlung von 70 % des Gehalts gibt es in den Niederlanden. Eine allgemeine, nicht nur auf erkrankte Kinder beschränkte Pflegefreistellungsregelung existiert auch in Österreich, wo Erwerbstätige ihre Arbeit bis zum Höchstmaß von insgesamt zwei Wochenarbeitszeiten ruhen lassen können, wenn die Betreuung kranker Angehöriger dies erforderlich macht. Es ist zu wünschen, dass Familienpolitik und Familienforschung das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zukunft stärker auch unter dem Aspekt betrachten, welche Aufgaben Menschen im Erwerbsalter für ihre pflegebedürftigen älteren Angehörigen übernehmen müssen und wollen.

2.3 Angebote der institutionellen Kinderbetreuung im europäischen Vergleich

Die wichtigste familienpolitische Voraussetzung dafür, dass Mütter und Väter ihre Erwerbswünsche realisieren können, ist die Verfügbarkeit bezahlbarer, qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungsangebote. Im Jahr 2002 wurde daher auf dem Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Barcelona vereinbart, dass in allen EU-Mitgliedstaaten bis 2010 für mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren und für mindestens 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem schulpflichtigen Alter Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereit stehen müssen.

Abb. 2.3: Institutionelle Kinderbetreuung im europäischen Vergleich in % der Altersklassen (2006)



Quelle: Eigene Darstellung nach EUROSTAT 2008; für Bulgarien und Rumänien sind keine Zahlen verfügbar.

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

Insgesamt besuchten im Jahr 2006 in der EU-25 26 % der unter Dreijährigen und 84 % der Kinder zwischen drei und sechs Jahren eine Kinderbetreuungseinrichtung (EUROSTAT 2008). Die entsprechenden Anteile in den einzelnen Mitgliedstaaten sind allerdings sehr unterschiedlich, wie Abb. 2.3 veranschaulicht. Die mit Abstand höchste Rate von Kindern unter drei Jahren in Betreuungseinrichtungen hat Dänemark mit 73 %, gefolgt von den Niederlanden (45 %) und Schweden (44 %). Am seltensten werden Kinder dieser Altersgruppe in der Tschechischen Republik (2 %) und in Polen (2 %) institutionell betreut. Doch auch Deutschland, insbesondere Westdeutschland, weist derzeit noch gravierende Defizite hinsichtlich der **Versorgung mit Betreuungsangeboten** für Kleinkinder auf, weil bis in die jüngere Vergangenheit das Modell einer „privaten Kindheit“, bei dem die Betreuung und Erziehung der Kinder primär den Müttern obliegt, dominierte und entsprechend institutionell gerahmt wurde. Im Jahr 2006 hatten in Deutschland insgesamt 18 % der unter Dreijährigen einen Krippenplatz, von der Erfüllung der Zielsetzung von Barcelona ist man hierzulande demnach noch weit entfernt. In Belgien (98 %) und Dänemark (96 %) besuchen fast alle Kinder zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt eine Kinderbetreuungseinrichtung. Extrem niedrig ist der entsprechende Prozentsatz in Polen, wo gerade einmal 28 % der Kinder zwischen drei und sechs Jahren in den Kindergarten oder in die Vorschule gehen.

In den postsozialistischen Ländern Polen, Litauen, Tschechien, Slowakei und Ungarn sind die Betreuungsraten relativ niedrig, seit in den 1990er Jahren die Anzahl der Kinderbetreuungseinrichtungen aus ideologischen und finanziellen Gründen deutlich heruntergefahren wurde. In Ungarn ist derzeit eine Richtungsänderung zu beobachten und die Regierung unternimmt Anstrengungen, Quantität und Qualität der Betreuungsangebote zu steigern. In Polen verhindert in erster Linie das Budgetdefizit als wünschenswert erachtete Investitionen in Kindertagesstätten. In der Tschechischen Republik, in Litauen und in der Slowakei hemmt hingegen die weit verbreitete Überzeugung, dass Kinder in den ersten Lebensjahren zu Hause von ihren Müttern betreut werden sollten, eine Verbesserung der institutionellen Betreuung (Plantenga / Remery 2008: 71f.).

In Ländern, in denen „das Motiv der Erreichung einer möglichst hohen Frauenerwerbstätigkeit vor dem Hintergrund eines Arbeitskräftemangels oder der Verwirklichung von Gleichheit zwischen den Geschlechtern“ (Gerlach 2004: 332f.) eine lange und ungebrochene Tradition hat, ist das Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung umfangreicher und differenzierter. Schweden, Dänemark und Frankreich beispielsweise setzen die Priorität schon lange bewusst auf außerfamiliäre Kinderbetreuungsangebote, um Müttern eine Erwerbsbeteiligung zu ermöglichen und Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft möglichst gute Bildungschancen zu eröffnen:

Die institutionelle Betreuung von Kleinkindern wird in Frankreich durch die „crèches collectives“ bzw. „crèches parentales“ oder durch professionalisierte Tagesmütter geleistet, die einen Mindestlohn erhalten und sozialversichert sind. Darüber hinaus erhalten Familien Steuergutscheine, wenn sie in ihrem Privathaushalt Arbeitsplätze für Betreuungspersonal schaffen. Der Anteil der Kinder unter drei Jahren, die Fremdbetreuung erfahren, wird daher durch die in Abb. 2.3 bzw. Tab. 2.7 (im Anhang) ausgewiesene Rate von 31 % deutlich unterschätzt, weil sie die in Frankreich bedeutsame Rolle der Tagesmütter und der Fremdbetreuung im Familienhaushalt nicht berücksichtigt. Berücksichtigt man auch diese Betreuungsarrangements, so sind etwa 40 % der Kinder bis drei Jahre fremd betreut. Im Bereich der Betreuung und Erziehung der Drei- bis Sechsjährigen fällt der explizit bildungspolitische Charakter der für Eltern kostenlosen „école maternelle“ auf, deren Personal studiert hat und die zu 100 % steuerfinanziert sind. Schulkinder besuchen Ganztagschulen, in denen es vor und nach der eigentlichen Unterrichtszeit flankierende Betreuungsangebote gibt (vgl. Eichhorst et al. 2007: 80-84).

In Dänemark haben studierende und berufstätige Eltern, unabhängig vom Alter des Kindes, einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Die Betreuenden in den Kindertagesstätten weisen eine hohe formale Qualifikation auf und auch Tagesmütter werden geschult und müssen nach kommunalen Richtlinien betreuen. Die Einrichtungen, in denen Kleinkinder betreut werden, sind bereits Teil des Bildungssystems und mit dem Schulsystem vernetzt.

In Schweden haben erwerbstätige und arbeitslose Eltern sowie Eltern in Elternzeit für jedes Kind zwischen einem und zwölf Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Bemerkenswert sind zudem die ausgedehnten Öffnungszeiten der gebührenpflichtigen Kindertagesstätten, so sind beispielsweise die Horte ganzjährig geöffnet und in den Städten gibt es sogar Nachtkindergärten. Eine hohe Qualität der institutionellen Kinderbetreuung wird auch hier gewährleistet durch die Integration der Kindergärten in das Bildungssystem, die sich u. a. in der dreijährigen Hochschulausbildung des Personals und in der Tatsache niederschlägt, dass die Ziele und Qualitätskriterien der Vorschulen bereits 1998 in einem eigenen Curriculum festgehalten wurden (vgl. Eichhorst et al. 2007: 80-84).

Auffallend ist, dass in den Ländern, die hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfolgreich sind und eine hohe Erwerbsbeteiligung von Müttern aufweisen, die institutionelle Kinderbetreuung **Bestandteil eines durchgängigen bildungspolitischen Konzepts** ist, während in Deutschland Kinder und Eltern zwischen Kindergarten und Schule einen organisatorischen und konzeptionellen Bruch verkraften müssen. Ferner zeichnet sich die Kinderbetreuung in den Ländern mit familienpolitischem Vorbildcharakter durch günstige Betreuungsschlüssel und eine anspruchsvolle Ausbildung des Betreuungspersonals aus. Im Rahmen der Qualitätssicherung ist z. B. ein Hochschulabschluss für die Leitung einer Kinderbetreuungseinrichtung in Dänemark, Schweden und Finnland Voraussetzung.

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die **Öffnungszeiten der Kinderbetreuungsangebote** ein Schlüsselfaktor. Auch diesbezüglich gibt es gravierende Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten: Während die typischen Öffnungszeiten der Krippen in Schweden 11 Stunden pro Tag umfassen und auch in den anderen skandinavischen Ländern, in Frankreich, Italien, den Niederlanden und Deutschland rund 10 Stunden betragen, sind die Einrichtungen für Null- bis Dreijährige in Spanien gerade einmal 5 Stunden geöffnet (vgl. Eichhorst et al. 2007: 82f.). Problematisch ist in den meisten Ländern, dass die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten auf die typischen Arbeitszeiten in Büros ausgerichtet sind und Berufstätige, die abends, nachts, am Wochenende oder an Feiertagen arbeiten müssen, keine Kinderbetreuungsangebote vorfinden, die diese atypischen Arbeitszeiten abdecken. Positive Ausnahmen gibt es, wie oben erwähnt, in Schweden, aber auch in Finnland: „In Sweden, more than half of all municipalities offer night-open childcare arrangements to parents who work nights. In Finland, the Act on Day Care stipulates that municipalities have to provide childcare at times parents need it, i.e. also during the night, the weekend etc. In 62 % of the municipalities the demand for this type of shift care is fully or almost fully met“ (Plantenga / Remery 2008: 40). In allen anderen europäischen Ländern müssen bei Bedarf für die Betreuung von Kindern außerhalb der Tageszeiten von Montag bis Freitag private Betreuungsarrangements gefunden werden.

Neben der Verfügbarkeit und der Qualität sind auch die **Kosten** für die tatsächliche Inanspruchnahme der institutionellen Kinderbetreuung bedeutsam. Die Finanzierung der institutionellen Kinderbetreuungsangebote teilt sich in allen EU-Staaten auf einen Eigenanteil der Eltern und Subventionen durch die öffentliche Hand auf. Letztere werden entweder durch direkte Zuschüsse an die Träger der Einrichtungen, durch finanzielle Transfers an die Eltern, durch die Ausgabe von Gutscheinen für die Nutzung von familienfördernden Dienstleistungen, durch

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

Steuervergünstigungen oder durch Nachlässe bei den Sozialabgaben geleistet. Die Bewertung der finanziellen Belastung der Eltern durch die Kinderbetreuung erfolgt in vergleichenden Studien zum einen über den durchschnittlichen Prozentsatz am Durchschnittsbruttoverdienst, der für die Gebühren der Betreuungseinrichtungen ausgegeben wird. Der entsprechende Prozentsatz liegt z. B. in Schweden bei 6 %, in Dänemark bei 8 %, in Finnland bei 8,5 %, in Deutschland bei 12 % und in Irland bei 30 % (vgl. Immervoll / Barber 2005: 15). Berücksichtigt man im Ländervergleich auch die jeweilige steuerliche Behandlung der Betreuungskosten, so erhält man eine genauere Schätzung der Effekte der Betreuungskosten auf das verfügbare Einkommen der Familien. Die höchsten „out-of-pocket“ Ausgaben für die Inanspruchnahme institutioneller Kinderbetreuung müssen Eltern in Irland und Großbritannien zahlen. Im internationalen Vergleich liegen die von den Eltern zu tragenden Kosten der Kinderbetreuung in Deutschland und in Skandinavien im unteren Bereich (vgl. Immervoll / Barber 2005: 19-25).

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass im europäischen Vergleich hinsichtlich der Kinderbetreuungsangebote die skandinavischen Staaten eindeutig als Musterländer dienen können und sich Deutschland derzeit im Mittelfeld bewegt. Insbesondere bei der Verfügbarkeit von Krippenplätzen besteht ein deutlicher Steigerungsbedarf in weiten Teilen Westdeutschlands. Es bleibt abzuwarten, ob das ehrgeizige Ziel, bis 2013 für 35 % der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz anbieten zu können, realisiert werden kann. Bezüglich der Qualität der formalen Kinderbetreuung, gemessen an den Öffnungszeiten, der Qualifikation des Betreuungspersonals und dem Betreuungsschlüssel, ist Deutschland ebenfalls Mittelmaß. Auf der anderen Seite belastet die Inanspruchnahme institutioneller Kinderbetreuung deutsche Eltern finanziell weit weniger als dies z. B. in Irland oder Großbritannien der Fall ist.

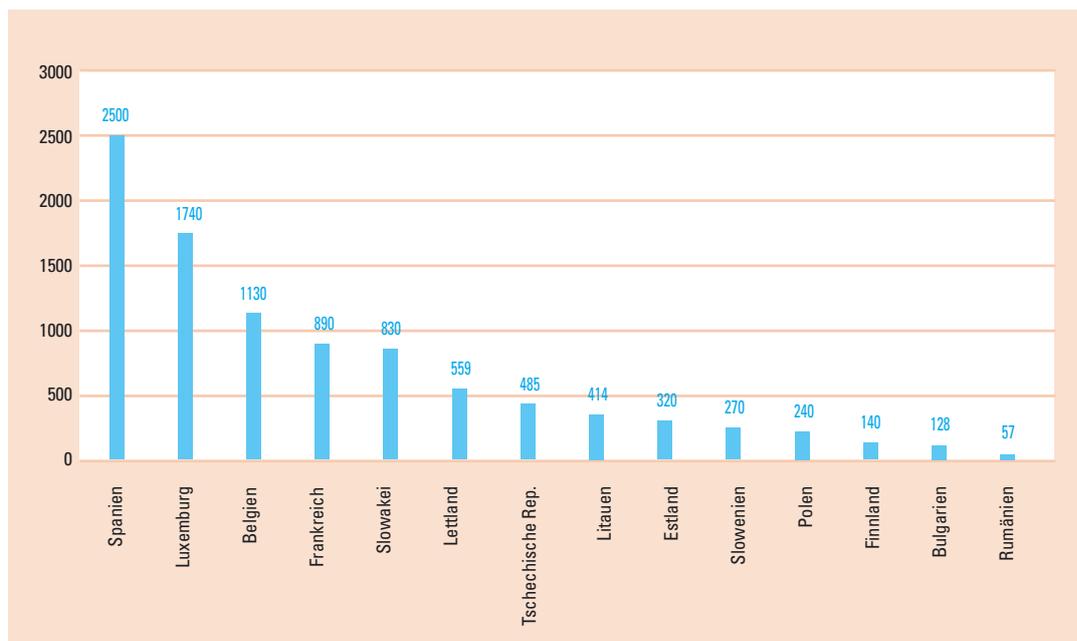
Das öffentliche Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern, spielt seit einigen Jahren in den familienpolitischen Debatten der meisten EU-Länder eine zentrale Rolle, gleichwohl mit unterschiedlichsten Ausgangssituationen und inhaltlichen Schwerpunkten. In Dänemark beispielsweise haben die Gemeinden im Sommer 2007 die Auflage erhalten, in den Kindertagesstätten die Anzahl der „Schließtage“ an normalen Werktagen zu reduzieren. In Schweden wurde der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz auch auf arbeitslose Eltern und auf Eltern im Elternurlaub ausgedehnt, was zwischen 1999 und 2005 zu einem weiteren Anstieg der Betreuungsraten geführt hat. In Großbritannien werden, ähnlich wie in Deutschland, derzeit große Anstrengungen unternommen, um die Versorgung mit Betreuungsangeboten auszubauen; zwischen 1997 und 2006 ist die Anzahl der Betreuungsplätze daher um 644.000 angestiegen. Neben diesen positiven Entwicklungen gibt es jedoch auch einige Staaten, in denen Verbesserungen des Betreuungsangebots zwar in politischen Statements Bedeutung besitzen, jedoch bislang nicht einmal den Charakter einer Gesetzesinitiative, geschweige denn praktische Umsetzung erfahren haben. Dies gilt insbesondere für Lettland und Malta. Ein Problem, das in praktisch allen Ländern den weiteren Ausbau und die Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote hemmt, ist die Knappheit in den öffentlichen Kassen (vgl. Plantenga / Remery 2008: 68-72).

2.4 Finanzielle Transfers für Familien im europäischen Vergleich

Die im Rahmen der medizinischen Versorgung anfallenden Kosten beim Übergang zur Elternschaft werden in den EU-Mitgliedstaaten weitestgehend durch die öffentliche Hand übernommen. Die Kosten für Vorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft, die Kosten für die Entbindung selbst sowie die postnatale Versorgung von Mutter und Kind trägt in der Regel das staatliche Gesundheitswesen. Für die finanzielle Situation von Familien spielen – neben der Übernahme von Kosten durch den Staat und dem Steuersystem – direkte Transfers eine wichtige Rolle.

Die meisten EU-Staaten zahlen daher eine **Geburtsbeihilfe** (auch als Geburtenprämie oder Entbindungsgeld bezeichnet) an Frauen, die – anders als das bereits erörterte Mutterschaftsgeld – nicht an Beitragsleistungen geknüpft ist (vgl. MISSOC 2009). Teilweise werden allerdings Berechtigungs Voraussetzungen überprüft: In Luxemburg beispielsweise ist es Bedingung, dass sich Mutter und Kind den vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchungen unterziehen, und im Vereinigten Königreich erfolgt die Zahlung nur an Bedürftige. Lediglich in den Niederlanden, in Österreich, in Schweden und in Portugal gibt es keinerlei Geburtsbeihilfe. Die Intention der Geburtsbeihilfe, die entweder schon während der Schwangerschaft oder kurze Zeit nach der Geburt ausgezahlt wird, ist es, den Eltern die Anschaffungen für die Ausstattung des neugeborenen Kindes finanziell zu erleichtern. In Abb. 2.4 ist für diejenigen EU-Länder, in denen es eine einkommensunabhängige Geburtsbeihilfe gibt, die Höhe dieser einmaligen Pauschalleistung bei der Geburt des ersten Kindes abgebildet.

Abb. 2.4: Höhe der Geburtsbeihilfe mit universalem Anspruch beim ersten Kind im europäischen Vergleich in € (Stand: 2009)



Quelle: MISSOC 2009.

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

Für Alleinerziehende, bei Mehrlingsgeburten und bei Behinderung des Kindes werden in vielen Fällen Zuschläge gewährt. Bei der Geburt des zweiten oder dritten Kindes fällt die Geburtsbeihilfe in manchen Ländern (z. B. in Belgien) niedriger, in manchen jedoch höher aus (z. B. in Lettland) als beim ersten Kind.

Die mit Abstand höchste Geburtsbeihilfe in der EU erhalten die Spanierinnen. Dies ist umso bemerkenswerter, als die spanische Regierung vor dem Hintergrund der extrem niedrigen Geburtenraten erst im Juni 2007 die Einmalzahlung von 2.500 € für jedes neugeborene Kind eingeführt hat. Zuvor wurde lediglich eine Geburtsprämie von 450,76 € für das dritte und jedes weitere Kind ausgezahlt. Auch in Luxemburg und in Belgien unterstützt der Staat alle Mütter anlässlich der ersten Entbindung einmalig mit einem Betrag von über 1.000 €.

Finnische Mütter haben bereits ab dem 154. Tag der Schwangerschaft Anspruch auf einen staatlichen Zuschuss, sofern sie sich einer ärztlichen Untersuchung unterzogen haben. Ähnlich wie in Luxemburg knüpft der Staat aus gesundheitspolitischen Erwägungen die Auszahlung der Geburtsbeihilfe an die Inanspruchnahme bestimmter medizinischer Maßnahmen. Dabei kann alternativ zu dem Geldbetrag auch ein Mutterschaftspaket mit Kinderpflegeprodukten bezogen werden.

In den europäischen Staaten wird ein monatliches **Kindergeld** gewährt mit dem Ziel, Familien von den Kosten der Kindererziehung teilweise zu entlasten. Die Einführung eines Kindergeldes erfolgte in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien sowie in den Niederlanden bereits in den 1930er Jahren. Das Kindergeld wird bis zu einer bestimmten Altersgrenze, meistens bis zum 18. Geburtstag des Kindes, gezahlt, wobei Verlängerungsmöglichkeiten wegen Berufsausbildung oder Studium verbreitet sind. Deutschland gehört zu den Ländern, die in der Familienförderung statt auf die Geburtsbeihilfe besonders großes Gewicht auf dieses langfristige Instrument legen.

Kindergeldleistungen werden in fast allen Ländern ohne Abstufung nach dem Familieneinkommen, d. h. universal gewährt. Lediglich in Portugal, Malta und Italien variiert das Kindergeld nach dem Einkommen. In der Tschechischen Republik, auf Malta und in Spanien haben nur Familien, deren Einkommen bestimmte Grenzen nicht übersteigt, einen Anspruch auf Kindergeld.

In manchen Staaten variiert die Höhe des Kindergeldes mit dem Alter der Kinder: In Dänemark und Litauen sinkt das Kindergeld mit zunehmendem Alter der Kinder, in den Niederlanden, in der Tschechischen Republik, in Belgien, in Polen, in Frankreich, in Luxemburg und in Österreich steigt es hingegen an. In einigen Ländern bestehen zudem komplexe Zusammenhänge zwischen der Familienbesteuerung und dem Kindergeld¹⁷, allerdings ist die Kindergeldzahlung selbst i. d. R. nicht steuerpflichtig. Eine genaue Gegenüberstellung der Kindergeldregelungen findet sich in der MISSOC-Datenbank (MISSOC 2009).

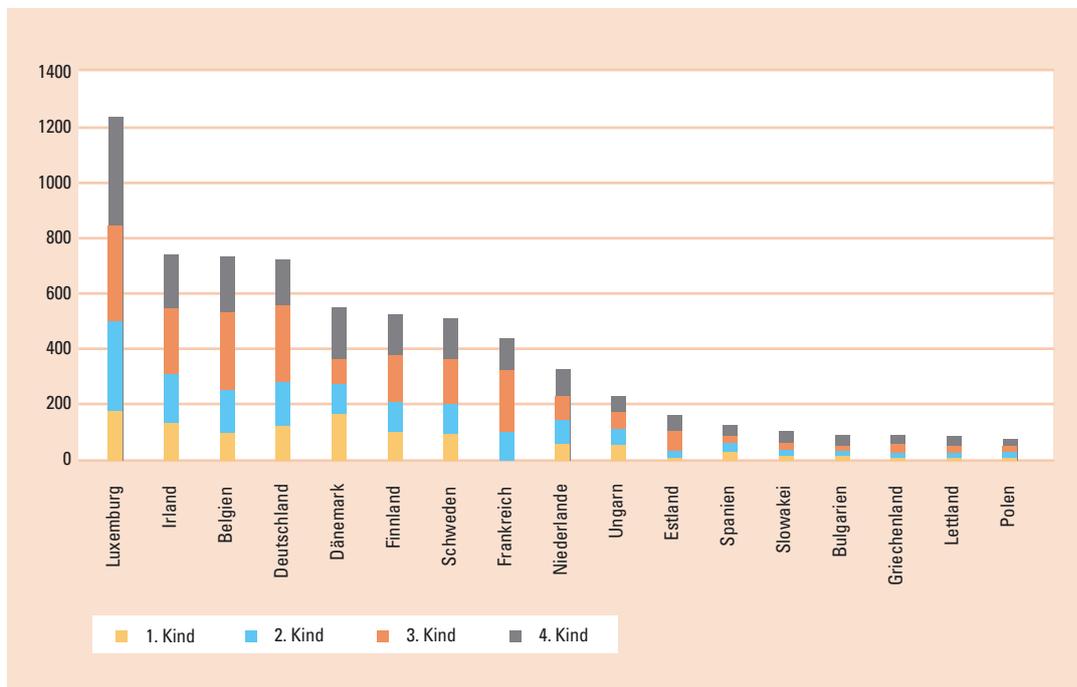
Die Höhe des Kindergeldes steigt üblicherweise mit der Ordnungszahl des Kindes an, nur in Bulgarien, der Slowakei und Ungarn erhalten alle Kinder ungeachtet der Anzahl ihrer älteren Geschwister den gleichen Betrag. Welchen Betrag Familien für das erste bis vierte Kind erhalten¹⁸, ist zu Vergleichszwecken in Abb. 2.5 für einige ausgewählte Staaten dargestellt. Dabei fällt die große Variationsbreite der Kindergeldhöhe im europäischen Vergleich auf. Es ist außerdem erkennbar, dass die Kindergeldleistungen in Deutschland höher sind als in den meisten anderen EU-Staaten.

¹⁷ Insbesondere das deutsche Kindergeld steht in einem engen Zusammenhang mit den Kinderfreibeträgen in der Einkommenssteuer, da seit 1996 nur noch eine der beiden Leistungen in Anspruch genommen werden kann. Bei Ehepaaren mit hohem Einkommen werden die Freibeträge zu einer größeren Entlastungswirkung führen, Eltern mit niedrigem Einkommen profitieren dagegen vom Kindergeld. Es kommt die jeweils für die Eltern günstigere Maßnahme zum Einsatz (vgl. Schwarze / Honekamp 2007).

¹⁸ In der Grafik sind einkommensunabhängige Kindergeldsätze für jeweils vier nicht-behinderte Kinder im Alter von 2, 6, 9 und 12 Jahren ausgewiesen. Eventuelle Zuschläge für Alleinerziehende sind nicht berücksichtigt, obwohl diese in Finnland mit 46,60 € pro Kind erheblich ausfallen.

Die höchsten Kindergeldzahlungen erfolgen in Luxemburg, wo der Satz für ein Kind unter sechs Jahren bereits 185,60 € beträgt und die Leistungen mit der Ordnungszahl und dem Alter der Kinder ansteigen. Eine Familie mit vier Kindern im Alter von drei, sechs, neun und zwölf Jahren würde hier beispielsweise rund 1.245 € Kindergeld erhalten, in Deutschland hingegen nur 693 €.

Abb. 2.5: Kindergeldleistungen im europäischen Vergleich in € (Stand: 2009)



Quelle: MISSOC 2009.

Die ost- und die südeuropäischen Länder leisten nur geringe Kindergeldzahlungen. Das Schlusslicht bildet Polen, wo der Staat für vier Kinder nur 57 € monatlich zahlt. Allerdings ist zu bedenken, dass in den ost- und südeuropäischen Ländern das Preisniveau tendenziell niedriger ist als in West- und Nordeuropa, was die Bedeutung des Kindergeldes für die finanzielle Situation der Familien beeinflusst.

Frankreich zahlt für das erste Kind überhaupt kein Kindergeld und setzt auf diese Weise im Rahmen des bevölkerungspolitischen Impetus seiner Familienpolitik Anreize, mehr als ein Kind zu bekommen. Für einige finanzielle Leistungen, wie die Erziehungsbeihilfe (*allocation parentale d'éducation*), die Familienergänzungsbeihilfe (*complément familial*) und die Umzugsprämie, sind sogar drei Kinder die Voraussetzung. Ab drei Kindern können in der Rentenversicherung außerdem eine Rentenaufstockung (*majoration pour enfants*) bzw. vorgezogene Altersgrenzen ohne Rentenabschläge gewährt werden.

Das Kindergeld nimmt unter den direkten Transfers für Familien die zentrale Position ein, daher wurde es in diesem Beitrag ausführlich verglichen. Daneben findet sich jedoch eine Vielfalt von finanziellen Leistungen in den verschiedenen Ländern, die hier nicht systematisch dargestellt werden können. In Luxemburg, Polen und Frankreich erhalten Familien z. B. regelmäßig **Beihilfen zum Schuljahresbeginn**.

In einigen Ländern gibt es eine finanzielle Förderung der häuslichen Kinderbetreuung in Form eines **Betreuungsgeldes** (vgl. MISSOC 2009). In Dänemark erhalten Eltern von Kindern unter sechs Jahren, die keine institutionelle Betreuung in Anspruch nehmen, von den Kommunen bis zu einem Jahr eine steuerfinanzierte Kinderbetreuungsbeihilfe. Auch in Finnland haben Eltern, die ihre Kinder bis zu drei Jahren zu Hause versorgen oder private Regelungen treffen, Anspruch auf Geldleistungen. In Frankreich können Eltern, die ihre Kleinkinder selbst betreuen und deren Nettoeinkommen bestimmte Grenzen nicht übersteigt, eine Beihilfe für die häusliche Kinderbetreuung beziehen. Daneben gibt es finanzielle Unterstützung, wenn Eltern für die Betreuung ihrer Kinder unter sechs Jahren in ihrem Haushalt geprüfte Kinderpfleger beschäftigen. Für diese übernimmt der Staat die vollständigen Sozialabgaben und zahlt eine Geldleistung. In Schweden gibt es seit dem 1. Juli 2008 eine freiwillige Beihilfe der Kommunen zur Kindererziehung. Bemerkenswert ist, dass Eltern bei Selbstbetreuung ihres Kindes eine finanzielle Unterstützung erhalten, obwohl in den genannten Ländern qualitativ hochwertige und gut ausgebaute institutionelle Angebote der Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Diese Kombination fördert die elterliche Wahlfreiheit in der Betreuungsfrage. Auch Ungarn kennt ein Kinderbetreuungsgeld, das Eltern bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres des Kindes beziehen, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren und nun zu Hause bleiben, um für das Kind zu sorgen.

In den Familienlastenausgleichssystemen einiger Länder, darunter in Deutschland, gibt es bei Bedürftigkeit ein Wohngeld, bei dessen Bemessung die Kinderzahl berücksichtigt wird, und **Kinderzuschläge** in der Sozialhilfe. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die familienpolitischen Ausgaben in Großbritannien und Irland – ähnlich wie Australien und Neuseeland – auffallend hohe Anteile an finanziellen Transfers ausweisen (vgl. Abb. 2.1). Dies liegt im Wesentlichen daran, dass in den genannten Ländern spezielle familienpolitische Leistungen für einkommensschwache Familien intensiv eingesetzt werden. Die Familienpolitik Großbritanniens und Irlands besteht zu großen Anteilen aus Armutsbekämpfung. In anderen Ländern werden bedürftige Familien ebenfalls finanziell unterstützt, allerdings fallen die betreffenden Maßnahmen dort nicht in das Ressort der Familienpolitik, sondern in andere sozialpolitische Bereiche, so dass die entsprechenden Ausgaben nicht in den Ausgaben für Familienpolitik vermerkt sind.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass es neben den finanziellen Transferleistungen teilweise **beitragsfreie Mitversicherungen** für Familienmitglieder in der Krankenversicherung gibt. In der **Rentenversicherung** werden in allen EU-Staaten beitragsfreie Zeiten während des Mutterschutzes angerechnet. In der Mehrheit der Rentenversicherungssysteme werden darüber hinaus Kindererziehungszeiten rentensteigernd berücksichtigt. In einigen Staaten sind Ehegatten im Rahmen einer Hinterbliebenenversorgung mitversichert.

2.5 Zentrale Aspekte der Besteuerung von Familien im europäischen Vergleich

Die steuerliche Behandlung von Familieneinkommen ist ein wichtiger Bestandteil der Familienlastenausgleichssysteme. Ziel der Familienbesteuerung ist es, eine finanzielle Umverteilung von Kinderlosen hin zu Eltern vorzunehmen. Im Folgenden soll daher erläutert werden, wie die Veranlagung von Ehepaaren in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten erfolgt und inwiefern Steuerreduzierungen für Familien gewährt werden (vgl. Eichhorst et al. 2007: 58-69). Dabei sind verschiedene Besteuerungstypen zu unterscheiden: Deutschland, Portugal, die Tschechische Republik und Luxemburg zeichnen sich durch ein **Ehegattensplitting** aus, Frankreich setzt auf ein **Familiensplitting**. In Irland, Polen und Spanien können Ehepaare wählen, ob sie gemeinsam oder getrennt veranlagt werden möchten. Schweden kennt ausschließlich die **Individualbesteuerung** von Einkommensbeziehern (ohne Freibeträge für Kinder oder Ehegatten ohne Einkommen) und in Belgien, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich und Italien werden Ehepartner **individuell besteuert**, erhalten aber **Steuerabzüge** nach Kinderzahl oder wenn ein Ehegatte kein oder ein sehr geringes Einkommen hat.

Hierzulande werden Ehepaare meistens zusammen veranlagt, d. h. ihre Einkommen werden addiert und dann durch den Faktor 2 geteilt. Auf dieses halbierte zu versteuernde Einkommen wird anschließend der Steuertarif aus der Grundtabelle angewandt. Die dergestalt ermittelte Einkommensteuer wird zuletzt verdoppelt und ergibt die gemeinsame Steuerschuld. Da die Einkommensteuersätze mit zunehmendem Einkommen steigen, erhalten hierdurch vor allem besonders gut und dabei besonders ungleich verdienende Eheleute einen Steuernachlass, weil bei diesen Gruppen die Steuerprogression stark abgemildert wird. Dies geschieht völlig unabhängig davon, ob in der Ehe Kinder leben. Bei Familien ohne Trauschein, also bei Alleinerziehenden, bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften und bei Eingetragenen Lebenspartnerschaften mit Kindern, wirkt das Ehegattensplitting hingegen überhaupt nicht. Familien mit niedrigem Einkommen hilft die generelle Freistellung des Existenzminimums in der Einkommensteuer¹⁹, sie haben darüber hinaus aber nicht genug Einkommen, um vom Splitting zu profitieren. Doch auch bei Ehen mit mittleren und hohen Einkommen bringt das Ehegattensplitting keinen Vorteil, wenn beide Partner in etwa gleich viel verdienen. Ein zentraler Kritikpunkt am Ehegattensplitting ist daher, dass sich wegen der Steuerprogression eine Arbeitsaufnahme, insbesondere in Form einer Teilzeittätigkeit, finanziell kaum lohne, wenn der andere Ehepartner gut verdient. Dies führe dazu, dass das Ehegattensplitting die Erwerbsbeteiligung von Frauen negativ beeinflusse und somit die ökonomische Abhängigkeit der Frauen von ihren Ehemännern erhöhe.

Neben Deutschland kennen nur Luxemburg, Portugal und die Tschechische Republik das Ehegattensplitting. Allein Frankreich geht mit dem Familiensplitting („quotient familiale“) darüber hinaus. Das Familiensplitting berücksichtigt die geminderte steuerliche Leistungsfähigkeit, indem das zu versteuernde Einkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird. Hierfür wird das zu versteuernde Haushaltseinkommen durch den Familienquotienten (vgl. Tab. 2.5) geteilt. Auf den verbleibenden Betrag wird der jeweilige Steuersatz angewandt und die so ermittelte Steuer wieder mit dem Familienquotienten multipliziert.²⁰

¹⁹ Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer steht dem Steuerpflichtigen pro Jahr für jedes zu berücksichtigende Kind ein Freibetrag in Höhe von 1.824 € zu, zudem wird für jedes Kind ein Freibetrag für Erziehung, Ausbildung und Betreuung von jährlich 1.080 € angesetzt. Bei Ehepaaren, die zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden, verdoppeln sich die Beträge. Somit steht Ehepaaren insgesamt ein Freibetrag von 5.808 € je Kind zu (vgl. Schwarze / Honekamp 2007).

²⁰ Der Splittingvorteil wird allerdings für die ersten beiden Kinder auf je 2.159 € und für jedes weitere Kind auf 4.318 € jährlich begrenzt (vgl. Bünnagel 2006).

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

Tab. 2.5: Familienbesteuerung in Frankreich für ausgewählte Haushaltstypen

Familienform	Familienquotient
Einzelperson	1.0
Alleinerziehende mit einem Kind	2.0
Alleinerziehende mit zwei Kindern	2.5
Alleinerziehende mit drei Kindern	3.5
Alleinerziehende mit vier Kindern	4.5
Kinderlose Ehepaare	2.0
Ehepaare mit einem Kind	2.5
Ehepaare mit zwei Kindern	3.0
Ehepaare mit drei Kindern	4.0
Ehepaare mit vier Kindern	5.0

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen aus <http://vosdroits.service-public.fr/F2705.xhtml>.

Im Jahr 2005 summierte sich die Unterstützung für Kinder durch den „quotient familiale“ auf rund 11 Mrd. Euro (OECD 2008a). Die steuerlichen Regelungen in Frankreich führen dazu, dass Eltern mit Durchschnittseinkommen ab dem dritten Kind komplett steuerfrei sind. Das französische Familiensplitting erscheint zwar auf den ersten Blick familienfreundlicher als das deutsche Ehegattensplitting, aufgrund der Tarifverläufe in der Einkommenssteuer wird jedoch in Deutschland de facto horizontal wie vertikal stärker umverteilt²¹ als in Frankreich. Lediglich Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Paare mit relativ hohen Einkommen stellen sich im französischen System besser als im deutschen Ehegattensplitting (vgl. hierzu Eichhorst et al. 2007: 70-73). In Frankreich stehen die Ziele Geburtenförderung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker im Vordergrund als dies bisher in Deutschland der Fall ist, dies zeigt sich eben auch in den steuerrechtlichen Regelungen.

In den anderen EU-Staaten, also auch in Schweden, werden Ehepartner individuell besteuert oder erhalten nur begrenzte Steuerermäßigungen. In dem voll individualisierten Steuersystem Schwedens wird davon ausgegangen, dass jedes Individuum für sich selber wirtschaftet, so dass das Einkommen unabhängig vom Einkommen des Partners besteuert wird und keine familienbezogenen Freibeträge gewährt werden. Die 1971 eingeführte konsequente Individualbesteuerung führt folglich dazu, dass ein Alleinverdiener mit Ehefrau und zwei Kindern dieselbe Einkommenssteuer bezahlt wie ein Single mit gleichem Gehalt, wohingegen in anderen Ländern im Rahmen des Ehegatten- und Familiensplittings relativ große Steuervorteile gewährt werden. Die aus einer individuellen Besteuerung resultierenden niedrigen Grenzsteuersätze für Hinzuverdiener erhöhen die Anreize für Frauen berufstätig zu sein, die Individualbesteuerung gilt daher als berufsorientiert. Hochrechnungen haben ergeben, dass das Arbeitsangebot von

²¹ Horizontale Umverteilung bezieht sich auf die Umverteilung zwischen verschiedenen Haushaltstypen und -größen, wohingegen vertikale Umverteilung bei Haushalten unterschiedlicher Einkommensschichten ansetzt.

Frauen bei einem institutionellen Wechsel von der gemeinsamen Besteuerung von Ehepaaren hin zu einer Individualbesteuerung um durchschnittlich 4 % steigt (Eichhorst et al. 2007: 48). Das Ehegattensplitting führt beim Ein-Verdiener-Modell zur größten Steuerersparnis und wird deshalb als familienorientiert eingestuft (vgl. Schwarze / Honekamp 2007).

Im System der gemeinsamen Einkommenssteuerveranlagung gibt es eine starke ungünstige psychologische Wirkung auf den Zweitverdiener.²² Dessen monatlicher Gehaltszettel weist nämlich häufig nur ein sehr geringes Nettoeinkommen auf, da der Splittingvorteil i. d. R. dem Bezieher des höheren Einkommens, also dem Erstverdiener, zu Gute kommt. Erst bei der jährlichen Steuererklärung erfolgt diesbezüglich nachträglich eine Korrektur.²³

Dennoch bleiben Fehlanreize hinsichtlich der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bestehen, die im Folgenden näher erläutert werden: Die durchschnittliche Steuerbelastung ist für Zweitverdiener in der Regel höher als für Erstverdiener, insbesondere in Staaten mit gemeinsamer Veranlagung und progressivem Tarifverlauf, denn „in Ländern mit gemeinsamer Veranlagung wird der erste Euro, der vom Zweitverdiener erzielt wird, mit demselben Grenzsteuersatz belastet wie der letzte Euro, den der Erstverdiener in seiner Lohntüte findet“ (Eichhorst et al. 2007: 66). Speziell in Deutschland ist der Nettoeinkommenszuwachs durch den zweiten Verdienst eines Ehepaares steuerlich und insbesondere durch Sozialversicherungsabgaben stark belastet, wie Tab. 2.6 belegt. Wenn eine bisher nicht erwerbstätige Ehefrau eine Beschäftigung aufnimmt, so liegt ihre Durchschnittsbesteuerung hierzulande wesentlich höher, als wenn sie die Erstverdienerin in der Familie oder Alleinstehende wäre. Die Entscheidung von Müttern über ihren Eintritt bzw. ihre Rückkehr in den Arbeitsmarkt hängt jedoch stark vom durchschnittlichen Steuersatz ab. Wenn dieser sehr hoch ist, wie dies in Deutschland der Fall ist, und außerdem für nichterwerbstätige Ehepartner die Möglichkeit einer beitragsfreien Mitversicherung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung besteht, so neigen viele potentielle Zweitverdienerinnen dazu, gar nicht oder allenfalls im Rahmen eines Minijobs (mit einem Bruttoeinkommen bis zu 400 €) zu arbeiten, der steuerlich und in der Sozialversicherung unberücksichtigt bleibt. Die OECD empfiehlt daher in ihrem aktuellen Wirtschaftsbericht Deutschland, die durchschnittlichen effektiven Steuersätze auf die Arbeitseinkommen von Zweitverdienern herabzusetzen und die kostenlose Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehepartner in der Krankenkasse auslaufen zu lassen (OECD 2008c: 74-76).²⁴

²² In der Forschungsliteratur und in der Familienpolitik wird von „Erst- und Zweitverdienern“ bzw. von „Haupt- und Hinzuverdienern“ gesprochen, wenn sich die Erwerbseinkommen der beiden Partner in der Höhe deutlich unterscheiden. Steuerrechtlich gibt es jedoch bei gemeinsamer Veranlagung keine festgelegte Ordnungszahl in diesem Sinne.

²³ Im Hinblick auf die erwähnte negative psychologische Wirkung beim Zweitverdiener ist auf das „Faktorverfahren“ hinzuweisen, das in Deutschland 2010 in Kraft treten wird. Ehegatten, die beide Arbeitslohn beziehen, können ab 2010 die Steuerklassenkombination IV/IV mit Faktor wählen. Der Faktor berücksichtigt die steuermindernde Wirkung des Splittingverfahrens beim Lohnsteuerabzug, er wird durch das zuständige Finanzamt auf Basis der voraussichtlichen Arbeitslöhne des entsprechenden Kalenderjahres berechnet und – wenn er kleiner als 1 ist – auf den Lohnsteuerkarten eingetragen. Der Arbeitgeber ermittelt den Lohnsteuerabzug anhand der Steuerklasse IV dann unter Anwendung des auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Faktors. Damit werden die jedem Ehegatten zustehenden steuerentlastenden Abzüge (insbesondere der Grundfreibetrag) bereits beim monatlichen Lohnsteuerabzug berücksichtigt, und die Lohnsteuerverteilung entspricht der familienrechtlichen Verteilung der Steuerlast im Innenverhältnis der Ehegatten.

²⁴ Es sei in diesem Zusammenhang explizit darauf hingewiesen, dass die Gesamtbelastung des Familieneinkommens beim Ehegattensplitting in der Regel geringer ist als bei Individualbesteuerung. Nur für den Fall, dass beide Partner exakt gleich viel verdienen, ist die Besteuerung in beiden Steuersystemen gleich hoch. Das Ehegattensplitting unterstellt gewissermaßen, dass das Einkommen des Paares gemeinschaftlich erwirtschaftet ist bzw. dass jeder Ehegatte die Hälfte des ehelichen Gesamteinkommens verdient hat. Damit wird indirekt von einer Gleichwertigkeit der Familien- und Erwerbsarbeit ausgegangen. Im Fall einer familienbedingten Reduzierung der Erwerbsarbeit ergibt sich dementsprechend die entgegengesetzte Wirkung des Steuersystems als in dem unterstellten Fall der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit.

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

Tab. 2.6: Anstieg der effektiven Steuer- und Abgabenbelastung von Familien bei Beschäftigungsaufnahme des Zweitverdieners im Drei-Länder-Vergleich

Land	Effektive Belastung durch ... in % des Bruttoverdienstes in der neuen Stelle			
	Anstieg der Einkommenssteuer	Zunahme der Sozialversicherungsbeiträge	Rückgang der Transferleistungen	Gesamt
Deutschland	17,51	20,85	13,44	51,80
Schweden	22,85	7,00	0,00	29,85
Frankreich	15,19	13,60	0,00	28,79

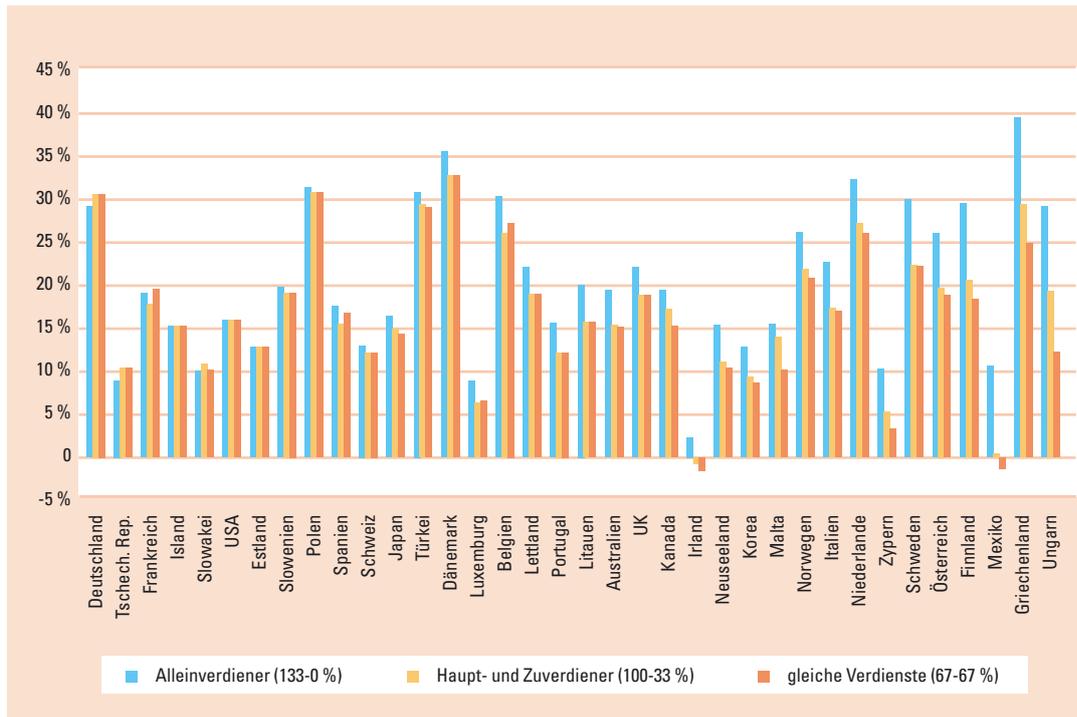
Hinweise: In der Tabelle ist unterstellt, dass der Erstverdiener in der Familie 100 % des Durchschnittsverdienstes im verarbeitenden Gewerbe bezieht, dass der bisher nicht erwerbstätige Zweitverdiener in seiner neuen Arbeitsstelle 67 % des durchschnittlichen Verdienstes eines Arbeiters erhält und dass das Ehepaar zwei Kinder hat. Der dargestellte Anstieg der effektiven Belastungen umfasst die Einkommenssteuer, Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung sowie den Wegfall universeller Barleistungen. Ausgedrückt wird der Anstieg der Belastung als Anteil des Bruttoeinkommens des Zweitverdieners, der auf die Zahlung höherer Steuern und Abgaben auf das Familieneinkommen entfällt.

Quelle: OECD 2008c: 74.

Während Splittingregelungen das Alleinverdiener-Modell fördern, weil dieses den höchsten Splittingvorteil bringt, ist bei getrennter Veranlagung für die durchschnittliche und marginale Besteuerung nur das eigene Einkommen ausschlaggebend. Bei der Individualbesteuerung wird daher die Arbeitsentscheidung des potenziellen Zweitverdieners nicht verzerrt. Bei näherer Analyse der Familienbesteuerung in den einzelnen Ländern ist allerdings erkennbar, dass viele Staaten eigentlich eine Individualbesteuerung durchführen, gleichzeitig aber die Übertragung von Freibeträgen auf den Ehepartner gestatten und Leistungen gewähren, die vom Familieneinkommen abhängen.

In Abb. 2.6 ist dargestellt, wie das Steuern-Transfer-System die Einkommensaufteilung von Ehepaaren mit Kindern beeinflussen kann. Die Frage ist, mit welcher Einkommenskonstellation Paarfamilien ihre Nettozahlungen an den Staat, d. h. die Differenz zwischen den gezahlten Steuern und den erhaltenen Leistungen, minimieren können. Es wird dabei für ein Ehepaar mit zwei Kindern im Alter von 6 und 11 Jahren angenommen, dass das Haushaltseinkommen 133 % des Durchschnittsverdienstes beträgt und entweder von einem Alleinverdiener (133 %), in einer Konstellation aus Hauptverdiener und Zuverdiener (100 % und 33 %), oder von Partnern mit gleich hohen Bruttoeinkommen (67 % und 67 %) erwirtschaftet wird. Die OECD-Staaten sind sortiert nach dem Unterschied der Nettozahlungen an den Staat bei einem „single breadwinner“ und „equal earners“.

Abb. 2.6: Durchschnittliche Nettozahlungen an den Staat in Prozent des Bruttoeinkommens von Ehepaaren mit zwei Kindern und einem Familieneinkommen in Höhe von 133 % des Durchschnittseinkommens nach Erwerbskonstellation (2006)



Quelle: OECD 2008b.

Es ist deutlich erkennbar, dass das Steuern-Transfer-System der meisten Staaten bei gleichem Familieneinkommen das Zwei-Verdiener-Paar gegenüber dem Alleinverdiener günstiger stellt, dass also die Belastung der Bruttoeinkommen niedriger ausfällt, wenn sie von zwei statt von einem Ehepartner verdient werden. Am stärksten fällt die Bevorzugung von Doppelverdiener-Familien gegenüber dem Ernährer-Modell in Ungarn aus. In Estland, den USA, der Slowakei und Island lässt sich eine weitgehende Neutralität des Steuern-Transfer-Systems gegenüber verschiedenen Erwerbskonstellationen erkennen. Einzig in der Tschechischen Republik und in Deutschland wird der traditionelle Ernährer verglichen mit einem Elternpaar mit zwei gleich hohen Bruttoeinkommen bevorzugt.

2.6 Zusammenfassung und Ausblick

Historisch gesehen hat sich die Entwicklung der Familienpolitik in den europäischen Ländern auf unterschiedlichen Pfaden vollzogen. In den letzten Jahren ist einerseits eine gewisse Annäherung der nationalen Familienpolitiken festzustellen, v. a. Verbesserungen und der Ausbau des Kinderbetreuungssystems mit dem Ziel, Frauen eine gleichzeitige Kombination von Familie und Beruf zu ermöglichen, stehen hier auf dem Programm. Die in den Barcelona-Zielen definierte Einigung auf den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und die Verpflichtung, einen Elternurlaub einzuführen und gesetzlich zu regeln, fördern sicherlich die Umsetzung einer nachhaltigen Familienpolitik in den EU-Mitgliedstaaten. Von einer allgemeinen Konvergenz europäischer Familienpolitiken kann dennoch nicht die Rede sein, wie die Vergleiche der familienpolitischen Instrumente in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt haben. Genau „wie im Hinblick auf die unterschiedlichen familienpolitischen Ansätze im allgemeinen und die ebenso unterschiedliche Organisation der Familienlastenausgleichssysteme in ihrer Struktur und Leistungsbreite ergibt sich im Vergleich der Staaten Europas auch bezüglich der Betreuungssituation ein sehr heterogenes Bild“ (Gerlach 2004: 330). Eine gewisse Uneinheitlichkeit bleibt selbst dann bestehen, wenn familienpolitische Ländercluster wie die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten oder die postsozialistischen Länder analysiert werden.

Die komplexe Herausforderung, vor der alle EU-Mitgliedstaaten bis zu einem gewissen Maße stehen, ist es, Freistellungsmaßnahmen und die damit verbundenen Geldleistungen, direkte Transfers, die steuerliche Behandlung von Familien und das Angebot an institutioneller Kinderbetreuung so auszugestalten, dass sich möglichst günstige Rahmenbedingungen für die Familiengründung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Sozialisation der Kinder ergeben. Eine vergleichende Studie der European Commission's Expert Group on Gender and Employment issues (EGGE) bringt dies folgendermaßen auf den Punkt: „The real policy issue, therefore, is to find the most optimal mixture of leave facilities, financial allowances and services, taking into account the national circumstances“ (Plantenga / Remery 2008: 68). Die Familienpolitik anderer Länder ist im Rahmen der Familienforschung, von Seiten der politischen Akteure und folglich auch in den Massenmedien in den letzten Jahren stärker in den Fokus gerückt. Das gestiegene Interesse zielt insbesondere auf Ansätze ab, von denen man sich eine Erhöhung der Geburtenraten erhofft, sowie auf Maßnahmen, die die Lebensbedingungen von Familien verbessern können, vor allem hinsichtlich des Armutrisikos und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Frankreich und Schweden wird dabei in der Regel eine besondere Vorbildfunktion zugeschrieben, weil dort die Geburtenraten und die Erwerbsquoten von Müttern höher und das Armutrisiko von Familien niedriger sind als in Deutschland. Die Fragen, die Familienpolitik und -forschung vorrangig stellen, lauten: Was kann Deutschland von diesen familienpolitisch erfolgreichen Ländern lernen? Und wie würde sich eine Übertragung bestimmter Instrumente der französischen oder schwedischen Familienpolitik auf die soziale Lage der Familien in Deutschland auswirken? Beim Benchmarking in der Familienpolitik ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Pfadabhängigkeit und Komplexität politischer Systeme ein bestimmtes Instrument in Ländern mit unterschiedlicher sozialstaatlicher Tradition sehr verschieden wirken kann (vgl. Gerlach 2009). Strohmeier et al. (2006) betrachten Familienpolitikprofile als „in Institutionen geronnene gesellschaftliche Familienleitbilder“, deren unterschiedliche Ausrichtungen und Schwerpunkte ihren Ursprung in den jeweiligen länderspezifischen Gegebenheiten und kulturellen Traditionen haben. Politikprofile sind zentrale Einflussgrößen, wenn junge Erwachsene biographisch bindende Entscheidungen wie Heirat und Familiengründung fällen. Grundsätzlich sind jedoch neben der Familienpolitik auch Mentalitätsunterschiede, insbesondere hinsichtlich Geschlechterrollen und Familienleitbildern,

die Situation und Struktur der Arbeitsmärkte und die Haltung der Arbeitgeber gegenüber der Vereinbarkeit von Beruf und Familie von großer Bedeutung.

Gegenüber den familienpolitisch erfolgreicherer europäischen Staaten fällt Deutschland v. a. dadurch auf, dass in der Vergangenheit relativ wenig in Dienstleistungen für Familien investiert wurde. Frankreich und die skandinavischen Länder schufen mit ihren höheren Ausgaben für Kinderbetreuungsangebote in der Infrastruktur schon früh zentrale Voraussetzungen dafür, dass Eltern Beruf und Familie vereinbaren können. Während Deutschland im Rahmen des Ehegattensplittings große Steuererleichterungen für Ehepaare mit ungleichen Erwerbseinkommen gewährt, unterliegen schwedische Familien der Individualbesteuerung und genießen demnach keine Steuervergünstigungen, wodurch für beide Partner nicht nur ein starker Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, sondern auch zur Ausdehnung des Arbeitsangebots in Richtung einer Vollzeitberufstätigkeit besteht.

Trotz vergleichsweise hoher öffentlicher Gesamtausgaben für Familien wachsen in Deutschland zum einen mehr Kinder in relativer Einkommensarmut auf als in den meisten anderen Industrieländern, zum anderen gehört Deutschland zu den Low-Fertility-Ländern Europas. Hohe Geburtenraten in Kombination mit niedrigen Armutsrisiken für Familien weisen heute in erster Linie Länder auf, in denen die Erwerbsbeteiligung von Müttern gefördert wird, wie dies in Frankreich und Skandinavien der Fall ist. Vor diesem Hintergrund scheinen die jüngsten familienpolitischen Reformen der deutschen Familienpolitik – die Einführung der flexiblen Elternzeit, das neue Elterngeld und der geplante Ausbau der Kinderbetreuung – in die richtige Richtung zu gehen.

An dieser Stelle sei explizit davor gewarnt, nur die positiven Aspekte der Familienpolitik anderer Länder zu sehen. Nachdem die Vollzeit erwerbstätige Mutter in Frankreich lange Zeit die Norm war, gibt es in unserem westlichen Nachbarland aktuell eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, und nach einer langen Phase der Glorifizierung der schwedischen Familienpolitik gibt es inzwischen vermehrt auch Kritik an der Forcierung der weiblichen Erwerbstätigkeit und erste Anzeichen von Reformen, die es Müttern erlauben sollen, ihre Kinder selbst zu betreuen. An der bisherigen schwedischen Familienpolitik wird zunehmend kritisiert, dass es für Frauen nach dem Übergang zur Mutterschaft eben keine Wahlfreiheit hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung gäbe. Die meisten Familien benötigen (seit der Einkommenssteuerreform von 1971) zwei Gehälter. In Schweden werden wegen des aufwändigen und umfassenden Sozialsystems sehr hohe Steuern bezahlt, so dass Familien, in denen nur ein Elternteil arbeitet, kaum existieren können. Außerdem hat in den letzten Jahrzehnten eine umfangreiche Diffamierung von Hausfrauen und Müttern, die beruflich pausieren, durch die Staatsspitze und Medien („die Hausfrau gehört ins Museum“, „Tod der Hausfrau“, Hausfrauen als „Verräterinnen“) stattgefunden. Unerwünschte Folgen der hohen Erwerbstätigkeit von Frauen seien neben der gravierenden Doppelbelastung der Frauen durch Vollzeitberufstätigkeit und Familienarbeit oftmals auch ein mangelndes Selbstbewusstsein in der Mutterrolle. Als Reaktion auf die zunehmende Kritik führte Schwedens Regierung eine neue Regelung ein: Seit Mitte 2008 können die Kommunen Familien, deren Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause von ihren Eltern betreut werden, eine monatliche Betreuungsunterstützung von umgerechnet rund 300 Euro zukommen lassen (vgl. Wilhelmssen 2007: 11; MISSOC 2009).

Abschließend sei nochmals betont, dass weniger einzelne familienpolitische Instrumente als vielmehr das Zusammenwirken verschiedener Faktoren der Infrastruktur und des Steuer-Transfer-Systems ausschlaggebend sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sowie für die Entscheidung für eine bestimmte Kinderzahl.

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

Literatur

- Bahle, Thomas (1995): Familienpolitik in Westeuropa. Ursprünge und Wandel im internationalen Vergleich. Frankfurt am Main / New York: Campus.
- Brewster, Karin L. / Rindfuss, Ronald R. (2000): Fertility and women's employment in industrialized nations. In: Annual Review of Sociology 26, pp. 271-296.
- Bünnagel, Vera (2006): Familiensplitting – Zur Familienförderung nicht geeignet. Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsforschung, Discussion Paper 2. Köln.
Online verfügbar: www.otto-wolff-institut.de/Publikationen/DiskussionPapers/OWIWO_DP_2_2006.pdf
- Eichhorst, Werner / Kaiser, Lutz C. / Thode, Erich / Tobsch, Verena (2007): Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich. Zwischen Paradigma und Praxis. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Engelhardt, Henriette / Prskawetz, Alexia (2004): On the changing correlation between fertility and female employment over space and time. In: European Journal of Population 20 (1), pp. 35 - 62.
- Esping-Andersen, Gosta (1999): Social foundations of postindustrial economies, Oxford: Oxford University Press.
- EUROSTAT (2008): Kinderbetreuung in der EU im Jahr 2006. Pressemitteilung vom 5. Dezember 2008.
Online verfügbar: http://www.eds-destatis.de/de/press/download/08_12/172-2008-12-05.pdf
- Gerlach, Irene (2004): Familienpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerlach, Irene (2009): Sozialstaatskonzeptionen und Familienpolitik. In: Informationen zur politischen Bildung, Heft 301.
Online verfügbar: http://www.bpb.de/publikationen/R21ZW0,0,Sozialstaatskonzeptionen_und_Familienpolitik.html
- Immervoll, Herwig / Barber, David (2005): Can Parents Afford to Work? Childcare Costs, Tax-Benefit Policies and Work Incentives. Paris: OECD Working Paper.
Online verfügbar: <http://www.oecd.org/dataoecd/58/23/35862266.pdf>
- Lampert, Heinz / Althammer, Jörg (2001): Lehrbuch der Sozialpolitik. Berlin et al.: Springer.
- MISSOC (2009): Vergleichende Tabellen zur sozialen Sicherheit.
Online verfügbar: http://ec.europa.eu/employment_social/missoc/db/public/compareTables.do?lang=de
- OECD (2007): Babies and Bosses – Reconciling Work and Family Life: A Synthesis of Findings for OECD Countries. Vol. 5. Paris: OECD Publications.
- OECD (2008a): OECD Family Database, „PF1: Public spending on family benefits“.
Online verfügbar: <http://www.oecd.org/dataoecd/45/46/37864391.pdf>
- OECD (2008b): OECD Family Database, „PF4: Neutrality of tax/benefit systems“.
Online verfügbar: <http://www.oecd.org/dataoecd/10/7/40352217.pdf>
- OECD (2008c): OECD-Wirtschaftsberichte Deutschland. Paris: OECD Publications.
- Opielka, Michael (2004): Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Plantenga, Janneke / Remery, Chantal (2008): The provision of childcare services. A comparative review of thirty European countries. Online verfügbar: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=2483&langId=en>
- Prognos AG (2005): Elterngeld und Elternzeit – Ein Erfahrungsbericht aus Schweden. Basel.
- Pylkkänen, Elina / Smith, Nina (2004): The Impact of Family-Friendly Policies in Denmark and Sweden on Mothers' Career Interruptions due to Childbirth. IZA Discussion Paper 1050. Bonn.
- Schwarze, Johannes / Honekamp, Ivonne (2007): Einkommensmodellrechnungen für Referenzfamilien in Deutschland, Frankreich und Schweden. Expertise im Auftrag des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg. Bamberg.

2 Familienpolitik im europäischen Vergleich

Steidle, Hanna (2007): Aktuelle familienpolitische Entwicklungen in Europa am Beispiel der familienunterstützenden Dienstleistungen (FuD). Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa. Online verfügbar: http://www.soziale-dienste-in-europa.de/Anlage/Bericht_Familienpolitik_FuD.pdf

Strohmeier, Henrika / Strohmeier, Klaus Peter / Schulze, Hans-Joachim (2006): Familienpolitik und Familie in Europa. Hrsgg. vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW. Düsseldorf: MGFFI 1009.

Wilhelmsen, Merete K. (2007): Über norwegische Erfahrungen mit dem Betreuungsgeld. In: Stimme der Familie (54), Heft 5-6/2007, S. 10-11.

3. VOM ERNÄHRER- ZUM ZWEIVERDIENERMODELL – BESTANDSAUFNAHME UND INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN²⁵

(DIRK HOFÄCKER)

3.1 Einleitung: Vom Ernährer zum Zweiverdienermodell?

Seit einigen Jahrzehnten befindet sich das Verhältnis der Geschlechter am deutschen Arbeitsmarkt in einem tief greifenden Wandel. Waren in den 1950er und 1960er Jahren deutsche Familien noch durch die fast gesellschaftsweite Verbreitung eines sogenannten „**klassischen männlichen Ernährermodells**“ (Lewis 1992, Ostner und Lewis 1998) mit einem erwerbstätigen Ehemann und einer auf Haushalt und Kinderbetreuung spezialisierten Ehefrau gekennzeichnet, so hat seit den 1970er Jahren die Erwerbstätigkeit von deutschen Frauen und insbesondere Müttern deutlich zugenommen, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwa zwei von drei Frauen im erwerbsfähigen Alter²⁶ auch de facto erwerbstätig sind.

Trotz des fast kontinuierlichen Anstiegs der weiblichen Erwerbstätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten verweisen aktuelle Studien jedoch darauf, dass bei der Integration von Frauen in den deutschen Arbeitsmarkt nach wie vor noch Defizite existieren und oftmals Hindernisse zu überwinden sind. Insbesondere in der frühkindlichen Phase erschwert das Fehlen von externen Kinderbetreuungseinrichtungen erwerbsorientierten Frauen die simultane Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und der Fortführung einer gewünschten eigenen Erwerbstätigkeit. Viele Mütter in Deutschland kehren dementsprechend nach einer „Kinderpause“ oftmals zunächst in Teilzeitarbeit auf den Arbeitsmarkt zurück, und erhöhen ihre Arbeitsmarkteteiligung erst nach und nach mit zunehmendem Alter der Kinder (BMFSFJ 2005). Dieses Modell der familialen Erwerbsbeteiligung wird von Sozialwissenschaftlern als eine „modernisierte“ Variante des klassischen Ernährermodells angesehen. Aufgrund des entsprechend meist geringeren Beitrags der Ehefrau zum Haushaltseinkommen wird sie jedoch vielfach als „**weibliches Zuverdienermodell**“ angesehen.

Angesichts jüngerer sozialstruktureller und demographischer Entwicklungen stellt sich jedoch die Frage, inwiefern dieses Modell der Geschlechterbeteiligung am Arbeitsmarkt langfristig zukunftsfähig sein wird.

- Einerseits verweisen Ergebnisse aktueller repräsentativer Bevölkerungsbefragungen darauf, dass die in Deutschland gegenwärtig vorherrschenden Arbeitszeitmuster von Frauen häufig nicht mit deren gewünschten Arbeitszeiten übereinstimmen (Klenner und Pfahl 2008). Im Zuge der Bildungsexpansion der vergangenen drei Jahrzehnte haben Frauen die Männer insbesondere im Erwerb höherer Bildungsabschlüsse mittlerweile eingeholt bzw.

²⁵ Der Autor dankt Stefanie König (München) und Timo Reichert (Bamberg) für die Hilfe bei der Datenrecherche, -analyse und der Erstellung dieser Expertise.

²⁶ Diese in der Arbeitsmarktforschung gebräuchliche Kategorie umfasst alle Bundesbürger im Alter von 15-64 Jahren. Sie stellt damit eine näherungsweise Beschreibung des verfügbaren Arbeitskräftepotentials dar. Aufgrund verlängerter Ausbildungsphasen sowie der weiten Verbreitung des Erwerbsaustritts vor Erreichen des offiziellen Ruhestandsalters von 65 Jahren (Hofäcker et al. 2007) kann jedoch davon ausgegangen werden, dass dieser Wert das tatsächlich verfügbare Arbeitskräftepotential etwas überschätzt.

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

vielfach sogar schon überholt. Aufgrund der damit einhergehenden besseren Arbeitsmarktqualifikationen zeigen insbesondere qualifizierte Frauen ein zunehmendes Interesse an der Verfolgung eigenständiger Arbeitsmarktkarrieren in kontinuierlicher (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit. Qualifikationseinbußen und „Kariereknicks“ – etwa im Zuge einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung – werden zunehmend vermieden oder auf eine vergleichsweise kurze Zeitspanne reduziert (*John und Stutzer 2002*).

- Zum anderen zeigen demographische Prognosen (*Statistisches Bundesamt 2006a*), dass im Zuge des Rückgangs der Geburtenrate die deutsche Bevölkerung nicht nur altern, sondern gleichzeitig auch zahlenmäßig abnehmen wird. Insbesondere der relative Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung wird sich dabei in den kommenden Jahrzehnten verringern (vgl. Kapitel 6). Diese Entwicklung stellt das „deutsche Modell“ in zweifacher Hinsicht vor neue Herausforderungen: Zum einen erwarten viele Arbeitsmarktforscher in den kommenden Jahrzehnten einen Mangel an qualifizierten Fachkräften (*Reinberg und Hummel 2004*). Zum anderen führt der demographische Wandel dazu, dass zentrale Sozialleistungen – wie Renten- und Gesundheitsversicherung – in Zukunft von einer abnehmenden Zahl Erwerbstätiger für eine steigende Anzahl meist älterer Bezieher wohlfahrtsstaatlicher Transferleistungen erbracht bzw. finanziert werden müssen (vgl. Kapitel 6). Eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland sowie eine Förderung der weitestgehenden Kontinuität ihrer Erwerbskarrieren könnte hier in zweierlei Hinsicht mögliche Entlastung bringen: Zum einen stünden angesichts des hohen Qualifikationsniveaus von Frauen insbesondere Unternehmen im wachsenden Dienstleistungssektor mehr qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung. Zum anderen würde durch eine Erhöhung der Erwerbsteilhabe von Frauen ein bislang noch weitgehend brachliegendes Erwerbspotential erschlossen und die Anzahl der Beitragszahler zu den Sozialversicherungssystemen erhöht (vgl. *Allmendinger und Ebner 2006, Vaupel und Hofäcker 2009*).

Sowohl das steigende Arbeitsangebot von Frauen (durch die verbesserten Bildungsqualifikationen von Frauen) als auch die zu erwartende zunehmende Nachfrage nach weiblicher Arbeitskraft deuten somit auf einen notwendigen Übergang vom bislang dominanten (modernisierten) „Ernährermodell“ zu einem auf umfassender und kontinuierlicher Erwerbstätigkeit beider Ehepartner beruhenden sogenannten „Zweiverdienermodell“ hin (*Leitner et al. 2004*).

Auf der Ebene der Europäischen Union existieren dementsprechend bereits seit mehreren Jahren verschiedene Ansätze zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen, die explizit das Ziel einer umfassenden Arbeitsmarktintegration beider Ehepartner in einem „Zweiverdienermodell“ verfolgen. In den politischen Bestrebungen der EU nehmen dabei die „Förderung von Chancengleichheit in allen ihren Aspekten“ und die „Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben“ (*Europäischer Rat 2000*) eine zentrale Rolle ein. So verfolgen sozial- und familienpolitische Rahmenrichtlinien sowie Mindestvorgaben der EU explizit das Ziel, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und Frauen damit eine umfassendere Arbeitsmarktteilnahme zu ermöglichen (vgl. *Dienel 2004*). Gleichzeitig wird etwa im Rahmen des sogenannten „Gender Mainstreaming“ ein Abbau der Erwerbshindernisse für Frauen und eine Verringerung geschlechtsspezifischer Unterschiede am Arbeitsmarkt angestrebt (*Meuser und Neusüß 2004*).

Trotz zunehmender politischer Bestrebungen zur Förderung eines Zweiverdienermodells verweisen verschiedene sozialwissenschaftliche Studien für die späten 1990er Jahre sowie die ersten Jahre des neuen Jahrtausends jedoch nach wie vor auf deutliche innereuropäische Unterschiede in den Erwerbsmustern von Männern und Frauen (*Blossfeld und Hofmeister 2006, Blossfeld und Drobnič 2001*). Ziel dieses Kapitels ist es, vor diesem Hintergrund eine aktuelle

Bestandsaufnahme geschlechtsspezifischer Erwerbsmuster in Europa auf Basis neuesten verfügbaren empirischen Datenmaterials zu liefern. Im Zentrum steht dabei die Frage, inwieweit moderne europäische Gesellschaften auf dem Weg vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell fortgeschritten sind: Inwieweit ist es Frauen gelungen, eine feste Verankerung im Arbeitsmarkt zu erlangen? Wie verläuft die Erwerbstätigkeit von Frauen, v. a. in der Phase der Familiengründung und der Betreuung von (Klein-)Kindern? Kommt es zu einer Annäherung der Erwerbstätigkeitsmuster und Arbeitsmarktchancen von Männern und Frauen? Und falls ja: Geschieht dies durch eine Angleichung der Erwerbsverläufe von Frauen an den „typisch männlichen Erwerbsverlauf“ oder durch eine beiderseitige Konvergenz in Richtung einer gleichmäßigen Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern?

Den Ausgangspunkt der folgenden Analysen soll dabei die Situation in *Deutschland* darstellen. Gleichzeitig erscheint es jedoch sinnvoll, einen vergleichenden Blick in *europäische Nachbarstaaten* zu werfen, die andere familien- und arbeitsmarktpolitische Strategien zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen verfolgen. Ein internationaler Vergleich bietet hier die Möglichkeit, das deutsche Politikmodell vor dem Hintergrund internationaler Alternativmodelle auf seine politische Effizienz hin zu überprüfen: Wie verlaufen die Erwerbstätigkeitsmuster von Männern und Frauen in anderen europäischen Ländern? Inwiefern lassen sich diese Verlaufsmuster auf unterschiedliche politische Ansätze zurückführen? Welche möglichen Vor- und Nachteile weisen diese Politikansätze auf? Stehen sie im Einklang mit den Vorstellungen und Wünschen der Bürger? Und lassen sich derartige Ansätze auf das „deutsche Modell“ übertragen?

Zu diesem Zweck geht dieses Kapitel wie folgt vor: Um die Ergebnisse des folgenden internationalen Vergleichs einordnen zu können, erfolgt im nachfolgenden *Abschnitt 3.2* zunächst eine kurze Klassifizierung der untersuchten Nationen und der sie charakterisierenden Wohlfahrtsstaats- und Arbeitsmarktinstitutionen, teilweise unter Rückgriff auf Ergebnisse der weiteren Kapitel des Berichts. Zur besseren Übersichtlichkeit werden abschließend – in Anlehnung an einschlägige Ansätze der international vergleichenden Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatsforschung – Ländergruppen identifiziert, die ähnliche Arrangements in ihren Sozial- und Wirtschaftspolitiken aufweisen.

Abschnitt 3.3 greift auf diese Ländergruppierungen zurück und widmet sich anschließend einer differenzierten Darstellung der Erwerbsmuster von Männern und Frauen in Europa und ihrer Entwicklungsmuster im Zeitverlauf. Im Mittelpunkt soll dabei zum einen die Entwicklung der allgemeinen Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen stehen, d. h. die Frage, inwiefern Europäerinnen und Europäer überhaupt am Arbeitsmarkt teilnehmen (*Abschnitt 3.3.1*). Dieser grobe Überblick über geschlechtsspezifische Erwerbsbeteiligungsquoten soll anschließend durch eine differenzierte Analyse des Umfangs der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen ergänzt werden (*Abschnitt 3.3.2*). Dabei soll zum einen auf den zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen in Europa, insbesondere deren zahlenmäßige Verteilung auf Voll- und Teilzeitarbeit eingegangen werden. Zum anderen soll untersucht werden, inwiefern sich die Muster der geschlechtsspezifischen Erwerbsbeteiligung bei der Geburt von Kindern sowie im weiteren Familienverlauf entwickeln.

Abschnitt 3.4 fasst abschließend die Kernergebnisse der vorliegenden Expertise noch einmal kompakt zusammen und skizziert mögliche Konsequenzen für die politisch nachhaltige Gestaltung familialer Erwerbsverhältnisse in Europa.

3.2 Institutionelle Rahmenbedingungen familialer Erwerbstätigkeit – ein europäischer Überblick

Familiale Erwerbstätigkeitsmuster stehen in einem engen Zusammenhang mit nationalen Institutionen, etwa des Wohlfahrtsstaates oder des Arbeitsmarktes, die ihrerseits die Grundlagen für eine Erwerbstätigkeit der Familienmitglieder schaffen. Grundsätzlich lassen sich hier zwei verschiedene Einflussmöglichkeiten unterscheiden: Zum einen können etwa wohlfahrtsstaatliche Institutionen Familienmitglieder darin unterstützen, eine eigene Erwerbstätigkeit mit der Erfüllung familiärer Pflichten zu kombinieren. Zu diesen Maßnahmen, die das Arbeitsangebot beeinflussen, zählen etwa familienpolitische oder betriebliche Unterstützungsleistungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig muss für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration dem Arbeitsangebot von Männern und Frauen eine entsprechende Nachfrage am Arbeitsmarkt nach Arbeitskraft gegenüberstehen, d. h. es müssen potentielle Arbeitsstellen zur Verfügung stehen bzw. zugänglich sein.

Frühere Studien (etwa *Daly 2000, Hofäcker 2006, Meyers und Gornick 2003*) haben gezeigt, dass hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung dieser Institutionen in den europäischen Ländern nach wie vor deutliche Unterschiede existieren, die ihrerseits entsprechend unterschiedlich ausgeprägte Anreize für spezifische familiäre Erwerbstätigkeitsmuster setzen. Im Folgenden soll daher ein kompakter Überblick über die Ausprägung erwerbsrelevanter Institutionen in Europa auf Basis aktueller Daten gegeben werden.

3.2.1 Familienpolitische Maßnahmen

Bereits in Kapitel 2 dieses *ifb*-Familienreports 2009 wurde ein umfassender Überblick über verschiedene familienpolitische Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit gegeben. Wie dort aufgezeigt, weisen die verschiedenen europäischen Länder deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Gestaltung staatlicher Familienpolitik auf. Bemerkenswert ist dabei die in vielen Ländern erkennbare Korrespondenz zwischen der Ausgestaltung von Freistellungsregelungen und Kinderbetreuungsarrangements: Länder mit vergleichsweise rudimentär ausgebauten Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere für Kinder im frühkindlichen Alter, tendieren dazu, vergleichsweise umfangreiche Freistellungsregelungen von bis zu dreieinhalb Jahren anzubieten. Hierzu zählen insbesondere die *osteuropäischen* Länder, in denen nach einem oftmals radikalen Abbau familienpolitischer Leistungen in den Jahren des Systemwechsels nur noch wenige frühkindliche Betreuungseinrichtungen existieren, und in denen Freistellungsregelungen einen Umfang von etwa drei Jahren umfassen. Erst ab Erreichen des Kindergartenalters stehen hier für die Mehrzahl aller Kinder Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung, so dass im Hinblick auf familiäre Erwerbsmuster zunächst ein mehrjähriger Erwerbsausstieg eines Ehepartners (Ernährermodell), anschließend die umfangreiche Erwerbstätigkeit beider Ehepartner (Zweiverdienermodell) gefördert wird.

Demgegenüber weisen viele Länder mit umfangreich ausgebauter frühkindlicher Betreuung vergleichsweise kurze Freistellungsregelungen auf. Dies gilt insbesondere für die *skandinavischen* Länder, in denen für bis zu zwei Drittel aller Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren weitestgehend Vollzeit-Betreuungsplätze in staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen existieren. Deren Freistellungsregelungen haben eine vergleichsweise „kompakte“ Länge von 26 (Island) bis maximal 84 Wochen (Schweden) und fördern damit eher ein Zweiverdienermodell.

Andere europäische Länder nehmen im Hinblick auf die Ausgestaltung von Freistellungsregelungen und Kinderbetreuung eine Zwischenposition zwischen den beiden skizzierten Extremen

ein. Innerhalb der *mitteleuropäischen* Länder weisen v. a. Deutschland und Österreich eine Kombination von langen Freistellungen und einer gering ausgeprägten sowie meist nur halbtägigen frühkindlichen Betreuung auf, die gegenwärtig eher ein traditionelles Ernährer- bzw. ein Zuverdienermodell fördert. Ein an die skandinavischen Staaten angelehntes Modell findet sich in Belgien, den Niederlanden und Frankreich, die über vergleichsweise gut ausgebaute frühkindliche Betreuungseinrichtungen verfügen, so dass von einer Förderung einer baldigen Rückkehr in den Arbeitsmarkt ausgegangen werden kann. Vor allem in den Niederlanden wird dabei eine Rückkehr in Teilzeitarbeit angestrebt, die familien- und arbeitsmarktpolitisch als Standarderwerbsform für beide Ehepartner gefördert wird (*Knijn 2002*).

Eine besonders dynamische Entwicklung haben in den vergangenen Jahren die *südeuropäischen* Länder durchlaufen. Galten diese zu Ende der 1990er Jahren noch im Hinblick auf ihre Familienpolitik grundsätzlich als „rudimentär“ (*Hofäcker 2004*), so haben sie v. a. im Bereich der Kinderbetreuung seit der Jahrtausendwende ihre Position in Europa deutlich verbessert und nehmen diesbezüglich nunmehr eine Position im oberen Mittelfeld ein.

Ebenfalls im Mittelfeld finden sich die *angelsächsischen* Länder (Großbritannien, Irland und – zum interkontinentalen Vergleich – die USA), die eine moderat ausgebaute Kinderbetreuung mit einer bis zu einjährigen Freistelloption verbinden. Wie in Kapitel 2 verdeutlicht, sind die monetären staatlichen Fürsorgeleistungen für Familien in diesen Ländern jedoch sehr gering, so dass für viele Familien eine Erwerbstätigkeit beider Ehepartner zur Aufrechterhaltung eines ausreichenden Erwerbseinkommens notwendig ist. Hier wäre entsprechend eine Polarisierung hinsichtlich des Erwerbsmodells zu erwarten: Während bei Paaren mit höherem Sozialstatus eher ein Zweiverdienermodell wahrscheinlich ist, wäre Paaren aus materiell schwächeren Bevölkerungsschichten aufgrund fehlenden Zugangs zu günstiger Betreuung vermutlich nur eine Teilzeitarbeit eines Ehepartners in Form eines Zuverdienermodells möglich.

3.2.2 Betriebliche Unterstützungsleistungen

Maßnahmen zur Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf können jedoch nicht nur durch staatliche Familienpolitik erbracht werden. Ebenso können Betriebe durch die familienfreundliche Gestaltung des Arbeitsumfeldes einen Beitrag zur Erwerbstätigkeit beider Elternteile in jungen Familien leisten. Eine wesentliche Möglichkeit hierzu stellt die familienfreundliche Gestaltung von Arbeitszeiten dar, die es dem Arbeitnehmer erlaubt, die vertraglich vorgegebene Arbeitszeit flexibel den eigenen familialen Bedürfnissen anzupassen. Abb. 3.1 gibt einen aktuellen Überblick über derartige Maßnahmen zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung in Europa, basierend auf Daten des vierten European Survey of Living Conditions aus dem Jahr 2005.²⁷ Unterschieden wird dabei zwischen:

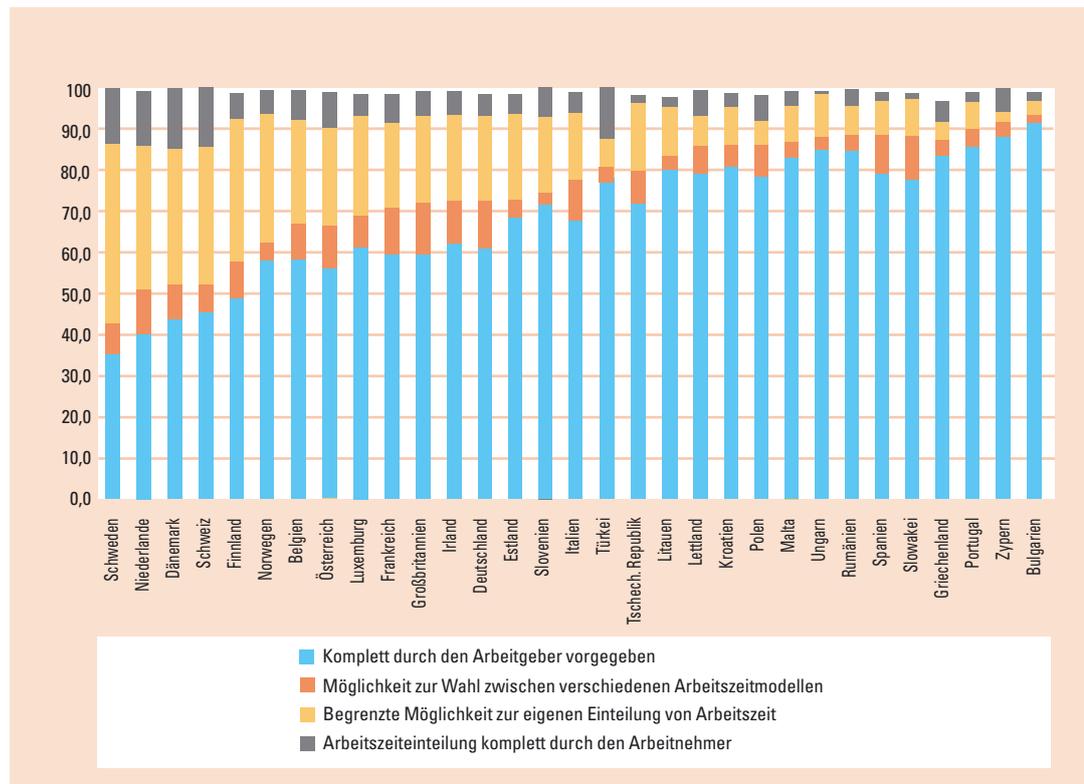
- einer fixen externen Vorgabe der Arbeitszeit durch den Arbeitgeber,
- der Möglichkeit zur Wahl zwischen verschiedenen, extern vorgegebenen Arbeitszeitmodellen,
- der begrenzten Möglichkeit zur eigenen Einteilung von Arbeitszeit,
- der vollkommen flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit durch den Arbeitnehmer.

²⁷ Das vierte European Survey of Living Conditions ist eine bevölkerungsrepräsentative Befragung von Beschäftigten aus insgesamt 31 Ländern, den 25 damaligen EU-Staaten sowie Bulgarien, Rumänien, Kroatien, der Türkei, Norwegen und der Schweiz. Es umfasst pro Land ca. 600-1000 Befragte und beschäftigt sich – neben der Untersuchung von Arbeitszeiten – mit verschiedenen Aspekten des Arbeitsalltags, etwa der Gesundheit am Arbeitsplatz, der Arbeitsorganisation oder der Arbeitszufriedenheit (vgl. Eurofound 2007a).

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Dabei kann davon ausgegangen werden, dass eine möglichst flexible Gestaltung der eigenen Arbeitszeit familialen Bedürfnissen am ehesten entgegenkommt, während eine externe Vorgabe durch den Arbeitgeber als am „familienunfreundlichsten“ wahrgenommen wird.

Abb. 3.1: Verbreitung familienfreundlicher Arbeitszeitarrangements in Europa²⁸, 2005



Quelle: Fourth European Survey on Working Conditions, 2005 (zitiert nach OECD 2009a).

Wenngleich die verwendete Fragestellung nur einen vergleichsweise groben Indikator zur Messung familienfreundlicher Arbeitsplatzarrangements darstellt, zeigen sich dennoch deutliche innereuropäische Unterschiede in der Verbreitung flexibler Zeitarrangements. Bemerkenswert ist dabei, dass die *skandinavischen* Länder, die bereits familienpolitisch am umfassendsten an der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet sind, auch die flexibelsten Arbeitszeitmodelle aufweisen. Zwischen 40 % und 60 % aller Arbeitnehmer können hier ihre Arbeitszeit – zumindest in begrenztem Maße – flexibel selber einteilen. Ähnlich hohe Werte weisen die *Niederlande* und die *Schweiz* auf. In den *mitteleuropäischen* Staaten sowie in Großbritannien und Irland trifft dies noch für etwa ein Drittel aller Arbeitnehmer zu. Den *angelsächsischen* Ländern gelingt es somit, die eher begrenzte und spezifischen Zielgruppen vorbehaltene, staatliche Familienpolitik zumindest teilweise durch betriebliche Flexibilität am Arbeitsplatz auszugleichen. Zudem existieren in diesen Staaten neben flexiblen Arbeitszeitarrangements auch

²⁸ Antwortmöglichkeiten addieren sich nicht immer auf 100%, da in einigen Ländern die Befragten die Antwort verweigerten bzw. sich auf keine der Antwortalternativen festlegten (vgl. Eurofound 2007a).

vergleichsweise umfassende betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen, die Eltern eine auch räumlich enge Verknüpfung zwischen Arbeit und Kinderbetreuung ermöglichen (vgl. Hofäcker 2006). Dem hingegen zeigt sich, dass sich in einem Großteil der *osteuropäischen* Staaten sowie den *südeuropäischen* Ländern die Beschäftigung weitgehend an durch den Arbeitgeber vorgegebenen Arbeitszeitmodellen orientiert. Zusammengenommen mit der Tatsache, dass in diesen Ländergruppen auch die staatliche Familien- und Sozialpolitik nur gering bis moderat ausgebaut ist, stellen sich hier für junge Familien sowohl von öffentlicher als auch von privatwirtschaftlicher Seite vergleichsweise schwierige Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

3.2.3 Zugang zum Arbeitsmarkt

Die bisherigen Darstellungen nationaler Rahmenbedingungen konzentrierten sich weitgehend auf Maßnahmen, die es Familien erleichtern, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen; sie fokussierten mithin auf das *Arbeitsangebot*. Zur tatsächlichen Realisierung individueller Erwerbstätigkeit ist es indes ebenso notwendig, dass dem Arbeitsangebot von Männern und Frauen eine entsprechende *Arbeitskraftnachfrage* gegenübersteht; mit anderen Worten, dass es erwerbsbereiten Männern und Frauen in Europa möglich ist, eine Arbeitsstelle zu finden. Fällt es ihnen – bedingt durch ausgeprägte Arbeitsmarktbarrieren oder hohe Arbeitslosigkeitsraten – schwer, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, so ist selbst bei grundsätzlicher Erwerbsbereitschaft eine beiderseitige Erwerbstätigkeit meist nur schwer zu realisieren. Neben der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss zur Ermöglichung eines Zweiverdienermodells somit auch eine grundsätzliche Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes gewährleistet sein.

Zur Charakterisierung der Durchlässigkeit nationaler Arbeitsmärkte gibt Tab. 3.1 die „Langzeitarbeitslosigkeits-Quote“ in verschiedenen europäischen Ländern wieder, die den relativen Anteil einer „langen“ Arbeitslosigkeit von 12 Monaten und länger an der Gesamtarbeitslosigkeit eines Landes misst. Je höher diese Quote ausfällt, d. h. je mehr Arbeitslosigkeit innerhalb eines Landes von eher dauerhafter Natur ist, umso eher existieren für Arbeitsmarktneu- bzw. -wiedereinsteiger umfangreiche Barrieren für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Tab. 3.1 gibt zudem die Höhe staatlicher Transferleistungen im Falle von Langzeitarbeitslosigkeit, gemessen als Lohnersatz für eine Familie mit durchschnittlichem Einkommen, wieder. Diese Maßzahl zeigt zum einen an, inwiefern eine Erwerbslosigkeit mit negativen finanziellen Konsequenzen einhergeht. Zum anderen erlaubt sie abzuschätzen, inwiefern eine ggf. schnelle Rückkehr in den Arbeitsmarkt auf die mangelnde Verfügbarkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen zurückzuführen und somit ggf. mit beruflichen Abstiegen bzw. Gehaltseinbußen verbunden ist.

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Tab. 3.1: Verbreitung von Langzeitarbeitslosigkeit (1980-2008) und staatliche Transfers (2006) im europäischen Vergleich

	Langzeitarbeitslosigkeit (in % der Gesamtarbeitslosigkeit)							Lohnersatzrate bei Langzeitarbeitslosigkeit 2006 in % des Durchschnittseinkommens
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	
Skandinavisch		22,1	21,8	32,0	22,4	22,9	15,9	69,5
Dänemark		37,1	32,7	31,0	21,6	27,6	18,3	75
Schweden	4,9	7,2	9,0	29,0	26,6		15,7	80
Norwegen		16,7	23,7	25,8	7,3	12,3	8,5	62
Finnland	29,1	27,5		42,3	34,0	28,9	21,1	81
Angelsächsisch		44,1	38,0	42,1	19,9	25,7	23,9	62,6
Irland		67,2	71,0	66,4		38,0	31,0	75
Großbritannien		53,4	36,3	48,4	33,2	25,8	29,1	74
USA	5,6	11,6	6,8	11,5	6,6	13,3	11,7	39
Mitteleuropäisch		55,9	52,7	45,2	41,9	43,8	43,2	70,8
Belgien		75,9	73,6	67,4	62,8	58,1	54,9	59
Frankreich	39,5	47,5	42,1	46,2	45,3	45,3	40,5	69
Deutschland		52,5	47,0	48,8	51,0	55,3	54,1	67
Österreich				32,2	25,5	27,9	26,6	77
Niederlande		66,1	57,0	51,1		47,3	40,7	75
Luxemburg		37,5	43,8	25,3	24,9	28,9	42,5	78
Südeuropäisch		56,2	59,7	59,1	57,6	47,5	41,5	31,8
Griechenland		44,5	52,4	52,9	59,0	55,5	51,4	3
Italien		66,7	70,1	64,1	62,7	52,4	49,2	0
Portugal			50,4	54,9	48,4	51,6	48,8	81
Spanien	31,8	57,5	56,3	60,3	50,9	34,7	24,0	43
Osteuropäisch				48,7	51,8	58,3	51,6	53,8
Tschech. Republik				35,3	53,3	57,7	54,0	68
Ungarn				54,7	52,6	48,4	50,5	33
Polen				44,7	41,5	56,0	32,3	73
Slowak. Republik				59,9	59,9	71,1	69,7	41

Quelle: OECD 2009b, 2007.

Wie Tab. 3.1 verdeutlicht, weisen sowohl die *skandinavischen* als auch die *angelsächsischen* Länder geringe Langzeitarbeitslosigkeitsquoten auf. In den skandinavischen Ländern sind gegenwärtig, nach einer kurzen Arbeitsmarktkrise zu Beginn der 1990er Jahre, während der sowohl die Gesamtarbeitslosigkeit als auch die Langzeitarbeitslosigkeitsquote anstieg, weniger als ein Fünftel aller Arbeitslosen mehr als ein Jahr arbeitslos. Hier unterstützen aktive arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen, die einen bedeutsamen Teil staatlicher Ausgaben ausmachen, durch die Förderung einer schnellen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt die Erwerbstätigkeit beider Geschlechter (Kvist 2001).

In den *angelsächsischen* Ländern sind seit Anfang des Jahrtausends weniger als ein Drittel, in den USA sogar weniger als ein Zehntel aller Arbeitslosen dauerhaft erwerbslos. In Großbritannien und Irland haben sich die zu Beginn der 1980er Jahre noch deutlich höheren Langzeitarbeitslosenquoten im Zuge umfassender Arbeitsmarkt-Deregulierungen den amerikanischen Zahlen angenähert. Diese positive Arbeitsmarktbilanz in den *angelsächsischen* Ländern lässt sich dabei weniger durch aktive staatliche Arbeitsmarktpolitik, sondern vielmehr durch einen nur moderat ausgebauten und primär an Armutsvermeidung orientierten Sozialstaat erklären, der vielfach eine beiderseitige Erwerbstätigkeit zur Sicherung des Haushaltseinkommens notwendig macht. Gleichzeitig ermöglicht ein nur wenig regulierter „hire-and-fire“ Arbeitsmarkt mit geringem Kündigungsschutz, aber gleichzeitig ebenso geringen Arbeitsmarkteinstiegsbarrieren eine schnelle Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit ohne Inkaufnahme langer Arbeitslosigkeitsepisoden.

In den *süd- und osteuropäischen* Staaten entfiel hingegen bis vor Kurzem teilweise deutlich mehr als die Hälfte aller Arbeitslosigkeit auf Langzeitarbeitslosigkeit von einem Jahr und länger. Dieses Ergebnis verweist auf ausgesprochen rigide Arbeitsmärkte, in denen es arbeitslosen Männern und Frauen ausgesprochen schwer fällt, Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Diese Entwicklung erscheint vor dem Hintergrund des geringen Niveaus staatlicher Familien- und Sozialleistungen umso kritischer.

Die *mitteleuropäischen* Staaten, inklusive Deutschland, nehmen eine mittlere Position zwischen den skizzierten Extrempolen ein. Mit Ausnahme Österreichs macht Arbeitslosigkeit von mehr als einem Jahr hier einen Anteil von etwa 40 bis 50 % der Gesamtarbeitslosigkeit aus. Trotz erkennbarer Rigiditäten bieten nationale Arbeitsmärkte hier bessere Möglichkeiten zur Erwerbsaufnahme bzw. -fortführung als in den süd- und osteuropäischen Staaten. Zudem werden Phasen von Arbeitslosigkeit mit umfassenden Transferleistungen ausgeglichen, so dass sowohl Individuen als auch Familien eine begrenzte Suchphase nach Erwerbstätigkeit bei gleichzeitiger Wahrung des Lebensstandards ermöglicht wird.

3.2.4 Synthese: Nationale Rahmenbedingungen für das Zweiverdienermodell

Die vorangegangenen Abschnitte haben sich mit den familien-, betriebs- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen für familiäre Erwerbsmodelle in Europa auseinandergesetzt. Tab. 3.2 fasst die Ergebnisse dieser Analysen und die erwartbaren Konsequenzen für die Verbreitung unterschiedlicher familialer Erwerbsmodelle in Europa schematisch zusammen.

Die günstigsten Rahmenbedingungen zur Realisierung eines Zweiverdienermodells liegen demzufolge in den *skandinavischen* Staaten vor. Eine ausgebaute staatliche Familienpolitik mit kompakten Freistellungsregelungen und einer umfassenden, ganztägigen Kinderbetreuung ermöglicht es Eltern hier, bereits kurz nach der Geburt eines Kindes wieder in umfangreicher Stundenzahl erwerbstätig zu sein. Die hohe Verbreitung flexibler Arbeitszeitanrangements schafft zudem Freiraum, diese Arbeitsstunden den eigenen familialen Bedürfnissen anzupassen. Eine aktive staatliche Arbeitsmarktpolitik garantiert zudem in der Mehrzahl der Fälle, dass dem Arbeitsangebot von skandinavischen Männern und Frauen ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten gegenüberstehen. Aufgrund der umfassenden und von sozialen Charakteristika wie Bildung, Schicht und Geschlecht weitgehend unabhängigen Förderung einer Erwerbstätigkeit wird hier von einem „egalitären“, d. h. gesamtgesellschaftlich gleichmäßig verbreiteten Zweiverdienermodell ausgegangen.

In den *angelsächsischen* Ländern begünstigen nationale Rahmenbedingungen ebenfalls ein Zweiverdienermodell. Allerdings liegen die politischen Hintergründe für dieses auf den ersten

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Blick ähnliche Ergebnis hier weniger in aktiver staatlicher Förderung, als vielmehr in der vergleichsweise zurückhaltenden Rolle des Staates in Familien- und Sozialpolitik. Diese erfordert vielfach eine Erwerbstätigkeit beider Ehepartner und ein weitgehendes Vertrauen auf einen flexiblen, durchlässigen Arbeitsmarkt.

Tab. 3.2: Institutionelle Rahmenbedingungen familialer Erwerbsmodelle im europäischen Vergleich

Ländergruppe	Staatliche Familienpolitik	Flexibilität von Arbeitszeiten	Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes	Gefördertes familiales Erwerbsmodell
Skandinavisch	Kinderbetreuung: umfangreich ausgebaut für Kinder jeden Alters, ganztägige Versorgung. Freistellungsregelungen: Kompakt, zeitlich auf ca. 1 Jahr begrenzt	Hohe Flexibilität von Arbeitszeiten, umfangreiche Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung	Flexibler Arbeitsmarkt mit geringer Langzeitarbeitslosigkeit, Förderung der Erwerbsintegration durch aktive Arbeitsmarktpolitik	Egalitäres Zweiverdienermodell
Angelsächsisch	Kinderbetreuung: moderater Ausbau, oft privates Angebot, begrenzter Zugang Freistellungsregelungen: Meist sehr kurz, nur geringe staatliche Unterstützung	Hohe Flexibilität von Arbeitszeiten, umfangreiche Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung	Flexibler, nur sehr gering regulierter Arbeitsmarkt mit nur sehr geringer Langzeitarbeitslosigkeit	Sozial selektives Zweiverdienermodell/ Zuverdienermodell
Mitteleuropäisch	Kinderbetreuung: moderater Ausbau v. a. für frühkindliche Phase gering, oft zeitlich begrenztes Angebot (Ausnahme: FRA; BEL) Freistellungsregelungen: Mehrjähriges Angebot	Moderate Flexibilität von Arbeitszeiten, begrenzte Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung	Vergleichsweise regulierter Arbeitsmarkt mit moderat ausgeprägter Langzeitarbeitslosigkeit	Zuverdienermodell
Südeuropäisch	Kinderbetreuung: moderater Ausbau v. a. für frühkindliche Phase gering, oft zeitlich begrenztes Angebot Freistellungsregelungen: Mehrjähriges Angebot	Geringe Flexibilität von Arbeitszeiten, kaum Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung	Rigider Arbeitsmarkt mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit – ausgeprägte Zugangsbarrieren	Ernährermodell/ Zweiverdienermodell
Osteuropäisch	Kinderbetreuung: moderater bis geringer Ausbau v. a. für frühkindliche Phase gering, oft zeitlich begrenztes Angebot Freistellungsregelungen: Mehrjähriges Angebot	Geringe Flexibilität von Arbeitszeiten, kaum Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung	hochgradig rigider Arbeitsmarkt mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit – ausgeprägte Zugangsbarrieren	Ernährermodell/ Zweiverdienermodell

Quelle: eigene Darstellung.

Zwar ermöglichen private Kinderbetreuungseinrichtungen und die flexible Gestaltung betrieblicher Arbeitszeitmodelle grundsätzlich gute Möglichkeiten zur Kombination von Familienarbeit und

Erwerbstätigkeit. Gleichwohl sind diese Maßnahmen aufgrund der stärkeren Bindung an private Anbieter nicht jeder Bevölkerungsschicht zugänglich, so dass es insbesondere Geringverdienern schwer fällt, die hohen Betreuungskosten für private Kinderbetreuung aufzubringen. Die Realisierung einer beiderseitigen Erwerbstätigkeit lässt sich hier nur durch die Reduzierung der Erwerbstätigkeit desjenigen Ehepartners, der die Hauptverantwortung für die innerfamiliäre Betreuung trägt (Zuverdienermodell), oder durch die Inanspruchnahme alternativer Betreuungsmöglichkeiten, etwa durch Verwandte oder Nachbarschaftsinitiativen, erreichen. Aus diesen Gründen wird für die angelsächsischen Länder zwar die Dominanz eines Zweiverdienermodells erwartet, dessen Verbreitung jedoch zwischen verschiedenen sozialen Schichten variiert (*sozial selektives Zweiverdienermodell*, vgl. Tab. 3.2).

Vergleichsweise ungünstige Rahmenbedingungen für die Realisierung eines Zweiverdienermodells existieren hingegen sowohl in den *südeuropäischen* Staaten als auch in den *osteuropäischen* „Neu-Mitgliedern“ der Europäischen Union. Die familienpolitischen Unterstützungsleistungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, etwa in Form von öffentlichen frühkindlichen Betreuungseinrichtungen, sind hier nur geringfügig (Osteuropa) bis moderat (Südeuropa) ausgebaut, und Freistellungsregelungen begünstigen meist eine längere Erwerbspause. Als besonders hinderlich für eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile erweist sich zudem die ausgesprochen geringe Flexibilität betrieblicher Arbeitszeiten, so dass jungen Männern und Frauen hier meist nur die Wahl zwischen der beiderseitigen Aufnahme einer Vollzeitarbeitsstelle bzw. dem völligen Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit bleibt. Selbst für erwerbsbereite Paare stellen rigide Arbeitsmärkte mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit ein beachtliches Erwerbshindernis dar. Für beide Ländergruppen wird daher eine Polarisierung zwischen einem Zweiverdienermodell mit zwei in Vollzeit arbeitenden Elternteilen und einem klassischen Ernährermodell erwartet.

Bei den *mitteleuropäischen* Ländern ist hinsichtlich des dominanten familialen Erwerbsmodells ein heterogenes Bild zu erwarten. Insbesondere in Frankreich und Belgien ist aufgrund des umfassenden Ausbaus ganztägiger frühkindlicher Betreuungseinrichtungen in Verbindung mit moderater Flexibilität von Arbeitszeiten und einem moderat durchlässigen Arbeitsmarkt davon auszugehen, dass hier ein Zweiverdienermodell vergleichsweise häufig vorzufinden ist. In den deutschsprachigen Ländern zeigen sich hinsichtlich der Flexibilität von Arbeitszeitmodellen und der Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes zwar ähnliche Rahmenbedingungen. Aufgrund des insbesondere in Österreich und Westdeutschland jedoch nur vergleichsweise geringen Ausbaus frühkindlicher Betreuungseinrichtungen, der oftmals nur halbtägigen Verfügbarkeit von Vorschulbetreuung sowie der umfangreichen Freistellungsregelungen ist jedoch davon auszugehen, dass hier eher Anreize für ein Ernährermodell in frühen Phasen der Kindererziehung und ein Zuverdienermodell nach Erreichen des Kindergartenalters gesetzt werden.

3.3 Entwicklung der Erwerbsmuster von Männern und Frauen in Europa

Dem im vorangegangenen Kapitel vorgenommenen schematischen Überblick über Rahmenbedingungen verschiedener familialer Erwerbsformen soll im Folgenden eine differenzierte Betrachtung verschiedener Aspekte der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen in Europa und ihrer Entwicklung gegenübergestellt werden. Dieser systematische Vergleich ermöglicht eine Gegenüberstellung des deutschen arbeitsmarkt- und familienpolitischen Modells und seiner erwerbsbezogenen Konsequenzen mit anderen europäischen Ländern. Er trägt damit zur Identifizierung und kritischen Überprüfung möglicher Alternativ- oder Vorbildmodelle bei.

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Im Folgenden soll dabei zunächst auf den rein quantitativen Umfang der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen in Europa und den USA eingegangen werden (Kapitel 3.3.1). Um den zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen abschätzen und damit die Rolle eines nur begrenzt erwerbstätigen „Zuverdieners“ von derjenigen eines umfangreich erwerbstätigen „Zweitverdieners“ empirisch trennen zu können, skizziert und diskutiert Kapitel 3.3.2 anschließend die Bedeutung von Vollzeit- und Teilzeitarbeit für Männer und Frauen in Europa.

Analog zum vorangegangenen Kapitel soll in der folgenden Darstellung der Ergebnisse aus Gründen der Übersichtlichkeit wiederum nicht detailliert auf die 27 Einzelstaaten der Europäischen Union, sondern auf die oben skizzierten Ländergruppen eingegangen werden, wobei Sonderfälle und „Ausreißer“ jeweils gesondert diskutiert werden. Im Folgenden wird dabei exemplarisch jeweils auf ausgesuchte Beispielfälle eingegangen.

3.3.1 Das Ernährermodell auf dem Rückzug – Erwerbsquoten im europäischen Vergleich

Abb. 3.2 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter seit den 1970er Jahren bis zum Jahr 2008 in ausgewählten europäischen Beispielländern sowie den USA.²⁹ Wie die Daten zeigen, ist für alle betrachteten Länder bzw. Ländergruppen in den vergangenen vier Jahrzehnten eine schrittweise Annäherung der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen zu beobachten. Zurückzuführen ist dies zum einen auf die durch verbesserte Bildungsmöglichkeiten und familienpolitische Unterstützung geförderte Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen. Zum anderen hat in vielen Ländern die zuvor bereits hohe Erwerbstätigkeit von Männern infolge verlängerter Ausbildungsphasen und der zunehmenden Verbreitung von Frühverrentungsregelungen geringfügig abgenommen. Das „klassische Ernährermodell“ mit einem erwerbstätigen Ehemann und einer auf Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung fokussierten Ehefrau befindet sich somit in allen europäischen Ländern auf dem Rückzug. Trotz dieses gemeinsamen Trends zeigen sich dennoch in den Ländern Europas bemerkenswerte Unterschiede im Ausmaß der Loslösung vom klassischen Ernährermodell.

In den *skandinavischen* Ländern besaß dieses klassische Modell der Aufgabenteilung bereits zu Beginn der 1970er Jahre nur noch eine beschränkte Gültigkeit. Etwa die Hälfte (Norwegen) bis zwei Drittel aller Frauen (Schweden) war hier bereits aktiv in den Arbeitsmarkt integriert. In den folgenden Jahrzehnten wuchs dieser Anteil schrittweise auf einen Wert von ca. 75 % an. Lediglich in Schweden war nach einem „Rekordwert“ von etwa 80 % Frauenerwerbstätigkeit im Zuge der Wirtschaftskrise der frühen 1990er Jahre ein leichter Rückgang erkennbar, der in den Folgejahren teilweise wieder ausgeglichen werden konnte (*Korpi und Stern 2006*). Zum Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts liegen damit die Beschäftigungsquoten von skandinavischen Männern, deren Erwerbsbeteiligung leicht zurückging, und Frauen nur noch wenige Prozentpunkte auseinander.

Ähnliche Entwicklungstendenzen zeigen sich in den *angelsächsischen* Ländern. In den Vereinigten Staaten und Großbritannien war ebenfalls in den 1970er bzw. 1980er Jahren bereits etwa die Hälfte aller Frauen erwerbstätig. In den Folgejahrzehnten stieg dieser Wert kontinuierlich an und stabilisierte sich seit der Jahrtausendwende etwa 15 Prozentpunkte unterhalb derjenigen der Männer auf einem Wert von etwa 65 %. Einen Sonderfall stellt Irland dar, wo zu Beginn der

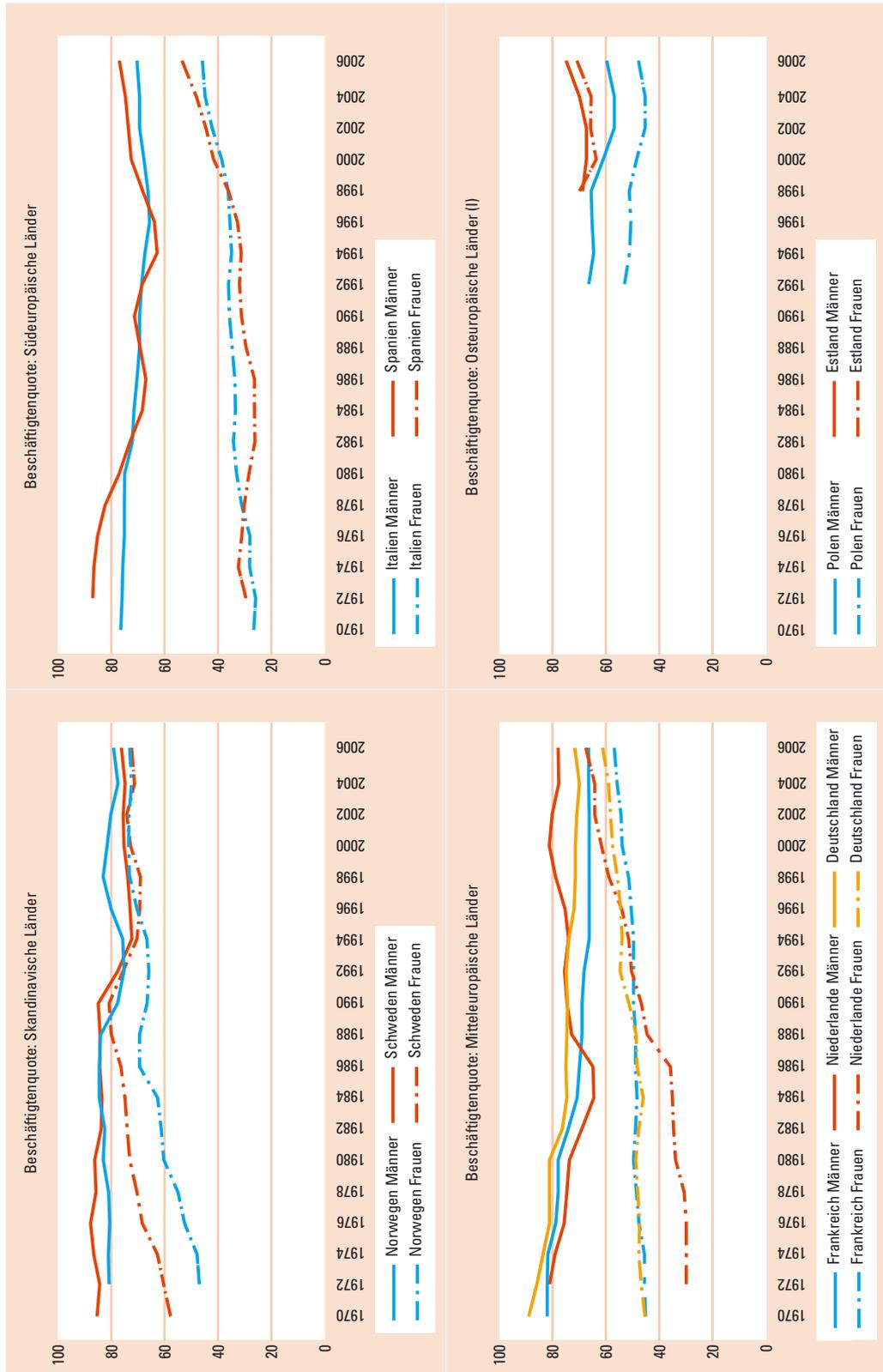
²⁹ Die *Erwerbstätigenquote* bezeichnet den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Sie berücksichtigt dabei sowohl Erwerbstätige in Vollzeit- und Teilzeitarbeit als auch Personen, deren Arbeitsverhältnis zum Erhebungszeitpunkt ruht, etwa aufgrund von Elternzeit (BMFSFJ 2005).

1970er Jahre die Erwerbstätigkeit von Männern (um 80 %) und Frauen (um 30 %) deutlich unterschiedlich ausfiel. Nach der tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise profitierten jedoch sowohl irische Männer als auch Frauen vom wirtschaftlichen Aufschwung und der Einführung flexibler Arbeitsformen wie Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung (*Layte et al. 2005*). Bis zum heutigen Zeitpunkt haben sich die Erwerbsbeteiligungsquoten in Irland denjenigen der anderen angelsächsischen Länder angenähert: Gegenwärtig sind nahezu 80 % aller irischen Männer und 60 % aller irischen Frauen erwerbstätig.

Auch in den *mitteleuropäischen* Staaten, in denen zu Beginn der 1970er Jahre die weiblichen Erwerbsquoten meist noch unter 50 % lagen, zeigen sich in jüngerer Vergangenheit deutliche Effekte einer Annäherung der Erwerbsquoten beider Geschlechter. In Deutschland und Frankreich haben ein merkliches Sinken der Erwerbsquoten von Männern – v. a. bedingt durch den Ausbau von Frühverrentungsmaßnahmen (*Buchholz 2008, Hofäcker 2010*) – sowie ein langsamer, aber kontinuierlicher Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen dazu beigetragen, dass die geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten heute nur noch ca. 10 Prozentpunkte auseinanderliegen: Während etwa 70 bis 75 % aller Männer im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig sind, trifft dies für 60 bis 65 % aller Frauen zu. Deutschlands Frauenerwerbsquote „profitierte“ dabei in den 1990er Jahren von den höheren Erwerbsquoten ostdeutscher Frauen, die im Jahre 1990 zu einem sprunghaften Anstieg der durchschnittlichen Frauenerwerbstätigkeit führten. Mittlerweile haben sich die Erwerbsquoten ost- und westdeutscher Frauen jedoch auf einem Niveau von ca. 60 % nahezu aneinander angeglichen. Bayern nimmt bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit innerhalb Deutschlands zusammen mit Baden-Württemberg und Brandenburg eine führende Position ein; der hohe bayerische Wert von 67,5 % Erwerbstätigenquote wird auch im internationalen Vergleich nur von den skandinavischen Ländern und den Niederlanden übertroffen (vgl. Kapitel 1 und Kapitel 5, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 2009). Insbesondere die Niederlande stellen einen bemerkenswerten Sonderfall innerhalb der mitteleuropäischen Länder dar, da zu Beginn der 1970er Jahre noch weniger als ein Drittel aller holländischen Frauen aktiv erwerbstätig waren. In der Tat stellten die Niederlande bis zum Beginn der 1970er Jahre den Prototyp eines „starken männlichen Ernährermodells“ (*Lewis 1992*) dar, in dem insbesondere die Erwerbstätigkeit von Müttern lange als wenig akzeptabel angesehen wurde. Infolge mehrerer gesellschaftlicher Veränderungen – etwa des Wertewandels der 1970er Jahre, der Bildungsexpansion, des Zuwachses an Einpersonnen- oder Eineltern-Haushalten sowie des Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen – stieg die Frauenerwerbstätigkeit in den Folgejahrzehnten jedoch deutlich an. Gegenwärtig liegt die niederländische Frauen-Erwerbstätigenquote mit etwa 70 % deutlich oberhalb des europäischen Durchschnitts von ca. 60 % (*Statistisches Bundesamt 2006b*).

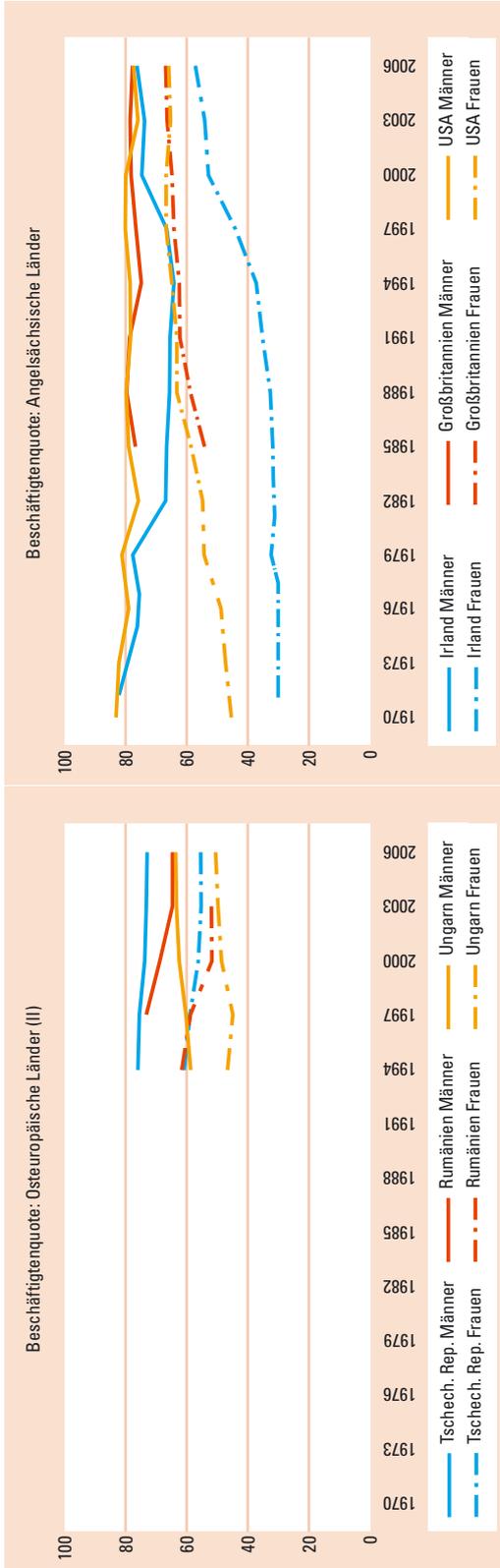
3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Abb. 3.2: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im internationalen Vergleich, 1970-2006, ausgewählte europäische Länder



3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Abb. 3.2: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im internationalen Vergleich, 1970-2006, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung)



Quelle: OECD 2009b, Eurostat 2009.

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Eine Sonderstellung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen nehmen nach wie vor die *südeuropäischen* Länder ein. Hier ist die Frauenerwerbstätigkeit von einem Ausgangsniveau von ca. 30 % in den 1970ern in den Folgejahrzehnten nur langsam angestiegen und verbleibt in Italien auch heute noch unterhalb der 50-Prozent-Marke, und damit deutlich unterhalb der männlichen Erwerbstätigkeit.³⁰ Der geringe Anteil von Frauen am südeuropäischen Arbeitsmarkt lässt sich als Konsequenz des wechselseitigen Zusammenspiels struktureller Barrieren für die Erwerbstätigkeit von Frauen (siehe Kapitel 3.2.4) und vergleichsweise traditioneller familialer Wertvorstellungen verstehen. Ein sich in jüngerer Zeit abzeichnender Einstellungswandel (*Hofäcker 2008*) sowie familienpolitische Ausbaumaßnahmen tragen jedoch zunehmend zur langsamen Erosion dieses „südeuropäischen Modells“ (*Flacquer 2000*) bei.

Ein uneinheitliches Bild zeigt sich schließlich hinsichtlich der *osteuropäischen* Länder. Vor dem Systemwechsel zu Beginn der 1990er Jahre wiesen diese vergleichsweise hohe, den skandinavischen Staaten vergleichbare Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen auf (*Pascall und Kwak 2009*). Im Zuge des vielfach radikalen Übergangs von einer Planwirtschaft zu einer globalisierten Marktwirtschaft nahm die Beschäftigungsunsicherheit insgesamt zwar deutlich zu (*Blossfeld und Hofmeister 2006*). Vergleichende Analysen zeigen jedoch, dass beide Geschlechter von diesen Veränderungen in unterschiedlichem Ausmaß betroffen wurden: Frauen waren insgesamt häufiger mit Arbeitslosigkeit konfrontiert, und ihnen gelang es weniger als Männern, in der nach dem Systemwechsel wachsenden privaten Wirtschaft neue Arbeitsplätze zu finden.³¹ Der deutliche Rückgang insbesondere der frühkindlichen Kinderbetreuung (*Unicef 1999, Hamplová 2006*), die mangelnde Flexibilität am Arbeitsplatz (siehe Kapitel 2) sowie die nach wie vor umfassende Orientierung an traditionellen Familienwerten (*Hofäcker und Lück 2004*, vgl. auch Kapitel 5) trugen zudem dazu bei, dass junge Mütter nach der Geburt eines Kindes oftmals eine längere Auszeit in Anspruch nahmen. Seit der Phase der wirtschaftlichen Erholung Mitte der 1990er Jahre stabilisierten sich die Erwerbsquoten beider Geschlechter in Osteuropa wieder auf niedrigerem Niveau bzw. stiegen leicht an. Die Erwerbsbeteiligung osteuropäischer Frauen verblieb somit oberhalb des EU-Durchschnitts (*Saar und Helemäe 2006, Michoń 2009*), so dass keinesfalls von einer völligen Abkehr vom vormals dominanten Zweiverdienermodell ausgegangen werden kann, wenngleich eine Differenz von zwischen 5 und 20 % zwischen den Erwerbsquoten beider Geschlechter verbleibt.

Die vorangegangenen Darstellungen beruhen auf der Analyse der durchschnittlichen Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Wenngleich diese Kennzahlen einen guten Überblick über die Entwicklung geschlechtsspezifischer Erwerbsmuster und die Verbreitung unterschiedlicher familialer Erwerbsarrangements zulassen, kann ihre alleinige Verwendung unter Umständen irreführend sein. Durch die Bildung eines Durchschnittswertes über alle Altersgruppen zwischen Ausbildung und Renteneinstieg können *altersspezifische* Erwerbsbesonderheiten nicht eingehender analysiert werden. So kann beispielsweise ein Absinken der Erwerbstätigenquote von Männern bzw. Frauen sowohl auf einen Rückgang der Erwerbstätigenquoten in *allen* Altersgruppen (etwa bei einer grundlegenden konjunkturellen Verschlechterung) oder durch einen Rückgang in *einer spezifischen* Altersgruppe (etwa durch einen Rückgang bei älteren Arbeitskräften durch die Einführung von Frühverrentungsmaßnahmen) zurückzuführen sein. Ebenso geben die durchschnittlichen Erwerbstätigenquoten keinerlei Auskunft über das *Muster* der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen im

³⁰ Ähnlich niedrige Werte finden sich trotz internationaler Schwankungen in den anderen südeuropäischen Ländern.

³¹ So waren etwa in Polen Frauen bei Neueinstellungen z. T. offenen Diskriminierungen durch Arbeitgeber ausgesetzt (*Plomien 2006*) und es gelang ihnen in geringerem Maße, ihre familienpolitischen Anrechte, etwa in Bezug auf Elternurlaub und Mutterschutz, durchzusetzen (*Pascall und Kwak 2009*).

Lebensverlauf. So kann beispielsweise in einigen europäischen Ländern davon ausgegangen werden, dass Frauen bis zu der Geburt eines Kindes umfassend am Erwerbsleben teilnehmen, sich jedoch anschließend weitgehend aus dem Erwerbsleben zurückziehen.

Um diesen Aspekten umfassender nachzugehen, gibt Abb. 3.3 altersspezifische Erwerbstätigenquoten in ausgewählten europäischen Beispielländern wieder. Ähnlich wie bei den allgemeinen Erwerbstätigenquoten wird hier der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter innerhalb einer spezifischen 10-Jahres-Altersgruppe berechnet. Um den Wandel derartiger Arrangements im Zeitverlauf untersuchen zu können, gibt Abb. 3.3 die altersspezifischen Erwerbsquoten für mehrere ausgewählte Zeitpunkte seit Beginn der 1970er Jahre wieder.³²

Auf die differenzierte Darstellung und Diskussion der altersspezifischen Erwerbsquoten von Männern wird dabei im Folgenden weitgehend verzichtet (eine ausführliche Diskussion findet sich bei Hofäcker 2009). In nahezu allen modernen Ländern weisen die Erwerbsquoten von *Männern* kontinuierlich hohe Werte von etwa 90 % in der Altersspanne von 25-55 bzw. 60 Jahren auf. Lediglich in der späten Jugendphase (15-24 Jahre) bzw. im Vorruhestandsalter (60 Jahre und älter) ist im Zeitverlauf aufgrund der bereits diskutierten Trends zu längerer Ausbildung und Frühverrentung im Zeitverlauf ein moderater Rückgang der Erwerbsquoten erkennbar. Dies verdeutlicht die nach wie vor zentrale und im Lebenslauf konstante Rolle des Mannes als bedeutsamer „Verdiener“ im familialen Haushalt, unabhängig davon, ob politisch ein Zweiverdiener-, Zuverdiener- oder Ernährermodell gefördert wird. Deutlichere altersspezifische Unterschiede zeigen sich hingegen bei den Erwerbsquoten von *Frauen* in Europa. Hierbei lassen sich idealtypisch drei Ländergruppen unterscheiden:

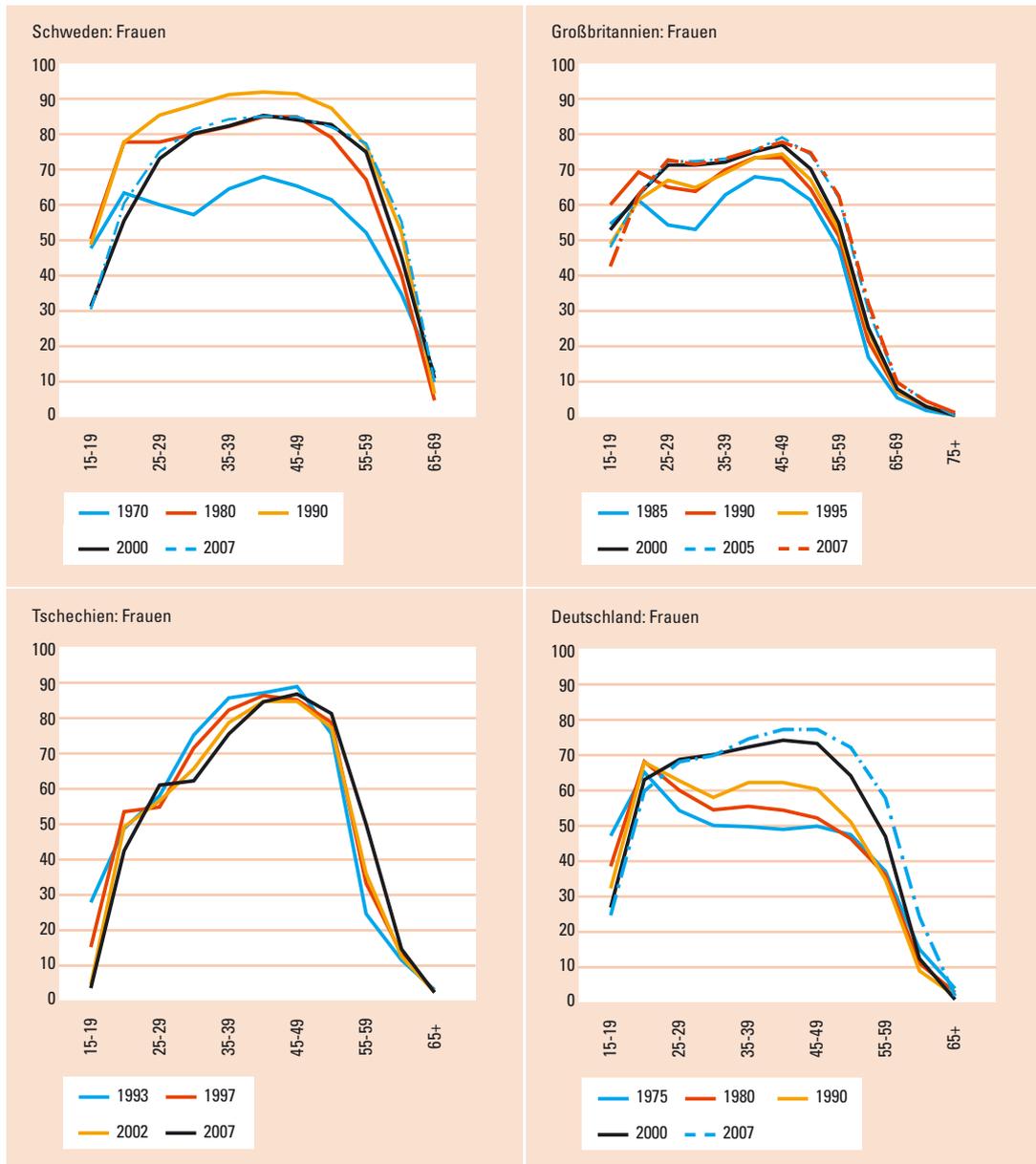
Insbesondere in den *skandinavischen* Ländern (hier: Schweden), den *angelsächsischen* Staaten (hier: USA) sowie in *Osteuropa* haben sich die weiblichen Erwerbsverlaufsmuster in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend dem männlichen Verlauf angenähert. Die weibliche Erwerbstätigkeit fällt hier zwischen 25-59 Jahren³³ meist nur leicht geringer aus als bei Männern und ist über die unterschiedlichen Altersgruppen weitgehend konstant. Lediglich für die 1970er bis 1980er Jahre zeigen sich für einige Länder noch Anzeichen eines kurzfristigen Rückgangs der Erwerbstätigkeit von Frauen in den späten 20er bzw. frühen 30ern, die auf eine kurzzeitige Erwerbsunterbrechung verweisen.

³² Grundlegend muss jedoch beachtet werden, dass die Darstellungen in Abb. 3.3 nur eine „Annäherung“ an das tatsächliche Lebenslaufmuster einzelner Männern und Frauen darstellen können. Die vorliegenden Daten der OECD und des Statistischen Amtes der europäischen Union (Eurostat) ermöglichen nur die Darstellung von Erwerbstätigenquoten zu einem bestimmten Zeitpunkt. Um tatsächliche „Lebenslaufprofile“ nachzeichnen zu können, müssten indes Beobachtungsdaten für einzelne Individuen bestimmter Geburtsjahrgänge vorliegen.

³³ Das vergleichsweise frühere Alter des Rückgangs der Erwerbstätigkeit von Frauen lässt sich hier auf die in einigen Ländern früheren Renteneintrittsalter von Frauen zurückführen (Hofäcker 2010).

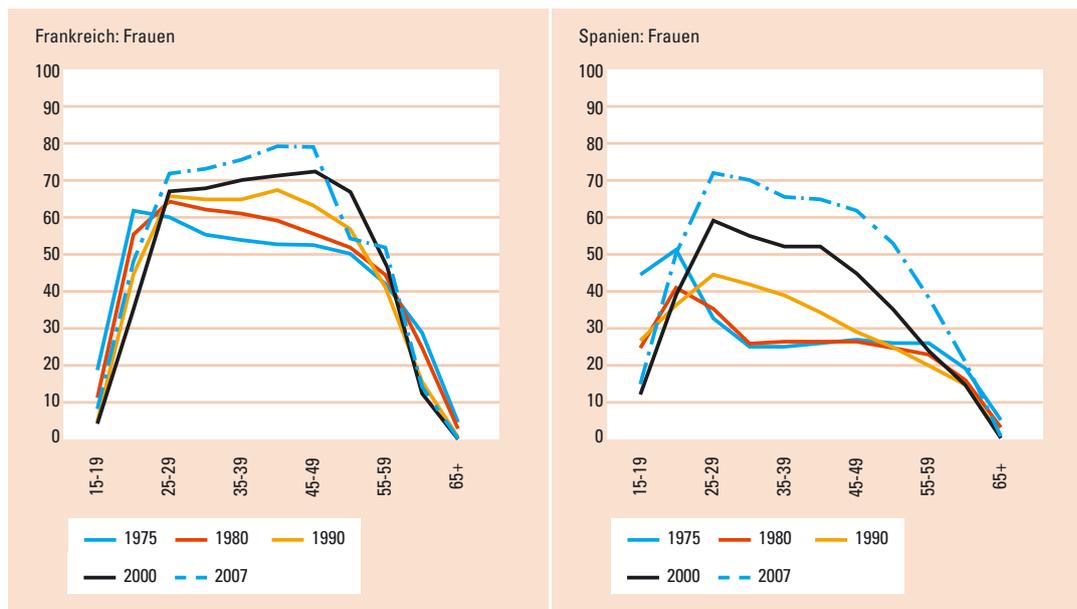
3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Abb. 3.3: Erwerbstätigenquoten von Frauen im Lebenslauf, 1970-2007, ausgewählte europäische Länder



3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Abb. 3.3: Erwerbstätigenquoten von Frauen im Lebenslauf, 1970-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung)



Quelle: OECD 2009b.

In diesen Ländern kann für diejenigen Frauen, die erwerbstätig sind, entsprechend von einer vergleichsweise langen und gefestigten Tradition einer beiderseitigen Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen ausgegangen werden.

In vielen mitteleuropäischen Ländern (hier: Frankreich und Deutschland) finden sich Anzeichen einer „nachholenden“ Übernahme des oben skizzierten Modells einer Erwerbstätigkeit beider Ehepartner. Vor allem in Deutschland finden sich hier sowohl für die 1970er als auch für die 1980er Jahre Anzeichen einer signifikanten Stagnation bzw. Rückläufigkeit der Erwerbstätigenquoten von Frauen in den späten 20ern/frühen 30ern, die auf eine zumindest vorübergehende Erwerbsunterbrechung verweisen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten verschwindet dieser „Kindereffekt“ jedoch zunehmend, so dass sich die Erwerbstätigkeitsmuster der stilisierten „Zylinderform“ der angelsächsischen/skandinavischen/osteuropäischen Länder anpassen, wenngleich auf quantitativ etwas niedrigerem Niveau.

In den südeuropäischen Ländern finden sich auch gegenwärtig noch erkennbare Anzeichen eines möglichen „Kinder-Effektes“ auf die altersbezogene Erwerbstätigkeit von Frauen. Insbesondere im hier wiedergegebenen Länderbeispiel Spanien zeigt sich bis zur Jahrtausendwende noch eine deutliche Stagnation der Erwerbstätigkeit von Frauen in den 30ern. Offenbar bedeutet in diesen Ländern die Gründung einer eigenen Familie nach wie vor eine wesentliche Zäsur in der Erwerbskarriere von Frauen. Trotz der relativen Persistenz dieses Effektes belegen die über fast alle Altersgruppen zunehmenden Erwerbsquoten südeuropäischer Frauen die hohe Dynamik weiblicher Erwerbstätigkeit in diesen Ländern, die mittelfristig voraussichtlich zu einer Auflösung des hier noch nach wie vor als einflussreich zu vermutenden männlichen Ernährermodells führen wird.

3.3.2 Zuverdiener oder Zweitverdiener? Arbeitszeitmuster von Männern und Frauen im europäischen Vergleich

Die Ergebnisse der bisherigen Analysen deuten darauf hin, dass sich europäische Gesellschaften zunehmend vom traditionellen Modell eines männlichen Familienernährers lösen. Auf Basis reiner Erwerbstätigenquoten lässt sich jedoch die kritische Frage, welches familiäre Erwerbsmuster in den verschiedenen europäischen Staaten auf das klassische Ernährermodell folgt (Leitner et al. 2004), nicht angemessen beantworten. Welche Rolle nehmen die in zunehmendem Maße am Erwerbsleben teilnehmenden Frauen auf europäischen Arbeitsmärkten ein? Leisten sie als „Zuverdienerin“ nur einen ergänzenden Beitrag zum männlichen Einkommen? Oder übernehmen sie als „Zweitverdienerin“ in ähnlichem Maße Verantwortung für das gemeinsame Haushaltseinkommen wie ihr Partner? Um diese Frage zu beantworten, muss nicht nur die Tatsache, sondern ebenso der zeitliche Umfang männlicher und weiblicher Erwerbstätigkeit betrachtet werden. Tab. 3.3 gibt hierzu die männlichen und weiblichen Teilzeitquoten, wiederum für ausgewählte europäische Länder, wieder.³⁴

Wie Tab. 3.3 verdeutlicht, stellt Teilzeitarbeit in Europa und den USA nahezu ausschließlich ein weibliches Phänomen dar. In fast allen untersuchten Ländern arbeiten weniger als 10 % aller Männer in Teilzeitarbeit. Die einzige bemerkenswerte Ausnahme bilden hier die Niederlande, in denen die Teilzeitquote von Männern bereits zu Beginn der 1990er Jahre 13 % betrug und in den Folgejahren weiter anstieg. Den Hintergrund hierfür bildet die in den Niederlanden explizit betriebene Förderung von Teilzeitarbeit für beide Geschlechter im Rahmen des sogenannten „Kombinationsmodells“ (vgl. Abschnitt 3.2). Ähnliche Tendenzen zeigen sich in den skandinavischen Ländern, die ebenfalls durch spezifische familienpolitische Leistungen eine egalitäre Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern sowie ein umfassenderes Familienengagement von Männern fördern. Die Tatsache, dass trotz expliziter politischer Unterstützung nach wie vor die große Mehrheit aller europäischen Männer in Vollzeitarbeit arbeitet, belegt, dass sich selbst bei expliziter politischer Förderung einer geringeren Arbeitszeit europäische Männer nach wie vor sehr stark an der Rolle des männlichen Normalverdieners bzw. Ernährers orientieren.

³⁴ Die hier wiedergegebenen Teilzeitquoten geben den relativen prozentualen Anteil der Teilzeitarbeit an der männlichen bzw. weiblichen Gesamtbeschäftigung wieder (Lesart: „...Prozent aller männlichen/weiblichen Erwerbstätigkeit entfallen auf Teilzeitarbeit“). „Teilzeitarbeit“ wird hier gemäß der international anerkannten Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als Erwerbstätigkeit von weniger als 30 Stunden wöchentlich verstanden.

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Tab. 3.3: Teilzeitquoten von Männern und Frauen in Europa und den USA, 1990-2007

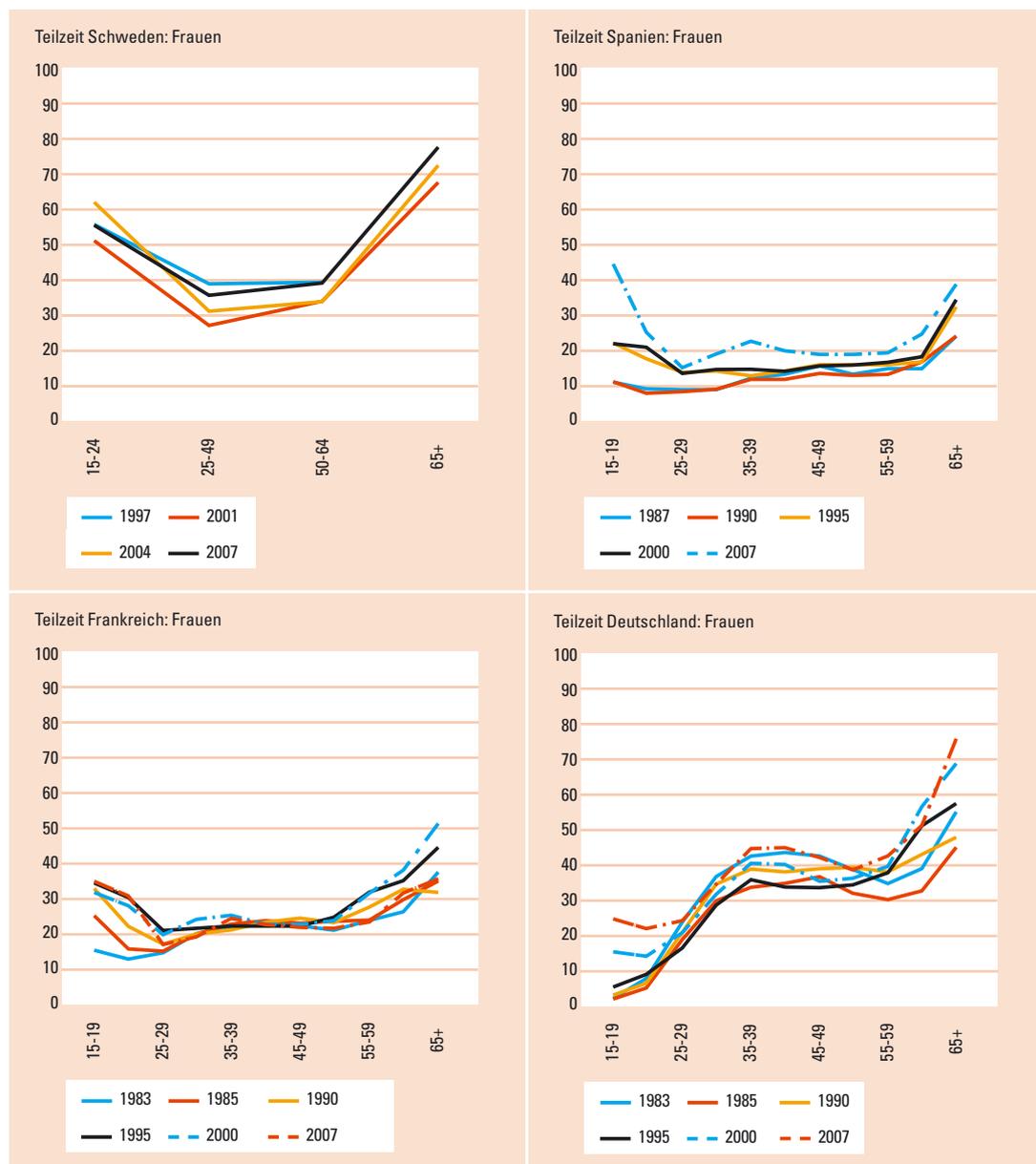
	Männer					Frauen				
	1990	1995	2000	2005	2007	1990	1995	2000	2005	2007
Skandinavisch	6,79	7,52	8,10	9,55	10,15	26,15	24,75	23,18	22,77	22,65
Dänemark	10,23	9,74	9,25	11,80	12,37	29,67	25,76	24,03	24,43	23,88
Finnland	4,80	5,93	7,15	7,88	8,21	10,62	11,66	13,92	14,77	15,46
Schweden	5,25	6,78	7,30	8,52	9,54	24,49	24,05	21,39	19,00	19,72
Norwegen	6,89	7,63	8,70	9,98	10,48	39,82	37,51	33,40	32,87	31,55
Angelsächsisch	6,11	7,48	8,03	8,23	8,36	26,97	29,34	30,59	30,80	30,69
Großbritannien	5,28	7,38	8,56	9,84	9,88	39,50	40,77	40,76	39,11	38,57
USA	8,60	8,35	7,72	7,78	7,64	20,22	20,23	18,01	18,28	17,89
Irland	4,44	6,70	7,82	7,06	7,55	21,18	27,02	33,00	35,00	35,60
Mitteleuropäisch	5,23	5,02	5,90	6,72	7,02	25,45	31,50	33,88	36,14	35,92
Österreich		3,08	2,58	4,60	5,18		21,62	24,39	29,38	31,51
Belgien	4,37	4,34	7,07	6,16	6,26	28,79	29,86	34,50	33,37	32,88
Deutschland	2,33	3,37	4,85	7,36	7,90	29,79	29,12	33,94	39,40	39,19
Frankreich	4,52	5,62	5,47	5,20	4,95	22,53	24,84	24,90	23,01	23,09
Niederlande	13,38	11,81	13,39	15,34	16,24	52,51	55,15	57,16	60,92	60,03
Luxemburg	1,56	1,93	2,04	1,63	1,57	19,10	28,41	28,41	30,75	28,81
Südeuropäisch	3,33	3,93	4,06	4,49	4,89	13,55	16,17	16,06	19,20	19,66
Griechenland	4,05	4,70	3,03	3,02	4,12	11,57	13,30	9,46	11,14	13,63
Italien	3,97	4,77	5,70	5,09	5,39	18,36	21,06	23,44	29,17	29,87
Spanien	1,42	2,42	2,62	3,99	3,77	11,52	15,78	16,48	22,06	20,90
Portugal	3,90	3,84	4,88	5,85	6,26	12,76	14,54	14,86	14,42	14,26
Osteuropäisch		1,53	3,22	2,96	2,62		4,58	7,66	8,01	7,38
Tschech. Republik		1,81	1,56	1,56	1,69		5,59	5,43	5,50	5,85
Ungarn		1,64	1,51	1,76	1,61		4,34	4,48	5,00	4,23
Polen			8,83	7,10	6,02			17,87	17,44	15,04
Slowakei		1,13	1,00	1,41	1,17		3,81	2,87	4,12	4,39

Quelle: OECD 2009b.

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

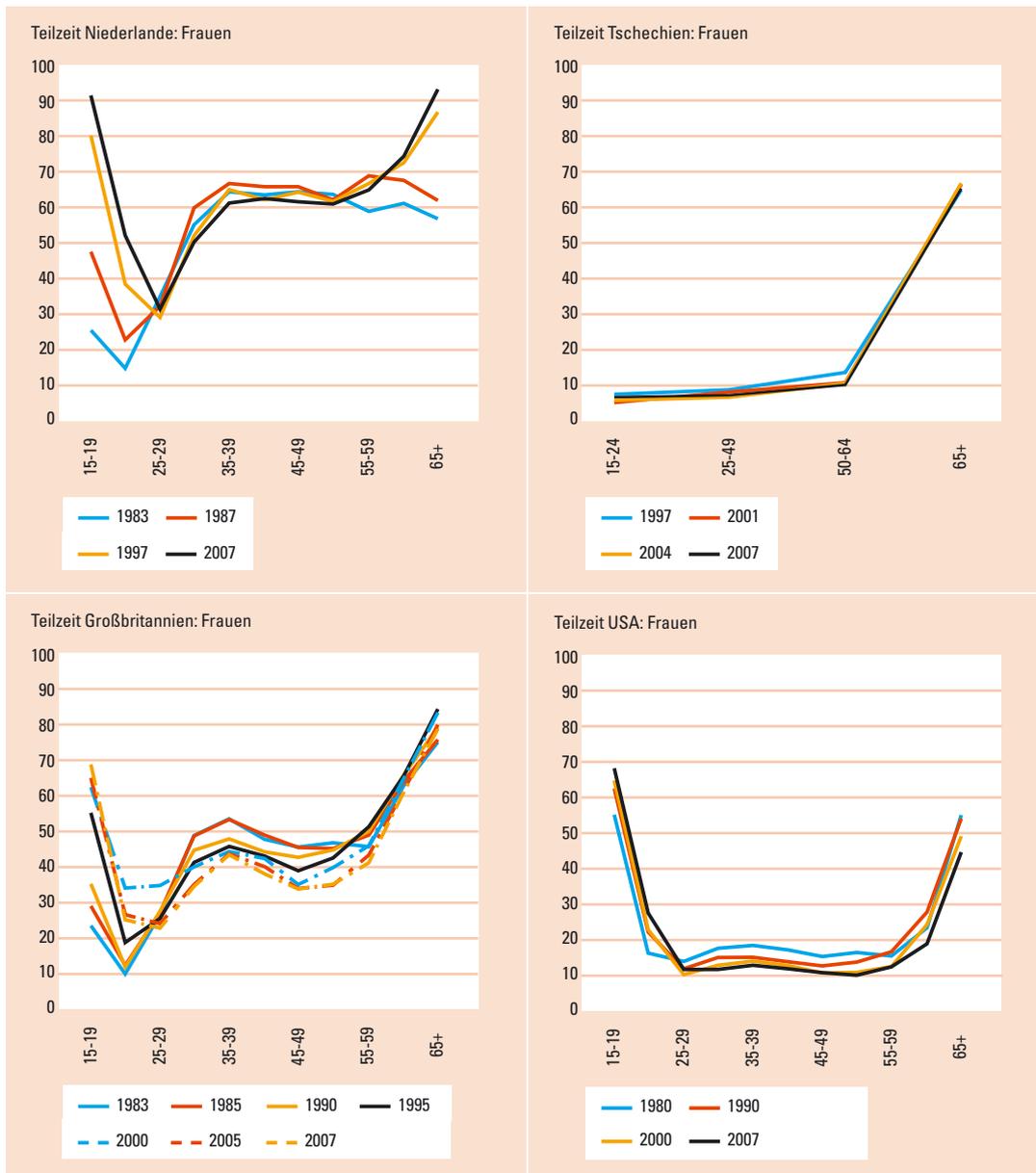
Abb. 3.4 ergänzt wiederum die Betrachtung der altersübergreifenden Teilzeitquoten von Frauen durch eine altersspezifische Betrachtung der Bedeutung von Teilzeitarbeit in ausgewählten Ländern. Aufgrund der geringen Bedeutung von Teilzeitarbeit für Männer (siehe Tabelle 3.3) wird hier wiederum lediglich auf die stärker variierenden Teilzeitarbeitsquoten von Frauen eingegangen (eine differenziertere Analyse der geschlechtsspezifischen Teilzeitquoten findet sich wiederum bei Hofäcker (2009)).

Abb. 3.4: Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen, 1980-2007, ausgewählte europäische Länder



3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Abb. 3.4: Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen, 1980-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung)



Quelle: OECD 2009b.

Eine zentrale Bedeutung für Frauen nimmt Teilzeitarbeit insbesondere in den *Niederlanden* ein, in denen infolge politischer Förderung die Teilzeitquote von Frauen stetig angewachsen ist und gegenwärtig fast zwei Drittel aller weiblichen Erwerbstätigkeit ausmacht. Vielfach wird in dieser Expansion von Teilzeitarbeit ein wesentlicher Grund für den starken Anstieg der niederländischen Frauenerwerbstätigkeit seit den 1970er Jahren gesehen (Plantenga 2002). Dabei gilt es

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

jedoch zu beachten, dass Teilzeitarbeit in den Niederlanden oftmals mit einer sehr niedrigen Stundenzahl einhergeht. Mit fast einem Drittel aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in den Niederlanden mehr als doppelt so viele Frauen in geringfügiger Beschäftigung als im europäischen Durchschnitt (OECD 2009b, eigene Berechnungen). Wie Abb. 3.4 verdeutlicht, nimmt zudem die Bedeutung von Teilzeitarbeit für niederländische Frauen ab einem Alter von 30-35 Jahren zu. Dies ist ein deutlicher Verweis darauf, dass niederländische Frauen im Anschluss an die Geburt eines Kindes ihre Erwerbstätigkeit merklich reduzieren. In den Niederlanden kann somit von einem „Zuverdiener“- oder Eineinhalb-Verdiener-Modell gesprochen werden, das bemerkenswerterweise durchaus mit den normativen Vorstellungen und Erwerbsaspirationen niederländischer Mütter überein geht, die eine Teilzeiterwerbstätigkeit einer Vollzeitarbeit vorziehen (Bosch et al. 2008, van Wel und Knijn 2006, Wielers und Mills 2008).

Etwas geringere Teilzeitquoten finden sich in der Mehrzahl anderer *mitteleuropäischer* Länder. Zwischen 30 und 40 % aller Frauen sind in Deutschland, Belgien, Österreich und Luxemburg in Teilzeit erwerbstätig (vgl. Tab. 3.3). Insbesondere in diesen Ländern stellt Teilzeitarbeit eine – vielfach betrieblich unterstützte – Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit von Frauen trotz existierender Defizite in der Verfügbarkeit öffentlicher ganztägiger Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder und Vorschulkinder dar (Eurofound 2007b). Abb. 3.4 verdeutlicht für Deutschland, dass hier – ähnlich wie in den Niederlanden – die Bedeutung von Teilzeit im typischen Familiengründungsalter von ca. 30 Jahren ansteigt und anschließend weitgehend stabil bleibt. Während in diesen Ländern somit dem weiblichen „Zuverdienermodell“ insbesondere nach der Familiengründung eine hohe Bedeutung zukommt, arbeiten erkennbar weniger *französische* Frauen in Teilzeitarbeit. Diese geringere Quote kann als Folge der hier umfassender verbreiteten frühkindlichen Betreuung und der tendenziell eher ganztägigen Betreuung in Vorschuleinrichtungen (Veil 2003) angesehen werden. Anders als in Deutschland und den Niederlanden sind hier entsprechend kaum Änderungen der Bedeutung von Teilzeitarbeit über Altersgruppen hinweg erkennbar (vgl. Abb. 3.4).

Die *skandinavischen* Länder weisen (mit Ausnahme Finnlands) mit Werten zwischen 15 und 30 % ebenfalls moderat hohe Teilzeitquoten von Frauen auf (vgl. Tab. 3.3). Teilzeitarbeit stellt hier allerdings – entgegen der Situation in vielen mitteleuropäischen Ländern – eine vergleichsweise umfangreiche Form der Erwerbstätigkeit dar. Während etwa in Deutschland und Belgien 15 bis 20 % aller Frauen sich in einer Beschäftigung von weniger als 20 Stunden befinden, ist dies nur für weniger als 5 % aller Frauen in Schweden, Finnland und Dänemark der Fall (OECD 2009b; eigene Berechnungen). Teilzeitarbeit von Frauen in Skandinavien stellt somit meist nicht nur einen „Zuverdienst“ zum Familieneinkommen dar, sondern kommt der männlichen Vollzeittätigkeit vergleichsweise nahe, zumal sie hinsichtlich der mit ihr verbundenen Anrechte auf Sozialleistungen dieser meist gleichgestellt ist. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern, in denen der Anteil weiblicher Teilzeitarbeit im Zeitverlauf angestiegen ist, nimmt er in den skandinavischen Ländern insbesondere in der mittleren Erwerbskarriere zugunsten umfassenderer Vollzeittätigkeit kontinuierlich ab (vgl. Abb. 3.4). Dieser Trend deutet auf eine zunehmende Hinwendung zu einem Zweiverdienermodell in diesen Staaten hin.

Deutliche Unterschiede bezüglich der Teilzeitarbeit von Frauen zeigen sich in den *angelsächsischen* Ländern, wobei eine Trennung zwischen Europa und den USA zu beobachten ist: Während etwa in Großbritannien mehr als ein Drittel aller Frauen in Teilzeit erwerbstätig ist und somit das „Zuverdienermodell“ offenbar eine gewisse Rolle spielt, trifft dies nur für weniger als ein Fünftel aller Amerikanerinnen zu. Hier ist entsprechend eher von der Dominanz eines Zweiverdienermodells auszugehen. Als ausschlaggebend für die geringe Vollzeitquote britischer Frauen wird meist die Kombination umfassender Arbeitsanreize durch geringe wohlfahrtsstaatliche Unterstützungsleistungen für Familien mit nur gering ausgebauten erschwinglichen öffentlichen

Betreuungseinrichtungen angesehen (*Golsch 2006*). Ähnlich wie in den konservativen Ländern steigt hier die Wahrscheinlichkeit einer Teilzeitbeschäftigung während der Familienphase deutlich an. In den USA hingegen berechtigen meist nur Vollzeitarbeitsplätze zur Inanspruchnahme betrieblicher Sozialleistungen, wie etwa Krankenversicherungsbeiträgen. Viele Frauen tendieren somit dazu, möglichst Vollzeitarbeitsplätze anzustreben und akzeptieren Teilzeit nur, falls das Fehlen von Betreuungsarrangements dies nicht ermöglicht. Entsprechend spielt Teilzeitarbeit hier nur beim Berufseinstieg bzw. beim stufenweisen Übergang in den Ruhestand eine bedeutsame Rolle für Frauen (vgl. Abb. 3.4).

Im Gegensatz zu den bislang diskutierten Ländern weisen sowohl die süd- als auch insbesondere die osteuropäischen Länder eine geringe Verbreitung weiblicher Teilzeitarbeit auf. In den *südeuropäischen* Ländern ist diese Tatsache weniger auf die mangelnde Nachfrage nach Teilzeitarbeit als vielmehr auf die geringe Bereitschaft von Arbeitgebern, Teilzeit einzuführen solange andere Möglichkeiten der Flexibilisierung von Arbeitsverträgen existieren, zurückzuführen. Zum anderen schützen südeuropäische Gewerkschaften oft umfangreich das männliche „Normalarbeitsverhältnis“, so dass bislang der Einführung von Teilzeitarbeit meist auch hier mit Vorbehalten begegnet wurde (*Cebrián et al. 2003, Fagan et al. 2007*). In den *osteuropäischen* Ländern hingegen war Teilzeitarbeit während des Sozialismus weitgehend unüblich und primär arbeitenden Rentnern oder Arbeitnehmern mit Behinderungen vorbehalten (*Drobnič 1997*). Auch nach dem Systemwechsel lassen rigide Arbeitsmarktregulierungen nach wie vor wenig Raum für Teilzeitarbeit (*Fagan et al. 2007*, vgl. auch die Tschechische Republik in Abb. 3.4). Gleichzeitig verlangen die geringe Arbeitsplatzsicherheit und das niedrige Lohnniveau meist einen umfangreicheren Beitrag von Frauen zum Haushaltseinkommen (*Pascall und Kwak 2009*). Sowohl in den südeuropäischen als auch osteuropäischen Staaten kommt es somit zu einer Polarisierung in den Erwerbsverläufen von Frauen: Entweder sie sind umfangreich erwerbstätig – praktizieren also ein Zweiverdienermodell – oder sie verzichten angesichts struktureller Hemmnisse völlig auf eine Erwerbstätigkeit.

In den vorangegangenen Analysen zeigten sich in einigen Ländern altersspezifische Variationen in der Erwerbstätigkeit, die auf eine Arbeitszeitreduzierung oder -aufgabe von Frauen während der Phase der Mutterschaft und der frühen Kinderbetreuung schließen lassen. Um diesen Zusammenhang explizit zu untersuchen, gibt Abb. 3.5 abschließend einen vergleichenden aktuellen Überblick über den zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen ohne Kinder, mit einem Kind oder mit zwei Kindern und mehr, unterschieden nach einheitlichen Stundenintervallen. Da die Erwerbstätigkeit selbst insbesondere bei Frauen nach Anzahl der Kinder variieren kann, wird die Erwerbsquote bei Frauen zur besseren Verortung der detaillierten Arbeitszeit-Ergebnisse in Abb. 3.5 zusätzlich als Linie wiedergegeben.

Die Ergebnisse der Analysen belegen dabei eine deutliche und systematische Variation der Erwerbstätigkeit von Müttern und ihres zeitlichen Umfangs in Abhängigkeit von der Kinderzahl. Dies ist insbesondere für die *mitteleuropäischen* Länder (hier: Deutschland und die Niederlande) nachweisbar, in denen die Mehrzahl aller kinderlosen Frauen mit einer Stundenzahl von 30 Stunden oder mehr erwerbstätig ist, die Erwerbsbeteiligung jedoch mit zunehmender Kinderzahl deutlich sinkt. Ähnliche Verlaufsmuster hinsichtlich der kinderspezifischen Erwerbsbeteiligung zeigen sich in *Großbritannien*. Bemerkenswerterweise wird hier die Anpassung an die Geburt eines ersten Kindes primär eher durch eine Reduzierung der mütterlichen Arbeitszeit erbracht als durch eine vollkommene Erwerbsaufgabe – möglicherweise eine Konsequenz mangelnder staatlicher Unterstützungsleistungen, die ein zweites Haushaltseinkommen notwendig machen. Nach der Geburt eines zweiten Kindes sinkt jedoch die allgemeine Erwerbsquote infolge des zunehmenden zeitlichen Aufwands und der nur geringen Anzahl kostengünstiger

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Betreuungsmöglichkeiten (vgl. Abschnitt 3.2) deutlich. Lediglich in den USA (hier nicht wiedergegeben), in denen die sozialstaatlichen Leistungen noch geringer ausfallen als in Großbritannien und betriebliche Sozialleistungen oftmals an eine Vollzeitanstellung gebunden sind, verweisen OECD-Daten darauf, dass auch bei der Präsenz mehrerer Kinder Frauen in Vollzeitarbeit verbleiben.

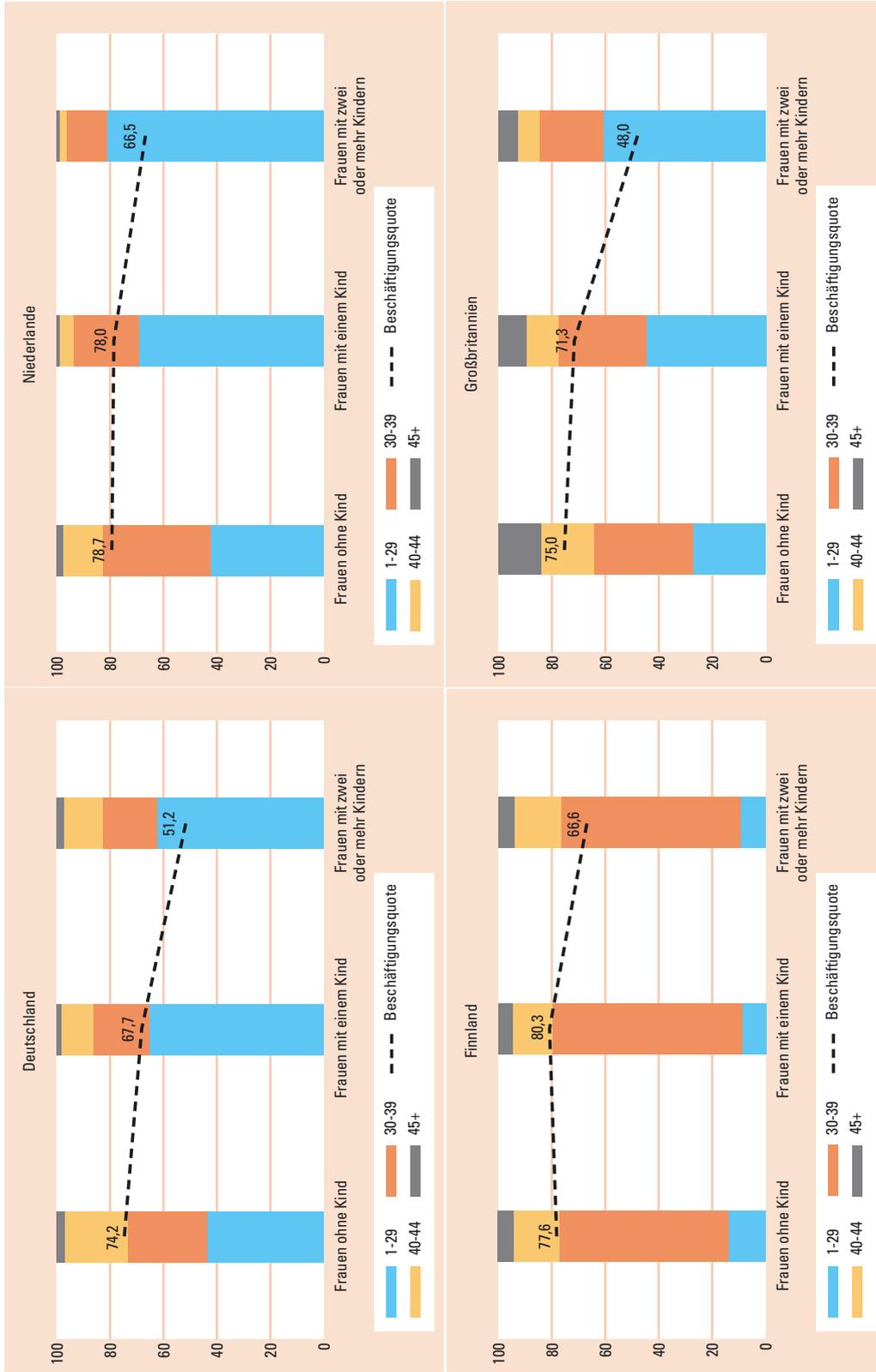
Eine deutlich geringere Flexibilität der Arbeitszeiten zeigt sich bei Frauen bzw. Müttern in den *südeuropäischen* Staaten. Während Teilzeitarbeit bei kinderlosen Frauen etwa ein Drittel oder weniger der gesamten Frauenerwerbstätigkeit ausmacht, nimmt ihr Anteil mit steigender Kinderzahl nur moderat zu. Sind Mütter mit zwei Kindern erwerbstätig, so arbeiten auch sie in vergleichsweise umfangreicher Vollzeitarbeit. Wie der Verlauf der Gesamterwerbsquoten verdeutlicht, erfolgt die Anpassung an die veränderte Familiensituation eher über eine Aufgabe der Erwerbstätigkeit: So sind etwa in Italien nur noch weniger als die Hälfte aller Frauen mit zwei und mehr Kindern überhaupt erwerbstätig. Noch deutlicher zeigt sich dieses Muster in den *osteuropäischen* Staaten. Hier sind weniger als ein Zehntel aller Mütter in Teilzeitarbeit tätig und selbst innerhalb der Gruppe der Mütter mit zwei Kindern arbeiten mehr als 75 % aller Mütter mit einer Stundenzahl von mehr als 40 Stunden. Auch hier deutet sich eine scharfe Polarisierung zwischen nicht-erwerbstätigen Müttern (deren Anzahl mit steigender Kinderzahl zunimmt) und einer immer noch beachtlich hohen Anzahl von umfangreich erwerbstätigen Müttern mit zwei und mehr Kindern an.

Für die *skandinavischen* Länder liegen im Rahmen der hier verwendeten OECD-Daten leider nur vergleichbare Ergebnisse für Finnland vor.³⁵ Diese deuten indes darauf hin, dass der Übergang zur Mutterschaft hier nur einen geringen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hat. Ein großer Anteil der finnischen Frauen ist in einer geringfügig reduzierten Vollzeittätigkeit von 30 bis 40 Stunden erwerbstätig und bleibt dies auch nach der Geburt des ersten Kindes. Lediglich beim Übergang zum zweiten Kind ist ein Sinken der Erwerbsbeteiligung von finnischen Müttern erkennbar, die im Arbeitsmarkt verbleibenden Frauen, die immer noch knapp zwei Drittel aller Erwerbstätigen ausmachen, verbleiben jedoch in vergleichsweise umfangreicher Stundenzahl erwerbstätig.

³⁵ Andere Studien auf Basis alternativer Datensätze legen jedoch ähnlich konstante Verlaufsmuster mütterlicher Erwerbstätigkeit in anderen skandinavischen Staaten nahe (z. B. Aliaga 2005, Anxo et al. 2007).

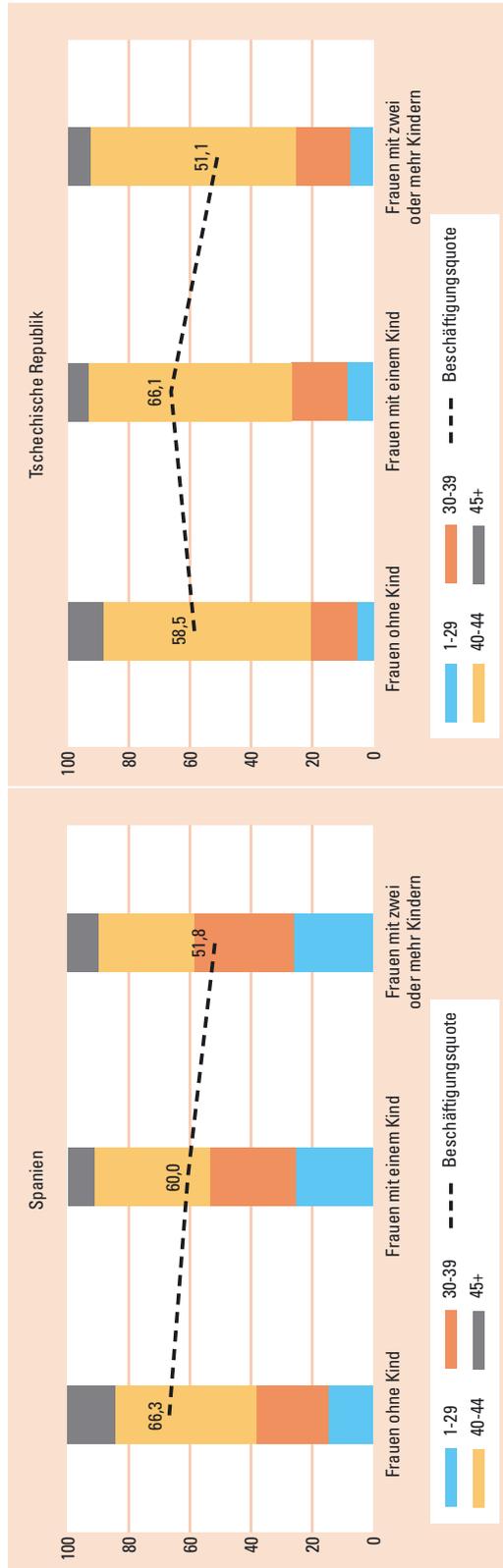
3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Abb. 3.5: Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007



3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Abb. 3.5: Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007 (Fortsetzung)



Quelle: OECD 2009b.

Im Gegensatz zu den osteuropäischen Staaten, in den der hohe Umfang mütterlicher Erwerbstätigkeit weitestgehend auf die finanzielle Notwendigkeit zweier Erwerbseinkommen (vgl. Kapitel 4) und das Fehlen flexibler Arbeitsformen zurückzuführen ist, lassen sich die hohen und konstanten Erwerbsraten von skandinavischen Müttern eher auf die ausgebaute familienpolitische Unterstützung, etwa durch umfassend ausgebaute Kinderbetreuungseinrichtungen, zurückführen. Sie entsprechen zudem weitgehend auch den Wunschvorstellungen skandinavischer Paare (*Bertelsmann Stiftung 2002*).

3.4 Ausblick

Die vorangegangenen Analysen gaben auf Basis aktueller statistischer Daten einen umfassenden Überblick über die Entwicklung weiblicher und männlicher Erwerbsmuster in Europa im Zeitverlauf. Zusammengefasst verdeutlichen die Ergebnisse, dass sich das klassische Ernährermodell, das vor einem halben Jahrhundert noch das dominante Modell des Geschlechterverhältnisses in nahezu allen europäischen Staaten darstellte, seit Beginn der 1970er Jahre in Europa graduell auf dem Rückzug befindet. Während insbesondere die angelsächsischen und skandinavischen Staaten den Übergang zu einem weitgehend ununterbrochenen Zweiverdienermodell mit umfangreicher Erwerbstätigkeit beider Ehepartner vollzogen haben, findet sich in den mitteleuropäischen Staaten nach der Familiengründung überwiegend noch ein „Zuverdienermodell“, in dem Frauen oft nur einen ergänzenden Beitrag als Teilzeitarbeitskräfte zum gemeinsamen Haushaltseinkommen erbringen. Ost- und südeuropäische Staaten hingegen sind insbesondere bei Familien mit mehreren Kindern durch eine „Polarisierung“ der familialen Erwerbsmuster gekennzeichnet: Während in etwa die Hälfte bis zwei Drittel aller Paare beide Ehepartner zur Sicherung des finanziellen Auskommens in äußerst umfangreicher Form (d. h. mit mehr als 40 Stunden) am Erwerbsleben teilnehmen, verzichten andererseits viele Frauen angesichts mangelnder familienpolitischer Unterstützungsleistungen und fehlender Flexibilitätsoptionen am Arbeitsplatz vollständig auf eine Erwerbstätigkeit.

Auf die Frage nach dem „legitimen Nachfolger“ des klassischen Ernährermodells werden somit in den Staaten Europas bislang noch sehr unterschiedliche ländertypische Antworten gefunden. Den Hintergrund für diese ausgeprägte Heterogenität bilden national-spezifische Kombinationen von familien- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen, die jeweils ein spezifisches Rollenmodell fördern bzw. begünstigen: So bietet etwa das umfangreiche sozialstaatliche und arbeitsmarktpolitische Engagement der skandinavischen Staaten die Grundlage für das dort mehrheitlich praktizierte *Zweiverdienermodell*, in dem die deutliche Mehrheit aller Männer und Frauen auch während der Familienphase aktiv am Erwerbsleben teilnimmt. Insbesondere die USA erreichen ein ähnliches Rollenmodell durch die eher privatwirtschaftlich orientierte Verfügbarkeit flexibler Vereinbarkeitsoptionen am Arbeitsplatz, wenngleich deren Wirkung mitunter sozial selektiv sein kann. Insbesondere bei höheren Kinderzahlen zeigen sich dabei die Grenzen der privatwirtschaftlichen Unterstützungsleistungen; hier ist die Erwerbstätigkeit von Müttern in den angelsächsischen Staaten meist stark rückläufig.

Das in den mitteleuropäischen Ländern dominante Modell einer Vollzeitenerwerbstätigkeit beider Ehepartner vor der Familiengründung und eines häufigen Übergangs zum *Zuverdienermodell* mit der Geburt eines Kindes kann zum einen als Konsequenz eines geringen Betreuungsangebotes für Kleinkinder und einer zeitlich begrenzten Betreuung für Schulkinder angesehen werden. Darüber hinaus bieten flexible Arbeitszeitoptionen sowie die Verfügbarkeit von Teilzeitarbeit umfassende Möglichkeiten zur reduzierten Erwerbstätigkeit während der „Familienphase“.

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

In den osteuropäischen und südeuropäischen Ländern hingegen erfordern niedrige Lohnniveaus und geringe wohlfahrtsstaatliche Leistungen einerseits eine umfangreiche Erwerbstätigkeit bei beiden Geschlechtern. Gleichzeitig tragen die fehlende familienpolitische Unterstützung einer Erwerbstätigkeit, das Fehlen flexibler Arbeitszeiten sowie der angespannte Arbeitsmarkt mit hohen Langzeitarbeitslosigkeitsraten dazu bei, dass nur einer begrenzten Anzahl von Männern und Frauen de facto eine aktive Teilnahme am Erwerbsleben möglich ist. Dieses institutionelle Arrangement resultiert in einer *Polarisierung* zwischen einem in hoher Stundenzahl praktizierten Zweiverdienermodell und einem männlichen Alleinverdienermodell. Während in den osteuropäischen Staaten dabei das Zweiverdienermodell quantitativ noch überwiegt, ist in den südeuropäischen Staaten trotz jüngerer Anstiege der Erwerbsquoten das klassische Ernährermodell in Mehrkindfamilien weiterhin noch von beachtlicher Bedeutung.

Abschließend stellt sich die Frage nach der weiteren Entwicklung der verschiedenen familialen Erwerbsmodelle in Europa. Welches Modell besitzt angesichts aktueller Wandlungstendenzen moderner Gesellschaften die besten Zukunftsaussichten? Und welche Form der innerfamiliären Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit sollte in Zukunft politisch gefördert werden? Aktuelle Studien zur Erwerbswunsch und -wirklichkeit (vgl. *Bertelsmann-Stiftung 2002*) zeigen, dass das deutsche „Zuverdienermodell“ nur bedingt den Wünschen und Vorstellungen junger Frauen und Männern entspricht. Entsprechend verzichtet eine beträchtliche Anzahl von Frauen in Deutschland zu Gunsten der Fortführung einer Erwerbskarriere vollkommen auf die Familiengründung. In Deutschland ist Kinderlosigkeit somit zu einem – auch im internationalen Vergleich – sehr verbreiteten Phänomen geworden (*Duschek und Wirth 2005, OECD 2009a*). Gleichzeitig zeigen die aktuellen Forschungsergebnisse (*Cousins und Tang 2004*), dass es auch dem an der Vereinbarkeit von Beruf und Familie orientierten Modell Skandinaviens noch nicht nachhaltig gelungen ist, Vereinbarkeitskonflikte zwischen Familie und Beruf auf ein Minimum zu reduzieren. Die Herausforderung zukünftiger nationaler und europäischer Familienpolitik wird entsprechend darin bestehen, Arrangements zu entwickeln, die beiden Ehepartnern eine umfangreiche Erwerbstätigkeit ermöglichen und angemessene Freiräume für Kindererziehung und Familienarbeit sicherstellen.

Literatur

- Aliaga, C. (2005): Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unterschiede zwischen Frauen und Männern; in: In: [Statistik kurz gefasst / Bevölkerung und soziale Bedingungen] Statistik kurz gefasst / Eurostat. - (2005), 4, S. 1-7.
- Allmendinger, J. und Ebner, C. (2006): Arbeitsmarkt und demografischer Wandel: Die Zukunft der Beschäftigung in Deutschland. Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie, 50 (4), S. 227-239.
- Anxo, D., Flood, L., Mencarini, L., Pailhé, A., Solaz, A. und Tanturri, M.L. (2007): Time Allocation between Work and Family over the Life-Cycle: A Comparative Gender Analysis of Italy, France, Sweden and the United States, IZA Discussion Papers 3193, Cologne: Institute for the Study of Labor (IZA).
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (2009): Raum für Familien – Chancen für Kinder, basierend auf der Regierungserklärung von Frau Staatsministerin Christine Haderthauer vom 18. Juni 2009, München.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2002): Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Benchmarking Deutschland Aktuell, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Blossfeld, H.-P. und Drobnič, S. (Hrsg.) (2001): Careers of couples in contemporary society: From male breadwinner to dual-earner families, Oxford: Oxford University Press.
- Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hrsg.) (2006): Globalization, uncertainty and women's careers: An international comparison. Cheltenham, UK, & Northampton, MA, USA: Edward Elgar.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2005): Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: BMFSFJ.
- Bosch, N., Deelen, A. und Euwals, R. (2008): Is Part-Time Employment Here to Stay? Evidence from the Dutch Labour Force Survey 1992-2005, IZA Discussion Paper No. 3367, Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit.
- Buchholz, S. (2008): Die Flexibilisierung des Erwerbsverlaufs. Eine Analyse von Einstiegs- und Ausstiegsprozessen in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cebrián, I., Moreno, G., Samek, M., Semenza, R. und Toharia, L. (2003): 'Non-standard work in Italy and Spain'; in: Houseman, S. and Osawa, M. (eds.): Non-standard work in developed economies: Causes and consequences, Michigan, USA, W.E. Upjohn Institute Publications.
- Cousins, C.R. und Tang, N. (2004): Working time and work-family conflict in the Netherlands, Sweden and the UK; in: Work, Employment and Society, 18 (3), S. 531-549.
- Daly, M. (2000): A fine balance? Women's labour market participation patterns in international comparison', in: Scharpf, F. and Schmidt, V. (eds) From Vulnerability to Competitiveness: Welfare and Work in the Open Economy, Vol II, Oxford: Oxford University Press, S. 467-510.
- Dienel, C. (2004): Eltern, Kinder und Erwerbsarbeit: Die EU als familienpolitischer Akteur. In: S. Leitner, I. Ostner und M. Schratzenstaller (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 285-307.
- Drobnič, S. (1997): Part-Time Work in Central and Eastern European countries; in: Blossfeld, H.-P. und Hakim, C. (Hrsg.) (1997): Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America, Oxford: University Press, S. 289-314.
- Duschek, K. und Wirth, H. (2005): Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus – Eine Kohortenanalyse der Mikrozensus 1987 bis 2003, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Wirtschaft und Statistik, Heft 8/2005, S. 800-820.
- Eurofound (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions) (2007a): Fourth European Working Conditions Survey, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Eurofound (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions) (2007b): Part-time work in Europe, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Europäischer Rat (2000): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik vom 29. Juni 2000 über eine ausgewogene Teilhabe von Frauen und Männern am Berufs- und Familienleben [Amtsblatt C 218 vom 31. Juli 2000].

Fagan, C., Smith, M., Anxo, D., Letablier, M.-T. und Perraudin, C. (2007): Part-time work in European Countries, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

Flacquer, L. (2000): Is there a Southern European Model of Family Policy?; in: Pfenning, A. und Bashle, T. (Hrsg.): Families and Family Policies in Europe: Comparative Perspectives, Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang, S. 15-33.

Golsch, K. (2006): Women's Employment in Britain; in: Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hrsg.) (2006): Globalization, uncertainty and women's careers: An international comparison. Cheltenham, UK, & Northampton, MA, USA: Edward Elgar, S. 275-301.

Hamplová, D. (2006): Women and the labor market in the Czech Republic: transition from a socialist to a social-democratic regime? in: Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hrsg.) (2006): Globalization, uncertainty and women's careers: An international comparison. Cheltenham, UK, & Northampton, MA, USA: Edward Elgar.

Hofäcker, D. (2010): Older workers under Globalization: An international comparison of retirement and late-career patterns among older workers in Western industrialized countries, Cheltenham/Northampton, MA: Edward Elgar.

Hofäcker, D. (2009): Vom Ernährer zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven, *ifb*-Materialien 3-2009, Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung

Hofäcker, D. (2006): Women's employment in times of globalization: a comparative overview; in: Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hrsg.): Globalization, Uncertainty and Women's Careers. An International Comparison. Cheltenham/UK und Northampton, MA/U.S.: Edward Elgar, S. 32-58.

Hofäcker, D. (2004): Typen europäischer Familienpolitik: Vehikel oder Hemmnis für das adult worker model? in: Leitner, S., Ostner, I. und Schratzenstaller, M. (eds): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 7/2003, Wiesbaden: VS - Verlag für Sozialwissenschaften, S. 257-284.

Hofäcker, D., Buchholz, S. und Blossfeld, H.-P. (2007): Globalisierung, struktureller Wandel und die Veränderung später Erwerbskarrieren – Deutschland im internationalen Vergleich; in: Deutsche Rentenversicherung, 62, 4-5, S. 197-215.

Hofäcker, D. und Lück, D. (2004): Zustimmung zu traditionellem Alleinverdienermodell auf dem Rückzug. Einstellungen von Frauen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im internationalen Vergleich; in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) Nr. 32, S. 12-15.

John, B. und Stutzer E. (2002): Erwerbsverhalten von Erziehungsurlauberinnen; in: Zeitschrift für Familienforschung, Heft 3, Jg. 14, S. 215-233.

Klenner, C. und Pfahl, S. (2008): Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht. Wege aus dem Arbeitszeitdilemma – Arbeitszeiten von Müttern, Vätern und Pflegenden, WSI-Diskussionspapier Nr. 158, Düsseldorf: WSI.

Knijn, T. (2002): Was kommt als Nächstes? Dilemmas in einer Zeit nach dem Familienernährermodell; in: WSI-Mitteilungen, 3/2002, S. 184-189.

Korpi, T. und Stern, C. (2006): Globalization, deindustrialization and the labour market experiences of Swedish women, 1950 to 2000; in: Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hg.): Globalization, Uncertainty and Women's Careers: An International Comparison, Cheltenham, UK & Northampton, MA, US: Edward Elgar, S. 115-141.

Kvist, J. (2001): Der Wohlfahrtsstaat und der Arbeitsmarkt: Die Erfahrungen Skandinaviens in den 1990er Jahren, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 47, Heft 4, S. 378-406.

Layte, R., O'Connell P.J., Fahey, T. und McCoy S. (2005): Ireland and economic globalization. The experiences of a small open economy; in: Blossfeld, H.-P., Klijzing, E., Mills, M. und Kurz, K. (2005): Globalization, uncertainty and youth in society, London et al.: Routledge.

3 Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

- Leitner, S., Ostner, I. und Schratzenstaller, M. (Hg.) (2004): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lewis, J. (1992): Gender and the Development of Welfare Regimes; in: *Journal of European Social Policy* 2, S. 159-173.
- Meyers, M. K. und Gornick, J. C. (2003): Public or Private Responsibility? Early Childhood Education and Care, Inequality, and the Welfare State; in: *Journal of Comparative Family Studies* 34, 3, S. 379-411.
- Meuser, M. und Neusüß, C. (2004): Gender Mainstreaming: Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Michoń, P. (2009): "Bleib zu Hause, Liebling" – Mütter, Arbeitsmärkte und staatliche Politik in den baltischen Ländern; in: Klenner, C. und Leiber, S. (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa: Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedstaaten, Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, S. 163-191.
- OECD [Organisation for Economic Cooperation and Development] (2009a): OECD Family database, URL: <http://www.oecd.org/els/social/family/database> (17.08.2009).
- OECD [Organisation for Economic Cooperation and Development] (2009b): OECD Stat Extracts. URL: <http://stats.oecd.org/index.aspx> (17.8.2009).
- Ostner, I. und Lewis, J. (1998): Geschlechterpolitik zwischen europäischer und nationalstaatlicher Regelung; in: Leibfried, S. und Pierson, P. (Hg.): Standort Europa, Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration, Frankfurt: Suhrkamp, S. 196-239.
- Pascall, G. und Kwak, A. (2009) : Geschlechterregime im Wandel; in: Klenner, C. und Leiber, S. (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa: Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedstaaten, Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123-161.
- Plantenga, J. (2002): Combining work and care in the polder model: an assessment of the Dutch part-time strategy; in: *Critical social Policy*, Jg. 22, No. 1, S. 53-71.
- Plomien, A. (2006): Women and the labor market in Poland: from socialism to capitalism; in: Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hg.): Globalization, uncertainty and women's careers: An international comparison. Cheltenham, UK, & Northampton, MA, USA: Edward Elgar.
- Reinberg, A. und Hummel, M. (2004). Fachkräftemangel bedroht Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28, S. 3-10.
- Saar, E. und Helemäe, J. (2006): Women's employment in Estonia; in: Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hg.): Globalization, Uncertainty and Women's Careers: An International Comparison, Cheltenham, UK & Northampton, MA, US: Edward Elgar, S. 199-223.
- Statistisches Bundesamt [destatis] (2006a): Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden: destatis.
- Statistisches Bundesamt [destatis] (2006b): Frauen in Deutschland 2006, Wiesbaden: destatis.
- Unicef (1999): Women in Transition: A summary, Monee Project Regional Monitoring report Summary No. 6 1999, Florenz: Unicef.
- Van Wel, F. und Knijn, T. (2006): Transitional Phase or a New Balance? Working and Caring by Mothers With Young Children in the Netherlands; in: *Journal of Family Issues*, Jg. 27, No. 5, S. 633-651.
- Vaupel, J. und Hofäcker, D. (2009): Das lange Leben lernen; in: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, Jg. 12, Heft 3, 2009, (im Erscheinen).
- Veil, M. (2003): Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 44, S. 12-22.
- Wielers, R. und Mills, M. (2008): The flexibilization of the Dutch labor market: The impact of globalization on the life course and inequality, *TransEurope Working Paper No.7*, Bamberg.

4. SOZIOÖKONOMISCHE SITUATION VON FAMILIEN IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH (MARCO HÄRPFER)

Den Familien stehen in den europäischen Ländern sehr unterschiedliche Lebensstandards und finanzielle Spielräume zur Verfügung. Diese sind abhängig von den jeweiligen familienpolitischen Rahmenbedingungen, den regionalen Lohn- und Preisniveaus, dem Ausmaß der Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern, der Struktur der Wohnungs- und Immobilienmärkte und anderen Faktoren. In diesem Kapitel wird daher die sozioökonomische Situation von Familien in 24 EU-Mitgliedstaaten vergleichend untersucht. Neben der Höhe und Struktur der Einkommen finden dabei der Bereich Wohnen und die finanzielle Situation Eingang in die Auswertungen.

Um länderübergreifende Analysen durchführen zu können, werden vergleichbare Daten benötigt. Eine für die Fragestellung geeignete Datengrundlage stellt das europäische Haushaltspanel „Statistics on Income and Living Conditions“ (EU-SILC) dar (Eurostat 2009a, 2009b). Diese Daten bieten eine EU-weit vergleichbare Datenquelle über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, die seit 2004 erhoben wird. Deutschland nimmt seit 2005 daran teil. Für diese Statistik werden in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards verwendet. Basis der hier betrachteten 24 EU-Staaten sind 185.000 Haushalte mit 466.000 darin lebenden Personen. In Deutschland werden jedes Jahr knapp 14.000 repräsentativ ausgewählte Privathaushalte befragt, in denen etwa 31.000 Personen leben.

Die Stärken von EU-SILC liegen in der sehr detaillierten Erfassung der Einkommen und materiellen Lebensbedingungen und in der Tatsache, dass dieselben Haushalte und Personen jährlich wiederholt befragt werden. Dadurch kann nicht nur die gegenwärtige Situation, sondern auch die Entwicklung der Lebensbedingungen angemessen erfasst werden.

Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um einen Ländervergleich zwischen den 24 EU-Mitgliedstaaten Österreich (AT), Belgien (BE), Zypern (CY), Tschechien (CZ), Deutschland (DE), Dänemark (DK), Estland (EE), Spanien (ES), Finnland (FI), Frankreich (FR), Griechenland (GR), Ungarn (HU), Irland (IE), Italien (IT), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Lettland (LV), Niederlande (NL), Polen (PL), Portugal (PT), Schweden (SE), Slowenien (SI), Slowakei (SK), Großbritannien (UK). Leider sind in der EU-SILC User Database 2007 keine Regionalinformationen für Deutschland enthalten, weshalb eine Ausweisung der entsprechenden Informationen für Bayern nicht möglich ist (vgl. Eurostat 2009b). Alle im Folgenden berichteten Ergebnisse sind bevölkerungsrepräsentativ, das heißt, dass sie mit den entsprechenden Hochrechnungsfaktoren gewichtet wurden. Dabei wurde dem von Eurostat empfohlenen Vorgehen gefolgt (vgl. Eurostat 2009a).

Die zentralen Variablen der vorliegenden Auswertungen stellen Haushaltstyp und insbesondere verschiedene Familienformen dar. Die Haushalte werden für die Analysen zu den folgenden sechs Kategorien zusammengefasst:

- Ein-Personen-Haushalt
- Alleinerziehende mit Kind(ern)
- Paar mit zwei Kindern
- Paar ohne Kind
- Paar mit einem Kind
- Paar mit drei oder mehr Kindern

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Als Familie wird ein Haushalt dann bezeichnet, wenn sich darin ein lediges Kind (ohne Altersbegrenzung) befindet. Als Kind wird die Tochter oder Sohn des Haushaltsvorstands oder seines Partners verstanden. Paare können verheiratet und unverheiratet sein, entscheidend ist der gemeinsame Haushalt. Paar-Haushalte mit drei oder mehr Kindern werden auch als kinderreich bezeichnet (vgl. Eggen und Rupp 2008). Bei Alleinerziehenden-Haushalten ist eine Differenzierung nach der Kinderzahl leider nicht möglich. Haushalte, die sich keiner der genannten Kategorien zuordnen lassen, wie z. B. Mehrgenerationen-Haushalte, werden nicht gesondert ausgewiesen. Da sich diese Restkategorie sehr diffus zusammensetzt, ist eine Interpretation ihrer Werte wenig aussagekräftig. Sie fließen aber in die Gesamtbetrachtung mit ein.

Eingang in die Auswertungen finden 183.779 Haushalte, in denen 466.460 Personen leben. Hinsichtlich der Anteile der verschiedenen Haushaltstypen zeigen sich die bekannten Muster (vgl. Europäische Kommission 2002): So sind in eher traditionell geprägten Ländern wie Zypern, Spanien oder Portugal die Anteile der Ein-Personen- und der Alleinerziehenden-Haushalte relativ gering, dagegen fallen die Anteile der Paar-Haushalte mit Kindern relativ hoch aus. Im Gegensatz dazu zeigen Dänemark und Schweden eine umgekehrte Verteilung. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass in Irland die Anteile der Alleinerziehenden- sowie kinderreichen Paar-Haushalte mit Abstand am höchsten sind und deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegen.

4.1 Einkommenshöhe und relative Einkommensarmut

Die Erhebung des Einkommens, jeweils bezogen auf das Vorjahr, nimmt in EU-SILC viel Raum ein (zur allgemeinen Problematik der Einkommenserfassung vgl. Schwarze 2003). Das in EU-SILC verwendete Konzept beruht auf den detaillierten Einzelangaben zu verschiedenen Einkommenskomponenten, die jeweils mit Einzelfragen erhoben werden. Da es sich um ein retrospektiv erhobenes Jahreseinkommen handelt, stimmen der Befragungs- und Bezugszeitpunkt nicht überein.

Haushalte bilden eine Wirtschaftsgemeinschaft, deren Mitglieder einzeln Einkommen erwirtschaften (können). Daneben erhält der Haushalt häufig auch ein eigenes Einkommen. Diese Bestandteile summieren sich zum Haushaltseinkommen auf, das wiederum von den einzelnen Haushaltsmitgliedern verwendet wird. Da letztlich die personelle Einkommensverteilung von Interesse ist, stellt sich die Frage, wie sich das Einkommen auf die Haushaltsmitglieder verteilt. Um eine angemessene Betrachtung unterschiedlich großer Haushalte zu gewährleisten, wurde das Konzept der Äquivalenzskalen³⁶ entwickelt (vgl. Schwarze 2003). Den Hintergrund für dieses Konzept bildet die Annahme des gemeinsamen Wirtschaftens, durch das erhebliche Einsparungen und Minderungen der Kosten erzielt werden können. Somit sind die zusätzlichen Kosten für weitere Haushaltsmitglieder geringer. Des Weiteren gibt es unterschiedliche Bedürfnisse je nach Alter des jeweiligen Haushaltsmitglieds. Diesen Einflüssen wird bei der weit verbreiteten neueren OECD-Skala Rechnung getragen. Nach ihr beträgt das Gewicht für den ersten Erwachsenen 1, für jeden weiteren Erwachsenen ab einem Alter von fünfzehn Jahren 0,5 und für ein Kind unter fünfzehn 0,3 (vgl. Eurostat 2009b). Das oben beschriebene Haushaltseinkommen wird dann durch den entsprechenden Faktor gewichtet (bei einem Paar mit zwei kleinen Kindern

³⁶ Die Gewichte, welche den Personen zugewiesen werden, sollten zwischen Null und Eins liegen. Null würde bedeuten, dass jede Person über das gesamte Haushaltseinkommen verfügen kann. Beim Schritt von der Haushalts- auf die Personenebene würde jeder Person das gesamte Einkommen zugeschrieben werden. Das andere Extrem wäre die Pro-Kopf-Verteilung. Hier hätte jede Person ein Gewicht von Eins. Eine Skala, die zwischen beiden Extremen liegt, dürfte jedoch wirklichkeitsnäher sein.

beträgt der Gewichtungsfaktor beispielsweise 2,1), um zu dem sogenannten Äquivalenzeinkommen zu gelangen. Alle Einkommensangaben in den folgenden Auswertungen sind also grundsätzlich mit der neueren OECD-Skala gewichtet.

Zum Erhebungszeitpunkt der hier verwendeten Daten des EU-SILC waren teilweise noch Landeswährungen gültig, weshalb die Einkommensangaben in der entsprechenden Währung vorliegen. Um eine gewisse Vergleichbarkeit herzustellen, werden die Landeswährungen üblicherweise in Euro umgerechnet. Dies ermöglicht zwar einen Vergleich zwischen den nationalen Einkommen, doch bleibt unberücksichtigt, welche Kaufkraft das Einkommen tatsächlich besitzt. Um solchen Unterschieden gerecht zu werden, werden für die vorliegende Untersuchung auch Umrechnungskurse für sog. Kaufkraftparitäten, engl. „Purchasing Power Parities“ (PPP) verwendet. Dieser Index wird auf der Grundlage eines vorher festgelegten Warenkorbs erstellt, der verschiedene Güter und Produkte enthält, für welche die entsprechenden Preise in den jeweiligen Ländern ermittelt werden (vgl. Eurostat 2008b).

Um un plausible Fälle aus der Analyse auszuschließen, wird das sog. 1%-top und -bottom-Coding angewandt. Das heißt, dass die Einkommensangaben bei Unter- bzw. Überschreiten dieser Grenzen auf die Grenzen gesetzt werden.

In den folgenden Abschnitten werden länderspezifische Einkommenshöhen verschiedener Haushalts- und Familientypen dargestellt. So wird das Wohlstandsniveau mittels des durchschnittlichen absoluten Einkommens sowie auf Basis von Äquivalenzeinkommen berechnet. Den Auswertungen liegt das verfügbare Haushaltseinkommen zugrunde, andernfalls ist dies explizit in den Tabellen vermerkt. Das Einkommensniveau wird anhand des arithmetischen Mittels bestimmt. Daran schließen sich Armutsquoten an, welche Auskunft über die unteren Ränder der Einkommensverteilung geben können. Bei den Einkommensanalysen finden die unterschiedlichen Familienkonstellationen besondere Berücksichtigung.

Absolute Haushaltseinkommen

Zunächst wird auf das absolute verfügbare Haushaltseinkommen auf Haushaltsebene eingegangen, d. h. auf den Betrag, über den die Haushalte durchschnittlich tatsächlich verfügen können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich nicht um Euro-Beträge handelt, sondern um die bereits erläuterten Kaufkraftparitäten (PPP), so dass Kaufkraftunterschiede bereits herausgerechnet sind.

Es zeigt sich, dass das absolute Einkommen in den neuen, östlichen Mitgliedstaaten mit Abstand am niedrigsten ausfällt. Dabei ergeben sich allerdings bemerkenswerte Unterschiede: Während der Abstand zwischen Tschechien und der Slowakei knapp 300 PPP beträgt, erreichten die Haushalte in Slowenien mit fast 26.000 PPP einen Wert, der dem mitteleuropäischen Ländervergleichbar ist. Die höchsten Einkommen erzielen Haushalte in Luxemburg, gefolgt von Irland und Großbritannien. Das deutsche Durchschnittseinkommen befindet sich durchwegs über dem europäischen Niveau.

In Bezug auf die verschiedenen Haushaltstypen zeigt Tab. 4.1, dass bei Paar-Familien mit zwei Kindern das absolute Einkommen in allen Ländern höher ist als mit nur einem Kind. Dieser Unterschied zeigt sich beim Vergleich von Zwei- und Drei-Kind-Familien nicht mehr durchgängig. Die absoluten Einkommen der Paar-Familien liegen teilweise deutlich über denen der Alleinerziehenden-Familien. Die deutschen Haushalte im Ländervergleich bewegen sich stets im oberen Einkommensviertel.

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Tab. 4.1: Durchschnittliches absolutes Haushaltseinkommen auf der Haushaltsebene nach Haushaltstypen in Kaufkraftparitäten (PPP)

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	17988	32339	21616	40338	42462	46800	30652
BE	15371	27837	21084	38936	42890	45278	27720
CY	9697	16042	14135	26425	28784	30454	21758
CZ	8467	15866	11126	21941	22776	22804	16921
DE	17226	31579	21299	41494	43499	48325	28575
DK	14335	29805	21585	38951	42188	41415	25061
EE	5911	12107	8100	17386	18807	19541	12033
ES	13518	24195	18420	30486	34956	37337	27115
FI	13760	28877	20527	36636	41412	41705	25379
FR	15470	28101	20113	34961	36848	39615	26037
GR	12240	21203	19470	28624	31845	33620	24201
HU	6341	11815	8982	14573	16035	15943	12140
IE	17675	35350	24109	48916	53395	60381	39014
IT	15601	26539	20856	35280	37247	36536	27548
LT	4863	11206	7647	16175	16746	13923	11632
LU	30413	50635	35370	60601	64631	67185	49544
LV	4098	9128	7667	14608	14917	13349	10503
NL	17464	32285	20974	41426	43409	44417	29920
PL	6662	12226	9405	15663	16081	15541	12849
PT	9992	18737	16311	26164	27533	30710	21619
SE	13416	28993	19325	34765	37677	38552	24251
SI	10647	21556	18398	30762	34387	36640	25801
SK	6251	11669	9745	17522	19078	19297	14091
UK	18527	35628	22167	45703	51419	49477	33994
EU-24	15208	27712	19598	34023	36595	38296	26375

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Äquivalenzeinkommen

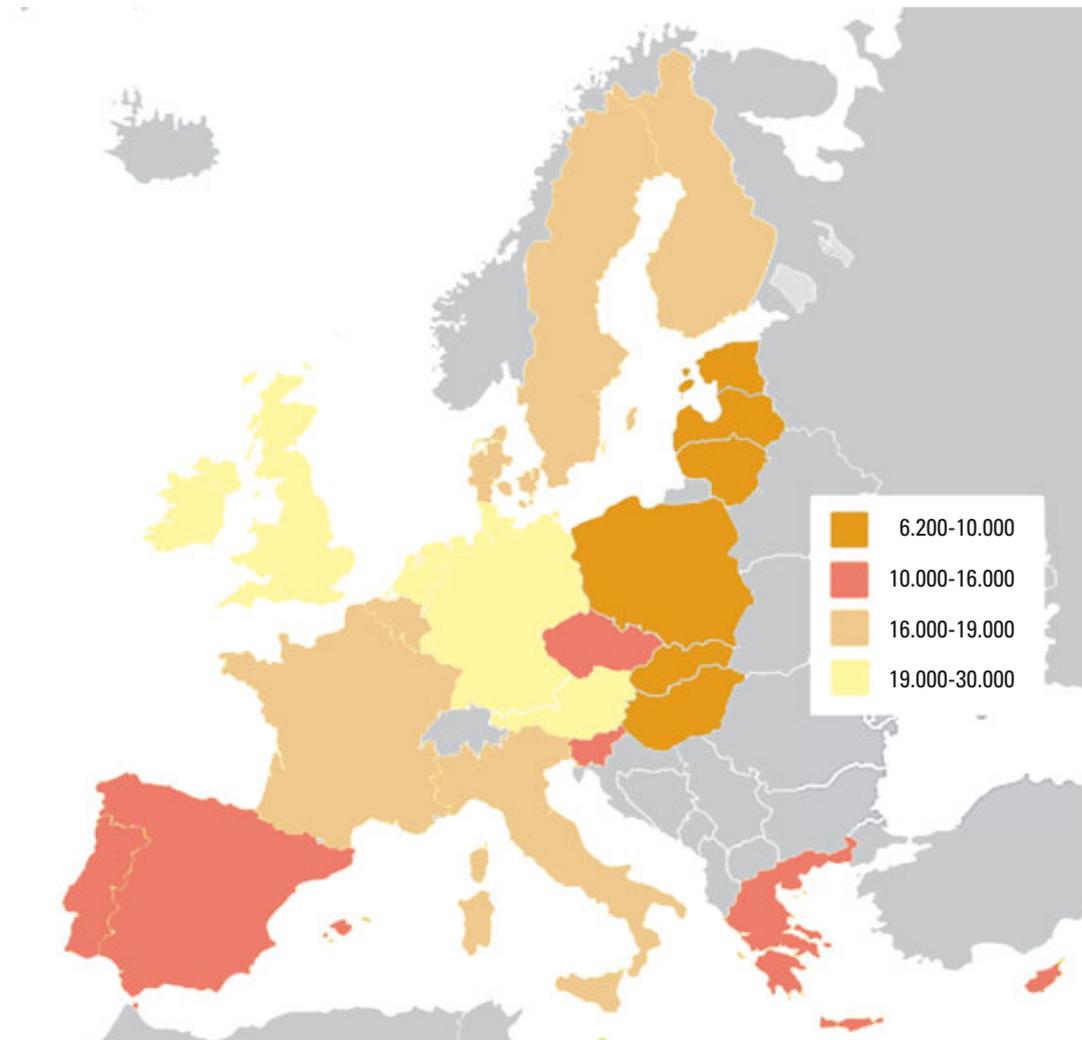
Bei der Betrachtung des absoluten Einkommens auf Haushaltsebene bleibt jedoch die Zusammensetzung des Haushalts unberücksichtigt. Dieser wird durch die Verwendung des Äquivalenzeinkommens explizit Rechnung getragen. Das verfügbare Haushaltseinkommen wird hierfür, wie bereits ausführlich dargestellt, mit der neueren OECD-Skala gewichtet.

In Abb. 4.1 sind die durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen für die Gesamtbevölkerung zu Kategorien gebündelt dargestellt. Es zeigt sich hier das bereits weiter oben beschriebene Ge-

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

fälle: Die Kernländer Europas weisen die höchsten, die südlichen und östlichen die niedrigsten durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen auf. Es ist zu berücksichtigen, dass die Einteilung in die beiden mittleren Kategorien bei einigen Ländern recht knapp erfolgte, so dass eine andere Zuordnung bei einem anderen Messzeitpunkt nicht unwahrscheinlich ist.

Abb. 4.1: Durchschnittliches Äquivalenzeinkommen in Kaufkraftparitäten (PPP)



Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Die Einführung des Äquivalenzeinkommens korrigiert einige der bisherigen Befunde. So wird deutlich, dass mit steigender Kinderzahl das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen sinkt. Dies gilt für Paar-Familien in allen Ländern und zwar sowohl im Vergleich von einem und zwei Kindern als auch bei dem von Zwei-Kind-Familien und Kinderreichen. Zudem ist das Einkommen von Alleinerziehenden-Familien verglichen mit allen anderen Haushaltstypen am niedrigsten. Für die deutschen Ergebnisse kann festgehalten werden, dass sich diese wiederum im oberen Viertel befinden und damit stets über dem Durchschnitt liegen (vgl. Tab. 4.2).



4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Tab. 4.2: Durchschnittliches Äquivalenzeinkommen in Kaufkraftparitäten (PPP) nach Haushaltstypen

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	17726	21335	13599	20863	18730	16661	19063
BE	15156	18403	12522	20290	19098	16317	17642
CY	9427	10569	8530	13813	12490	10787	11727
CZ	8298	10517	6894	11417	9972	8137	10020
DE	16833	20938	13368	21651	19461	17866	19281
DK	14158	19764	13749	20779	19325	16035	17752
EE	5830	7955	5090	9071	8424	7052	7653
ES	13320	16032	11343	15883	15331	12984	15111
FI	13713	19182	12548	19286	18873	15356	17254
FR	15352	18624	12606	18437	16607	14468	16670
GR	12031	14064	11324	14948	14045	12258	13805
HU	6277	7825	5511	7569	7035	5784	7039
IE	17468	23424	13707	25798	23833	21530	21832
IT	15269	17542	12853	18304	16336	13262	16571
LT	4801	7401	4723	8456	7375	4867	6874
LU	29935	33376	20545	31779	28622	24888	29633
LV	3981	6108	4561	7733	6702	4751	6230
NL	17015	21277	12509	21764	19379	16218	19115
PL	6550	8044	5626	8143	6975	5275	6911
PT	9693	12229	10102	13506	12084	11043	12019
SE	13342	19209	12013	18448	17147	14524	16502
SI	10636	14298	11262	15763	14826	13076	14213
SK	6286	7990	6201	9116	8180	6565	7843
UK	18165	23546	13258	23909	22952	17927	21151
EU-24	14946	18347	12067	17767	16255	13859	16179

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.
Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Von Armut betroffene Haushalte

Eine spezielle Betrachtung des unteren Teils der Einkommensverteilung erfolgt in Armutsanalysen. Für die hier präsentierten Analysen wird ein relatives Armutskonzept zugrunde gelegt. Danach ist eine Person arm, wenn sie nicht mehr angemessen am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Die für die Teilhabe notwendigen Mittel sind unterschiedlicher Natur und können materieller, kultureller und sozialer Art sein. In den vorliegenden Auswertungen wird das verfügbare Einkommen als Indikator für diese Teilhabechancen betrachtet. Zur Bestimmung der relativen Armut wird das individuelle Einkommen ins Verhältnis zum mittleren Einkommen im jeweiligen Land gesetzt. Als Grenze wird eine Sechzig-Prozent-Schwelle verwendet, d. h., dass eine Person dann als arm gilt, wenn sie über weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens verfügt.

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Diese Grenzziehung ist, wie die Armutsbetrachtung und Armutsdiskussion insgesamt, nicht unumstritten. Es sollte daher berücksichtigt werden, dass es letztendlich keine richtige oder falsche Armutsgrenze gibt, die Festlegung bleibt in gewissem Sinne willkürlich.

Für die in Tab. 4.3 dargestellten Ergebnisse wurde wie ausgeführt geprüft, ob das individuelle Äquivalenzeinkommen unter oder über der 60-Prozent-Marke des Median des nationalen Einkommens liegt. Im ersten Fall wird die Person als arm eingestuft. In der EU-24 beträgt die Armutsquote 16,3 %, d. h. ein Sechstel der Europäer lebt in relativer Einkommensarmut. Die nationalen Armutsquoten fallen umso höher aus, je höher die Einkommensungleichheit in einem Land ist. Die Spanne reicht dabei von 21,2 % und 20,3 % in Lettland bzw. Griechenland bis zu 9,5 % und 10,2 % in Tschechien bzw. den Niederlanden. Deutschland liegt mit einer Quote der relativen Einkommensarmut von 15,2 % unter dem EU-Durchschnitt und damit im dritten Viertel.

Tab. 4.3: Anteile relativer Einkommensarmut nach Haushaltstypen (in Prozent)

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	20.3	9.8	31.0	7.3	8.8	13.5	12.0
BE	25.6	13.0	34.7	7.7	8.3	17.4	15.1
CY	46.0	33.2	32.7	6.6	7.7	11.6	15.5
CZ	15.9	3.9	37.1	3.8	8.3	25.4	9.5
DE	27.5	13.2	34.0	8.9	8.2	11.9	15.2
DK	24.9	8.3	15.4	4.6	3.9	13.7	11.7
EE	49.0	12.9	43.0	9.9	10.7	20.0	19.4
ES	34.6	18.9	33.9	14.6	19.0	27.4	19.7
FI	31.9	8.1	21.8	5.7	5.1	13.3	13.0
FR	17.4	8.3	26.9	7.0	11.0	20.5	13.1
GR	27.3	18.7	32.2	16.1	19.3	28.2	20.3
HU	15.9	6.7	28.9	8.7	12.4	22.9	12.4
IE	45.0	13.5	39.5	10.2	8.2	14.1	17.5
IT	27.3	15.4	30.2	12.4	20.5	35.0	19.8
LT	49.5	11.9	41.7	10.5	10.6	36.1	19.1
LU	14.9	6.9	45.4	9.3	13.0	24.3	13.5
LV	59.0	20.8	33.3	11.3	12.6	30.7	21.2
NL	14.6	7.0	29.9	6.4	5.1	17.3	10.2
PL	15.6	9.5	31.4	12.8	16.9	31.8	17.3
PT	33.2	22.6	33.9	10.1	15.2	27.1	18.1
SE	20.6	6.2	23.0	5.6	5.4	13.5	10.8
SI	37.0	11.2	26.0	7.7	6.1	12.2	10.9
SK	17.4	3.8	26.5	4.5	9.5	20.3	10.5
UK	29.9	16.5	44.1	9.7	11.2	23.4	19.1
EU-24	25.0	12.8	33.5	10.2	13.3	22.6	16.3

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.
Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

In Tab. 4.3 sind die Armutsquoten zudem für die einzelnen Haushaltstypen ausgewiesen. Hier zeigt sich ein dem durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen ähnliches Bild (vgl. Tab. 4.2). Europaweit gilt, dass mit steigender Kinderzahl bei den Paar-Familien die Armut zunimmt. Die Armutsquoten der Paar-Familien mit einem und zwei Kindern unterscheidet sich allerdings nicht sehr gravierend. Dagegen vervielfacht sich die Quote bei den kinderreichen Paaren. Nochmals deutlich häufiger von Armut betroffen sind Alleinerziehende. Für die deutsche Bevölkerung kann festgehalten werden, dass die Armutsquoten in Paar-Familien deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegt. So sind z. B. kinderreiche Paar-Familien nur halb so stark von Armut betroffen als im EU-weiten Vergleich. Für die Alleinerziehenden aber wird eine leicht erhöhte Quote ausgewiesen.

4.2 Einkommensstruktur

Neben der Analyse der Höhe und Verteilung von Einkommen, sind auch die Herkunft und die Zusammensetzung des Einkommens von Interesse. Um hierüber Aussagen treffen zu können, werden die einzelnen Komponenten des Einkommens betrachtet (vgl. Schwarze 2003, vgl. Eurostat 2009a, 2009b): Das verfügbare Haushaltseinkommen umfasst sechs Komponenten:

1. Das Einkommen aller im Haushalt lebenden Personen aus abhängiger und selbstständiger **Erwerbstätigkeit**.
2. Einkommen aus **Vermögen**, wozu Einkommen aus Kapitalanlagen, in Form von zum Beispiel Zinsen, Dividenden, Fondserträgen und Einkommen aus Vermietung, u. ä. zählen. Zudem wird in diese Komponente auch ein Wert für selbst genutzte Immobilien eingerechnet. Einkommen aus privaten Rentenversicherungen sind ebenfalls enthalten.
3. **Unterhaltszahlungen** werden einzeln ausgewiesen. Diese spielen für weite Bevölkerungsteile nur eine untergeordnete Rolle, bei Alleinerziehenden bilden sie jedoch eine wichtige Einkunftsquelle.
4. In EU-SILC sind Leistungen und Transfers, die explizit einen Familienbezug haben, als eigene Komponente ausgewiesen. Diese **öffentlichen Familientransfers** werden daher gesondert aufgeführt.
5. Folgende Tatbestände, aufgrund derer die Individuen oder Haushalte Einkommenszahlungen erhalten, werden zu den **sonstigen öffentlichen Transfers** zusammengefasst: Arbeitslosigkeit, Rente, Krankheit, Ausbildung, Sozialhilfe, Wohnen, andere Sozialtransfers.³⁷
6. Neben dem Einkommensfluss aus den Sicherungssystemen, werden an diese auch Beiträge gezahlt. Zudem sind Steuern auf Erwerbseinkommen und Vermögen zu leisten. Diese sind unter dem Punkt **Abgaben** zusammengefasst.

³⁷ Da die sozialen Sicherungssysteme in den teilnehmenden Ländern unterschiedlich organisiert sind, hat sich Eurostat auf die Angabe dieser recht breiten, aber dennoch üblichen Tatbestände beschränkt (vgl. Canberra Group 2001). Damit wird die genauere Ausgestaltung an die nationalen Institute verlagert. Dies hat wiederum den Nachteil, dass in diesem Bereich die Dokumentation der Variablen relativ allgemein gehalten ist. Zudem werden so die Unterschiede zwischen öffentlichen Transfers und Einkommen aus Sozialversicherungen erschwert.

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Zur Ermittlung der Bedeutung einzelner Komponenten werden deren Anteile am Gesamteinkommen dargestellt. Hierbei wird das ermittelte verfügbare Einkommen gleich hundert Prozent gesetzt und der Einfluss der Einkommenskomponenten als Prozentanteile daran errechnet. Einzelne Komponenten, vor allem das Bruttoerwerbseinkommen, können dabei über hundert Prozent ausmachen. Dies ist folgendermaßen zu interpretieren: Wenn das durch Erwerbstätigkeit erzielte Bruttoeinkommen über dem verfügbaren Einkommen liegt, heißt das, dass diese Haushalte mehr Steuern und Sozialversicherungsabgaben zahlen müssen, als sie in Form von öffentlichen Transferleistungen erhalten. Nachfolgend werden ausgewählte Resultate präsentiert und diskutiert.

In Tab. 4.4 sind zunächst die Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens für die Bevölkerungen der EU-24 und der jeweiligen Mitgliedstaaten aufgeführt. Dabei zeigt sich, dass das Einkommen eines durchschnittlichen Europäers zu drei Vierteln aus Erwerbseinkommen besteht, wobei er abhängig oder selbstständig beschäftigt sein kann. Einkommen aus Vermögen fließen zu gut 17 % in sein verfügbares Einkommen ein. Private Unterhaltszahlungen fallen dagegen mit 1,1 % kaum ins Gewicht. Während familienbezogene öffentliche Transferleistungen nur einen Anteil von 3,6 % ausmachen, tragen sonstige öffentliche Transferzahlungen 27,7 % zum Einkommen bei. Von seinem Bruttoeinkommen muss der Durchschnittseuropäer aber auch Abgaben leisten, also Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie Sozialversicherungsbeiträge abführen, so dass 24,3 % abgezogen werden. Da die sozialen Sicherungssysteme in den EU-Mitgliedsländern jedoch sehr unterschiedlich ausgestaltet sind, hat diese Gesamtbetrachtung nur eingeschränkte Aussagekraft.

Die Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens in Deutschland unterscheidet sich vom europäischen Durchschnitt. So sind in Deutschland die Bedeutung des Einkommens aus Vermögen und die privaten Unterhaltszahlungen etwas höher. Deutlicher tritt der Unterschied bei staatlichen Leistungen zutage. Denn mit einem Anteil von insgesamt 35,8 % liegen die Einkommen aus öffentlichen Transfers höher als der europäische Mittelwert von 31,3 %.

Bei dieser Art von Betrachtung lassen sich die sozialstaatlichen Regimes erkennen. Auf der einen Seite die skandinavischen Länder, mit einer hohen Erwerbsbeteiligung und mit starker staatlicher Umverteilung. Auf der anderen Seite die eher liberalen Länder wie Großbritannien oder Irland, aber auch die osteuropäischen Staaten, die eher einen geringen staatlichen Eingriff aufweisen. Dazwischen liegen die konservativen Länder wie Deutschland und Frankreich. Interessant ist, dass sich in den Anteilen der öffentlichen Familientransfers deutlich die familienpolitischen Strategien der einzelnen Länder (vgl. Kapitel 2) niederschlagen. In Ländern mit hohen Kindergeldzahlungen (wie Luxemburg und Irland) ist die Bedeutung der öffentlichen Familientransfers für das verfügbare Einkommen überdurchschnittlich hoch.

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Tab. 4.4: Bedeutung der einzelnen Komponenten des verfügbaren Einkommens (in Prozent)

Land	Komponente des verfügbaren Einkommens						= verfügbares Einkommen
	Erwerbseinkommen	+ Einkommen aus Vermögen	+ private Unterhaltszahlungen	+ öffentliche Familientransfers	+ sonstige öffentliche Transfers	+ Abgaben	
AT	79.1	8.8	1.4	6.9	31.3	-27.5	100.0
BE	76.8	15.4	0.9	5.5	28.4	-26.9	100.0
CY	71.8	17.8	1.0	2.3	15.9	-8.8	100.0
CZ	80.1	2.7	1.1	4.7	28.0	-16.6	100.0
DE	74.9	18.4	1.9	4.9	30.9	-31.0	100.0
DK	95.1	8.8	0.9	3.1	37.2	-45.0	100.0
EE	69.8	20.2	0.7	4.4	18.1	-13.2	100.0
ES	71.8	20.4	0.6	0.3	20.9	-14.0	100.0
FI	75.3	14.6	0.8	5.1	31.1	-26.9	100.0
FR	69.2	15.9	0.8	4.5	30.3	-20.7	100.0
GR	81.7	19.7	2.2	1.0	24.9	-29.5	100.0
HU	62.3	21.3	0.8	8.5	24.5	-17.5	100.0
IE	65.9	16.6	0.4	10.2	19.4	-12.5	100.0
IT	74.1	17.7	1.1	1.4	28.1	-22.4	100.0
LT	86.7	2.5	1.5	3.5	25.3	-19.4	100.0
LU	75.6	15.8	0.5	6.5	22.7	-21.1	100.0
LV	79.8	12.2	1.0	4.3	20.7	-18.0	100.0
NL	95.1	7.3	1.4	2.4	33.7	-39.8	100.0
PL	76.5	15.9	1.6	3.2	30.5	-27.6	100.0
PT	71.3	19.8	0.7	2.0	23.7	-17.5	100.0
SE	81.1	15.3	0.6	5.2	34.5	-36.8	100.0
SI	78.8	11.7	0.4	4.4	25.8	-21.0	100.0
SK	73.9	10.0	0.6	3.7	25.0	-13.1	100.0
UK	73.1	23.2	0.4	4.1	22.3	-23.1	100.0
EU-24	74.8	17.2	1.1	3.6	27.7	-24.3	100.0

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.
Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Von besonderem Interesse ist auch hier die Unterscheidung nach Familienformen. In Tab. 4.5 werden die nach dem Haushaltstyp differenzierten Ergebnisse für die EU-24 und Deutschland ausgewiesen. Dabei wird sehr deutlich, dass die Einkommenskomponenten unterschiedlich bedeutend für die verschiedenen Haushaltstypen sind. Der Anteil des Erwerbseinkommens am verfügbaren Einkommen ist bei Paar-Familien mit einem oder zwei Kindern mit Abstand höher als bei Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, bei denen dagegen die öffentlichen Familientransfers eine wichtige Rolle spielen. Für Alleinerziehenden-Haushalte sind öffentliche Transfers besonders wichtig. Hervorzuheben ist außerdem die große Bedeutung der privaten Unterhaltszahlungen bei den Alleinerziehenden, EU-weit stammen fast 7 % des Einkommens der Alleinerziehenden aus privaten Transfers. Da sich unter den Ein-Personen-Haushalten und den Paaren ohne Kinder

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

im Haushalt viele ältere Menschen befinden, haben hier öffentliche Transfers wie Renten einen hohen Stellenwert.

Tab. 4.5: Bedeutung der einzelnen Komponenten des verfügbaren Einkommens für EU-24 und Deutschland nach Haushaltstypen (in Prozent)

Haushaltstyp	Komponente des verfügbaren Einkommens						= verfügbares Einkommen
	Erwerbseinkommen	+ Einkommen aus Vermögen	+ private Unterhaltszahlungen	+ öffentliche Familientransfers	+ sonstige öffentliche Transfers	+ Abgaben	
EU-25							
Ein-Personen-Haushalt	47.1	22.4	1.9	0.2	53.0	-24.6	100.0
Paarhaushalt ohne Kind	54.0	19.5	0.6	0.3	48.5	-22.9	100.0
Alleinerziehende	57.6	16.9	6.9	13.4	21.6	-16.4	100.0
Paar mit einem Kind	91.3	15.8	0.4	2.5	16.9	-26.8	100.0
Paar mit 2 Kindern	97.4	15.6	0.6	4.6	8.8	-27.0	100.0
Paar mit 3 und mehr Kindern	86.2	14.0	0.9	10.5	11.4	-23.1	100.0
alle Haushalte	74.8	17.2	1.1	3.6	27.7	-24.3	100.0
DE							
Ein-Personen-Haushalt	59.7	21.3	2.5	0.6	57.4	-41.6	100.0
Paarhaushalt ohne Kind	56.7	19.7	1.3	0.5	49.7	-27.8	100.0
Alleinerziehende	57.8	12.5	10.9	16.5	22.3	-20.1	100.0
Paar mit einem Kind	98.3	16.5	0.6	4.9	12.1	-32.4	100.0
Paar mit 2 Kindern	98.7	17.4	0.6	8.8	5.9	-31.3	100.0
Paar mit 3 und mehr Kindern	86.1	17.4	1.2	13.7	7.3	-25.8	100.0
alle Haushalte	74.9	18.4	1.9	4.9	30.9	-31.0	100.0

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.
Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Eine andere Perspektive wird im Folgenden eingenommen, wenn der Frage nachgegangen wird, welcher Anteil der Bevölkerung bzw. der Haushaltstypen bestimmte Einkommenskomponenten aufweist (Tab. 4.6). Fast 80 % der europäischen Bevölkerung beziehen Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Noch größer ist mit 92,3 % der Bevölkerungsanteil, der Einkommen aus Vermögen erhält. 39,8 % bzw. 57,7 % der Europäer erhalten öffentliche Familien- und sonstige Transfers. Andererseits müssen fast alle Abgaben entrichten. Auffallend ist im Vergleich

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

zwischen Deutschland und der EU-24, dass wesentlich mehr Mitglieder von deutschen Familien von öffentlichen Familientransfers profitieren als dies in Europa durchschnittlich der Fall ist. Während in der EU-24 insgesamt nur 45,6 % der Paare mit einem Kind derartige Transfers erhalten, trifft dies in Deutschland auf 83,5 % zu.³⁸ Praktisch alle Familien mit drei oder mehr Kindern in Deutschland erhalten öffentliche Familientransfers, aber nur 80,5 % aller kinderreichen Paare in Europa. Dieses Ergebnis korrespondiert mit der Tatsache, dass Deutschland eine vergleichsweise ausgabenintensive Familienpolitik mit einem Fokus auf finanziellen Leistungen betreibt (vgl. Kapitel 2).

Tab. 4.6: Bevölkerungsanteile der Bezieher einzelner Komponenten des verfügbaren Einkommens für EU-24 und Deutschland nach Haushaltstypen (in Prozent)

Haushaltstyp	Komponente des verfügbaren Einkommens						verfügbares Einkommen
	Erwerbseinkommen	Einkommen aus Vermögen	private Unterhaltszahlungen	öffentliche Familientransfers	sonstige öffentliche Transfers	Abgaben	
EU-24							
Ein-Personen-Haushalt	44.5	87.2	6.2	1.8	68.2	88.8	100.0
Paarhaushalt ohne Kind	57.9	94.1	3.1	5.2	71.9	95.6	100.0
Alleinerziehende	76.6	84.4	42.9	81.7	64.0	86.8	100.0
Paar mit einem Kind	94.7	93.3	5.4	45.6	48.2	98.5	100.0
Paar mit 2 Kindern	97.5	94.2	9.2	64.0	39.4	98.8	100.0
Paar mit 3 und mehr Kindern	95.3	90.9	15.1	80.5	51.8	98.0	100.0
alle Haushalte	79.2	92.3	8.8	39.8	57.7	96.0	100.0
DE							
Ein-Personen-Haushalt	48.7	82.9	7.5	3.6	62.1	84.3	100.0
Paarhaushalt ohne Kind	55.3	92.8	5.0	6.4	68.6	95.6	100.0
Alleinerziehende	76.5	78.3	54.9	98.3	58.3	75.4	100.0
Paar mit einem Kind	96.1	94.4	6.7	83.5	39.4	97.8	100.0
Paar mit 2 Kindern	97.9	95.3	9.4	98.3	26.5	97.3	100.0
Paar mit 3 und mehr Kindern	96.2	93.3	14.3	99.6	34.7	96.6	100.0
alle Haushalte	74.3	91.0	10.4	50.4	51.2	93.2	100.0

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.
Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

³⁸ Es mag auf den ersten Blick überraschen, dass „nur“ 83,5 % der Familien in Deutschland Kindergeld oder andere öffentliche Transferzahlungen erhalten. Dieser niedrig anmutende Anteil ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sich die Analysen auf alle Familien mit ledigen Kindern im Haushalt beziehen, es sind daher auch Familien enthalten, deren Kinder die Altersgrenze, bis zu der Kindergeld bezogen werden kann, bereits überschritten haben, oder die z. B. wegen der Erwerbstätigkeit des Kindes keinen Anspruch auf Kindergeld mehr haben.

4.3 Wohnverhältnisse und finanzielle Situation

Für die sozioökonomische Stellung ist nicht nur die Höhe des Einkommens von Bedeutung, sondern es stellt sich auch die Frage, wie hoch der Lebensstandard der Familien ausfällt; d. h. ob das Einkommen für das alltägliche Leben ausreichend ist. Daher werden im Folgenden Auswertungen zu den Wohnverhältnissen, der finanziellen und materiellen Situation vorgestellt. Leider sind in EU-SILC keine expliziten Fragen zur Zufriedenheit enthalten, weshalb diesbezüglich keine Einschätzungen wiedergegeben werden können.

Eine zentrale Dimension der sozioökonomischen Lage von Familien stellen die Wohnverhältnisse dar (vgl. Noll 2009a). Von großer Bedeutung ist hierbei, ob man Immobilieneigentum besitzt oder zur Miete wohnt. Tab. 4.7 zeigt daher die Bevölkerungsanteile an, die in Wohneigentum leben.

Die Europäer leben etwa zu zwei Dritteln im Eigenheim, wobei die Deutschen mit 54 % die niedrigste Eigentümerquote aufweisen. Dagegen leben fast neun Zehntel der Litauer, Slowaken und Ungarn in ihrer eigenen Wohnung bzw. ihrem eigenen Haus.

Eine Differenzierung nach dem Haushaltstyp zeigt EU-weit, dass Paare in der Mehrzahl in der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus leben, und zwar mit einer Quote von etwa drei Viertel. Im Gegensatz dazu fällt der Anteil bei den Alleinerziehenden mit einem guten Drittel deutlich geringer aus. Die deutschen und niederländischen Alleinerziehenden fallen wiederum dadurch auf, dass dort nur etwa ein Viertel Wohneigentum besitzt. In der Slowakei und in Lettland weist dieser Haushaltstyp demgegenüber Werte von über 80 % auf. Einzig bei kinderreichen Paaren liegt der deutsche Wohneigentümeranteil leicht über dem EU-Durchschnitt. Die östlichen Länder Estland, Ungarn und die Slowakei sind mit 91 % bzw. 85 % bei diesem Haushaltstyp die Länder mit den höchsten Werten. Letztlich fällt die deutsche Gesamtquote deshalb so gering aus, weil Ein-Personen- und Alleinerziehenden-Haushalte sowie kinderlose Paare eher selten im Wohneigentum leben.



4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Tab. 4.7: Bevölkerungsanteile der Wohneigentümer nach Haushaltstypen (in Prozent)

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	35	57	34	63	68	69	59
BE	50	77	42	82	84	76	73
CY	34	53	52	78	86	84	74
CZ	62	76	49	78	79	66	74
DE	27	54	26	64	70	73	54
DK	37	74	38	79	84	83	67
EE	71	90	79	87	90	91	87
ES	75	84	62	86	87	79	84
FI	51	77	48	81	84	84	74
FR	43	71	29	65	71	61	62
GR	55	79	55	73	77	79	76
HU	82	89	79	90	91	85	88
IE	76	84	45	84	87	83	78
IT	65	78	55	74	74	68	73
LT	88	92	75	89	91	82	89
LU	61	75	51	74	80	80	74
LV	79	86	81	86	83	80	84
NL	31	65	28	77	82	85	67
PL	51	58	40	56	59	66	62
PT	61	73	50	76	79	72	74
SE	43	75	46	77	83	80	69
SI	73	88	63	82	79	79	81
SK	89	92	84	90	86	85	89
UK	61	81	33	81	83	73	73
EU-24	48	71	38	73	77	72	69

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.
Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Ob man zur Miete oder im Eigenheim wohnt, kann wiederum Einfluss auf die finanzielle Situation des Haushalts haben. Mit dem Wohnen sind meist Kosten verbunden, wie z. B. Mietverpflichtungen, Kosten für Renovierungsmaßnahmen oder Darlehenstilgungen. Die Befragten in EU-SILC werden gebeten, das Ausmaß der finanziellen Belastung in einer dreistufigen Skala anzugeben. Dabei bedeutet 1, dass durch das Wohnen schwere finanzielle Belastungen entstehen, 2, dass der Haushalt etwas belastet ist, und schließlich 3, dass es keine Belastung durchs Wohnen gibt. In Tab. 4.8 sind hierzu Durchschnittswerte angegeben. Dabei bedeutet ein niedriger Wert, dass die Belastungen schwer sind, ein hoher dagegen, dass (eher) keine berichtet werden. Im Schnitt ist die europäische Bevölkerung mit einem Wert von 1,91 durchs Wohnen belastet, also etwas mehr als „etwas belastet“. Stark belastet sind die Bevölkerungen Zyperns und Italiens. Dänen und Schweden empfinden dagegen eher keine Belastungen durch die Kosten des Wohnens.

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Für die EU-24 nimmt die Belastung bei den Paar-Familien mit der Kinderzahl zu. Dies ist wenig überraschend, da mit der zunehmenden Personenzahl auch ein erhöhter Wohnraumbedarf einhergeht. Am stärksten belastet sind wiederum die Alleinerziehenden-Haushalte. Die Deutschen bewerten ihre Situation dabei durchgängig leicht besser als der europäische Durchschnitt.

Tab. 4.8: Durchschnittliche finanzielle Belastung durch Wohnen nach Haushaltstypen

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	2.23	2.23	1.89	2.15	2.07	1.99	2.13
BE	2.01	2.23	1.72	2.18	2.18	2.03	2.11
CY	1.54	1.49	1.23	1.39	1.35	1.20	1.36
CZ	1.92	1.98	1.66	1.98	1.92	1.71	1.91
DE	2.04	2.09	1.75	1.95	1.93	1.85	1.98
DK	2.66	2.82	2.30	2.69	2.61	2.55	2.66
EE	2.00	2.07	1.81	2.20	2.13	2.08	2.08
ES	1.60	1.60	1.33	1.57	1.55	1.38	1.54
FI	2.10	2.23	1.64	2.08	1.96	1.89	2.06
FR	2.24	2.35	1.87	2.26	2.22	2.07	2.22
GR	1.77	1.81	1.57	1.78	1.77	1.74	1.77
HU	1.77	1.84	1.53	1.82	1.80	1.59	1.76
IE	2.14	2.18	1.68	2.14	2.05	1.96	2.03
IT	1.49	1.50	1.36	1.49	1.42	1.35	1.45
LT	1.81	2.00	1.81	2.02	1.98	1.90	1.95
LU	1.92	1.91	1.60	1.90	1.82	1.70	1.85
LV	1.77	1.92	1.78	2.06	1.97	1.81	1.93
NL	2.30	2.42	1.78	2.27	2.24	2.20	2.28
PL	1.68	1.79	1.50	1.79	1.73	1.55	1.70
PT	1.93	2.03	1.70	2.02	1.96	1.87	1.96
SE	2.47	2.67	2.07	2.46	2.45	2.29	2.47
SI	1.79	1.90	1.56	1.85	1.83	1.75	1.81
SK	1.65	1.74	1.56	1.81	1.77	1.62	1.73
UK	2.24	2.24	1.70	2.12	2.03	1.82	2.07
EU-24	2.01	2.05	1.71	1.90	1.86	1.79	1.91

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta. Finanzielle Belastung: 1 ‚schwere‘, 2 ‚etwas‘, 3 ‚keine‘.
Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Ein weiterer Indikator für die materielle Lage sind Zahlungsrückstände. In diesem Zusammenhang wird zunächst betrachtet, inwiefern die Befragten in den vergangenen 12 Monaten im Bereich Wohnen in Zahlungsverzug geraten und mindestens einmal den jeweiligen finanziellen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Tab. 4.9 zeigt die jeweiligen Anteile an der Bevölkerung, welche die Miete oder Hypothekenrate nicht zahlen konnten. Europaweit betrifft dies 6 %. Die Werte für die einzelnen Länder schwanken stark. So hat fast ein Viertel der Slowenen und

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Griechen diese Kosten nicht begleichen können. Dagegen fällt dieser Anteil mit um die 2 % in Dänemark und Luxemburg europaweit am geringsten aus. Deutschland bewegt sich mit knapp 3 % ebenfalls im unteren Bereich.

Werden zusätzlich die Familienform, in der die Personen leben, und die Kinderzahl berücksichtigt, zeigen sich z. B. bei den Armutsquoten ähnliche Differenzierungen. Die Zahlungsschwierigkeiten nehmen EU-weit mit der Kinderzahl zu und bei den Alleinerziehenden treten sie mit einem Achtel am häufigsten auf. Die höchsten Werte weisen griechische und lettische Alleinerziehende sowie slowenische und lettische kinderreiche Paar-Familien aus. Dagegen haben dänische kinderreiche Paare mit weniger als einem Prozent offensichtlich die geringsten Schwierigkeiten, die Kosten für die Unterkunft aufzubringen.

Tab. 4.9: Bevölkerungsanteile bei Zahlungsrückständen für die Unterkunft nach Haushaltstypen (in Prozent)

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	2.6	3.5	8.3	2.4	2.4	4.9	3.4
BE	5.0	2.1	9.6	3.0	2.1	5.1	3.9
CY	10.9	14.8	32.6	18.4	20.2	28.0	20.3
CZ	4.6	2.5	11.2	5.3	5.4	16.4	6.0
DE	3.4	1.6	6.7	2.5	2.5	2.3	2.8
DK	2.5	1.2	6.4	1.2	1.2	0.7	1.8
EE	6.8	1.4	11.5	2.7	4.6	5.6	4.7
ES	5.0	3.7	19.1	5.5	6.6	13.5	7.0
FI	7.2	3.5	14.4	4.6	3.6	6.8	5.6
FR	8.8	4.2	15.3	7.7	6.8	9.5	8.1
GR	25.2	18.0	41.7	24.8	26.1	18.6	24.1
HU	11.2	7.7	17.9	10.4	11.1	17.4	12.5
IE	7.4	4.1	24.7	1.1	5.6	11.5	9.1
IT	10.1	6.6	12.8	6.8	12.4	22.4	11.3
LT	10.2	4.8	37.5	8.9	6.4	37.3	12.4
LU	4.6	2.5	1.3	2.2	1.2	2.7	2.1
LV	6.8	7.2	12.3	8.9	7.6	12.2	9.8
NL	3.4	1.2	9.1	2.8	3.0	2.8	2.8
PL	8.6	11.5	31.2	10.7	16.7	16.4	13.8
PT	1.5	3.1	26.1	4.3	9.7	3.1	6.5
SE	3.2	1.1	6.7	2.2	2.0	3.2	2.5
SI	9.2	23.6	33.8	15.2	24.5	54.1	24.7
SK	3.7	2.6	14.7	3.4	4.6	16.3	6.1
UK	5.2	3.6	15.2	4.6	4.2	11.9	6.4
EU-24	5.3	3.0	12.6	5.1	5.9	9.0	6.0

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.
Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Neben dem Mietzins bzw. der Hypothekentilgungen bei Eigenheimen muss im Bereich Wohnen auch für die Nebenkosten, wie z. B. Gas, Wasser und Strom, aufgekommen werden. Bezüglich dieser Kosten fallen die Zahlungsrückstände EU-weit betrachtet (Tab. 4.16 im Anhang) etwas höher aus als bei den Grundkosten. Dies gilt sowohl für die gesamte EU-24 als auch für die einzelnen Haushaltstypen. Die europäische Bevölkerung lässt demnach häufiger die Wohnnebenkosten unbezahlt als die eigentlichen Unterkunftskosten. Diese Schlussfolgerung muss aber beim Vergleich der länderspezifischen Ergebnisse etwas relativiert werden. Denn hier lässt sich keine einheitliche Tendenz feststellen, so dass in einigen Ländern Rückstände bei den Nebenkosten, in anderen jedoch bei den Unterkunftskosten häufiger auftreten.

Ein dritter Indikator für die materielle Leistungsfähigkeit sind Zahlungsrückstände für Privatkredite. In der EU-24 haben insgesamt 6,8 % die Rate für einen solchen Privatkredit im Jahr 2007 nicht begleichen können (vgl. Tab. 4.10). Länderspezifisch weisen die Griechen den mit Abstand höchsten Anteil von 43,4 % auf. Bei Berücksichtigung der Familienform hatten annähernd drei Viertel der griechischen Alleinerziehenden Probleme, Kredite zurückzuzahlen. Aber auch rund die Hälfte der griechischen kinderreichen Paar-Haushalte konnte ihren Privatkredit nicht bedienen. Die niedrigsten Quoten weisen wiederum luxemburgische Haushalte sowie dänische Paar-Familien auf. Die deutschen Werte befinden sich ebenfalls im unteren Bereich. Generell steigt auch das Risiko, die Raten für Privatkredite nicht aufzubringen, mit zunehmender Kinderzahl.

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Tab. 4.10: Bevölkerungsanteile bei Zahlungsrückständen für Privatkredite nach Haushaltstypen (in Prozent)

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	14.4	13.4	13.7	6.0	8.9	7.7	10.2
BE	3.6	0.9	3.4	1.7	1.2	6.8	2.9
CY	24.8	27.9	38.2	21.8	21.9	28.7	24.9
CZ	11.9	7.4	6.1	5.0	4.5	8.7	5.8
DE	3.7	3.0	6.9	3.2	3.7	6.6	3.8
DK	4.6	1.3	13.3	2.0	1.5	2.5	3.1
EE	3.6	3.6	10.2	2.3	1.9	5.0	3.0
ES	9.0	5.8	19.1	6.6	7.0	14.5	7.8
FI	7.9	4.1	16.7	4.0	3.6	7.0	5.7
FR	6.7	3.0	9.6	3.4	4.9	5.9	4.8
GR	40.2	43.5	71.7	42.2	40.8	50.1	43.4
HU	8.2	10.1	21.7	12.6	13.0	25.9	15.6
IE	1.0	2.0	14.7	0.2	2.0	4.1	3.5
IT	17.4	9.0	16.7	11.8	18.8	25.7	16.7
LT	7.9	3.9	3.1	4.3	3.9	8.0	4.4
LU	1.7	0.2	0.7	0.6	0.4	0.7	0.6
LV	8.4	5.7	5.4	4.1	3.0	7.9	4.5
NL	10.9	5.9	12.5	7.0	8.3	7.8	8.3
PL	13.0	11.7	17.2	11.9	13.0	18.1	13.1
PT	1.6	3.0	11.6	3.5	5.1	7.0	4.6
SE	5.3	2.2	11.9	3.3	2.7	4.2	4.0
SI	15.4	8.8	23.0	14.0	13.2	23.0	14.8
SK	4.2	2.3	8.4	2.4	3.7	7.3	4.4
UK	4.7	2.3	16.1	2.0	2.7	6.0	4.0
EU-24	5.9	4.1	12.5	5.6	7.2	9.5	6.8

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.
Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Neben Problemen bei den Zahlungsverpflichtungen kann die finanzielle Situation der Haushalte auch Aufschluss geben, inwieweit sie ungeplante oder größere Ausgaben tätigen können. Den Befragten wird hierzu ein Betrag genannt, der in seiner Höhe etwa der landesspezifischen Armutsgrenze entspricht. In den Fragebögen für Deutschland und Österreich sind diesbezüglich die Werte von 860 bzw. 900 Euro angegeben. Die Befragten sollten einschätzen, ob sie diesen Betrag aus eigener Kraft und ohne die Aufnahme eines Kredits aufwenden könnten. Etwa ein Drittel der Europäer kann unerwartete Ausgaben in dieser Höhe nicht selbstständig tätigen (Tab. 4.17 im Anhang). Länderspezifisch streuen diese Werte stark, so können sich z. B. knapp 63 % der Ungarn und Litauer keine solchen Ausgaben leisten. Bei Schweden und Dänen beträgt

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

dieser Anteil hingegen weniger als ein Fünftel. Die finanziellen Möglichkeiten, sich keinen Jahresurlaub, keinen Computer oder kein Auto leisten zu können, zeigen ebenfalls ein Gefälle zwischen Osteuropa sowie den skandinavischen Ländern und Luxemburg (vgl. Tab. 4.18 bis 4.20 im Anhang).

Abschließend werden einige Befunde zur Fähigkeit, finanziell über die Runden zu kommen, angeführt. Der Haushaltsvorstand – also die Person im Haushalt, die den besten Überblick über die ökonomischen Verhältnisse hat – schätzt ab, wie gut der Haushalt mit dem erzielten Haushaltseinkommen zurechtkommt. Dies geschieht mit Hilfe einer sechsstufigen Skala, welche von 1 „mit großen Schwierigkeiten“ über 3 „mit einigen Schwierigkeiten“ und 4 „eher leicht“ zu 6 „sehr leicht“ reicht (vgl. Eurostat 2009b).³⁹ Der Wert für die EU-24 beträgt 3,2. Um fast 1,5-Punkte besser bewerten dabei die Dänen ihre finanzielle Situation, dicht gefolgt von den Niederländern. 0,6-Punkte unter dem EU-Durchschnitt liegen die Griechen und Ungarn, denen es offensichtlich schwerer fällt, mit den vorhandenen Finanzen auszukommen. Für die EU-24 zeigen sich zudem Differenzierungen nach der Familienform. Bei den Paaren sinkt mit der Kinderzahl die Bewertung der finanziellen Möglichkeiten und Schlusslicht bilden wieder die Alleinerziehenden. Für Deutschland zeigt sich dieser Trend etwas abgeschwächt. Die finanzielle Situation in Deutschland wird über alle Haushaltsformen besser als im EU-Vergleich eingeschätzt. Die Alleinerziehenden stufen mit durchschnittlich 3,6 ihre finanzielle Situation als eher schwierig ein, und weisen damit zwar die niedrigsten Werte in Deutschland auf, zusammen mit Luxemburg liegen sie im europäischen Vergleich aber am höchsten. Alleinerziehende aus Zypern und Griechenland bewerten ihre Situation demgegenüber als schwierig. Dänische und niederländische kinderreiche Paare beurteilen wiederum ihre Situation als leicht.

Insgesamt stehen die Ergebnisse zum finanziellen Spielraum der Familien demnach im Einklang mit den Befunden zur Einkommenshöhe.

³⁹ In Abb. 4.1 und Tab. 4.21 im Anhang sind die arithmetischen Mittel der Beurteilung der finanziellen Fähigkeiten abgebildet. Umso höher der Durchschnitt also ausfällt, desto leichter fällt es den Befragten, finanziell über die Runden zu kommen.

4.4 Fazit

Das Ziel dieses Kapitels war es, die Lebensverhältnisse unterschiedlicher Familienformen international vergleichend, hier für 24 EU-Länder, darzustellen.

In den Analysen zu den verschiedenen Bereichen wurde jeweils die deutsche Situation sowohl mit der Gesamt-EU als auch mit den 23 anderen einbezogenen Ländern verglichen. Neben den durchschnittlichen Einkommenshöhen wurde die Verbreitung von relativer Einkommensarmut untersucht. Darüber hinaus wurde die Einkommensstruktur, d. h. die Bedeutung verschiedener Einkommensarten und Abgaben thematisiert. Im vorliegenden Kapitel konnten außerdem empirische Befunde zu den Wohnverhältnissen, zu Zahlungsrückständen sowie zur subjektiven Beurteilung der finanziellen Lage des Haushalts vorgestellt werden. Indikatoren zur Zufriedenheit der Menschen in Europa mit ihrer finanziellen Situation und ihrem Lebensstandard werden in EU-SILC leider nicht erhoben und konnten daher nicht berücksichtigt werden.

Über die untersuchten Dimensionen hinweg ist festzuhalten, dass sich die sozioökonomische Situation der deutschen Bevölkerung insgesamt besser darstellt als die Lage des durchschnittlichen Europäers. Vor allem zu den osteuropäischen Mitgliedstaaten bestehen teilweise gravierende Unterschiede. Wird hierbei zudem die Familienform berücksichtigt, kann diese Aussage grundsätzlich bestätigt werden.

Das aus Deutschland bekannte Bild, dass Alleinerziehende und kinderreiche Familien sich in finanzieller Hinsicht tendenziell schlechter stellen als andere Familientypen, findet sich europaweit. Insbesondere sind Alleinerziehende in allen EU-Mitgliedstaaten überdurchschnittlich oft von relativer Einkommensarmut betroffen.

Leider konnten aus der verwendeten Datenbasis (EU-SILC User Database 2007) keine Ergebnisse für den Freistaat Bayern berechnet werden, da keine Regionalinformationen für Deutschland darin enthalten sind. Berechnungen auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels (GSOEP) zeigen jedoch, dass die ökonomische Situation der bayerischen Familien durchschnittlich besser ist als die aller deutschen Familien. Sowohl die absoluten Haushaltseinkommen als auch die Äquivalenzeinkommen bayerischer Familienhaushalte lagen für 2007 über dem gesamtdeutschen Mittelwert, die Niedrigeinkommensquoten darunter (vgl. Beier, Rost und Scharpf 2009).

4. Sozioökonomische Situation von Familien im europäischen Vergleich

Literatur

- Beier, Loreen, Harald Rost und Simone Scharpf (2009): *ifb-Familienreport Bayern – Tabellenband 2009, ifb-Materialien 5-2009*, Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung.
- Berthoud, Richard und Maria Iacovou (2002): *Diverse Europe. Mapping patterns of social change across the EU*. Published by Economic & Social Research Council (ESRC). Swindon.
- Canberra Group (2001): *Expert Group on Household Income Statistics: Final Report and Re-commendations*. Ottawa.
- Deckl, Silvia (2008): *Leben in Europa 2005 und 2006. Ergebnisse für Sozialindikatoren*. In: *Wirtschaft und Statistik 9/2008*, S. 650-661.
- EGgen, Bernd und Marina Rupp (Hg.) (2008): *Kinderreiche Familien*. Wiesbaden.
- Eurostat (2007): *Comparative EU statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC Conference, Helsinki, 6-8 November 2006*. Luxembourg.
- Eurostat (2008a): *Comparative Final EU Quality Report 2005. (Version 2 – September 2008)*. Luxembourg.
- Eurostat (2008b): *European Price Statistics. An overview. 2008 edition*. Luxembourg.
- Eurostat (2009a): *EU-SILC User Database Description. Cross-sectional and Longitudinal. Version 2007-2 from 01-08-2009*. Luxembourg.
- Eurostat (2009b): *Description of SILC User Database Variables. Cross-sectional and Longitudinal. Version 2007-2 from 01-08-2009*. Luxembourg.
- Gerhardt, Anke, Karin Habenicht und Eva Munz (2009): *Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik*. In: *Statistische Analysen und Studien, Band 58*. Herausgegeben von Information und Technik, Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Geschäftsbereich Statistik, Düsseldorf.
- Hauser, Richard (2007): *Probleme des deutschen Beitrags zu EU-SILC aus der Sicht der Wissenschaft. Ein Vergleich von EU-SILC, Mikrozensus und SOEP. Working Paper No. 3*. Herausgegeben vom RatSWD, Berlin.
- Horneffer, Birgit und Birgit Kuchler (2008): *Drei Jahre Panelerhebung EU-SILC. Erfahrungen und methodische Weiterentwicklungen*. In: *Wirtschaft und Statistik 8/2008*, S. 650-661.
- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P. und Uwe Warner (1998): *Die Messung von Einkommen im nationalen und internationalen Vergleich*. In: *ZUMA-Nachrichten 42, Jg. 22, Mai 1998*, S. 30-65.
- Höpflinger, Francois (1997): *Haushalts- und Familienstrukturen im intereuropäischen Vergleich*. In: Hradil, Stefan und Stefan Immerfall (Hrsg.): *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*. Opladen, S. 97-138.
- Körner, Thomas, Iris Meyer, Hartmut Minkel und Ulrike Timm (2005): *Leben in Europa. Die neue Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen*. In: *Wirtschaft und Statistik 11/2005*, S. 1137-1152.
- Noll, Heinz-Herbert und Stefan Weick (2009a): *Wohnen in Deutschland: Teuer, komfortabel und meist zur Miete. Analysen zur Wohnsituation und Wohnqualität im europäischen Vergleich*. In: *ISI 41 (Informationsdienst Soziale Indikatoren)*, Januar 2009, S. 6-10.
- Noll, Heinz-Herbert und Stefan Weick (2009b): *Große Disparitäten im Auskommen mit dem Einkommen. Vergleichende Analysen zum materiellen Lebensstandard in der Europäischen Union*. In: *ISI 42 (Informationsdienst Soziale Indikatoren)*, Juli 2009, S. 6-10.
- Schwarze, Johannes (2003): *Familienbezogenes Einkommensmonitoring. Konzepte und Daten. ifb-Materialien 8/2003*. Bamberg.
- Shorrocks, Anthony F. (1980): *The Class of Additively Decomposable Inequality Measures*. In: *Econometrica 48*, S. 613-625.

5. ROLLENBILDER UND ARBEITSTEILUNG IN DEN LÄNDERN DER EU (LOREEN BEIER, MARINA RUPP)

Die Erwerbsmuster von Männern und Frauen im heutigen Europa sind nicht mehr vorrangig vom traditionellen männlichen Alleinverdienermodell geprägt. Vielmehr ist in den letzten Jahrzehnten die Erwerbsarbeit von Frauen weitgehend eine Selbstverständlichkeit geworden und auch speziell die Berufstätigkeit von Müttern hat zunehmend an Bedeutung gewonnen (vgl. Kapitel 3). Viele politische Maßnahmen und auch europaweite Strategien zielen darauf ab, die weibliche Beteiligung am Arbeitsmarkt zu unterstützen und zu fördern (vgl. Kapitel 2, Europäischer Rat 2000). Dennoch sind v. a. Frauen mit Kindern europaweit bislang weniger stark im Erwerbsleben integriert als Männer.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden dargestellt, wie sich die geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen und die Arbeitsteilung im Haushalt in den Ländern der Europäischen Union im Zeitverlauf entwickelt haben. Das Spektrum reicht vom „traditionellen“ Modell des männlichen Alleinverdieners, bei dem die Frauen die Haushaltsführung sowie die Betreuung und Versorgung der Kinder übernehmen, über partnerschaftliche Arrangements, d. h. gleichmäßiger Aufteilung beider Tätigkeitsbereiche bis hin zur – ausgesprochen seltenen – Umkehr des Ernährermodells. Im Zentrum der Analysen steht die Fragestellung, wie sich die Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern verändert haben und welche Bedeutung dies für die konkrete Aufgabenteilung im Haushalt hat.

In Anlehnung an die gängigen Einteilungen nach Wohlfahrtsregimen (vgl. Esping-Andersen 1990, 1999, Blossfeld et al. 2005) werden die betrachteten Länder zu fünf Ländergruppen zusammengefasst. Die nordeuropäischen werden durch Dänemark, Finnland und Schweden, die mitteleuropäischen durch Belgien⁴⁰, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Österreich vertreten. Der angelsächsische Raum wird durch Großbritannien, Irland und Nordirland, der südeuropäische durch Griechenland, Spanien, Italien, Zypern, Malta und Portugal repräsentiert. Bulgarien, die Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Slowenien und die Slowakei stehen für die osteuropäischen bzw. post-sozialistischen Länder. Da sich innerhalb Deutschlands als Konsequenz der Teilung unterschiedliche Entwicklungen ergeben haben, wird auf entsprechende Differenzen zwischen alten und neuen Bundesländern in den betrachteten Bereichen hingewiesen. Aufgrund des spezifischen Interesses des Familienreports werden dabei die Daten für Bayern stets herausgehoben.

Als Datengrundlage dienen das Eurobarometer⁴¹ aus dem Jahre 2006 sowie die Daten des International Social Survey Programme (ISSP), welche die Situation in den Jahren 1994 und 2002 abbilden. Eine zentrale Einflussvariable für die Fragestellung bildet die Beschäftigung insbesondere der Frauen und Mütter. Wie bereits aufgezeigt wurde (vgl. Kapitel 3), hat sich diese im Zeitablauf positiv entwickelt, so dass 2008 europaweit 59 %, in Deutschland rund 63 % und in Bayern sogar 67,5 % der erwerbsfähigen Frauen berufstätig sind. Markant ist, dass in Bayern die hohe Erwerbsbeteiligung mit einer relativ hohen Teilzeitquote (46 %) einhergeht.

⁴⁰ Die empirischen Analysen beziehen sich entsprechend der Datenlage auf den flandrischen Landesteil.

⁴¹ EB 65.1.

5.1 Die Entwicklung von Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern in der EU

In den vergangenen eineinhalb Dekaden haben sich sowohl bezüglich der Erwerbsbeteiligung von Frauen als auch deren Akzeptanz deutliche, aber europaweit keinesfalls einheitliche Entwicklungen ergeben. Diese bilden den Hintergrund für die heutige Situation und werden daher vorab kurz beschrieben. Als Charakteristika der Rollenbilder werden in diesem Kapitel die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern herangezogen und untersucht. Diese wurden in beiden hier genutzten Datenbasen über folgende Statements abgebildet:

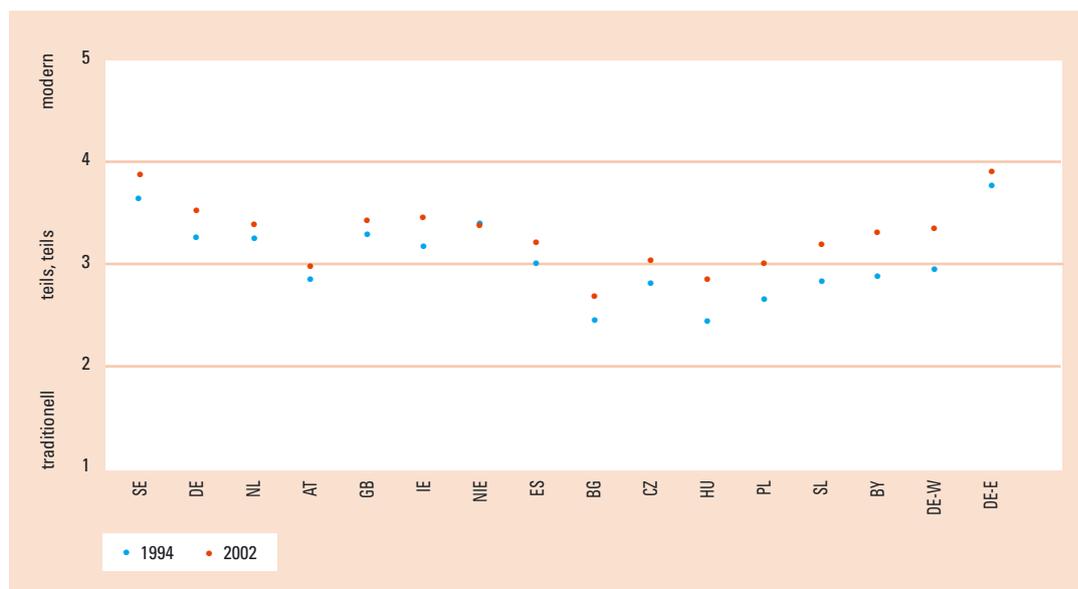
- „Eine arbeitende Mutter kann eine ebenso warme und sichere Beziehung zu ihren Kindern aufbauen wie eine Mutter, die nicht arbeitet.“
- „Ein Kleinkind leidet unter der Erwerbstätigkeit seiner Mutter.“
- „Generell leidet das Familienleben, wenn eine Frau Vollzeit arbeitet.“
- „Idealerweise bleibt die Frau zu Hause und kümmert sich um die Kinder, während der Mann arbeitet.“

Die Antwortmöglichkeiten variieren auf einer fünf-stufigen Skala zwischen „stimme vollkommen zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“. Für die Analysen der Rollenbilder wurden diese Indikatoren von Frauen zu einer Dimension zusammengefasst. Die Pole dieses Indikators können als traditionelle bzw. moderne Einstellung bezeichnet werden, wobei traditionell die Ablehnung weiblicher Erwerbstätigkeit bedeutet. Auf diese Weise ist es möglich, die Meinungen der Befragten aus den verschiedenen Ländern der EU vergleichend gegenüberzustellen.

In den vergangenen 15 Jahren hat sich in allen betrachteten Ländern eine Loslösung von traditionellen Rollenbildern eingestellt. Parallel zur faktischen Erhöhung der Erwerbsquoten haben sich auch die Einstellungen insgesamt so verändert, dass eine Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern zunehmend akzeptiert wird. Am stärksten ist diese Veränderung in den post-sozialistischen Ländern zu erkennen, wobei der Trend in Ungarn am deutlichsten ausfällt. Aber auch in Spanien als Vertreter der südeuropäischen Länder und in Schweden, das die nordeuropäischen Länder repräsentiert, ist ein deutlicher Effekt erkennbar. Die Veränderung in den angelsächsischen Ländern ist demgegenüber vergleichsweise gering. Hier bildet Irland mit einer relativ hohen Liberalisierungstendenz die Ausnahme. Die geringste Veränderung weisen die mitteleuropäischen Länder auf – ganz besonders die Niederlande.

In Deutschland zeigen sich relativ große Differenzen in den Einstellungen im Zeitverlauf. Doch hat sich nur in den alten Bundesländern eine starke Verschiebung in Richtung modernere Einstellung vollzogen, während in den neuen Bundesländern schon seit längerem eine positive Haltung zur weiblichen Erwerbsbeteiligung dominiert. Die Entwicklung in Bayern entspricht der in Deutschland-West und zeichnet sich durch relativ große Veränderungen im Sinne einer Modernisierung aus.

Abb. 5.1: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen in der EU (Mittelwerte), 1994 und 2002



Quelle: ISSP 1994, 2002 (eigene Berechnungen, gewichtet⁴²).

Einstellungen und faktische Erwerbsbeteiligung

Gleicht man die Veränderungen von Einstellungen (Abb. 5.1) mit der Entwicklung der Erwerbstätigenquoten von Frauen im selben Zeitraum ab, so zeigen sich für die einzelnen Länder unterschiedliche Ergebnisse. Nur zum Teil verlaufen beide Entwicklungen parallel, was auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Nationen zurückgehen dürfte. Während in Deutschland der Anteil der Frauen im Erwerbsleben nur einen moderaten Anstieg aufweist, unterliegen die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern hier einem vergleichsweise starken Wandel. Eine Erklärung könnte in den Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegen.

In Schweden war demgegenüber die Erwerbsbeteiligung bereits 1994 recht hoch und trotz zunehmend positiver Einstellungen hat sich das Niveau nicht weiter erhöht. In den Niederlanden stieg die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt zwischen 1994 und 2002 recht stark an, bei den Rollenbildern hingegen ist im gleichen Zeitraum kaum eine Veränderung zu beobachten, was möglicherweise mit der hohen Teilzeitbeschäftigung dort erklärbar ist. Großbritannien und Irland zeigen annähernd parallele Entwicklungen. In Spanien erhöhen sich die Anteile der Frauen im Erwerbsleben viel stärker als sich die Rollenbilder verändern. Hier halten sich offenbar traditionelle Vorstellungen trotz faktischer Veränderungen. In den post-sozialistischen Ländern erfahren die Einstellungen im betrachteten Zeitraum durchwegs einen starken Modernisierungsschub. Die Erwerbstätigenquoten der Frauen jedoch entwickeln sich differenziert: Sie nehmen im Falle der Tschechischen Republik und Polens ab und steigen in Ungarn leicht an. Hier sind die unterschiedlichen Entwicklungen und Chancen am Arbeitsmarkt offenbar dafür verantwortlich, dass sich die veränderten Einstellungen nicht im tatsächlichen Erwerbsverhalten niederschlagen können.

⁴² Aufgrund der Datenlage wurden für das Jahr 1994 die Länder Schweden, Deutschland (und Bayern), die Niederlande, Spanien, die Tschechische Republik und Slowenien, für 2002 Schweden, Deutschland (und Bayern), die Niederlande, Irland, Spanien sowie Slowenien nicht gewichtet.

Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Einstellungen

Als potenzielle Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Einstellung zur weiblichen Erwerbstätigkeit wurden Geschlecht, Alter, Bildungsniveau sowie das Vorhandensein von Kindern überprüft. Dabei zeigen sich verschiedene Differenzen bei der Akzeptanz weiblicher Berufstätigkeit (vgl. Tab. 5.1):

So weisen Frauen im Vergleich zu den Männern in fast allen betrachteten Ländern eine stärkere Modernisierungstendenz auf. Besonders deutlich wird dies in Bulgarien. Hier haben sich die Werthaltungen der Männer kaum gewandelt, die der Frauen jedoch relativ stark. Geringe geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich in Deutschland und Spanien mit nur etwas stärkeren Veränderungen bei den Frauen. In den Niederlanden und Großbritannien sind die Trends praktisch unabhängig vom Geschlecht und es sind keine oder nur sehr geringe Veränderungen zu beobachten. Bezieht man Bayern in diese Betrachtungsweise mit ein, zeigt sich hier eine mittlere Liberalisierungstendenz bei den Männern, bei den Frauen hingegen eine mehr als doppelt so hohe und demnach sehr stark ausgeprägte Entwicklung hin zur Befürwortung weiblicher Erwerbstätigkeit.

Die Bedeutung des Geschlechts nimmt in fast allen Ländern im Zeitverlauf leicht zu, d. h. die Unterschiede zwischen Männern und Frauen werden größer. In Schweden und Großbritannien tritt dieser Effekt jedoch besonders deutlich zu Tage. Eine Ausnahme bilden die Niederlande, wo dieser Einfluss sinkt. Die Entwicklung in Bayern ist stärker als im europäischen Durchschnitt von einer Zunahme geschlechtsspezifischer Einflüsse geprägt.

Die Einstellungen variieren in aller Regel mit dem Alter, so dass ältere Kohorten eher traditionellere Einschätzungen abgeben. Diese Alterseffekte nehmen im Zeitverlauf in allen Ländern ab, so dass die Rollenbilder im Zeitablauf weniger stark von der Altersgruppe beeinflusst werden. Ausnahmen bilden Deutschland und Schweden mit stabilen Zusammenhängen. In Großbritannien, Bulgarien und in der Tschechischen Republik ist die Entwicklung der Einstellungen in geringem, in den Niederlanden und Spanien jedoch im stärkeren Maße mit dem Alter korreliert. In Bayern geht der Alterseffekt in moderatem Maße zurück.

Einstellungen können auch vom Bildungsniveau abhängig sein. Dies trifft für die Meinungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern zu. Diese Effekte werden in allen Ländern, außer Schweden und Bulgarien im Zeitablauf geringer. Besonders stark sinkt der Bildungseinfluss in den Niederlanden. Und auch in Bayern ist dieser Trend ausgeprägt.

5. Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU

Tab. 5.1: Überblick Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen in ausgewählten Ländern der EU und nach relevanten Merkmalen (Mittelwerte), 1994 und 2002

Dimension	Schweden		Deutschland		Niederlande		Großbritannien		Spanien		Tschechische Republik		Bulgarien		Bayern	
	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002
Geschlecht																
männlich	3,47	3,64	3,11	3,36	3,18	3,24	3,30	3,25	2,93	3,12	2,71	2,91	2,45	2,59	2,77	2,99
weiblich	3,75	4,02	3,34	3,62	3,45	3,45	3,45	3,50	3,01	3,23	2,83	3,08	2,37	2,71	2,94	3,49
Alter																
unter 30 Jahre	3,76	4,31	3,40	3,78	3,61	3,55	3,77	3,79	3,45	3,54	2,92	3,15	2,58	2,76	3,24	(3,78)
30 bis 50 Jahre	3,78	3,96	3,47	3,67	3,46	3,44	3,55	3,47	3,15	3,39	2,88	3,02	2,47	2,77	3,07	3,36
50 Jahre oder älter	3,31	3,54	2,93	3,20	2,95	3,14	2,96	3,14	2,46	2,76	2,49	2,90	2,29	2,55	2,43	3,02
Bildungsgrad																
unter Sekundarschulabschluss	3,45	3,57	3,15	3,37	3,09	3,06	3,16	3,25	-	2,93	2,62	2,93	2,25	2,58	2,75	3,08
Sekundarschulabschluss	3,79	4,05	3,52	3,83	3,62	3,25	3,53	3,49	-	3,57	2,84	3,06	2,52	2,62	(3,20)	(4,04)
Universitätsabschluss	3,94	4,21	3,66	3,79	3,87	3,67	3,63	3,64	-	3,74	3,09	3,28	2,57	2,87	(3,47)	(3,60)
Kinder																
nein	3,67	4,16	3,33	3,69	3,47	3,49	3,50	3,51	3,35	3,49	2,94	3,04	2,45	2,79	3,16	3,75
ja	3,58	3,70	3,19	3,38	3,21	3,24	3,31	3,33	2,77	2,99	2,71	2,97	2,40	2,63	2,72	3,02

Anmerkung: () = Mittelwert aufgrund geringer Fallzahl nicht aussagekräftig, - = Daten nicht verfügbar.

Quelle: ISSP 1994, 2002 (eigene Berechnungen, gewichtet⁴³).

Das Ausmaß des Wandels hin zu einem moderneren Rollenbild ist im Allgemeinen bei Befragten stärker, die keine Kinder haben. Das bedeutet umgekehrt, dass Mütter und Väter insgesamt weniger stark zu liberaleren Haltungen wechseln als Kinderlose. Doch auch hier ergeben sich Unterschiede zwischen den europäischen Ländern. Besonders gut lässt sich dieser Unterschied in Deutschland und in Schweden erkennen. In den übrigen Ländern hingegen ist dieser Effekt nur gering ausgeprägt oder es lässt sich bei dieser Differenzierung kein merklicher Wandel in den Einstellungen mehr beobachten. In Spanien und der Tschechischen Republik hingegen zeichnet sich in schwachem Maße eine gegenläufige Entwicklung ab. Hier ist die Veränderung bei den Eltern etwas größer als bei den Kinderlosen und der Unterschied zwischen den Gruppen wird geringer. In allen anderen Ländern, besonders jedoch in Schweden und Deutschland, gewinnt das Vorhandensein von Kindern im Zeitverlauf an Bedeutung, d. h. die Unterschiede werden größer. Dies gilt für Bayern in besonderem Maße.

Der Einfluss des Elternstatus auf den Wandel der untersuchten Rollenbilder ist vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sehen. Während für Kinderlose die entsprechenden Einschätzungen hypothetischer Natur sind, stehen die Einstellungen von Eltern vor

⁴³ Aufgrund der Datenlage wurden für das Jahr 1994 Deutschland (und Bayern), die Niederlande, Spanien und die Tschechische Republik, für 2002 Schweden, Deutschland (und Bayern), die Niederlande sowie Spanien nicht gewichtet.

dem Hintergrund konkreter Erfahrungen mit der Ausgestaltung des Familienlebens. Somit dürfen zum einen die „Grenzen des Machbaren“ im Alltag eine Rolle spielen. Zum anderen kann auch vermutet werden, dass mit Übernahme der Elternrolle und -verantwortung sich die Perspektive verschiebt und z. B. kindbezogene Aspekte an Bedeutung gewinnen. Weiterhin können hohe Erwartungen an das berufliche Engagement auch mit dafür verantwortlich sein, dass die Befragten (noch) kinderlos sind.

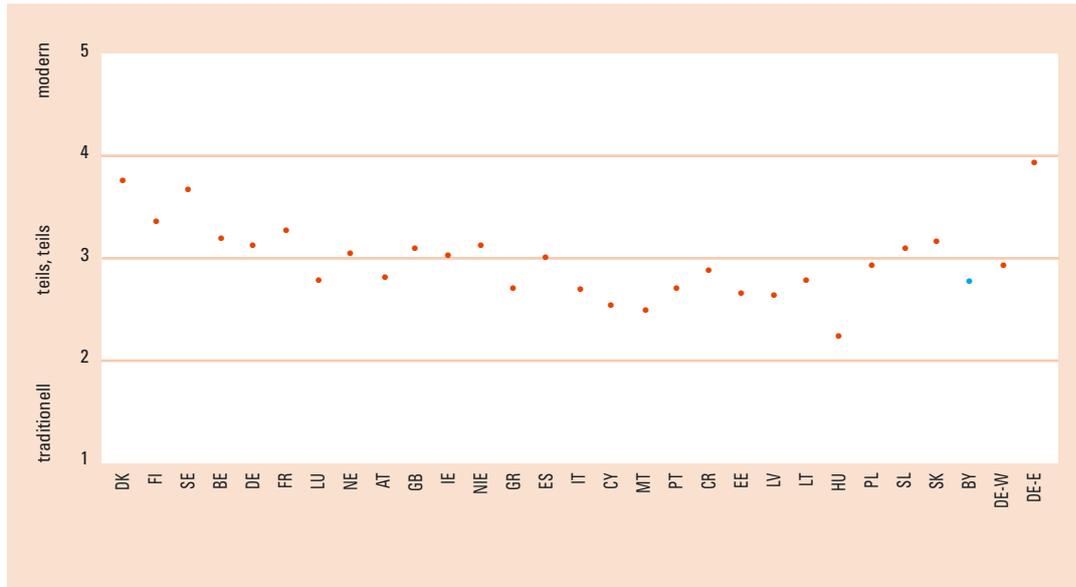
5.2 Die aktuelle Situation: Einstellungen und Rollenbilder

Die heutige Einstellung zur Erwerbstätigkeit – gemessen an dem oben beschriebenen Gesamtindikator (vgl. Abb. 5.2) – liegt in der gesamten EU 2006 bei einem Mittelwert von 3,02⁴⁴, d. h. also fast genau in der Mitte zwischen „traditionell“ und „modern“. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die Einschätzungen, die im Eurobarometer ermittelt wurden, zwar anhand derselben Fragen wie im ISSP (vgl. Kap. 5.1) erfolgten, es sich jedoch um eine andere Erhebung mit einer anderen Stichprobe handelt. Daher können die Daten aus dem Jahre 2006 nicht direkt mit denen aus den Jahren 1994 und 2002 verglichen oder gar als Entwicklung interpretiert werden. So ist im Folgenden von Interesse, wie sich die Ländergruppen und ihre Vertreter aktuell unterscheiden. Tatsächlich zeigen sich deutliche Differenzen, jedoch treten weder vollkommen traditionelle noch vollkommen moderne Einstellungen zu Tage.

Für die nordeuropäischen Länder ergeben sich deutliche Abweichungen vom europäischen Durchschnitt, so dass diese Länder die positivsten Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen aufweisen. Dabei herrscht in Finnland die am wenigsten moderne Haltung innerhalb dieser Ländergruppe vor. Institutionelle Rahmenbedingungen, wie z. B. ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsangebot und die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit sowie die Förderung der Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung, begünstigen in dieser Region die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und tragen somit zur Chancengleichheit zwischen Mann und Frau bei (vgl. Neyer 2004).

⁴⁴ auf einer Skala von 1 bis 5, Daten aus dem Eurobarometer 65.1, 2006.

Abb. 5.2: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen in der EU (Mittelwerte), 2006



Quelle: EB 65.1 (eigene Berechnungen, gewichtet).

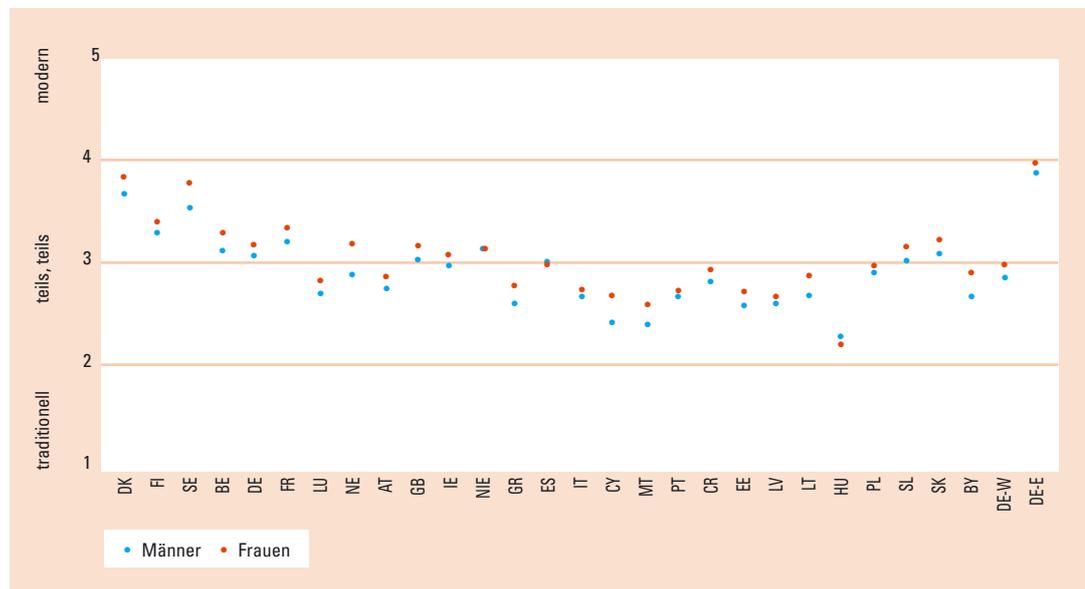
Die Einstellungen in den mitteleuropäischen Ländern streuen über (Belgien, Deutschland, Frankreich) und unter (Luxemburg, Österreich) dem europäischen Durchschnitt. Der Wert der Niederlande entspricht diesem beinahe. Auch die angelsächsischen Länder lassen sich weder der traditionellen noch der modernen Einstellung zuordnen, vielmehr bewegen auch sie sich nahe am Durchschnitt. Die südeuropäischen Länder liegen weitgehend deutlich unter dem europäischen Mittel und weisen im Vergleich zu den anderen Ländergruppen die traditionellsten Einstellungen auf. Eine Ausnahme bildet hierbei Spanien, mit einem Wert, der dem gesamteuropäischen entspricht und auf eine starke Veränderung zurückgeht.

Eher traditionelle als moderne Einstellungen charakterisieren die post-sozialistischen Länder, Ungarn fällt durch den niedrigsten Wert im europäischen Gesamtvergleich auf. Ausnahmen bei dieser Ländergruppe bilden die Slowakei und Slowenien, deren Mittelwerte leicht über dem europäischen Durchschnitt im eher modernen Bereich zu liegen kommen. Diese Haltung steht in vielen osteuropäischen Ländern vor dem Hintergrund hoher Erwerbsbeteiligung der Frauen vor dem Systemwechsel, die erforderlich war, da das geringe Einkommen des Mannes nicht ausreichte, um eine Familie zu ernähren. Dadurch, dass meist beide Partner in Vollzeit arbeiteten und sich wenig externe Entlastung bei den Familientätigkeiten leisten konnten, waren die Frauen nicht selten einer Doppelbelastung aus Familie und Beruf ausgesetzt (vgl. Lück/Hofäcker 2003), was wiederum die Einstellungen beeinflusst haben dürfte. Des Weiteren finden sich in den post-sozialistischen Ländern, aber auch in denen Südeuropas, noch immer enge Familienbeziehungen und hohe Solidaritätserwartungen (vgl. Kapitel 6), wobei in erster Linie die Frauen für die Versorgung der Kinder und pflegebedürftigen Familienmitglieder zuständig sind. Insbesondere in den südeuropäischen Ländern nimmt zudem die Vermittlung traditioneller Werte durch die katholische Kirche Einfluss auf die Einstellungen (vgl. Noguera 2006).

5. Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU

Auch innerhalb Deutschlands zeigen sich interessante Differenzen: In den neuen Bundesländern finden sich sehr moderne Einstellungen, die sogar die Werte der skandinavischen Länder übertreffen. Hier wirken Haltungen und Selbstverständlichkeiten aus dem früheren Gesellschaftssystem nach. In der DDR war die Partizipation von Frauen und auch Müttern am Arbeitsmarkt und somit eine hohe weibliche Erwerbsbeteiligung Normalität. Anders als in den post-sozialistischen Ländern galt in der DDR die Integration von Frauen und Müttern in den Arbeitsmarkt auch als Garant für die Gleichberechtigung der Geschlechter und war somit positiv besetzt (vgl. Hildebrandt 1994). Zugleich gab es ein umfassendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, so dass zumindest in diesem Bereich eine Entlastung von Familienpflichten geboten wurde. Die alten Bundesländer entsprechen demgegenüber in etwa dem europäischen Durchschnitt. Hier bilden eine starke Orientierung am männlichen Ernährermodell und die verbreitete Vorstellung, dass Kinder am besten in der Familie betreut werden, welche in der Nachkriegszeit hoch favorisiert wurde und nun langsam an Bedeutung verliert, den Hintergrund. Ähnliches gilt für Bayern, für das der Wert etwas unter dem Durchschnitt Gesamtdeutschlands – wie auch der EU – liegt, d. h. die bayerischen Befragten weisen eine etwas traditionellere Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen auf.

Abb. 5.3: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen in der EU nach Geschlecht (Mittelwerte), 2006



Quelle: EB 65.1 (eigene Berechnungen, gewichtet).

Einstellungen und relevante Einflussgrößen

Auch bezüglich der beschriebenen Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen ergeben sich nicht nur Unterschiede zwischen den Ländern, sondern auch in Bezug auf weitere Aspekte.

Eine Analyse nach dem Geschlecht (Abb. 5.3) lässt erkennen, dass Frauen im Großteil der Länder eine modernere Einstellung äußern als Männer, wobei die Abstände zwischen den Geschlechtern in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ausfallen: In Dänemark und Schweden liegen die Einstellungen von Männern und Frauen am weitesten auseinander, aber auch in den mitteleuropäischen Ländern Belgien, Deutschland, Frankreich, besonders aber in den Niederlanden sind die Unterschiede groß und somit die Männer der weiblichen Erwerbsbeteiligung gegenüber deutlich weniger aufgeschlossen als die Frauen. Ein ähnliches Bild findet sich auch in Griechenland, Zypern und Malta. Großbritannien hingegen weist eine vergleichsweise geringe Differenz auf und auch in der Tschechischen Republik, Estland, Litauen sowie in der Slowakei sind die Einstellungen zwischen den Geschlechtern in der Gesamtheit recht ähnlich. In Bayern sind die Frauen wiederum mit relativ großem Abstand eher für eine Berufstätigkeit von Frauen und Müttern als die Männer (Tab. 5.2).

Wie die tabellarische Gegenüberstellung der prägnantesten Vertreter der EU und Bayern zeigt (vgl. Tab. 5.2), gibt es auch weitere relevante Einflussfaktoren wie Alter, Bildung, Erwerbstätigkeit und Familiengröße. Alterseffekte lassen sich über fast alle betrachteten Länder hinweg insoweit erkennen, als in den höheren Altersgruppen die Einstellungen der Menschen traditioneller sind. Eine Ausnahme bilden die Niederlande, für welche die mittlere Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen das modernste Rollenbild aufweist, während die jüngste Gruppe sich weniger fortschrittlich äußert als die älteste.

Erwartungsgemäß gehen mit steigendem Bildungsniveau modernere Einstellungen einher. Dieser Effekt ist in Ungarn und Tschechien am schwächsten, in den Niederlanden und Schweden am stärksten. Der Erwerbsumfang beeinflusst die Einstellung in der Form, dass Einstellungen umso moderner ausfallen, je höher die Erwerbsbeteiligung der Befragten ist. Dieser Effekt ist besonders stark ausgeprägt in Schweden und am schwächsten in der Tschechischen Republik und Ungarn. In den Niederlanden findet sich ein spezifischer Zusammenhang; hier votieren Teilzeitbeschäftigte am ehesten pro Frauenerwerbstätigkeit. Dies steht vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktreformen der 1990er Jahre, die eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zur Folge hatte und zu hohen Quoten an – vor allem weiblichen – Teilzeitbeschäftigten führte. Dieses Modell ist damit sehr verbreitet und gut akzeptiert.

Das Vorhandensein von Kindern hat einen geringeren Effekt als erwartet. Dennoch weisen in allen Ländern – wiederum mit Ausnahme der Niederlande – Kinderlose modernere Einstellungen auf als Eltern. Dies hängt allerdings auch damit zusammen, dass diese Gruppe tendenziell jünger ist und für jüngere Altersgruppen generell modernere Einstellungen feststellbar sind. Bei der Betrachtung der Kinderzahl ergibt sich ein eindeutiger Effekt nur für „Kinderreichtum“, d. h. Befragte mit drei oder mehr Kindern lehnen eine Berufstätigkeit für Frauen und Mütter deutlich häufiger ab. Dies tritt besonders in Schweden und Spanien, weniger stark in den Niederlanden zu Tage. Die Zahlen für Bayern legen nahe, dass eine hohe Kinderzahl hier einen bedeutsamen Einfluss nimmt, jedoch sind hier die Fallzahlen sehr gering, weshalb der Zusammenhang nicht sicher ist.

5. Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU

Tab. 5.2: Überblick Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen in ausgewählten Ländern der EU und Bayern nach relevanten Merkmalen (Mittelwerte), 2006

Dimension	Schweden	Deutschland	Niederlande	Groß-britannien	Spanien	Tschechische Republik	Ungarn	Bayern
Geschlecht								
männlich	3,52	3,07	2,89	3,02	3,02	2,82	2,28	2,67
weiblich	3,78	3,19	3,20	3,17	2,99	2,95	2,21	2,91
Alter								
unter 30 Jahre	3,79	3,27	2,81	3,44	3,25	3,04	2,41	(2,91)
30 bis 50 Jahre	3,84	3,20	3,28	3,27	3,13	2,97	2,26	2,95
50 Jahre oder älter	3,42	3,02	2,92	2,75	2,73	2,71	2,15	2,55
Bildung (Alter bei Bildungsabschluss)								
unter 16 Jahre	2,95	2,72	2,39	2,72	2,77	2,52	2,10	(2,50)
16-19 Jahre	3,55	3,19	2,85	3,18	3,09	2,85	2,24	2,87
20 Jahre oder älter	3,83	3,43	3,38	3,20	3,27	2,92	2,29	(2,90)
Erwerbstätigkeit								
Vollzeit	3,86	3,32	3,12	3,33	3,10	2,95	2,24	2,94
Teilzeit	3,68	3,14	3,36	3,14	3,08	(3,21)	(2,77)	(2,72)
arbeitslos	(3,96)	3,25	(3,02)	3,08	(2,99)	2,89	2,29	(2,03)
Hausfrau*	(3,21)	2,85	2,53	2,97	2,84	(2,78)	(2,02)	(2,93)
Kinder								
nein	3,79	3,22	3,03	3,32	3,17	3,13	2,38	2,96
ja	3,60	3,10	3,06	3,00	2,92	2,80	2,19	2,70
Kinderzahl								
kein Kind	3,79	3,22	3,03	3,32	3,17	3,13	2,38	2,96
1 Kind	3,71	3,34	3,16	3,24	3,15	2,64	2,15	(2,90)
2 Kinder	3,67	3,11	3,03	2,93	2,88	2,89	2,25	(2,66)
3 oder mehr Kinder	3,43	2,86	3,04	2,91	2,78	2,74	2,11	(2,49)

Anmerkung: () = Mittelwert aufgrund geringer Fallzahl nicht aussagekräftig.

Quelle: EB 65.1 (eigene Berechnungen, gewichtet). *In diesem Zusammenhang wurden nur die Hausfrauen berücksichtigt, da die Fallzahlen der Hausmänner in den einzelnen Ländern gegen Null tendieren.

5.3 Aufgabenteilung im Haushalt

Eine traditionelle Arbeitsteilung im Haushalt, in der die Frauen die Haushaltsführung übernehmen, während der Mann erwerbstätig ist, war über lange Zeiträume prägend für viele europäischen Gesellschaften (vgl. Hofäcker 2007). Die Aufgabenteilung entsprach den Rollenbildern, so wurde der männliche Part dadurch definiert und legitimiert, dass er die finanzielle Versorgung der Familie sicherstellt. Allerdings hat in nahezu allen betrachteten Ländern die weibliche Erwerbsbeteiligung stark an Bedeutung gewonnen und wurde gleichzeitig durch Veränderungen im weiblichen Rollenbild unterstützt bzw. flankiert. Somit ist von Interesse, inwieweit diese Entwicklungen auch im Alltag zum Tragen kommen. Denn wenn eine (hohe) weibliche Erwerbsbeteiligung anerkannt wird und auch umgesetzt wird, steht die Begründung der Aufgabenteilung vor einem neuen Hintergrund und es stellt sich die Frage nach der Beteiligung der Männer an der Erledigung der Arbeiten im Haushalt. Daher wurde geprüft, inwieweit sich Rollenbilder und Alltagsorganisation entsprechen. Grundlage der im Folgenden dargestellten Analysen zur aktuellen Arbeitsteilung im Haushalt in der EU sind ausschließlich die Daten des ISSP. Anders als bei den Einstellungen sind damit nur Daten für 1994 und 2002 verfügbar, so dass eine aktuellere Beschreibung nicht möglich ist. Als Indikator für die Aufgabenteilung wurden die vorwiegend als frauenspezifisch betrachteten Tätigkeiten wie das Waschen der Wäsche, die Pflege von kranken Familienmitgliedern, der Einkauf von Lebensmitteln, Putzen sowie Kochen untersucht, indem sie zu einer Dimension zusammengefasst⁴⁵ wurden. Eher ausführlicher auf die aktuelle Situation eingegangen wird, soll kurz aufgezeigt werden, wie sich die Aufgabenteilung im Beobachtungszeitraum verändert hat.

Entwicklung der Aufgabenteilung

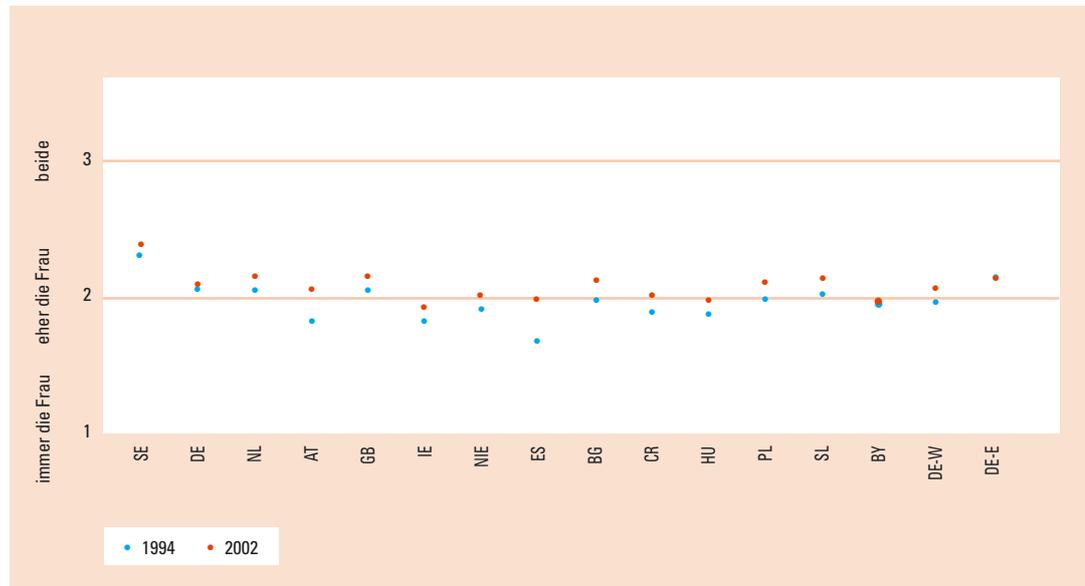
Anders als bei den weiblichen Rollenbildern hat sich die Arbeitsteilung in Europa – sowohl insgesamt als auch in den verschiedenen Ländern – zwischen 1994 und 2002 kaum verändert. Insgesamt ist nur eine leichte Verschiebung in Richtung einer eher partnerschaftlichen Arbeitsteilung erfolgt (Abb. 5.4).



⁴⁵ Die Antwortvorgaben lassen sich auf einer fünf-stufigen Skala zwischen „immer die Frau“, „beide“ und „immer der Mann“ verorten und stellen eine Selbsteinschätzung der gegenwärtigen Situation im jeweiligen Haushalt dar.

5. Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU

Abb. 5.4: Arbeitsteilung im Haushalt in der EU (Mittelwerte), 1994 und 2002



Quelle: ISSP 1994, 2002 (eigene Berechnungen, gewichtet⁴⁶).

Ausgehend von einem sehr traditionellen Muster ist in Spanien der Wandel am stärksten ausgeprägt, aber auch in Österreich ist eine deutliche Bewegung hin zu einer eher partnerschaftlichen Organisation zu erkennen. Die übrigen mitteleuropäischen und angelsächsischen Länder sowie Schweden zeigen hingegen die geringsten Bewegungen. Die post-sozialistischen Länder wiederum weisen Veränderungen entsprechend dem europäischen Durchschnitt auf und somit eine deutlichere Tendenz in Richtung einer moderneren Arbeitsteilung als die drei vorangegangenen Ländergruppen. Eine Ausnahme bildet Ungarn mit einer sehr geringen Veränderung.

Beim innerdeutschen Vergleich zeigt sich, dass in den alten Bundesländern die Veränderung stärker ist als in den neuen, wobei sie von einem wesentlich traditionelleren Muster ausgeht. In den neuen Bundesländern, die auf einem recht hohen Niveau von Egalität starten, ist eine minimale Entwicklung zu traditionellerer Arbeitsteilung zu verzeichnen, d.h. hier wurden im Zeitverlauf wieder geringfügig mehr Haushaltstätigkeiten eher oder ausschließlich von Frauen übernommen. In Bayern widersteht ein vergleichsweise traditionales Modell dem Modernisierungstrend weitgehend.

Eine Differenzierung nach dem Geschlecht macht deutlich, dass die Einschätzungen der Männer eine stärkere Veränderung anzeigen als die der Frauen. Aus der Perspektive der Frauen verändert sich wenig oder nichts (z. B. in Großbritannien). In Deutschland und Bulgarien tritt sogar eine leichte Retraditionalisierung ein. In Spanien wird das Aufbrechen der traditionellen Muster zwar in deutlich höherem Maße von Männern wahrgenommen, aber auch die Äußerungen der Frauen zeigen einen starken Wandel an. Bemerkenswerterweise haben die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Einschätzung mit der Zeit zugenommen. Bayern stellt sich bezüglich solcher Differenzen als Sonderfall dar. Hier ist die Veränderung im Zeitverlauf bei beiden Geschlechtern kaum wahrnehmbar und damit verbunden ist nur eine minimale Abweichung der Einschätzungen zu beobachten (vgl. Tab. 5.3).

⁴⁶ Aufgrund der Datenlage wurde in Schweden, Deutschland (und Bayern), den Niederlanden, Irland (nur 1994), Spanien, der Tschechischen Republik (nur 1994) und in Slowenien keine Gewichtung vorgenommen.

Tab. 5.3: Überblick Arbeitsteilung im Haushalt in ausgewählten Ländern der EU und Bayern nach relevanten Merkmalen (Mittelwerte), 1994 und 2002

Dimension	Schweden		Deutschland		Niederlande		Großbritannien		Spanien		Tschechische Republik		Bulgarien		Bayern	
	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002
Geschlecht																
männlich	2,41	2,54	2,11	2,26	2,18	2,27	2,25	2,30	1,78	2,25	1,98	2,15	2,06	2,38	2,07	(2,12)
weiblich	2,22	2,27	2,01	1,93	2,01	2,02	2,02	2,02	1,56	1,76	1,79	1,88	1,94	1,86	1,87	1,89
Alter																
unter 30 Jahre	2,53	2,72	2,24	2,23	2,32	2,45	2,36	2,30	1,99	2,34	2,06	2,11	1,98	2,10	(2,12)	(2,00)
30 bis 50 Jahre	2,36	2,45	2,09	2,07	2,08	2,12	2,18	2,16	1,74	2,05	1,84	1,91	2,01	2,05	1,99	2,04
50 Jahre oder älter	2,18	2,29	1,97	2,08	2,03	2,12	1,99	2,12	1,54	1,88	1,86	2,10	1,97	2,18	1,93	1,94
Bildungsgrad																
unter Sekundarschulabschluss	2,25	2,27	2,03	2,03	2,01	2,02	2,09	2,07	-	1,87	1,82	1,96	1,96	1,94	1,96	1,93
Sekundarschulabschluss	2,41	2,58	2,20	2,24	2,20	2,07	2,17	2,21	-	2,30	1,94	2,04	1,97	2,14	(2,24)	(2,17)
Universitätsabschluss	2,39	2,52	2,17	2,26	2,38	2,34	2,22	2,30	-	2,43	1,99	2,19	2,11	2,41	(1,93)	(2,19)
Kinder																
nein	2,51	2,74	2,32	2,42	2,38	2,63	2,43	2,35	2,06	2,47	2,29	2,23	2,09	(2,32)	(2,23)	(2,27)
ja	2,27	2,34	2,02	2,02	2,01	2,02	2,07	2,11	1,63	1,92	1,85	1,98	1,99	2,12	1,94	1,94

Anmerkung: () = Mittelwert aufgrund geringer Fallzahl nicht aussagekräftig, - = Daten nicht verfügbar.

Quelle: ISSP 1994, 2002 (eigene Berechnungen, gewichtet⁴⁷).

Unterscheidet man die Arbeitsteilung im Zeitverlauf nach Altersgruppen zeigen sich große Veränderungen vor allem bei den über 50-Jährigen. Dies gilt für alle betrachteten Länder. In den Niederlanden, Bulgarien und besonders in Schweden ist der Wandel in den jüngsten Altersgruppen deutlich stärker als in den höheren. In der Tschechischen Republik, Deutschland und vor allem in Großbritannien ist der Trend umgekehrt, d. h. vor allem bei den Älteren ergeben sich Veränderungen, wenngleich auf niedrigem Niveau. Auch in Bayern haben sich die Unterschiede zwischen 1994 und 2002 minimiert.

Die Differenzierung nach der Bildung zeigt sehr uneinheitliche Trends, wobei in fast allen betrachteten Ländern die Bildungseffekte zwischen 1994 und 2002 an Gewicht gewonnen haben.

Die Entwicklung in Richtung partnerschaftlicher Aufteilung im Haushalt ist bei Kinderlosen stärker als bei Eltern. Besonders ausgeprägt ist dies in den Niederlanden und Schweden zu beobachten. In der Tschechischen Republik jedoch verläuft die Veränderung gegen den allgemeinen Trend: Hier verändert sich die Arbeitsteilung bei den Eltern stärker als bei den Kinderlosen, allerdings von eher traditionellen Werten ausgehend.

⁴⁷ Aufgrund der Datenlage wurde Schweden, Deutschland (und Bayern), Spanien sowie die Tschechische Republik (nur 1994) nicht gewichtet.

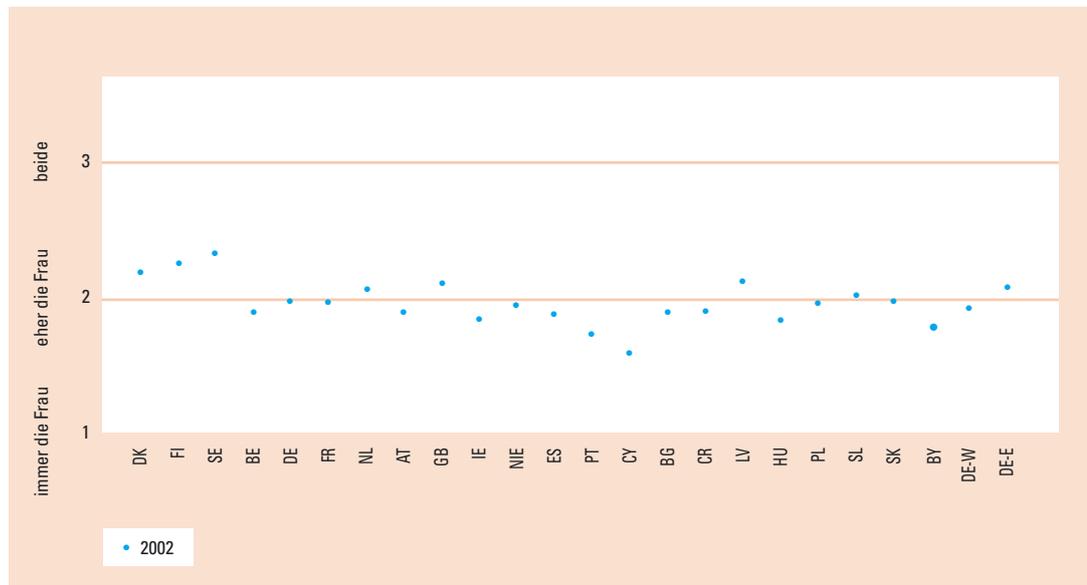
5. Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU

Gegenwärtige Situation

Diese Trends münden in eine noch immer als eher traditionell zu bezeichnende Aufgabenteilung im Haushalt im Jahre 2002. Der mittlere Wert für die gesamte EU⁴⁸ liegt bei 1,96, d. h. entsprechende Tätigkeiten werden eher von der Frau erledigt. Bei der Betrachtung der einzelnen Länder (vgl. Abb. 5.5) zeigt sich, dass die Ausprägungen um die Kategorie „eher die Frau“ streuen und unterschiedlich stark zu den Ausprägungen „immer die Frau“ bzw. „beide“ hin tendieren.

Die nordeuropäischen Länder sind sich recht ähnlich und zeigen im europäischen Vergleich die partnerschaftlichste Arbeitsteilung, wobei Schweden das „modernste Land“ insgesamt bildet. Die angelsächsischen und post-sozialistischen Länder sowie Mitteleuropa zeigen etwas weniger ausgeprägte Homogenität mit Werten, die um den gesamteuropäischen Durchschnitt pendeln. Dabei weisen die Niederlande für Mitteleuropa, Großbritannien für die angelsächsischen Länder und Lettland für die post-sozialistischen Länder am ehesten eine partnerschaftlich orientierte Arbeitsteilung auf. Diese Länder liegen über dem europäischen Durchschnitt, wobei in Lettland nach Schweden am häufigsten egalitäre Muster zu finden sind. Die traditionellste Arbeitsteilung in diesen Ländergruppen findet sich entsprechend in Belgien und Österreich, in Irland und in Ungarn. Die Länder Südeuropas zeichnen sich durch eine vergleichsweise traditionelle Arbeitsteilung aus, mit gewissen Unterschieden in der Gruppe. Zypern hat nicht nur für seine Region, sondern auch europaweit die traditionellsten Werte. Die Arbeitsteilung im Haushalt in Spanien ist zwar die partnerschaftlichste innerhalb der südeuropäischen Länder, dennoch fällt sie immer noch weniger egalitär aus als die Durchschnittswerte der anderen Ländergruppen.

Abb. 5.5: Arbeitsteilung im Haushalt in der EU (Mittelwerte), 2002



Quelle: ISSP 2002 (eigene Berechnungen, gewichtet⁴⁹).

⁴⁸ Entsprechend den zur Verfügung stehenden Daten des ISSP 2002 konnten nur Dänemark, Finnland, Schweden, Belgien (flandrischer Landesteil), Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Österreich, Großbritannien, Irland, Nordirland, Spanien, Portugal, Zypern, Bulgarien, Tschechische Republik, Lettland, Ungarn, Polen, Slowenien und die Slowakei in die Berechnung mit einbezogen werden.

⁴⁹ Aufgrund der Datenlage wurden Dänemark, Schweden, Deutschland (und Bayern), die Niederlande, Spanien, Portugal, Zypern, Lettland, Slowenien, Slowakei nicht gewichtet.

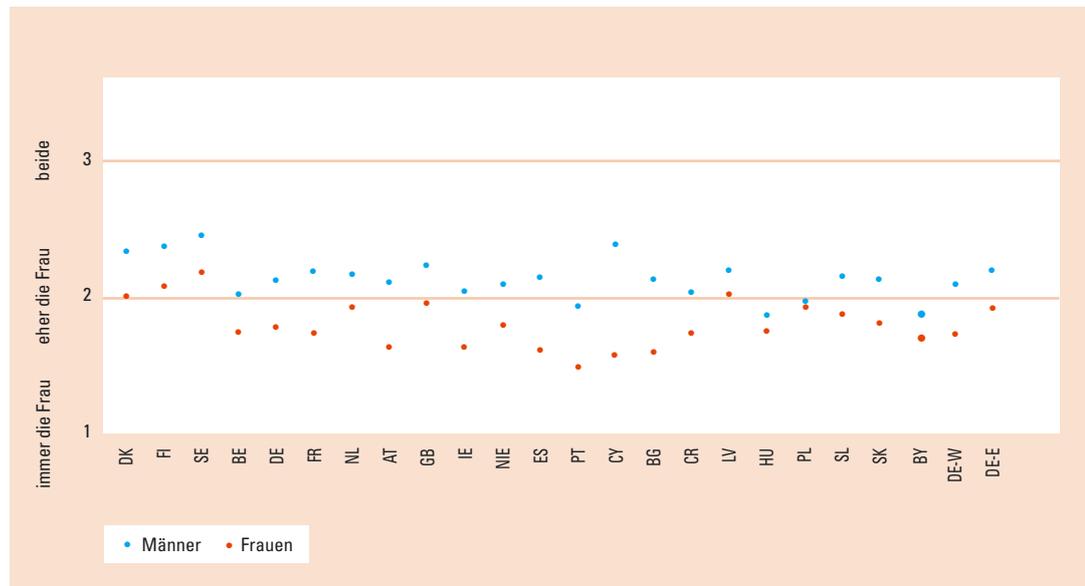
Unterscheidet man nach Bundesländern, so zeigt sich für die Bundesrepublik das bereits bekannte Ost-West-Gefälle: Die Werte der alten Bundesländer liegen unter dem europäischen Mittel, die der neuen darüber und sprechen somit für eine stärker egalitäre Aufgabenteilung dort. In Bayern dominieren offenbar traditionelle Muster die Arbeitsteilung noch stark und der Wert liegt deutlich unter dem der Bundesrepublik, aber auch dem der alten Bundesländer. Untersucht man den Zusammenhang zwischen der Arbeitsteilung 2002 (Abb. 5.5) und der Frauenerwerbstätigenquote im selben Jahr, so lassen sich für die meisten Länder Zusammenhänge erkennen: Generell ist in Ländern mit hoher Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt wie beispielsweise in Schweden, den Niederlanden und in Großbritannien auch die geschlechtsspezifische Verteilung der Aufgaben im Haushalt ausgeglichener. In Ländern mit niedriger Frauenerwerbstätigkeit hingegen, wie z. B. in Spanien und Ungarn, werden die Haushaltstätigkeiten stärker an die Frauen delegiert. Ausnahmen bilden Österreich mit relativ hoher weiblicher Erwerbsquote aber niedriger Beteiligung der Männer sowie Polen mit der umgekehrten Konstellation: der niedrigsten Frauenerwerbsquote in der Ländergruppe aber eher moderner Arbeitsteilung. Beim innerdeutschen Vergleich tragen die Männer – trotz gleicher weiblicher Erwerbstätigenquote in Ost und West – in den neuen Bundesländern mehr zur Haushaltsführung bei.

Aufgeschlüsselt nach Geschlecht (Abb. 5.6) lässt sich erkennen, dass die befragten Männer die Arbeitsteilung generell als partnerschaftlicher beschreiben als die Frauen. Tendenziell sind die Differenzen umso größer, je traditioneller die Aufgabenteilung ist. Die größten Abweichungen zwischen den Geschlechtern finden sich in den südeuropäischen Ländern, vor allem in Spanien und Portugal, also Ländern mit stark traditionellen Arrangements. Aber auch in der mitteleuropäischen Ländergruppe ergeben sich große Differenzen, wie z. B. in Frankreich und Österreich. Die geringsten Abweichungen sind dagegen in den post-sozialistischen Ländern zu beobachten – allerdings mit sehr großen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern. So weist beispielsweise Bulgarien große Abweichungen auf, Polen dagegen geringe.

Auch innerhalb Deutschlands sind Unterschiede ablesbar und die Einschätzungen von Männern und Frauen gehen in den alten Bundesländern weiter auseinander als in den neuen. Für Bayern ist der geschlechtsspezifische Unterschied eher gering, was angesichts der Dominanz sehr traditionaler Muster wie auch im Vergleich zu den alten Bundesländern erstaunt.

5. Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU

Abb. 5.6: Arbeitsteilung im Haushalt in der EU nach dem Geschlecht (Mittelwerte), 2002



Quelle: ISSP 2002 (eigene Berechnungen, gewichtet⁵⁰).

Nicht nur das Geschlecht beeinflusst die Beschreibung der Aufgabenteilung – es lassen sich auch weitere Einflussfaktoren herausarbeiten. Zunächst zeigt sich ein deutlicher Alterseffekt, der in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Generell ist die Aufgabenteilung bei den Älteren traditioneller als bei den Jüngeren. Dieser Effekt ist in Spanien am stärksten, in der Tschechischen Republik und in Bulgarien hingegen am schwächsten ausgeprägt. In Deutschland, den Niederlanden und in Großbritannien zeigt sich der Einfluss des Alters eher moderat, ähnliches gilt für Schweden. Weiterhin fällt in diesem Zusammenhang auf, dass bei den Vertretern Mitteleuropas und des angelsächsischen Gebiets der Unterschied vornehmlich zwischen der Gruppe der unter 30-Jährigen und der 30- bis 50-Jährigen auftritt, während bei den anderen Ländergruppen der Einfluss eher kontinuierlich verläuft.

Weiterhin wird die Arbeitsteilung mit zunehmendem Bildungsgrad tendenziell moderner. Besonders deutlich wirkt sich das Bildungsniveau in Spanien und in Bulgarien aus, am schwächsten ist der Effekt in der Tschechischen Republik, in Deutschland und in den Niederlanden ausgeprägt. Hier hat der Bildungsgrad also einen geringeren Einfluss auf die Arbeitsteilung (vgl. Tab. 5.4).

Ein wichtiger Faktor bei der Ausgestaltung der Arbeitsteilung ist die Elternschaft. In allen betrachteten Ländern zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang derart, dass in Familien die Arbeitsteilung weitaus traditioneller organisiert wird als bei Kinderlosen. Dies lässt sich damit erklären, dass vor allem Frauen nach der Geburt der Kinder ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen und in diesem Kontext auch einen größeren Anteil der im Haushalt anfallenden Arbeiten übernehmen (vgl. Mühling et al. 2006). In den Niederlanden und Spanien ist der Effekt der Elternschaft am stärksten, in der Tschechischen Republik und Schweden hingegen am schwächsten ausgeprägt. Dabei lässt sich auf den ersten Blick kein Zusammenhang mit der Dauer der Elternzeit erkennen.

⁵⁰ Aufgrund der Datenlage wurden Dänemark, Schweden, Deutschland (und Bayern), die Niederlande, Spanien, Portugal, Zypern, Lettland, Slowenien, Slowakei nicht gewichtet.

Tab. 5.4: Überblick Arbeitsteilung im Haushalt in ausgewählten Ländern der EU und Bayern nach relevanten Merkmalen (Mittelwerte), 2002

Dimension	Schweden	Deutschland	Niederlande	Groß-britannien	Spanien	Tschechische Republik	Bulgarien	Bayern
Geschlecht								
männlich	2,46	2,13	2,17	2,24	2,15	2,04	2,14	(1,89)
weiblich	2,19	1,79	1,93	1,96	1,62	1,74	1,60	1,72
Alter								
unter 30 Jahre	2,60	2,22	2,30	2,45	2,27	2,03	1,83	(1,89)
30 bis 50 Jahre	2,40	1,96	2,04	2,08	1,95	1,81	1,79	1,84
50 Jahre oder älter	2,20	1,92	2,01	2,04	1,74	1,94	1,94	1,72
Bildungsgrad								
unter Sekundar-schulabschluss	2,20	1,90	1,98	2,00	1,74	1,84	1,68	1,74
Sekundar-schulabschluss	2,44	2,11	1,95	2,16	2,20	1,89	1,89	(2,00)
Universitäts-abschluss	2,51	2,15	2,24	2,29	2,35	2,06	2,20	(1,93)
Kinder								
nein	2,59	2,37	2,56	2,38	2,41	2,10	2,34	(2,21)
ja	2,28	1,88	1,91	2,03	1,79	1,85	1,87	1,71
Kinderzahl im Haushalt								
kein Kind	2,31	1,99	2,14	2,12	1,88	1,95	-	1,80
1 Kind	2,36	1,99	1,01	2,13	1,93	1,78	-	(1,94)
2 Kinder	2,38	1,88	1,91	2,03	1,82	1,86	-	(1,83)
3 oder mehr Kinder	2,19	(1,77)	1,80	1,95	(1,69)	(1,71)	-	(1,40)

Anmerkung: () = Mittelwert aufgrund geringer Fallzahl nicht aussagekräftig, - = keine Daten verfügbar.

Quelle: ISSP 2002 (eigene Berechnungen, gewichtet⁹¹).

Differenziert man die Länder nach der Kinderzahl im Haushalt, sind die Zusammenhänge weit- aus weniger eindeutig und es ergibt sich auch kein durchgehender Trend. Einen klaren Effekt hat jedoch wiederum eine hohe Kinderzahl: In kinderreichen Haushalten wird die Aufgabenteilung deutlich häufiger am klassischen „Hausfrauenmodell“ ausgerichtet. Dies gilt in besonders hohem Maße in den Niederlanden, während der Effekt in Schweden am schwächsten ausgeprägt ist.

Auch in Bayern scheint die Aufgabenteilung bei großen Familien dem traditionellen Muster zu folgen, jedoch ist die Datenbasis nur eingeschränkt belastbar.

⁹¹ Aufgrund der Datenlage wurde für die Länder Schweden, Deutschland (und Bayern), die Niederlande sowie für Spanien keine Gewichtung vorgenommen.

5.4 Zusammenspiel von Rollenbildern und Arbeitsteilung im Haushalt

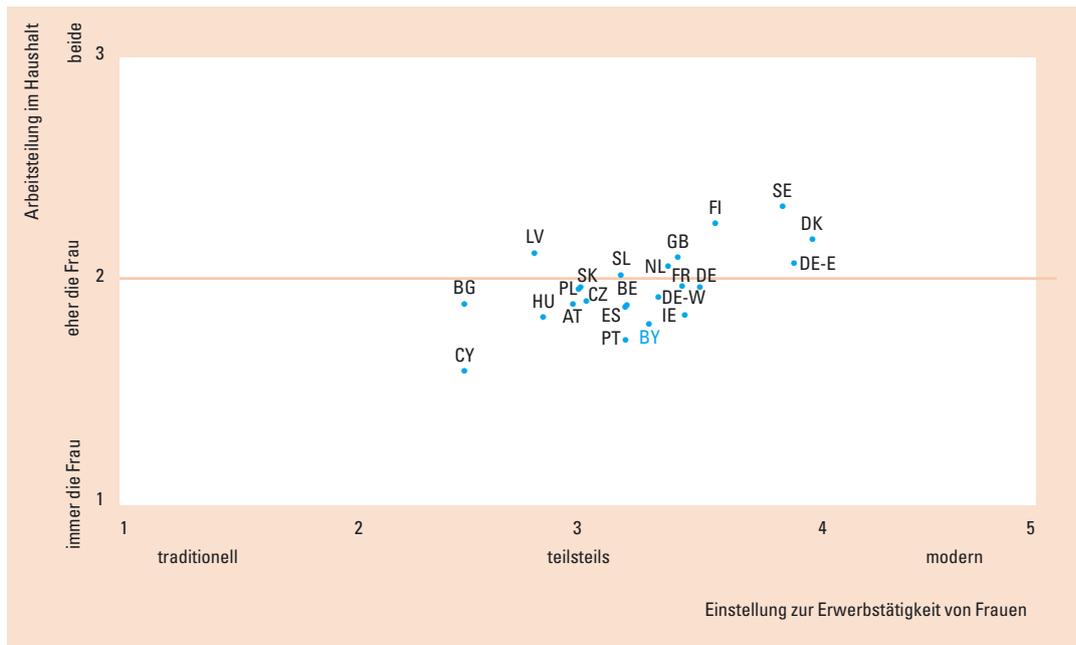
Sowohl bei den Rollenbildern, repräsentiert durch die Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen, als auch bezüglich der Arbeitsteilung im Haushalt konnten im Zeitverlauf Veränderungen nachgewiesen werden. Die Rollenbilder werden „moderner“, d. h. weibliche Erwerbstätigkeit wird zunehmend akzeptiert. Die Aufteilung der im Haushalt anfallenden Arbeiten zwischen Mann und Frau wird ausgeglichener, wenngleich die Frauen auch weiterhin in höherem Maße für diese Aufgaben zuständig sind. Tempo und Stärke dieser Trends differieren sowohl nach Ländergruppen, zwischen den untersuchten Ländern, als auch innerhalb der Bundesrepublik. Eine Gegenüberstellung beider Entwicklungslinien zeigt jedoch, dass sie in recht hohem Maße parallel verlaufen.

Obwohl sich die Werte nicht direkt vergleichen lassen, scheinen die Einstellungen auf wesentlich höherem Niveau vom traditionellen Muster abzuweichen als die Alltagspraxis. In allen Ländern sind die Rollenbilder viel moderner als die praktische Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern. Dabei bilden die nordeuropäischen Länder – trotz vergleichsweise großer Differenzen zwischen Einstellung und Alltag – die „modernste“ Region. Vor allem in Schweden und Finnland ist sowohl die Aufgeschlossenheit gegenüber der weiblichen Erwerbsbeteiligung als auch die Aufgabenteilung am wenigsten traditionell. In Dänemark dagegen entspricht die Aufgabenteilung den geäußerten Präferenzen deutlich weniger. Auch in den mitteleuropäischen Ländern ist eine relativ hohe Differenz zu beobachten, dies gilt insbesondere für Deutschland und Frankreich. In den angelsächsischen Ländern ist der Unterschied etwas größer als im europäischen Mittel aber sie platzen sich insgesamt im Mittelfeld. Demgegenüber entsprechen sich Einstellungen und Praxis in den südeuropäischen Ländern stärker, kommen aber – ganz besonders in Portugal – im traditionellen Bereich zu liegen. In den post-sozialistischen Ländern, hier besonders in Ungarn, weichen Aufgabenteilung und Meinung zur Erwerbstätigkeit von Frauen am geringsten voneinander ab, aber es findet sich eine große Streuung (vgl. Abb. 5.7).



5. Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU

Abb. 5.7: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Arbeitsteilung im Haushalt in der EU (Mittelwerte), 2002 und 2006



Quelle: EB 65.1, ISSP 2002 (eigene Berechnungen, gewichtet⁵²).

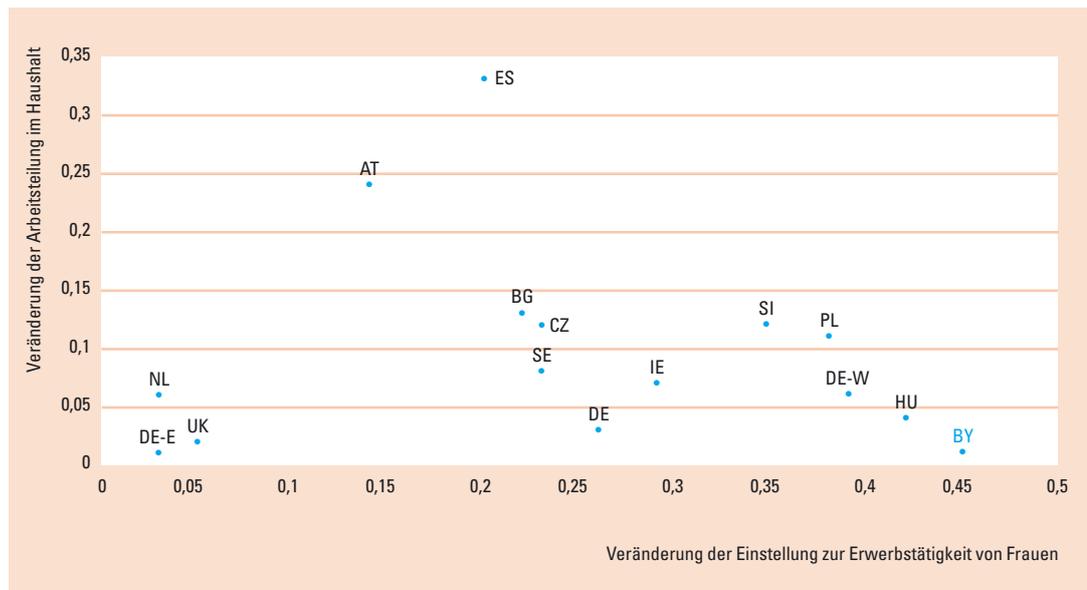
Sehr deutliche Unterschiede lassen sich im Vergleich von Ost- und Westdeutschland erkennen. Während in den neuen Bundesländern die Einstellungen weitaus stärker im modernen Bereich liegen als die faktische Arbeitsteilung, ist der Unterschied in den alten Bundesländern in schwächerer Form zu beobachten. Insgesamt platzieren sich die neuen Bundesländer damit ganz nahe an den skandinavischen Ländern, während Deutschland-West sich bei den mitteleuropäischen einreicht. Bezieht man Bayern in die Betrachtung ein, zeigt sich eine geringere Abweichung als in Deutschland insgesamt, was bedeutet, dass eher traditionale Einstellungen mit weiblicher dominierter Arbeitsteilung im Haushalt verknüpft werden.

Betrachtet man die Veränderungen in den Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern und bei der Arbeitsteilung in der EU seit 1994, so zeigen sich deutliche Trends: In fast allen Ländern wandeln sich die Einstellungen wesentlich stärker als der Alltag. Die Bewegung in Richtung einer mehr partnerschaftlich organisierten Arbeitsteilung ist demgegenüber meist eher gering. Die Veränderungen setzen offenbar zuerst in den Köpfen ein und finden erst allmählich Niederschlag in der Alltagsgestaltung.

⁵² Aufgrund der Datenlage des ISSP 2002 sind die Ergebnisse für die Arbeitsteilung im Haushalt in Dänemark, Schweden, Deutschland (und Bayern), den Niederlanden, Spanien, Portugal, Zypern, Lettland, Slowenien sowie in der Slowakei nicht gewichtet.

5. Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU

Abb. 5.8: Veränderung der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen und der Arbeitsteilung im Haushalt zwischen 1994 und 2002 (Differenzen der Mittelwerte)



Anmerkung: Die Achsen in der Grafik bilden die Differenzen der Mittelwerte der beiden Skalen „Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen“ und „Arbeitsteilung im Haushalt“, jeweils aus dem ISSP 2002 und ISSP 1994, ab.

Quelle: ISSP 1994, 2002; eigene Berechnungen (gewichtet⁵³).

Im innerdeutschen Vergleich werden deutliche Unterschiede zwischen West und Ost erkennbar: Während in den alten Bundesländern, wie schon erwähnt, die Veränderung der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen sehr deutlich ausgeprägt ist, verändert sich auch hier an der Arbeitsteilung wenig. Die neuen Bundesländer weisen demgegenüber in beiden Bereichen kaum nennenswerte Entwicklungen auf, hier sind beide Dimensionen schon seit längerem etwas moderner. Die bayerische Entwicklung ähnelt der der alten Bundesländer, startet aber auf traditionellerem Niveau. Auch in Bayern sind die Orientierungen im Zeitverlauf sehr viel moderner geworden, während die Arbeitsteilung sich nur geringfügig verändert hat.

Wie gezeigt werden konnte, hatte der Wandel in den Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit nicht zur Folge, dass auch die Aufgabenteilung in der Familie generell neu konzipiert wurde. Für die fortbestehenden Differenzen von Einstellung und Alltagsgestaltung können verschiedene Begründungen herangezogen werden. Zum einen werden die Muster der Aufgabenteilung tradiert und im Sozialisationsprozess übernommen. Sie geben Orientierung und Verhaltenssicherheit und entlasten von Aushandlungsprozessen. Dabei ist zu bedenken, dass die Übernahme von Geschlechtsrollen und Geschlechtsidentität mit der Ausübung entsprechender Tätigkeiten verbunden wird. Dies macht es verständlich, weshalb solche Muster schwer zu verändern und durch neue Routinen zu ersetzen sind. Zum anderen wird die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Familienphase oftmals reduziert, was die Neigung zur (Rückkehr zur) traditionellen Aufteilung unterstützt. So bleibt abzuwarten, welche Entwicklungen sich angesichts der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen in Zukunft noch einstellen werden.

⁵³ Aufgrund der Datenlage wurden in Schweden, Deutschland (und Bayern), den Niederlanden, Spanien, der Tschechischen Republik (nur 1994) und Slowenien keine Gewichtung vorgenommen.

Literatur

Blossfeld, Hans-Peter / Mills, Melinda / Klijzing, Erik / Kurz, Karin (Hrsg.) (2005): *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*, London: Routledge.

Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press.

Esping-Andersen, Gøsta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford: University Press.

Europäischer Rat (2000): *Schlussfolgerungen des Vorsitzes*, Europäischer Rat (Lissabon), 23./24. März 2000, unter: www.bologna-berlin2003.de/pdf/Beschluesse_De.pdf.

Hildebrandt, Karin (1994): *Historischer Exkurs zur Frauenpolitik der SED*, in: Birgit Bütow / Heidi Stecker (Hrsg.): *Eigenartige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern*, Bielefeld: Kleine Verlag, S. 12-31.

Hofäcker, Dirk (2007): *Gut gemeint ist noch lange nicht getan. Eine international vergleichende Analyse zur partnerschaftlichen Arbeitsteilung im Haushalt*, in: *ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren*, Nr. 37, S.12-15, verfügbar unter: <http://www.gesis.org/forschung-lehre/gesis-publikationen/zeitschriften/isi/artikeluebersicht/>.

Lück, Detlev / Hofäcker, Dirk (2003): *Rejection and acceptance of the male breadwinner model: which preferences do women have under which circumstances?* GLOBALIFE Working Paper No. 60, University of Bamberg, verfügbar unter: <http://oldsite.sozioogie-blossfeld.de/globalife/workingpapers/index.html>.

Mühling, Tanja / Rost, Harald / Rupp, Marina / Schulz, Florian (2006): *Kontinuität trotz Wandel. Die Bedeutung traditioneller Familienleitbilder für die Berufsverläufe von Müttern und Vätern*, Weinheim/München: Juventa.

Neyer, Gerda (2004): *Kinderfreundlich und Flexibel. Familienpolitik in den nordischen Ländern basiert auf dem Gleichheitsprinzip*, in: *Demografische Forschung aus erster Hand*, Jg. 1, Heft 4, S. 3, verfügbar unter: <http://www.demografische-forschung.org/2004.htm>.

Noguera, Carles Simó (2006): *Hard choices: can Spanish women reconcile job and family?* In: Hans-Peter Blossfeld / Heather Hofmeister (Eds.): *Globalization, Uncertainty and Women's Careers*, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, pp. 376-401.

6. INTERGENERATIONALE AUSTAUSCHBEZIEHUNGEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

(CHRISTOPHER SCHMIDT, MARCEL RAAB, MICHAEL RULAND)

6.1 Demografische und sozialpolitische Entwicklungen

Im Zuge der Alterung hochentwickelter Industrienationen erfreuen sich demografische, familienpolitische und -soziologische Themen seit einiger Zeit großer Beliebtheit in der Berichterstattung der Medien und damit einer breiten Öffentlichkeit. Wie in vielen anderen Bereichen, so zum Beispiel der Bildungspolitik, geht auch in diesem Fall die Popularität eines vormals vernachlässigten Themas oft mit einer stark vereinfachenden und bisweilen fehlerhaften Berichterstattung der Medien und einer Reihe problematischer populärwissenschaftlicher Schriften einher (Bräuninger et al. 1998).

Im Wesentlichen beschränkt sich die öffentliche Diskussion in diesem Zusammenhang auf zusammenfassende ökonomische und bevölkerungswissenschaftliche Gesamtwerte einer Gesellschaft, die den Ernst der Lage veranschaulichen sollen: Ansteigendes Durchschnittsalter bei gleichzeitig rückläufiger Geburtenrate, schrumpfendes Erwerbspersonenpotential bei parallel anwachsender Altersabhängigkeitsrate⁵⁴ und steigenden Kosten für (umlagefinanzierte) Renten- und Gesundheitssysteme (Börsch-Supan 2004; Schneider 2002). All die genannten Entwicklungen liefern Material für eine Reihe von Krisenszenarien. So wird beispielsweise das „Ergrauen des europäischen Sozialtats“ (Guillemard 1992, S. 615) festgestellt und die Frage aufgeworfen, in welcher Weise der Generationenvertrag aufrechterhalten werden kann, ohne bestimmte Geburtsjahrgänge übermäßig zu „belasten“.

Sowohl die „Alten“ als auch die „Jungen“ fürchten, in der Debatte über die Verteilung staatlicher Mittel zu kurz zu kommen. Im Zuge dieser Auseinandersetzung werden die Alten häufig als eine „Last“ für die jüngere Generation dargestellt, da der Anteil der Sozialausgaben, der ihnen zu Teil wird, in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich anstieg und sich ihre ökonomische Situation im Vergleich zu früheren Generationen mithin deutlich verbessert hat. Für das Beispiel der Bundesrepublik ist in diesem Kontext u. a. der Rückgang der Altersarmut durch den Ausbau der Alterssicherung – insbesondere durch die Dynamisierung der Renten – anzuführen.

In dieser Diskussion wird leicht übersehen, dass auf der individuellen Ebene, also innerhalb der Familien, entgegen aller Krisenszenarien nach wie vor in einem erheblichen Ausmaß und auf vielfältige Weise Solidarität zwischen den verschiedenen familialen Generationen praktiziert wird (siehe u. a.: Albertini et al. 2007; Attias-Donfut et al. 2005; Kohli 2004; Szydlik 2000).

Dieser Beitrag diskutiert daher neben einigen gängigen Indikatoren zur Erfassung der demografischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen des Generationenverhältnisses vor

⁵⁴ Das Erwerbspersonenpotential wird bis 2020 um ca. 1% p.a. schrumpfen, d. h. die Anzahl der potentiell Erwerbstätigen zwischen 15 und 65 Jahren verringert sich. Die Altersabhängigkeitsrate misst das Verhältnis zwischen der potentiell erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 und der Bevölkerung im Rentenalter (über 65 Jahre). Folglich steigt diese Rate zum einen durch einen wachsenden Anteil Älterer und einen gleichzeitig schrumpfenden Anteil Jüngerer, wodurch sich diese Entwicklung beschleunigt.

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

allem Befunde, die auf der Analyse von Austauschprozessen innerhalb der Familien basieren. Wir konzentrieren uns dabei auf den intergenerationalen Austausch von instrumentellen Unterstützungsleistungen – also bspw. Hilfen im Haushalt oder Pflegeleistungen – zwischen Angehörigen der Altersgruppe 50+ und deren erwachsenen Kindern.

Um zu zeigen, dass trotz des generellen europäischen Alterungstrends länderspezifische Sozialstaatsarrangements und kulturelle Traditionen sowie weitere nationale Indikatoren das innerfamiliäre Austauschverhalten nach wie vor prägen, wird für die folgenden Auswertungen eine international vergleichende Perspektive eingenommen und es werden neben Deutschland mit Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, der Schweiz, Österreich, Spanien, Italien und Griechenland zehn weitere europäische Staaten untersucht.

Vor dem Hintergrund der eingangs skizzierten demografischen Trends und der Analyse der innerfamiliären Austauschbeziehungen greifen wir abschließend die Debatte um das Verhältnis von Jung und Alt und vermeintliche Generationenkonflikte erneut auf und unterziehen diese auf der Basis unserer Ergebnisse einer abschließenden kritischen Bewertung.

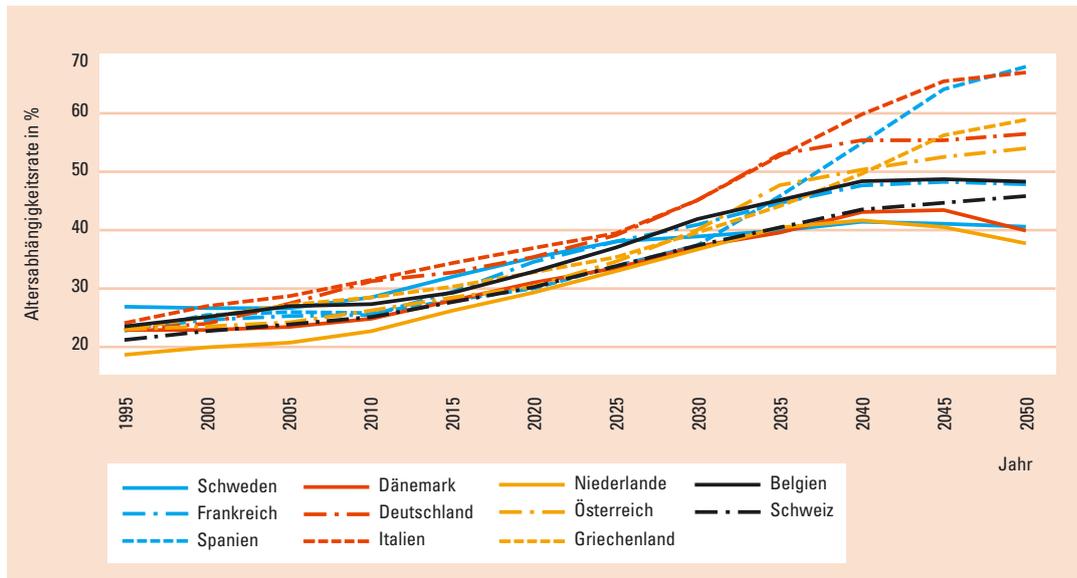
Die angesprochene Alterung Europas ist neben dem Anstieg der Lebenserwartung auf einen zweiten demografischen Trend zurückzuführen, der in einem Großteil der Industrienationen zu beobachten ist: dem Rückgang der Geburtenziffern (vgl. Kapitel 1). Parallel zum Rückgang der Geburtenziffern stieg die durchschnittliche Lebenserwartung in Europa stetig an und liegt derzeit bei ca. 74,6 Jahren (ebd.). Eine Abschwächung dieses Trends ist derzeit ebenso wenig abzusehen wie der Endpunkt dieser Entwicklung (Oeppen, Vaupel 2002).

Die genannten demografischen Trends führen sowohl zur Alterung als auch zur Schrumpfung moderner Gesellschaften (Kaufmann 2005). Argumentativ gestützt werden die Prognosen ökonomischer und politischer Krisenszenarien durch eine Reihe wirtschaftlicher und sozialpolitischer Strukturindikatoren, die den Ernst der Lage veranschaulichen sollen (Livi-Bacci 2001; Sinn, Übelmesser 2002).

Einer der populärsten Indikatoren ist dabei die sogenannte „Altersabhängigkeitsrate“ (engl.: age dependency ratio). Diese ergibt sich als Verhältnis der Altersgruppe 65+ zu der aktiven Bevölkerung, also den 15- bis 64-Jährigen. Im Hinblick auf umlagefinanzierte Rentensysteme gibt der Indikator also näherungsweise an, wie viele Rentner einer Person im erwerbsfähigen Alter gegenüberstehen. Die Quote wird daher – politisch nicht ganz korrekt – mitunter auch „Altenlastquote“ genannt. Abb. 6.1 zeigt, wie sich dieser Indikator für ausgewählte europäische Staaten in den nächsten Jahrzehnten aller Voraussicht nach entwickeln wird.

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Abb. 6.1: Altersabhängigkeitsraten in elf europäischen Ländern 1995-2050 (ab 2006 Prognose)



Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen

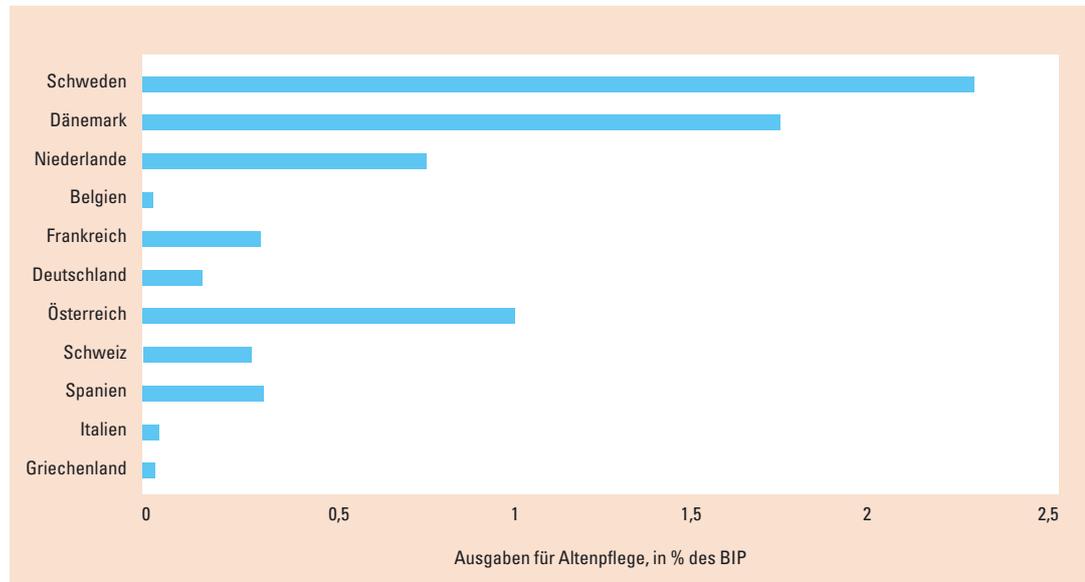
Gemäß demografischen Prognosen ist vor allem nach 2010 mit einem deutlichen Anstieg der Altersabhängigkeitsrate zu rechnen. Bis 2050 wird sie in Spanien auf fast 70 % ansteigen. Dies hat zur Folge, dass auf zehn Personen im erwerbsfähigen Alter sieben Rentner kommen. Auch in Deutschland wird diese Rate merklich steigen, von ca. 25 % um das Jahr 2000 auf über 55 % im Jahr 2050. Die Niederlande, Dänemark und Schweden sind in Abb. 6.1 die Ländergruppe mit den niedrigsten Altenquoten. Aber auch hier werden zehn Personen im erwerbsfähigen Alter vier Rentner gegenüberstehen. Der Hauptgrund für die niedrigeren Abhängigkeitsraten dieser Länder ist eine höhere Geburtenrate. Allerdings wird auch hier das Bestandserhaltungsniveau von ca. 2,1 Kindern pro Frau nicht erreicht (Billari, Kohler 2004).

Die ungünstige Entwicklung der Altersabhängigkeitsrate dient vielen Krisenszenarien als Grundlage für die Prognose von Generationenkonflikten, da sie die künftige Belastung der umlagefinanzierten Versorgungssysteme sichtbar macht. Fasst man die Renten- und Gesundheitsausgaben zusammen, so lässt sich für Deutschland festhalten, dass beinahe 25 % des BIP für Renten und medizinische Versorgung ausgegeben werden; hinzu kommen Ausgaben für die Pflege älterer Bürger. Insgesamt sind die Staatsausgaben in diesem Bereich zwar sehr viel geringer als bei den Renten oder der medizinischen Versorgung, doch ist gerade hier durch die steigende Lebenserwartung mit einem weiteren Kostenanstieg zu rechnen.

Hierbei existieren erhebliche innereuropäische Unterschiede, da die staatlichen Ausgaben für Pflege international stark variieren. Diese Unterschiede lassen sich im Wesentlichen durch die sozialpolitische Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in den Staaten Europas erklären (Esping-Andersen 1990). So spielt es z. B. eine wichtige Rolle, ob die Pflegeverantwortung vor allem bei den Familienangehörigen liegt oder zu den Aufgaben des Wohlfahrtsstaats (oder auch des Markts) gezählt wird. Angesichts hoher Ähnlichkeit im Wohlfahrtsystem erscheint der Unterschied zwischen Deutschland und Österreich auffallend groß. Um solche Differenzen zu erklären werden in späteren Analysen auch Einflussfaktoren aus dem kulturellen Bereich berücksichtigt.

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Abb. 6.2: Ausgaben für Altenpflege als Anteil am BIP 2006



Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen

Die dargestellten demografischen und sozialpolitischen Trends werden nicht selten so interpretiert, dass die Senioren künftig eine „Last“ darstellen werden, wodurch das Verhältnis der Generationen beeinträchtigt werde. Demgegenüber beschreiben die Mitglieder unterschiedlicher Generationen einer Familie ihr Verhältnis in aller Regel als „eng“ oder „sehr eng“. Sie unterstützen sich im Bedarfsfall nicht nur finanziell, sondern auch durch praktische Hilfeleistungen, beispielsweise durch Pflege oder Enkelkinderbetreuung (Albertini et al. 2007; Attias-Donfut et al. 2005; Kohli 2004; Szydlik 2000). Intakte Familiennetze können somit Versorgungsdefizite auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene in einem gewissen Umfang abfedern.

Vor diesem Hintergrund ist von Interesse, in welchem Umfang die älteren Generationen Unterstützung empfangen und selbst leisten. Dabei sind im internationalen Vergleich erhebliche Unterschiede zu erwarten, sowohl was die Beteiligung als auch den Umfang der erbrachten Leistungen betrifft (Albertini et al. 2007; Motel-Klingebiel, Tesch-Römer 2006). Da diese im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Systeme zu betrachten sind, werden zunächst mögliche Wechselwirkungen zwischen sozialstaatlicher Ordnung und der Qualität intergenerationaler Beziehungen diskutiert.

6.2 Sozialstaat und intergenerationale Solidarität

Wie eingangs erwähnt, übt der Ausbau sozialpolitischer Leistungen einen spürbaren Einfluss auf demografische Prozesse wie die Entwicklung der Lebenserwartung oder der Geburtenziffern aus. In den Sozialwissenschaften wird zudem seit geraumer Zeit auch diskutiert, ob und wenn ja wie die Expansion des Sozialstaats darüber hinaus auch Einfluss auf die Qualität familiärer Beziehungen nimmt. So meinte beispielsweise der Wirtschaftsnobelpreisträger James Buchanan feststellen zu können, dass „Verantwortungslosigkeit, Abhängigkeit, Ausbeutung,

Opportunismus, Hedonismus, Rechtsverdrehung, Mißtrauen und Intoleranz“ (zitiert nach: Leisering 2000, S. 65) die logischen Folgen des Sozialstaats seien. Etwas sachlicher formuliert, wird davon ausgegangen, „dass Familie und Wohlfahrtsstaat bei der Bereitstellung von Unterstützung der Gesellschaftsmitglieder miteinander konkurrieren und sich wechselseitig substituieren können“ (Motel-Klingebiel, Tesch-Römer 2006, S. 292). Gemäß dieser Überlegung führt ein Ausbau sozialstaatlicher Leistungen, wie wir ihn im vorangegangenen Jahrhundert beobachten konnten, daher gleichsam zwangsläufig zu einem Abbau der familialen Solidarität im Allgemeinen und der intergenerationaler Austauschbeziehungen im Speziellen, d. h. zu einer Delegation an das soziale Sicherungssystem.

Demgegenüber bevorzugen viele Soziologen ein alternatives Argumentationsschema. Diesem zufolge verdrängt der Staat die Familie nicht aus ihrer Verantwortung, sondern er unterstützt sie bei der Pflege intergenerationaler Beziehungen beispielsweise dadurch, dass er materielle Transfers von den Alten an ihre erwachsenen Kinder durch Pensionszahlungen überhaupt erst möglich macht (siehe u. a.: Künemund, Vogel 2006; Motel-Klingebiel, Tesch-Römer 2006; Reil-Held 2006).

Diese beiden gegensätzlichen Thesen führen zu unterschiedlichen Prognosen. Im Falle einer Auslagerung ist zu erwarten, dass sowohl die Beteiligung an als auch der Umfang von Unterstützungsleistungen zwischen den Generationen in großzügigen Wohlfahrtsstaaten geringer ausfallen wird als in vergleichsweise schwach ausgebauten. Demnach dürften sich Alte und ihre erwachsenen Kinder nicht nur seltener, sondern auch in geringerem Umfang gegenseitig helfen. Eine Unterstützung hingegen würde dazu führen, dass die intergenerationalen Transfernetzwerke engermaschiger und Solidarität zwischen den Generationen in ausgebauten Wohlfahrtsstaaten ausgeprägter sind. Beide Argumentationslinien sind zumindest in Teilen plausibel und werden jeweils durch eine Reihe empirischer Befunde gestützt, wenngleich ein Großteil der aktuellen Studien eher die Unterstützungsthese favorisiert. Im Folgenden werden die beobachteten internationalen Unterschiede im Austauschverhalten familialer Generationen daher vor dem Hintergrund dieser Thesen diskutiert.

Da internationale Unterschiede jedoch nicht nur auf unterschiedliche Sozialstaatskonzepte zurückzuführen sind, sondern ggf. auch unterschiedlichen Wohnarrangements oder kulturellen Vorstellungen von Familiensolidarität entsprechen, werden auch diese Aspekte berücksichtigt. Als weitere Einflussfaktoren sind insbesondere das Alter und der Gesundheitszustand sowie Wohnkonstellationen und Wohnentfernungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Familiengenerationen von Belang.

Als Grundlage der Analysen dient im Folgenden die erste Welle des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) aus dem Jahre 2004. Diese interdisziplinär angelegte Befragung widmet sich gezielt der Lebenssituation der Altersgruppe 50 Jahre und älter in elf europäischen Ländern (Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Deutschland, Österreich, der Schweiz, Spanien, Italien und Griechenland) und bietet mit insgesamt über 30.000 Befragten eine bislang einzigartige Datenbasis. Die Schwerpunkte der Befragung liegen in den Bereichen Gesundheit, sozio-ökonomischer Status und familiäre sowie soziale Netzwerke. Leider können für Deutschland keine Binnendifferenzierungen durchgeführt werden, so dass einzelne Ergebnisse nicht gesondert für Bayern ausweisbar sind.

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

6.2.1 Leistungen an Ältere

Auf der Familienebene soll zunächst untersucht werden, ob und wenn ja in welchem Umfang Ältere praktische Unterstützungsleistungen von ihren erwachsenen Kindern erhalten. Betrachtet werden dabei Hilfeleistungen in den Bereichen Haushaltsführung, Verwaltungsarbeit (z. B. Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen oder im Umgang mit Behörden) und Pflege. Die Analysen konzentrieren sich ausschließlich auf Transfers zwischen Eltern (Altersgruppe 50+) und Kindern, die in getrennten Haushalten leben. Diese Beschränkung ist notwendig, da eine exakte Erfassung derartiger Transferleistungen *innerhalb* eines Haushaltes mit Umfragedaten kaum möglich ist. So werden beispielsweise Hausarbeitstätigkeiten – wie die Zubereitung von Essen oder das Putzen innerhalb eines Haushaltes – von den beteiligten Personen, selbst im Falle einer stark einseitigen Belastung, selten als Unterstützungsleistungen angesehen. Obgleich wir in allen untersuchten Ländern von ausgeprägten und weitgehend intakten Eltern-Kind-Beziehungen ausgehen können, erwarten wir aufgrund kultureller und struktureller Unterschiede bei den folgenden Analysen erhebliche Unterschiede im intergenerationalen Transferverhalten in Europa.

Tab. 6.1 zeigt die allgemeinen Beteiligungsquoten am Empfangen instrumenteller Unterstützungsleistungen sowie den Umfang der empfangenen Leistungen, getrennt nach Staat und Alter. Die *Beteiligungsquote* (linke Spalte) ist der Anteil derjenigen älteren Personen, die innerhalb der letzten zwölf Monate mindestens einmal Unterstützungsleistungen durch ihre Kinder erhalten haben. Der Umfang der Leistungen (rechte Spalte) bezieht sich lediglich auf die Personen, die tatsächlich durch ihre Kinder unterstützt wurden, und gibt die mittlere Dauer empfangener Leistungen in Stunden pro Woche an.⁵⁵

Tab. 6.1: Beteiligung und Umfang – Empfangen instrumenteller Unterstützung

Land	Beteiligungsquote			Umfang in Stunden pro Woche (Median)		
	50 bis 64	65 bis 74	75 und älter	50 bis 64	65 bis 74	75 und älter
Schweden	9,3 %	14,3 %	27,5 %	2,4	1,4	2,2
Dänemark	15,2 %	21,4 %	25,4 %	2,4	1,8	2,0
Niederlande	7,0 %	13,4 %	26,1 %	1,2	1,5	1,4
Belgien	7,8 %	11,5 %	27,0 %	2,1	2,4	4,2
Frankreich	3,2 %	7,6 %	28,1 %	1,8	2,0	4,2
Deutschland	10,0 %	21,3 %	43,2 %	2,4	2,6	5,2
Österreich	14,6 %	17,2 %	37,3 %	2,4	2,4	6,2
Schweiz	6,7 %	11,3 %	18,8 %	1,2	1,2	2,0
Spanien	3,4 %	7,4 %	13,5 %	7,1	6,2	8,3
Italien	3,6 %	9,9 %	18,9 %	7,8	3,4	6,8
Griechenland	6,2 %	19,2 %	39,5 %	3,1	4,2	8,8
Gesamt	7,8 %	13,9 %	28,1 %	2,4	2,4	4,2

Quelle: SHARE, gewichtet; eigene Berechnungen.

⁵⁵ Als Maß wurde hier und im Folgenden der Median gewählt. Dieser bezeichnet den Wert, zu dem 50 % weniger und 50 % mehr Stunden pro Woche Unterstützung empfangen/leisten. Zwar handelt es sich dadurch nicht um einen klassischen Durchschnittswert, jedoch ist dieses Maß weniger anfällig für Ausreißer am oberen Ende der Verteilung.

Schon ein erster Blick auf die Daten bestätigt die Annahme weitreichender länder- und altersspezifischer Unterschiede. Zwar ist allen betrachteten Ländern gemein, dass der Anteil der Unterstützungsempfänger mit dem Alter ansteigt. Doch ist dies wenig überraschend, da der Bedarf an Unterstützung mit steigendem Alter, insbesondere durch gesundheitliche Defizite zunimmt (Schachtner 1996). Wesentlich weniger intuitiv ist dagegen der Befund, dass – mit Ausnahme Griechenlands – insbesondere die südeuropäischen Staaten (Italien und Spanien), denen in der Fachliteratur sowie in der öffentlichen Wahrnehmung besonders starke familiäre Bande zugeschrieben werden (Reher 1998), in allen Altersklassen vergleichsweise geringe Beteiligungsquoten aufweisen. In diesen Ländern erhalten lediglich in der Gruppe der über 75-Jährigen mehr als 10 % der untersuchten Personen Unterstützungsleistungen, in den unteren Altersgruppen dagegen deutlich weniger. Vor allem im Vergleich zu Deutschland, welches zusammen mit Österreich die höchsten Beteiligungsquoten aufweist, werden die Differenzen innerhalb Europas besonders deutlich: Hier sind die Beteiligungsquoten mitunter doppelt (Italien) bis dreimal (Spanien) so hoch wie in den südeuropäischen Ländern. In Deutschland erhält bereits jeder Zehnte in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen Unterstützungsleistungen durch seine Kinder. Im Alter zwischen 65 und 74 Jahren ist es bereits jeder Fünfte und bei den über 75-Jährigen ist es beinahe jeder Zweite.

Berücksichtigt man allerdings neben der bloßen Beteiligung auch den zeitlichen Umfang der Leistungen, so kehrt sich dieses Bild nahezu ins Gegenteil. Gemessen am Umfang der Stundenleistungen pro Woche zeichnen sich nun gerade Spanien und Italien durch eine hohe Transferintensität aus. Wenn ältere Personen in Südeuropa also Hilfe empfangen, dann geschieht dies in einem deutlich höheren Umfang als im restlichen Europa. So erhält beispielsweise die Hälfte der 50- bis 64-jährigen Transferempfänger in Spanien mindestens 7,1 Stunden Unterstützung durch ihre Kinder. Bei den 65- bis 74-Jährigen erhalten 50 % der Unterstützten immerhin 6,2 Stunden und bei den 75-Jährigen und älteren sind es sogar 8,3 Stunden. Die entsprechenden Werte für Deutschland sind dagegen mit 2,4 (50 bis 64), 2,6 (65 bis 74) und 5,2 (75 und älter) wesentlich niedriger.

Zum einen unterstützt demnach gerade in Ländern mit starken Wohlfahrtsstaaten wie Schweden, Dänemark, Deutschland oder Österreich ein großer Anteil der Kinder die eigenen Eltern durch Hilfeleistungen. Zum anderen ist in diesen Ländern der zeitliche Umfang der Unterstützung an die Elterngeneration geringer. Demgegenüber stehen insbesondere Länder mit schwächerem sozialstaatlichen Schutz, wie Spanien, Italien und Griechenland, beim Umfang der Transfers an Europas Spitze.

Im Hinblick auf die eingangs erwähnte Diskussion bezüglich einer möglichen Verdrängung der Familie als „Wohlfahrtsproduzent“ zeichnen diese Befunde ein differenziertes Bild: Einerseits weist die insbesondere in starken Wohlfahrtsstaaten verbreitete Unterstützung auf eine Förderung dieses Verhaltens hin. Andererseits könnte die geringere Transferintensität in diesen Staaten als Delegation von Aufgaben an die Sicherungssysteme interpretiert werden.

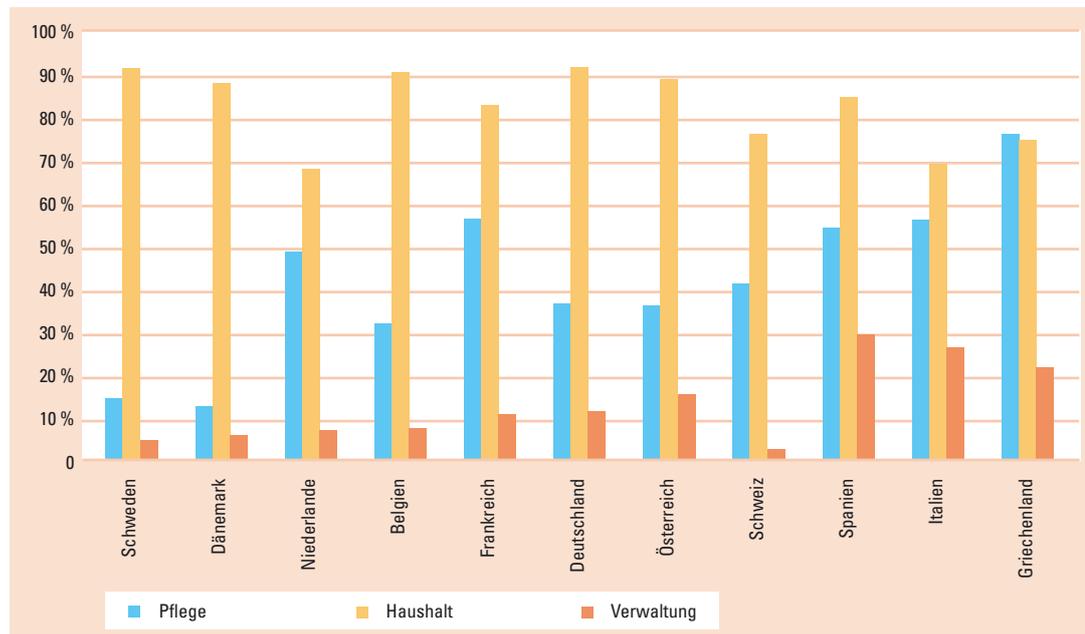
Mit Hilfe einer nach Transferarten differenzierten Analyse der empfangenen Hilfeleistungen soll im Folgenden die wesentliche Ursache für diese gegenläufigen Befunde aufgedeckt werden. Hierbei wird zwischen Hilfe bei der Haushaltsführung (Haushalt), Hilfe mit Behörden und Ämtern (Verwaltung) und persönlicher Pflege, insbesondere bei gesundheitlichen Problemen (Pflege), unterschieden.

In allen untersuchten Ländern nehmen die praktischen Hilfen im *Haushalt* einen sehr hohen Stellenwert im Kontext intergenerationaler Austauschbeziehungen ein: 70 bis 90 % der Hilfeempfänger geben an, dass sie von ihren Kindern bei Haushaltstätigkeiten wie kleineren Reparaturen,

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Gartenarbeit, Einkaufen oder Hausarbeit unterstützt wurden. Hierbei zeigen sich keine deutlichen regionalen Unterschiede innerhalb Europas. Zudem sind die beobachteten Niveauunterschiede zwischen den meisten Staaten relativ gering.

Abb. 6.3: Beteiligung an einzelnen Unterstützungsarten – Empfangen von instrumenteller Unterstützung



Quelle: SHARE, gewichtet; eigene Berechnungen.

Betrachtet man die zweithäufigste Unterstützungstätigkeit, die *Pflege*, so ergeben sich erhebliche innereuropäische Differenzen. Der Anteil derer, die Pflege empfangen, schwankt zwischen weniger als 25 % in Dänemark bis zu mehr als 75 % in Griechenland, wobei die Pflege in Griechenland sogar die häufigste Unterstützungsleistung darstellt. In Nordeuropa (Schweden und Dänemark) empfängt die Altersgruppe 50+ am seltensten Pflegeleistungen von ihren Kindern. Am häufigsten werden die Eltern dagegen in den südeuropäischen Ländern Spanien, Italien und Griechenland von ihren Kindern gepflegt. Lediglich in Frankreich empfangen die Älteren ebenso häufig Pflegeleistungen durch ihre Kinder. Für Mitteleuropa ergibt sich mithin ein relativ uneinheitliches Bild mit hohen Beteiligungsquoten in Frankreich und den Niederlanden und mittleren Quoten in Belgien, Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eine mögliche Erklärung dieser teils deutlichen Differenzen liegt in den unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Traditionen der verschiedenen europäischen Staaten, welche sich in spezifischen Kombinationen von der gesetzlichen Regelung zur Altenpflege und der Verfügbarkeit in Betreuungsdiensten manifestieren. Einen Überblick hierzu liefert die von Haberkern und Szydlík (2008) übernommene Tab. 6.2.

Tab. 6.2: Gesetzliche Verpflichtung und ambulante Pflege

Gesetzliche Verpflichtung zur Pflege	Niveau professioneller ambulanter Pflege		
	niedrig	mittel	hoch
Ja	Spanien Griechenland Italien	Österreich Belgien Deutschland Frankreich	
Nein		Niederlande	Schweiz Dänemark Schweden

Quelle: Haberkern und Szydlik (2008: 84).

Auf Basis dieser Typologie werden weite Teile der internationalen Differenzen verständlich:

- In den Staaten Südeuropas existiert eine gesetzliche Verpflichtung zur Pflege, zugleich ist ambulante Pflege nur in geringem Umfang verfügbar. Insofern stehen den Familienmitgliedern im Bedarfsfall oftmals keine Alternativen zur Eigeninitiative zur Verfügung. Staatliche Leistungen werden nur gewährt, wenn die Familienmitglieder eine Versorgung nicht gewährleisten können (Gori 2000). Dies erklärt das hohe Stundenvolumen geleisteter Transfers in den betreffenden Ländern.
- Im Gegensatz hierzu ist es in den Ländern Mitteleuropas möglich, die gesetzliche Verpflichtung zur Pflege durch den Rückgriff auf professionelle ambulante Pflegedienste zu kompensieren. Das Stundenvolumen der empfangenen Hilfeleistungen fällt in diesen Ländern entsprechend geringer aus.
- In den skandinavischen Staaten sowie der Schweiz und den Niederlanden besteht keine gesetzliche Pflegeverpflichtung. Folglich sind in diesen Ländern die Transfervolumina auch am niedrigsten. Dennoch kann man auch hier nicht von einer vollständigen Verdrängung innerfamiliärer Solidarität durch den Staat sprechen. Hierfür sind vor allem Verantwortungsgefühle der Kinder gegenüber ihren Eltern und deren Wohlergehen (Finch, Mason 1990), aber auch Reziprozitätserwartungen verantwortlich.

Angesichts der vergleichsweise hohen Beteiligungsquoten in Staaten, in denen keine Pflegeverpflichtungen gelten und die ambulante Pflege ein hohes Niveau erreicht, kann festgehalten werden, dass ambulante Pflegedienste die Beteiligung an intergenerationalen Austauschbeziehungen keinesfalls verdrängen, sondern sie sogar wahrscheinlicher machen. Sie „begünstigen [...] eine (Teil-)Pflege durch die Kinder, und zwar auch dann, wenn diese erwerbstätig sind oder weitere Verpflichtungen haben.“ (Haberkern, Szydlik 2008, S. 84). Dieses Modell der „gemischten Verantwortung“ (Motel-Klingebiel, Tesch-Römer 2006) begünstigt die Produktion innerfamiliärer Solidarität nicht zuletzt deshalb, weil es das Konfliktpotenzial intergenerationaler Beziehungen merklich reduziert. Denn häufig sind es gerade die von Pflegeleistungen geprägten sehr zeitintensiven Beziehungen, die stark konfliktbeladen sind (Lüscher 2002).

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Zusammenfassend lässt sich im Hinblick auf den Empfang instrumenteller Transfers durch die Altersgruppe 50+ festhalten, dass die massiven Unterschiede im zeitlichen Umfang empfangener privater Unterstützungsleistungen insbesondere auf den vergleichsweise hohen Stellenwert zeitintensiver Pflegeleistungen in Südeuropa zurückzuführen sind. Während die geringere zeitliche Intensität instrumenteller Transfers in den Ländern mit umfangreicheren staatlichen Pflegemöglichkeiten als Verdrängungseffekt gewertet werden kann, ist das höhere Ausmaß der Beteiligung an intergenerationalen Austauschbeziehungen in diesen Staaten ein Hinweis auf wechselseitige Ergänzung privater und öffentlicher Leistungen. Im Folgenden soll untersucht werden, ob ähnliche regionale Muster auch bei den Transfers zu beobachten sind, die die Älteren an die jüngere Generation leisten.

6.2.2 Unterstützung durch Ältere

Zur Darstellung, in welchem Umfang die Altersgruppe der über 50-Jährigen im Rahmen instrumenteller Austauschbeziehungen selbst aktiv wird, werden sowohl Unterstützungsleistungen an die Kinder als auch an die Enkelkinder berücksichtigt. Neben den Tätigkeiten in den Bereichen Haushaltsführung, Verwaltung und Pflege wird hier daher auch die Betreuung von Enkelkindern in die Analysen einbezogen.

Die regionalen Muster innerhalb Europas, die bereits beim Empfang von Unterstützungsleistungen zu beobachten waren, treten bei der Gewährung von Hilfen noch deutlicher zu Tage. Die vergleichsweise stark ausgebauten Wohlfahrtsstaaten Nord- und Mitteleuropas haben tendenziell hohe Beteiligungsquoten bei gleichzeitig niedrigen Stundenvolumina. Ganz im Gegenteil hierzu sind in Südeuropa (Leibfried 1992) die Beteiligungsquoten niedriger, die zeitlichen Aufwände dafür aber relativ hoch.

Tab. 6.3: Beteiligung und Umfang – Leisten instrumenteller Unterstützung

Land	Beteiligung			Umfang in Stunden pro Woche		
	50 bis 64	65 bis 74	75 und älter	50 bis 64	65 bis 74	75 und älter
Schweden	64,5 %	58,0 %	19,0 %	3,3	5,2	1,5
Dänemark	66,3 %	60,9 %	13,2 %	3,8	3,6	2,0
Niederlande	62,7 %	64,2 %	20,1 %	4,8	4,6	2,8
Belgien	62,4 %	53,7 %	20,2 %	8,3	7,5	4,2
Frankreich	49,4 %	41,6 %	15,9 %	5,2	7,2	5,5
Deutschland	51,7 %	38,6 %	18,0 %	5,8	6,2	3,6
Österreich	48,3 %	40,1 %	15,3 %	6,8	7,1	4,8
Schweiz	47,1 %	41,7 %	12,9 %	3,8	4,2	2,0
Spanien	34,4 %	37,6 %	17,7 %	7,3	14,0	12,9
Italien	41,9 %	39,2 %	16,8 %	14,2	14,0	14,0
Griechenland	37,8 %	38,4 %	16,4 %	14,2	14,0	7,0
Gesamt	53,1 %	46,8 %	17,4 %	6,0	6,2	4,2

Quelle: SHARE, gewichtet; eigene Berechnungen.

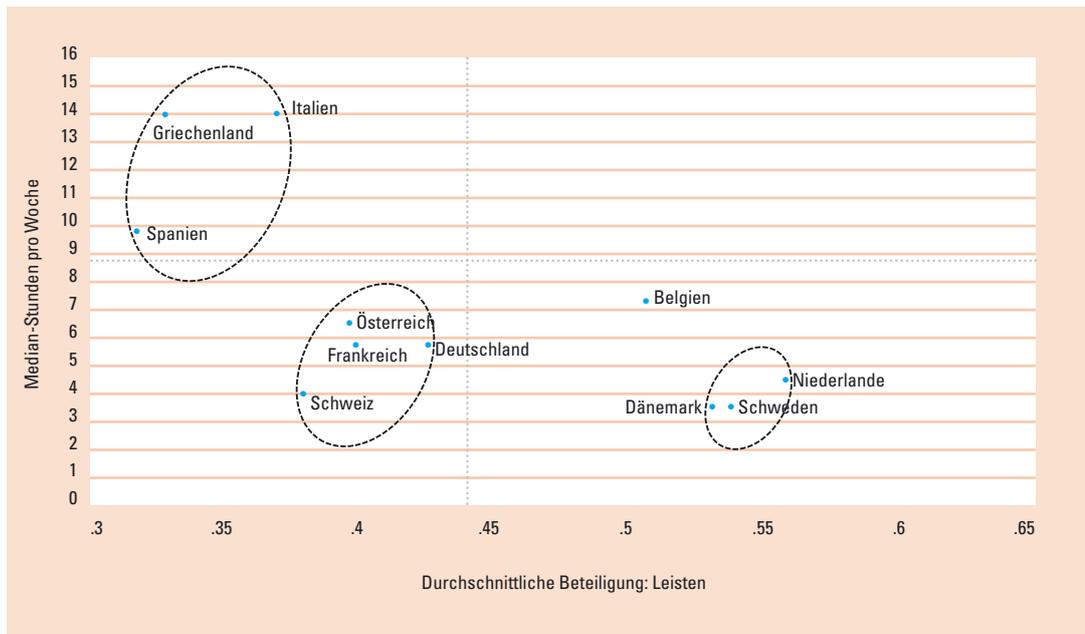
In Deutschland leistet mehr als jeder zweite 50- bis 64-Jährige praktische Unterstützung an seine Kinder bzw. Enkelkinder. Im Vergleich zu Südeuropa sind dies zwischen 10 und 15 Prozentpunkte mehr, gegenüber Nordeuropa allerdings ca. 15 Prozentpunkte weniger. Folglich liegt Deutschland hier zusammen mit Frankreich, Österreich und der Schweiz im Mittelfeld. Auch wenn Deutschland in der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen eine Beteiligung von unter 40 % aufweist und hier somit zusammen mit den südeuropäischen Ländern die Staatengruppe mit den niedrigsten Beteiligungsquoten bildet, ist der Unterschied zu den zentraleuropäischen Staaten in dieser Altersgruppe vergleichsweise niedrig (ca. zwei Prozentpunkte). Denn auch in den anderen Ländern Mitteleuropas kommt es bei den 65- bis 74-Jährigen zu einem relativ deutlichen Rückgang der Beteiligungsquoten um beinahe zehn Prozentpunkte, wohingegen die Beteiligungsquoten in Südeuropa nahezu konstant bleiben. Insofern gleichen sich diese Ländergruppen an. In Nordeuropa ist die Beteiligungsquote mit ca. 60 % auch in dieser Altersgruppe am höchsten. Dennoch ist auch hier ein Rückgang um ca. fünf Prozentpunkte zu beobachten.

Mit weiter steigendem Alter ist ein deutlicher Rückgang der Beteiligung in allen Ländern zu verzeichnen. Insgesamt gleichen sich die Beteiligungsquoten über alle Länder hinweg an und liegen zwischen 12,9 % in der Schweiz und 20,2 % in Belgien. Dies ist auf Grund des sich im höheren Alter meist verschlechternden Gesundheitszustandes nicht sehr überraschend. Während der Bedarf für die Unterstützung durch die eigenen Kinder mit steigendem Alter zunimmt, verringert sich mit zunehmendem Alter die eigene Fähigkeit Hilfe zu leisten. Dennoch unterstützt beispielsweise in Deutschland noch fast jeder Fünfte der über 75-Jährigen seine Kinder oder Enkelkinder.

Beim Vergleich von Umfang und Volumen der Transfers Älterer (Tab. 6.3) zeigt sich ein ähnliches Muster wie bei der erhaltenen Unterstützung. In den südeuropäischen Ländern ist der Anteil der Helfenden wiederum eher gering bei gleichzeitig hoher Transferintensität. So ist beispielsweise der durchschnittliche Zeitaufwand für Hilfsleistungen gegenüber den jüngeren Generationen in Italien mit 14,2 Stunden bei den 50- bis 64-Jährigen im Vergleich zu Deutschland mehr als doppelt so hoch (5,8 Std.); bezogen auf Schweden (3,3 Std.) beträgt dieser sogar das Vierfache. Ein ähnliches Bild findet sich in allen Altersgruppen; es ist bei den über 75-Jährigen am stärksten ausgeprägt, da sich vor allem in Italien und Spanien die Zeiteinheiten nur geringfügig verändern, wohingegen sie in den übrigen Ländern teils deutlich zurückgehen (vgl. Tab. 6.3).

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Abb. 6.4: Median-Stunden pro Woche vs. durchschnittliche Beteiligung am Leisten instrumenteller Unterstützung⁵⁶



Quelle: SHARE, gewichtet; eigene Berechnungen.

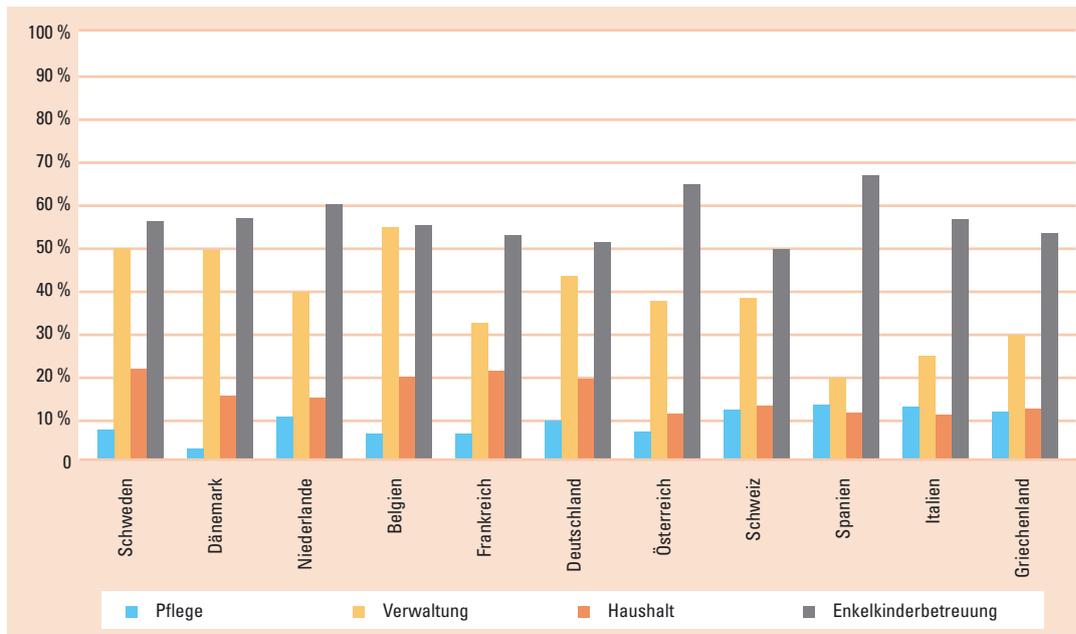
Demnach zeichnet sich Südeuropa durch ein Muster mit niedrigen Beteiligungsquoten bei gleichzeitig hohen Stundenumfängen aus. Die Situation in Zentraleuropa dagegen ist durch geringe bis mittlere Beteiligungsquoten und niedrige Stundenzahlen gekennzeichnet. Nordeuropa bildet an dieser Stelle nicht nur geographisch das Gegenstück zu Südeuropa, da hier relativ hohe Beteiligungsquoten mit tendenziell niedrigen Transfervolumina einhergehen. Die wohlstandsstaatliche Tradition der Niederlande bedingt die Nähe zu den skandinavischen Staaten. Eine Ausnahme in dieser Abbildung bildet Belgien. Der zeitliche Umfang befindet sich hier in etwa auf zentraleuropäischem Niveau, wohingegen die Beteiligungsquoten denen Nordeuropas am nächsten kommen.

Anders als bei den empfangenen Hilfen macht unter den Leistungen für die Kindergeneration die Pflege nur einen sehr geringen Anteil aus, was darauf zurückgehen dürfte, dass die Kinder der Altersgruppe 50 und älter nur selten pflegebedürftig sind. Wie Abb. 6.5 zeigt, nimmt stattdessen die Enkelkinderbetreuung einen zentralen Stellenwert ein. Dies gilt ausnahmslos für alle untersuchten Staaten, wenngleich mit Niveauunterschieden: Der Anteil der Hilfeleistenden, der im Rahmen von Enkelkinderbetreuung aktiv wird, bewegt sich zwischen ca. 50 % in der Schweiz und über 75 % in Spanien. Ausgeprägte regionale Muster sind nicht zu erkennen.

⁵⁶ Die beiden Hilfslinien markieren jeweils den Mittelpunkt zwischen empirischem Minimum und Maximum auf der x- bzw. y-Achse.

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Abb. 6.5: Anteile der Gewährung von einzelnen Unterstützungsarten



Quelle: SHARE, gewichtet; eigene Berechnungen.

Pflege- aber auch Haushaltstätigkeiten spielen als Leistung der Eltern an die Kinder nur eine geringere Rolle. Die Häufigkeit der Hilfe bei der Hausarbeit schwankt dabei zwischen knapp über 10 % in Österreich und fast 25 % in der Schweiz. Regional differenziert zeigt sich hier insbesondere ein Unterschied zwischen Südeuropa (mit geringen Beteiligungsquoten) und dem restlichen Europa (mit höheren Beteiligungsquoten), wobei Österreich mit einer geringen Beteiligung an dieser Transferart auffällt.

Der Blick auf die elterliche Unterstützung der Kinder bei Verwaltungstätigkeiten zeigt, dass diese in Nord- und Mitteleuropa relativ häufig vorkommt. Die Quoten reichen von über 30 % in Frankreich bis zu 50 % in Schweden. In Südeuropa liegen die Anteile deutlich niedriger und nur in Griechenland liegt der Wert bei ca. 30 %. Somit besteht in Nord- und Mitteleuropa diesbezüglich v. a. ein Bedarf der Kinder, wohingegen in Südeuropa Eltern und Kinder in ähnlicher Weise Hilfestellungen erhalten (vgl. Abb. 6.5).

In Bezug auf die Gewährung von Unterstützung ergibt sich somit kein regionalspezifisches Muster. Auf Seiten der Elterngeneration zeigt sich lediglich eine allgemeine Dominanz der Enkelkinderbetreuung als Transferart. Vor diesem Hintergrund gehen die Unterschiede im Gesamtumfang der Leistungen – insbesondere die höheren zeitlichen Engagements in Südeuropa – auf eine zeitlich umfangreichere Hilfeleistung bei den gleichen Tätigkeiten zurück.

Betrachtet man die bedeutsamste Transferart, die Betreuung der Enkelkinder, so zeigt sich, dass der Leistungsumfang deutlich variiert. In Deutschland liegt der mittlere Stundenwert (Median) bei den 50- bis 64-Jährigen bei weniger als drei Stunden pro Woche, in Italien hingegen bei über 10 Stunden pro Woche und in Griechenland sogar bei ca. 12 Stunden wöchentlich. Lediglich in Spanien ist dieser Wert mit ca. 3,5 Stunden nur unwesentlich höher als in Zentraleuropa.

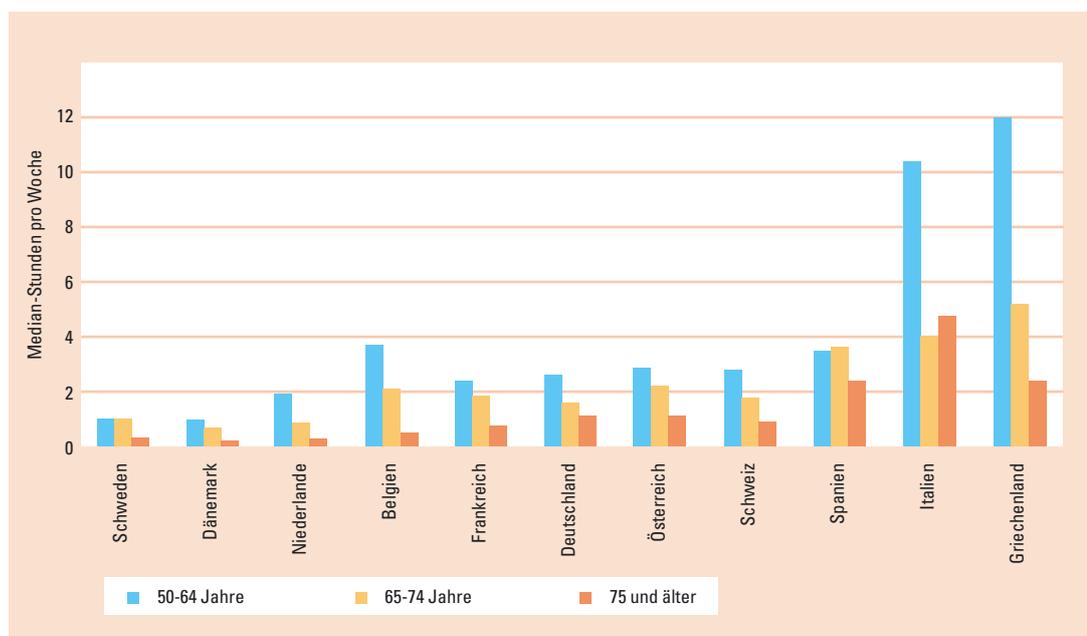
6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

In den mitteleuropäischen Staaten betreuen die Großeltern ihre Enkelkinder ca. zwei Stunden pro Woche. Die nordeuropäischen Staaten weisen ein besonderes Muster beim Umfang der Transferleistungen Älterer an Jüngere auf. Insbesondere in Schweden und Dänemark fällt die erbrachte Zeit für Enkelkinderbetreuung mit ca. einer Stunde pro Woche bei den 50- bis 64-Jährigen noch einmal deutlich niedriger aus als in Mitteleuropa.

Auch wenn in allen Ländern (mit Ausnahme Spaniens) mit steigendem Alter ein Rückgang der aufgewendeten Zeit zu erkennen ist, bleibt der Niveauunterschied zwischen Südeuropa und dem restlichen Europa stabil. Dies deutet darauf hin, dass der Betreuungsbedarf für Enkelkinder innerhalb Europas staatenpezifisch unterschiedlich gedeckt wird: Das stark ausgebaute Kinderbetreuungsangebot in den kinderreichen skandinavischen Wohlfahrtsstaaten führt dazu, dass hier ein Großteil des Betreuungsbedarfes durch den Staat abgedeckt wird (siehe Kapitel 2.3). Obwohl in Skandinavien beide Elternteile häufiger erwerbstätig sind als in den anderen europäischen Staaten, übernehmen die Großeltern hier nur in geringem zeitlichen Umfang Betreuungsaufgaben.

In Südeuropa hingegen wird die Betreuung kleiner Kinder auf Grund fehlender Betreuungseinrichtungen in hohem Maße durch die Familien und insbesondere die Mütter übernommen. Der Anteil erwerbstätiger Mütter ist hier deutlich geringer und eine Betreuung der Enkel durch die Großeltern somit seltener erforderlich. Wenn jedoch – z. B. aufgrund der Erwerbsbeteiligung der Mutter – Großeltern Betreuungsaufgaben übernehmen, wenden sie viel Zeit dafür auf, da sie weniger auf flankierende institutionelle Betreuung zurückgreifen können (Hank 2008, S. 8).

Abb. 6.6: Median-Stunden pro Woche aufgewendet für Enkelkinderbetreuung



Quelle: SHARE, gewichtet; eigene Berechnungen.

Während demnach Nord- und Südeuropa bezüglich geleisteter Transfers in Europa entgegengesetzte Pole widerspiegeln, finden sich in den mitteleuropäischen Staaten Mischtypen, in denen sowohl die Familie als auch der Staat Betreuungsaufgaben übernehmen.

Zusammenfassend kann somit auch hier festgehalten werden, dass „ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat [...] die Familie nicht überflüssig [macht], sondern [...] lediglich ihre Aufgaben“ verändert (Hank 2008, S. 9). Im Hinblick auf die Enkelkinderbetreuung entlastet er die Eltern und die Großeltern und bietet Raum für intergenerationale Solidarität jenseits der Enkelkinderbetreuung.

6.3 Individuelle Einstellungen zur intergenerationalen Unterstützung

Wie bereits in den vorangegangenen Abschnitten gezeigt werden konnte, kommt es innerhalb von Familien sehr häufig zu praktischen Unterstützungsleistungen über die Generationen hinweg. Bisher wurden als Einflussfaktoren für die Anteile von Aktiven und den Stundenumfang von Transfers vor allem die Möglichkeit Hilfe zu leisten bzw. der Bedarf Hilfe zu empfangen sowie der wohlfahrtsstaatliche Kontext angeführt. Im Folgenden werden weitere mögliche Aspekte herausgearbeitet, die einerseits die individuelle Beteiligung an intergenerationalen Transfers und andererseits die zwischenstaatlichen Unterschiede im Transfergeschehen erklären können. Betrachtet werden zum einen individuelle *Einstellungen* der untersuchten Personen und zum anderen die *Strukturen der Familien bzw. der Haushalte* (vgl. Tab. 6.4). Als Indikator für relevante Einstellungen wird die durchschnittliche Zustimmung zur Frage herangezogen, ob die soziale Verantwortung für Pflegeleistungen eher in der Familie oder beim Staat liegen sollte. Die erste Spalte der Tab. 6.4 weist aus, wie hoch der Anteil an Personen ist, welche die Familie eindeutig in der Verantwortung sehen, wenn Angehörige gepflegt werden müssen oder Familienmitglieder Hilfe im Haushalt benötigen. Die zweite Spalte hingegen spiegelt den Anteil derer wider, die hierbei eindeutig dem Staat die Verantwortung zuschreiben.



6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Tab. 6.4: Deskription wichtiger erklärender Merkmale

50-64 Jahre	Anteil Personen: Familie in Verantwortung	Anteil Personen: Staat in Verantwortung	Anteil Personen: Großeltern auch um Enkel kümmern	Anteil Haushalte mit min. 1 rele- vanten Person im Umkreis ¹	Durchschnittliche Haushaltsgröße
Schweden	34.1 %	49.5 %	63.7 %	72.4 %	2.0
Dänemark	26.3 %	65.3 %	51.1 %	76.7 %	1.9
Niederlande	31.6 %	43.0 %	48.4 %	83.6 %	2.2
Belgien	37.5 %	30.1 %	63.2 %	90.6 %	2.2
Frankreich	58.8 %	22.7 %	84.4 %	70.3 %	2.2
Deutschland	48.4 %	9.1 %	70.4 %	79.7 %	2.2
Österreich	21.9 %	18.6 %	49.5 %	83.4 %	2.0
Schweiz	38.1 %	17.8 %	47.8 %	79.3 %	2.1
Spanien	51.2 %	15.0 %	76.4 %	92.2 %	3.0
Italien	51.3 %	11.9 %	84.3 %	91.4 %	2.8
Griechenland	56.7 %	7.8 %	79.4 %	83.1 %	2.5
Gesamt	41.8 %	27.9 %	66.4 %	81.9 %	2.3
65-74 Jahre	Anteil Personen: Familie in Verantwortung	Anteil Personen: Staat in Verantwortung	Anteil Personen: Großeltern auch um Enkel kümmern	Anteil Haushalte mit min. 1 rele- vanten Person im Umkreis	Haushaltsgröße
Schweden	36.6 %	43.0 %	79.6 %	73.5 %	1.8
Dänemark	32.4 %	61.2 %	59.8 %	77.6 %	1.6
Niederlande	33.8 %	41.4 %	62.8 %	86.9 %	1.8
Belgien	37.6 %	27.5 %	77.8 %	90.7 %	1.8
Frankreich	62.1 %	17.7 %	91.3 %	71.8 %	1.7
Deutschland	52.0 %	7.9 %	80.1 %	79.6 %	1.9
Österreich	32.3 %	18.5 %	63.6 %	84.3 %	1.8
Schweiz	42.9 %	12.6 %	68.9 %	81.5 %	1.7
Spanien	51.5 %	18.9 %	88.8 %	91.8 %	2.3
Italien	53.9 %	12.5 %	91.2 %	91.9 %	2.2
Griechenland	52.8 %	15.1 %	90.1 %	86.4 %	1.8
Gesamt	45.0 %	24.6 %	79.4 %	83.7 %	1.9
75 Jahre und älter	Anteil Personen: Familie in Verantwortung	Anteil Personen: Staat in Verantwortung	Anteil Personen: Großeltern auch um Enkel kümmern	Anteil Haushalte mit min. 1 rele- vanten Person im Umkreis	Haushaltsgröße
Schweden	46.8 %	30.3 %	80.1 %	71.3 %	1.5
Dänemark	35.0 %	53.3 %	64.5 %	73.6 %	1.4
Niederlande	39.8 %	36.9 %	62.7 %	83.5 %	1.5
Belgien	49.0 %	23.6 %	82.4 %	89.7 %	1.5
Frankreich	70.3 %	17.8 %	92.1 %	75.6 %	1.5
Deutschland	59.2 %	10.7 %	83.0 %	80.6 %	1.7
Österreich	40.1 %	17.5 %	66.1 %	86.4 %	1.4
Schweiz	61.4 %	6.9 %	81.2 %	74.3 %	1.5
Spanien	51.5 %	19.5 %	91.0 %	91.4 %	2.3
Italien	66.8 %	10.0 %	92.1 %	90.0 %	2.1
Griechenland	56.1 %	13.1 %	90.4 %	89.4 %	1.5
Gesamt	52.2 %	22.6 %	81.5 %	82.9 %	1.6

Quelle: SHARE, gewichtet; eigene Berechnungen; Fragestellungen und Aufbereitung der ersten drei Merkmale siehe Anhang.

¹ ausschließlich Kinder oder Eltern der befragten Personen im Umkreis von höchstens 25 km.

In Deutschland ist ungefähr jeder zweite (ca. 48 %) der 50- bis 64-Jährigen der Meinung, dass vor allem die Familie Verantwortung für die Unterstützung bedürftiger Familienangehöriger tragen sollte. Damit bewegt sich Deutschland – und noch stärker Frankreich – in etwa auf demselben Niveau wie die südeuropäischen Staaten. Vor allem in den mittel- und südeuropäischen Ländern werden der Familie somit deutlich mehr Pflegeaufgaben und -verantwortlichkeiten zugeschrieben werden als in den übrigen Ländern. In den übrigen Staaten schwankt dieser Wert zwischen 38 % in der Schweiz und 22 % in Österreich.

Bemerkenswerterweise nimmt in den älteren Geburtsjahrgängen der Anteil der Befürworter einer familiären Pflege kontinuierlich zu. So ist in Deutschland etwa innerhalb der Altersklasse der 50- bis 64-Jährigen knapp die Hälfte der Meinung, dass die Familie die Verantwortung für Pflege und Haushaltsunterstützung haben sollte. In der Altersgruppe der ab 75-Jährigen hingegen trifft dies auf 59 % zu. Eine ähnlich deutliche Entwicklung zeigt sich in Dänemark, Schweden und den Niederlanden. In den Altersgruppen bis 74 Jahren ist noch die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass es im Aufgabenbereich des Staates liege, sich um die Pflege der Menschen zu kümmern. In der Altersgruppe 75+ allerdings kehrt sich dieses Bild jedoch teilweise um, so dass auch in Schweden und den Niederlanden die Familie mehr Verantwortung zugeschrieben bekommt.⁵⁷

Trotz dieser altersspezifischen Unterschiede zeigt sich international vergleichend, dass in Nord- europa – im Vergleich zu Südeuropa und weiten Teilen Mitteleuropas – allgemein ein Großteil der Menschen über 50 ein starkes Engagement des Staates favorisiert. Somit existiert zumindest teilweise eine Übereinstimmung zwischen den Zuständigkeitsnormen und dem tatsächlichen Aufbau des Wohlfahrtsstaates. In den Niederlanden, Dänemark und Schweden ist die Kindergeneration gesetzlich nicht dazu verpflichtet, ihre Eltern im Alter zu pflegen. Übereinstimmend mit dem Wohlfahrtsregime sehen entsprechend auch tendenziell mehr Menschen die Pflegeverantwortung beim Staat. Im Gegensatz dazu existiert in Griechenland, Spanien, Italien sowie in Deutschland und Frankreich eine gesetzliche Verpflichtung der Kinder ihre Eltern zu pflegen. Dies korrespondiert mit hohen Anteilen von Personen, welche die Pflegeverantwortung bei der Familie verorten. Österreich und Belgien durchbrechen diesen Zusammenhang und der Anteil, der die Verantwortung für Pflege etc. bei der Familie sieht, ist trotz bestehender gesetzlicher Verpflichtung relativ gering. Auch die Schweizer passen nicht in das Muster. Hier ist der Anteil derjenigen, welche die Verantwortung an den Staat delegieren, relativ gering.⁵⁸

Diese Ergebnisse kommen vergleichbaren früheren empirischen Befunden relativ nahe (Walker 1999). Insgesamt lässt sich aus diesen Ergebnissen schließen, dass insbesondere die beiden kontrastierenden Wohlfahrtstypen Nord- bzw. Südeuropas eine hohe Übereinstimmung zwischen wohlfahrtsstaatlichen Ausprägungen und normativen Überzeugungen aufweisen. Hof- äcker und Gehringer (2004, S. 51) sprechen in diesem Zusammenhang von unterschiedlichen „Einstellungskulturen“ in Bezug auf Pflege und Verantwortlichkeit für Familienmitglieder.

Ein ähnlicher Trend ergibt sich auch für die Betreuung von Enkelkindern. Die höchsten Anteile an Personen, die den Großeltern die Verantwortung für die Betreuung zuschreiben, ergeben sich für die südeuropäischen Staaten, wobei in Deutschland und Frankreich wiederum ähnlich votiert wird. Insgesamt jedoch kann von einer breiten, europaweiten Zustimmung für die Mitverantwortlichkeit der Großeltern für die Enkelkinder gesprochen werden kann. Einen wichtigen Einflussfaktor auf das Ausmaß des Engagements bildet die Bedeutung der Beziehung zwischen

⁵⁷ Ob diese Entwicklung alters- oder kohortenbedingt ist, lässt sich auf Grund der vorliegenden Querschnittsdaten an dieser Stelle nicht empirisch beantworten.

⁵⁸ Zur gesetzlichen Verpflichtung zur Pflege der Eltern siehe Haberkern & Szydlik 2008.

Großeltern und ihren Enkelkindern (Raab et al. 2009, S. 43ff.). Auch wirkt sich die Befürwortung einer allgemeinen Zuständigkeit der Familie für Pflegeleistungen zumindest in Nord- und Mitteleuropa positiv auf den Umfang der Leistungen an jüngere Generationen aus. Normative Orientierungen spielen somit nicht nur im Zusammenhang mit der wohlfahrtsstaatlichen Ausgestaltung von Institutionen eine zentrale Rolle. Sie entfalten auch innerhalb wohlfahrtsstaatlicher Arrangements eine eigenständige direkte Wirkung auf das Transferverhalten in Mehrgenerationenbeziehungen.

Zusätzlich zu den normativen Orientierungen gibt Tab. 6.4 die Anteile von Haushalten mit mindestens einer transferrelevanten⁵⁹ Person im Umkreis von höchstens 25 km sowie die durchschnittliche Haushaltsgröße an. Diese beiden Indikatoren bieten Aufschluss über die räumliche Nähe zwischen den Generationen und zeigen dabei zum einen, dass in Südeuropa Eltern, Kinder und Enkelkinder häufiger räumlich eng beieinander leben, zum anderen, dass dort auch die Familienhaushalte im Mittel größer sind. Die Tatsache, dass in Südeuropa Eltern und erwachsene Kinder häufiger in größerer räumlicher Nähe zueinander wohnen, ermöglicht überhaupt erst die zuvor in unseren Analysen beobachteten großen zeitlichen Transferumfänge. Darüber hinaus führen die durchschnittlich größeren Haushalte dazu, dass eine haushaltsexterne Hilfe tendenziell seltener benötigt wird. Folglich ist davon auszugehen, dass die niedrigen Beteiligungsquoten in Südeuropa zum Teil die spezifische Erfassung der betrachteten intergenerationalen Transfers im Rahmen der SHARE-Studie widerspiegeln: Die Datenlage ermöglicht hier lediglich eine Erfassung von Transfers *zwischen verschiedenen Haushalten*. Es ist jedoch davon auszugehen, dass größere Haushalte und insbesondere auch Mehrgenerationenhaushalte die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass ein Bedarf an Unterstützung zunächst innerhalb eines gemeinsamen Haushaltes gedeckt wird.

6.4 Gegenüberstellung von erhaltenen und gewährten Leistungen

Wie die bislang präsentierten Befunde zeigen, findet sich in den europäischen Ländern ein enges und teils sehr unterschiedliches Geflecht von Unterstützungsleistungen zwischen den Generationen. Häufigkeit und Umfang sind abhängig von verschiedenen Einflussfaktoren wie z. B. dem wohlfahrtsstaatlichen Kontext, den Familienstrukturen, Bedürfnissen und Gelegenheitsstrukturen. So legen die dargestellten Ergebnisse den Schluss nahe, dass ein starker Wohlfahrtsstaat die Bedeutung intergenerationaler Unterstützung verändert: Durch die Übernahme besonders belastender Tätigkeiten wird die Bereitschaft zur individuellen Beteiligung an intergenerationalen Unterstützungsleistungen tendenziell erhöht. Allerdings wird der zeitliche Umfang der Unterstützungsleistungen reduziert, da ein Großteil der grundlegenden und zeitintensiven Hilfen, wie die Pflege Älterer oder die Betreuung kleiner Kinder, auf Institutionen verlagert wird.

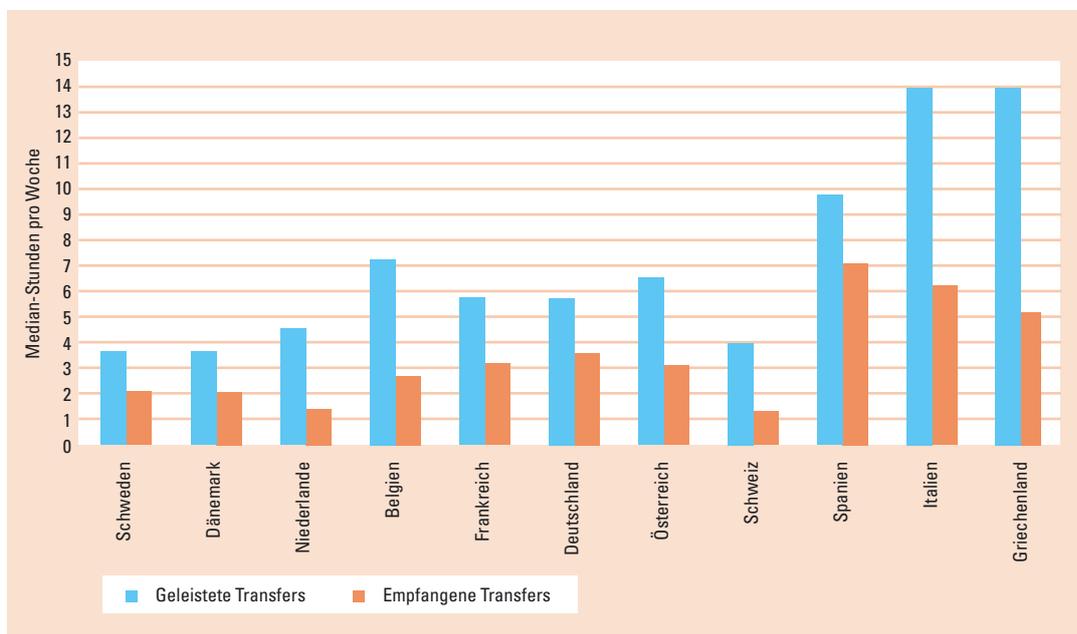
Weiterhin zeigen die Ergebnisse deutlich, dass die Älteren nicht nur Leistungsempfänger sind, sondern auch selbst eine ganze Reihe von Tätigkeiten übernehmen. Daher ist es interessant eine Gegenüberstellung von gewährten und empfangenen Leistungen vorzunehmen, um abzuklären, ob die älteren Generationen tatsächlich nur Nutznießer des Austauschs sind. Hierzu wird der zeitliche Umfang der Transferleistungen der verschiedenen Generationen verglichen. Dabei wird deutlich, dass die Generation 50+ zeitlich mehr Unterstützung leistet als sie selbst empfängt. In Deutschland erhalten die über 50-Jährigen im Mittel 3,5 Stunden Unterstützung pro Woche, während sie selbst beinahe 6 Stunden pro Woche einbringen. In allen untersuchten

⁵⁹ Transferrelevant sind ausschließlich Kinder oder Eltern der befragten Personen.

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Ländern ist die Leistungsbilanz der Älteren positiv. In Schweden und Dänemark leisten die Älteren im Mittel das 1,7-fache dessen, was sie selbst erhalten. In Italien ist es ca. das 2,2-fache und in Griechenland sogar das 2,7-fache. Bemerkenswerterweise ist dieser Unterschied in Spanien auffällig gering. Hier leisten die Älteren lediglich das ca. 1,3-fache dessen, was sie selbst erhalten. Insgesamt betrachtet ist somit eine Gleichsetzung der späteren Lebensphasen mit Untätigkeit oder einseitiger Abhängigkeit von den Jüngeren somit nicht zutreffend.

Abb. 6.7: Median-Stunden gewährter und empfangener Hilfen in Ländern der EU

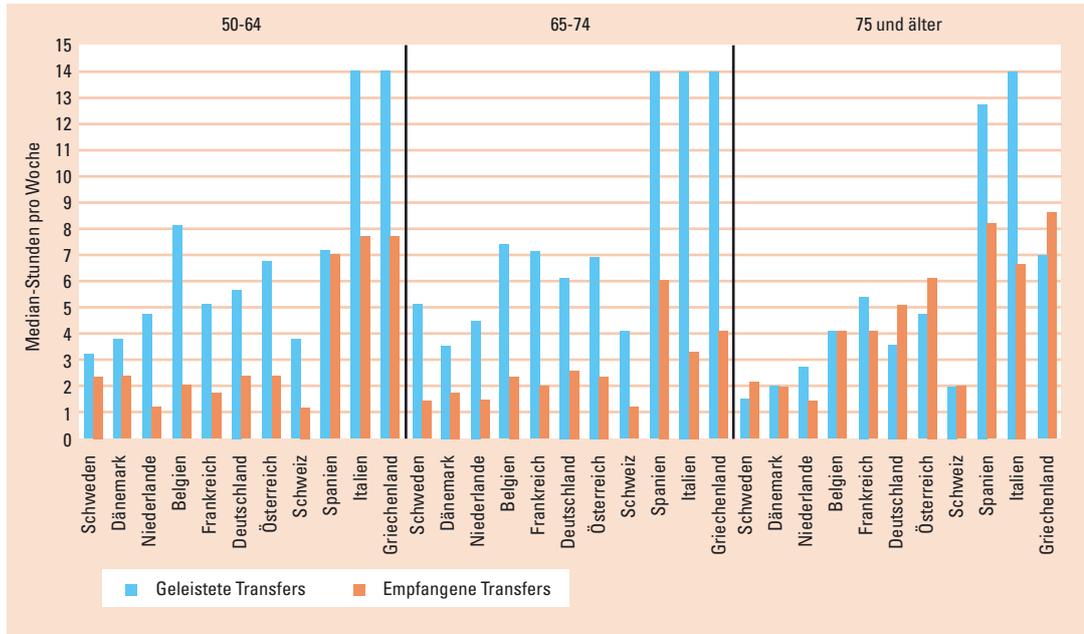


Quelle: SHARE, gewichtet; eigene Berechnungen.

Für eine genauere Analyse zeigt Abb. 6.8 eine Gegenüberstellung der durchschnittlich geleisteten und empfangenen Transfers getrennt nach Altersgruppen. Hier zeigt sich, dass gerade in Spanien die große Gruppe der 50- bis 64-Jährigen eine nahezu ausgeglichene Transferbilanz im Vergleich zu der jüngeren Generation aufweist. In den anderen Ländern hingegen ergibt sich in dieser Altersgruppe ein mitunter deutlicher Unterschied. Am geringsten fällt dieser, nach Spanien, in Schweden und Dänemark aus.

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Abb. 6.8: Gewährte und empfangene Hilfen in Ländern der EU nach Altersgruppen



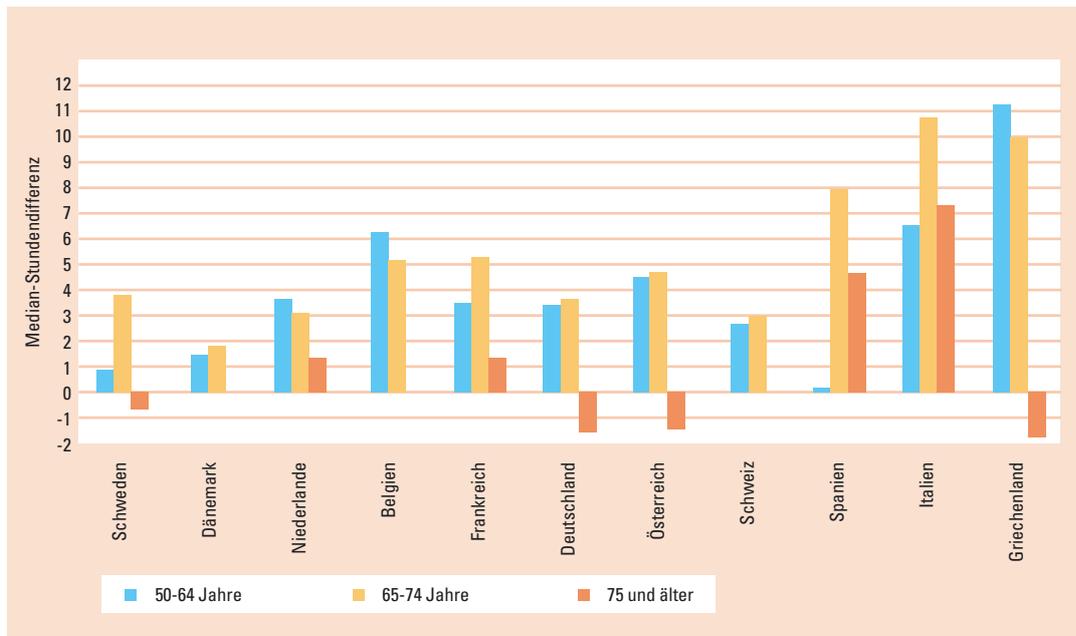
Quelle: SHARE, gewichtet; eigene Berechnungen.

Ein Blick auf die Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen zeigt, dass die geleisteten Transfervolumina tendenziell konstant bleiben und in einigen Fällen sogar leicht zunehmen. Auch Spanien weist in dieser Altersgruppe nun eine eindeutig positive Bilanz zu Gunsten der Älteren auf. Erst in der Altersgruppe der 75-Jährigen und Älteren gehen die Umfänge der geleisteten Unterstützung sichtbar zurück, während die Umfänge der empfangenen Transfers tendenziell ansteigen. Daraus ergibt sich in einigen Ländern für diese Altersgruppe sogar eine negative Bilanz (Abb. 6.9).



6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Abb. 6.9: Differenz der Stunden-Mediane von gewährten und empfangenen Hilfen⁶⁰



Quelle: SHARE, gewichtet; eigene Berechnungen.

Zusammenfassend zeigt sich somit folgendes Bild: Im Alter zwischen 50 und 74 Jahren wenden die Älteren durchschnittlich deutlich mehr Zeit für ihre Kinder und Enkel auf als sie von ihnen erhalten. Somit sind insbesondere die späte Erwerbsphase respektive die frühe Ruhestandsphase Zeiten besonders umfangreicher Aktivität im Rahmen intergenerationaler Transferleistungen. Dabei kommen verschiedene Einflusskräfte zum Tragen wie z. B. die gesundheitliche Konstitution der Altersgruppe oder auch das Vorhandensein von (kleinen) Enkelkindern. Erst in der Phase ab dem 75. Lebensjahr wird der Unterschied zwischen den erhaltenen und gewährten Leistungen merklich geringer und kehrt sich in einigen Ländern (Schweden, Deutschland, Österreich und Griechenland) in eine negative Bilanz um. Ausnahmen bilden hier allerdings Spanien und Italien. Hier weisen selbst die über 75-Jährigen eine ausgesprochen positive Bilanz auf. Ausschlaggebend hierfür sind höchstwahrscheinlich die spezifischen Wohnformen und -strukturen in diesen Ländern: Insbesondere der zeitintensive Pflegebedarf wird hier innerhalb eines gemeinsamen Haushaltes gedeckt, so dass es in diesen Ländern zu einer systematischen Unterschätzung des Ausmaßes empfangener Leistungen seitens der Älteren kommt.

Diese Erkenntnisse haben deutliche Konsequenzen für die einleitend dargestellte Diskussion um eine Überbelastung der jüngeren Generationen durch den Anstieg des Anteils älterer Menschen. Im Zuge dieser Argumentation wird vielfach lediglich darauf verwiesen, dass der demografische Wandel eine Belastung umlagefinanzierter Renten- und Sozialsysteme darstelle. Diese Entwicklung mag zutreffend sein, doch bietet sie allein noch keinen Anlass für die Diagnose eines umfassenden „Generationenkonfliktes“ oder einer „Gerontokratie“, in der die Alten über die Jungen bestimmen. Wie die vorliegenden Ergebnisse zeigen, übernehmen ältere und jüngere Familienmitglieder generationenübergreifend wichtige Aufgaben füreinander. Dabei zeigen sich

⁶⁰ Dänemark, Belgien und Schweiz haben eine Stundenbilanz von 0 für die Ältesten.

insbesondere die „jüngeren Älteren“ – in der Lebensphase zwischen 50 und 74 – als besonders aktiv und gewähren deutlich mehr alltagspraktische Hilfen als sie empfangen. Dies wäre wiederum ohne eine ausreichende finanzielle Versorgung der Älteren im Ruhestand durch Rentenzahlungen nicht möglich. Die finanzielle Absicherung im Alter ermöglicht es den Älteren zudem auch im Rahmen finanzieller Transfers als Geber aufzutreten (Albertini et al. 2007; Leopold 2009). Die Transferströme innerhalb der Familien laufen somit insgesamt – anders als die staatlichen Transfers – häufig von den Älteren an die Jungen.

Ein Abbau der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen als Reaktion auf den demografischen Wandel wäre daher ein Schritt in die falsche Richtung. Zwar könnte somit vermutlich der finanzielle Druck auf die jüngere Generation kurzfristig reduziert werden, jedoch zeigt gerade der Blick nach Südeuropa, welche Folgen dies vor allem für die jüngeren Generationen hätte. Deren zeitliche Belastung durch die Versorgung älterer pflegebedürftiger Angehöriger würde deutlich steigen, während vermutlich weniger – finanzielle und sachliche – Unterstützungsleistungen von der Elterngeneration an ihre Kinder geleistet werden könnten. Da die Pflege älterer Angehöriger zumeist von Frauen übernommen wird (Rosenkranz, Schneider 1997; Szydlik 2000), würde der Abbau staatlicher Pflegeleistungen zudem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschweren, was unter Umständen zu einer niedrigeren Frauenerwerbsbeteiligungsquote oder zu niedrigeren Geburtenzahlen führen könnte. Beides wäre für die künftige Entwicklung des Generationenverhältnisses problematisch (Kaufmann 1997).

Literatur

Albertini, Marco; Kohli, Martin; Vogel, Claudia (2007): Intergenerational transfers of time and money in European families: Common patterns - different regimes? In: *Journal of European Social Policy*, Jg. 17, S. 319-334.

Attias-Donfut, Claudine (2000): Familialer Austausch und soziale Sicherung. In: Kohli, Martin; Szydlik, Marc (Hg.): *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich, S. 222-237.

Attias-Donfut, Claudine; Ogg, Jim; Wolff, F.-C. (2005): European patterns of intergenerational financial and time transfers. In: *European Journal of Ageing*, Jg. 2, S. 161-173.

Bengtson, Vern L.; Roberts, Robert E. Lee (1991): Intergenerational Solidarity in Ageing Families: An Example of Formal Theory Construction. In: *Journal of Marriage and the Family*, Jg. 53, S. 856-870.

Bengtson, Vern L.; Schütze, Yvonne (1992): Altern und Generationenbeziehungen: Aussichten für das kommende Jahrhundert. In: Baltes, Paul B.; Mittelstraß, Jürgen (Hg.): *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*. Berlin: Walter de Gruyter, S. 492-517.

Billari, Francesco C.; Kohler, Hans-Peter (2004): Patterns of Low and Lowest-Low Fertility in Europe. In: *Population Studies*, Jg. 58, S. 161-176.

Blossfeld, Hans-Peter; Buchholz, Sandra; Hofäcker, Dirk; Hofmeister, Heather; Kurz, Karin; Mills, Melinda (2007): Globalisierung und die Veränderung sozialer Ungleichheiten in modernen Gesellschaften. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 59, S. 667-691.

Börsch-Supan, Axel (2004): *Global Aging. Issues, Answers, More Questions*. Sonderforschungsbereich 504. Rationalitätskonzepte, Entscheidungsverhalten und ökonomische Modellierung - 07-28. Mannheim.

Bräuninger, Bettina; Lange, Andreas; Lüscher, Kurt (1998): „Alterslast“ und „Krieg zwischen den Generationen“? Generationenbeziehungen in aktuellen Sachbuchtexten. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 23, S. 3-17.

Deutsche Bank Research (2002): *Die demographische Herausforderung*. Frankfurt a. M.

Esping-Andersen, Gøsta (1990): *Three Worlds of Welfare Capitalism*. Oxford: Polity Press.

Finch, Janet; Mason, Jennifer (1990): Filial Obligations and Kin Support for Elderly People. In: *Ageing & Society*, Jg. 10, S. 151-175.

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

- Gori, Cristiano (2000): Solidarity in Italy's Policies towards the Frail Elderly: A Value at Stake. In: *International Journal of Social Welfare*, Jg. 9, S. 441-462.
- Guillemard, Anne-Marie (1992): Europäische Perspektiven der Alterspolitik. In: Baltes, Paul B.; Mittelstraß, Jürgen (Hg.): *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*. Berlin: Walter de Gruyter, S. 614-639.
- Haberkern, Klaus; Szydlik, Mark (2008): Pflege der Eltern – Ein europäischer Vergleich. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 60, S. 82-105.
- Hank, Karsten (2008): Generationenbeziehungen im alternden Europa: Analysepotenziale und Befunde des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe. Mannheim Research Institute for the Economics of Ageing. Mannheim. (161-2008).
- Hofäcker, Dirk; Gehringer, Lena (2004): Generationenbeziehungen in Zeiten raschen gesellschaftlichen Wandels. In: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (Hg.): *Familien und Generationen*. Dokumentation der EAF-Fachtagung 2004. Berlin, S. 44-57.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. In: Mansel, Jürgen; Rosenthal, Gabriele; Tölke, Angelika (Hg.): *Generationen-Beziehungen, Austausch und Tradierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 17-30.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): *Schrumpfende Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kohli, Martin (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 37, S. 1-29.
- Kohli, Martin (2002): Generationengerechtigkeit ist mehr als Rentenfinanzierung. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, Jg. 34, S. 129-138.
- Kohli, Martin (2004): Intergenerational Transfers and Inheritance: A Comparative View. In: Silverstein, Merrill (Hg.): *Intergenerational Relations Across Time and Place (Annual Review of Gerontology and Geriatrics, Vol. 24)*. New York: Springer.
- Künemund, Harald; Rein, Martin (1999): There is more to receiving than needing: theoretical arguments and empirical explorations of crowding in and crowding out. In: *Ageing and Society*, Jg. 19, S. 93-121.
- Künemund, Harald; Vogel, Claudia (2006): Öffentliche und private Transfers und Unterstützungsleistungen im Alter – „crowding out“ oder „crowding in“? In: *Zeitschrift für Familienforschung*, Jg. 18, S. 269-289.
- Leibfried, Stephan (1992): Towards a European Welfare State? On Integrating Poverty Regimes into European Community. In: Ferge, Zsuzsa; Kolberg, Jon Eivind (Hg.): *Social Policy in a Changing Europe*. Frankfurt a. M.: Campus, S. 245-280.
- Leisering, Lutz (2000): Wohlfahrtsstaatliche Generationen. In: Kohli, Martin; Szydlik, Marc (Hg.): *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich, S. 59-76.
- Leopold, Thomas (2009): Erbschaften und Schenkungen im Lebenslauf. Eine vergleichende Längsschnittanalyse mit dem Sozio-oekonomischen Panel. Bamberg: University of Bamberg Press (Bamberger Beiträge zur Soziologie, 3).
- Livi-Bacci, Massimo (2001): *A concise history of world population*. 3. ed. Malden, Mass.: Blackwell.
- Lüscher, Kurt (2002): Intergenerational Ambivalence: Further Steps in Theory and Research. In: *Journal of Marriage and the Family*, Jg. 64, S. 585-593.
- Lüscher, Kurt; Pajung-Bilger, Brigitte; Lettke, Frank; Böhmer, Sabrina (2000): *Generationenambivalenzen operationalisieren: Konzeptuelle, methodische und forschungspraktische Grundlagen*. Universität Konstanz: Forschungsschwerpunkt Gesellschaft und Familie. (Arbeitspapier Nr. 34.1).
- Lüscher, Kurt; Pillemer, Karl (1998): Intergenerational Ambivalence: A New Approach to the Study of Parent-Child Relations in Later Life. In: *Journal of Marriage and the Family*, Jg. 60, S. 413-425.
- Motel-Klingebiel, Andreas; Tesch-Römer, Clemens (2006): Familie im Wohlfahrtsstaat – zwischen Verdrängung und gemischter Verantwortung. In: *Zeitschrift für Familienforschung*, Jg. 18, S. 290-314.
- Oeppen, Jim; Vaupel, James W. (2002): Broken Limits to Life Expectancy. In: *Science*, Jg. 296, S. 1029-1031.

6. Intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Raab, Marcel; Ruland, Michael; Schmidt, Christopher (2009): Intergenerationale Austauschbeziehungen und ihre Determinanten. Ein europäischer Vergleich. In: Engelhardt, Henriette (Hg.): Bamberger Beiträge zur Soziologie. Band I – Altern in Europa. Empirische Analysen mit dem Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe. Bamberg: University of Bamberg Press, S. 1-56.

Reher, David (1998): Family Ties in Western Europe: Persistent Contrasts. In: Population and Development Review, Jg. 24, S. 203-234.

Reil-Held, Anette (2006): Crowding out oder Crowding in? Public and Private Transfers in Germany. In: European Journal of Ageing, Jg. 22, S. 263-280.

Rosenkranz, Doris; Schneider, Norbert F. (1997): Wer pflegt morgen? Auswirkungen des Wandels der privaten Lebensführung auf die häusliche Pflege. In: Becker, Rolf (Hg.): Generationen und sozialer Wandel. Generationsdynamik, Generationenbeziehungen und Differenzierung von Generationen. Opladen: Leske + Budrich, S. 137-155.

Schachtner, Christina (1996): Alter und Gesundheit. Ausgewählte Krankheitsdaten und Möglichkeiten der Gesundheitsförderung. In: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, Jg. 4, S. 132-151.

Schneider, Stefan (Hg.) (2002): The demographic challenge. Frankfurt am Main: Deutsche Bank Research (International Topics - Economics).

Sinn, Hans-Werner; Überlmesser, Silke (2002): Pensions and the path to gerontocracy in Germany. In: European Journal of Political Economy, Jg. 19, S. 153-158.

Szydlik, Marc (1997): Zur Qualität von Filiationsbeziehungen – Ein Vergleich von Ostdeutschen und Westdeutschen. In: Becker, Rolf (Hg.): Generationen und sozialer Wandel. Generationsdynamik, Generationenbeziehungen und Differenzierung von Generationen. Opladen: Leske + Budrich, S. 177-198.

Szydlik, Marc (2000): Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern. Opladen: Leske + Budrich.

Walker, Alan (1999): Attitudes to Population Ageing in Europe: a Comparison of the 1992 and 1999 Eurobarometer surveys. University of Sheffield. Sheffield.

ZUSAMMENFASSUNG AUSGEWÄHLTER ERGEBNISSE

Kapitel 1: Familienhaushalte im europäischen Vergleich

Mit derzeit ca. 490 Millionen Einwohnern in den 27 Mitgliedstaaten ist die EU nach China und Indien die drittgrößte Bevölkerung der Welt. Die Einwohner verteilen sich auf etwa 195 Millionen Privathaushalte, darunter befinden sich gut 63 Mio. Familienhaushalte, d. h. Haushalte, in denen Kinder leben. Zwar wohnen damit im Durchschnitt über die gesamte EU nur in jedem dritten Haushalt Kinder, aber bezogen auf die Bevölkerung lebt etwa die Hälfte der EU-Bürger in Haushalten mit Kindern. Der Anteil der in Familienhaushalten lebenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung variiert zwischen ca. 40 und 60 Prozent in den einzelnen Staaten, die höchsten Werte sind in den ehemaligen sozialistischen Ländern zu finden.

Der seit langem in vielen europäischen Ländern zu beobachtende Geburtenrückgang hat auch Auswirkungen auf die Familiengröße. Auf der einen Seite bleiben immer mehr Frauen und Männer kinderlos, auf der anderen Seite nimmt der Anteil kinderreicher Familien (mit drei oder mehr Kindern) ab. Ihr Anteil an allen Familienhaushalten liegt EU-weit bei 12,9 Prozent. Die meisten kinderreichen Familien gibt es, relativ gesehen, in Zypern und Finnland, dicht gefolgt von den Benelux-Staaten, Großbritannien und Frankreich. In den Mittelmeerländern Portugal, Italien und Spanien ist ihr Anteil deutlich unterdurchschnittlich, ebenso in Bulgarien und der Tschechischen Republik. Der Anteil kinderreicher Familien in Bayern entspricht dem Durchschnittswert für die EU-27.

In vielen europäischen Ländern zeigt sich eine zunehmende Differenzierung von familialen Lebensformen. Für die Alleinerziehenden zeigen sich, soweit Daten dazu vorliegen, hinsichtlich ihrer Häufigkeit große Unterschiede in Europa. Allerdings ist kein einheitlicher Trend nach Ländertypen oder Regionen erkennbar. Auffallend starke Verbreitung erfährt diese Lebensform in Lettland, Großbritannien und Belgien, dagegen ist sie in Luxemburg, Zypern und Griechenland (noch) relativ selten.

Eheschließung und Ehescheidung

In den meisten EU-Ländern ist die absolute Zahl an Eheschließungen in den letzten drei Jahrzehnten stark zurückgegangen. Vergleicht man Eheschließungsziffern, die sich auf die Bevölkerungszahl beziehen, werden neben einer rückläufigen Heiratsneigung in der gesamten EU auch Unterschiede innerhalb einzelner Länder deutlich. Betrachtet man bei den Eheschließungen den Familienstand beider Partner, zeigt sich, wiederum einheitlich für die EU, dass die Anzahl der Ersteheschließungen sinkt und die Quote der Wiederverheiratungen kontinuierlich steigt.

Die Entscheidung, eine Ehe einzugehen, wird immer später im Leben gefällt. Während in den 1960er und 1970er Jahren das mittlere Alter bei der ersten Eheschließung in den meisten europäischen Ländern für die Frauen bei ca. 23 Jahren lag und für die Männer etwa 26 Jahre betrug, heiraten in der EU Frauen heute durchschnittlich mit 28 Jahren und Männer mit 30 Jahren. Auch hier zeigt sich eine große Varianz innerhalb der europäischen Länder. Im Durchschnitt am jüngsten

ist die Braut in den baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien, Polen und in der Slowakei. Das höchste Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung weisen die skandinavischen Frauen auf.

Nicht alle Ehen erweisen sich tatsächlich als Bund für das ganze Leben. Jedes Jahr werden in der EU-27 rund eine Million Ehen geschieden. Die Mitgliedstaaten mit den höchsten Scheidungsziffern sind derzeit Litauen, Lettland und die Tschechische Republik. Die niedrigsten Scheidungsziffern weisen Irland und Italien, Griechenland und Slowenien auf. Der Wert für Bayern liegt niedriger als der für Gesamtdeutschland und entspricht in etwa dem Durchschnittswert für die EU-27. Betrachtet man die letzten vier Jahrzehnte, so zeigt sich, dass die Scheidungsbereitschaft insgesamt EU-weit deutlich zugenommen hat.

Generatives Verhalten

In vielen europäischen Ländern ist ein starker Rückgang der Geburten seit Mitte der 1960er Jahre zu beobachten, der als „demografischer Einbruch“ bezeichnet wird. Am stärksten ausgeprägt war der Rückgang der Geburtenzahlen in Rumänien, Portugal und Deutschland, ein Geburtenplus in diesem Zeitraum gab es nur in Irland und Luxemburg. Insgesamt ging die Zahl der Geburten im Gebiet der EU-27 in den vergangenen vier Jahrzehnten um ein Drittel zurück.

Bezieht man die aktuellen Geburtenzahlen auf die Bevölkerung (Anzahl der Geburten je 1.000 Einwohner), ist Irland einsamer Spitzenreiter der europäischen Länder, d. h. dort werden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die meisten Babys geboren. Deutschland weist hier den niedrigsten Wert auf, Bayern liegt etwas über dem gesamtdeutschen Wert, aber unter dem EU-27-Durchschnitt. Nachdem diese Geburtenziffern jedoch abhängig von der jeweiligen Altersstruktur der Bevölkerung sind, haben zur Abschätzung der Fertilität die sog. Reproduktionsindikatoren einen größeren Informationsgehalt. So schätzt die zusammengefasste Geburtenziffer (Total Fertility Rate), wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommt. Damit sich die Bevölkerung eines Landes auf natürliche Weise reproduzieren kann, ist in hochentwickelten Ländern mit einer geringen Säuglings- und Kindersterblichkeit eine Zahl von durchschnittlich 2,1 Kindern je Frau erforderlich. Dieser Wert wird derzeit von keinem EU-Land erreicht. In Irland, dem Staat mit der höchsten Geburtenziffer in der EU, bekommt eine Frau derzeit durchschnittlich 2,03 Kinder. Deutlich überdurchschnittliche und auch vergleichsweise sehr hohe Geburtenraten haben Frankreich und die skandinavischen EU-Länder. Die geringsten Geburtenziffern weisen einige der neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten auf. Auch Deutschland ist ein Land mit einer sehr niedrigen Geburtenrate, die durchschnittliche Kinderzahl lag im Jahr 2007 bei 1,37.

Elternschaft ist in Europa heute nicht mehr sehr eng mit der Institution Ehe verbunden. In den europäischen Ländern wird derzeit etwa jedes dritte Kind außerhalb einer Ehe geboren. Der Anteil nichtehelich geborener Kinder hat dabei in allen EU-Staaten in den letzten drei Jahrzehnten zugenommen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich für die bayerischen Lebendgeborenen: Knapp ein Viertel von ihnen kommen nichtehelich zur Welt.

Frauen werden immer später Mütter: Von 2000 bis 2006 hat sich in fast allen EU-Ländern das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes erhöht, im Durchschnitt bekommen sie heute mit 27,7 Jahren ihr erstes Kind. Dies zeigt sich auch für Bayern: Beim Übergang zur Mutterschaft sind bayerische Frauen heute im Durchschnitt 30,1 Jahre alt, d. h. die Familiengründung erfolgt heute gut fünf Jahre später als vor knapp 40 Jahren.

Erwerbsbeteiligung

Trotz steigender Frauenerwerbstätigenquote in fast allen Ländern der EU, liegt die Erwerbsbeteiligung von Männern in der EU deutlich höher als die der Frauen. Die Unterschiede in der Erwerbstätigenquote von Männern und Frauen variieren jedoch zwischen den einzelnen Ländern erheblich. Besonders gering ausgeprägt sind die Unterschiede in den skandinavischen Ländern, am deutlichsten zeigen sich Differenzen in den südeuropäischen Ländern.

Die Erwerbstätigenquote der bayerischen Frauen lag im Jahr 2008 mit 67,5 Prozent sowohl deutlich über dem Mittelwert für die EU-27 Staaten als auch über dem Bundesdurchschnitt. Eine höhere Frauenerwerbstätigenquote als Bayern weisen derzeit in Europa nur die skandinavischen Staaten Dänemark, Finnland, Schweden und die Niederlande auf.

Teilzeitbeschäftigung ist immer noch hauptsächlich Frauensache, die Teilzeitquoten von Männern in Europa liegen meist unter 10 Prozent. Sehr niedrige Teilzeitquoten von Frauen weisen die post-sozialistischen Länder auf. Auch in den südeuropäischen Ländern ist eine Teilzeitbeschäftigung von Frauen weniger häufig verbreitet. In Deutschland arbeitet fast jede zweite Frau Teilzeit, was die hohe Frauenerwerbstätigenquote etwas relativiert. Zwar sind in Deutschland relativ viele Frauen erwerbstätig, aber eben auch viele von ihnen in einem Teilzeit-Arbeitsverhältnis.

Die Anwesenheit von Kindern mindert die Erwerbsbeteiligung von Frauen: Mütter mit minderjährigen Kindern üben in fast allen Ländern der EU deutlich seltener eine Berufstätigkeit aus als Frauen ohne Kinder. In welchem Umfang Mütter erwerbstätig sind, wird auch von der Anzahl und dem Alter der Kinder stark beeinflusst. Solange noch kleine Kinder im Haushalt sind, ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern in den meisten europäischen Ländern niedriger. Mit steigendem Alter der Kinder und damit auch mit abnehmendem Betreuungsaufwand seitens der Eltern und zunehmender institutioneller Betreuung steigt ihre Erwerbsbeteiligung. In fast allen EU-Staaten ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit drei oder mehr Kindern ebenfalls niedriger als ihre allgemeine Erwerbstätigenquote.

Kapitel 2: Familienpolitik im europäischen Vergleich

Eine „**europäische Familienpolitik**“ im engeren Sinne gibt es bislang nicht, da die vorhandenen Rechtsgrundlagen keine unmittelbare Zuständigkeit der EU für Familienpolitik bieten. Familienpolitische Fragen fallen im Wesentlichen in die alleinige Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Ursprung und Entwicklung der Familienpolitik variieren in den europäischen Ländern sehr, wie sich auch die institutionelle Verankerung der Familie im europäischen Vergleich deutlich unterscheidet. Die südeuropäischen Länder sind v. a. durch ihre niedrigen Gesamtausgaben für Familien gekennzeichnet, während Frankreich die ausgabenintensivste Familienpolitik betreibt. In den meisten Ländern spielen finanzielle Transfers in den familienpolitischen Ausgaben eine größere Rolle als Dienstleistungen und Steuervergünstigungen. Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die große Steuervergünstigungen für Familien bieten. Es fällt des Weiteren auf, dass die skandinavischen Länder und Frankreich relativ viel Geld in den Dienstleistungssektor für Familien investieren.

Eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 1996 schrieb den Mitgliedstaaten vor, Elternurlaub einzurichten, daher gibt es dieses Instrument heute in allen EU-Ländern. Allerdings sind bezüglich der Regelungen zum **Elternurlaub** große Diskrepanzen festzustellen. Deutschland, Finnland, Spanien, Litauen und Frankreich gehören hinsichtlich der Gesamtdauer mit 36 Monaten zu den

Spitzenreitern. Am kürzesten ist der Elternurlaub mit gerade einmal sechs Monaten in Portugal, den Niederlanden und Belgien. Die skandinavischen Länder, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Österreich, Italien, Bulgarien, Lettland, Tschechien, Estland, Rumänien, Ungarn und Deutschland gewähren während der Elternzeit finanzielle Leistungen. Die Niederlande, Portugal, Litauen und Spanien stellen hingegen keine direkten Transferzahlungen, sondern Unterstützung in Form von Sozialversicherungsbeiträgen oder Steuervergünstigungen bereit. In Irland, Griechenland und Großbritannien werden während der Elternzeit weder finanzielle noch Sachleistungen gewährt. Überraschend viele Länder bieten demnach gar kein Erziehungsgeld und setzen auf diese Weise hohe Anreize für Mütter, nach der Geburt eines Kindes schnell ins Erwerbsleben zurückzukehren. Deutschland gehört hingegen zu den fünf EU-Mitgliedstaaten mit einer Einkommensersatzleistung, die sich aus der Höhe des vorherigen Erwerbseinkommens ableitet. Diese Form des Elterngeldes ist für Bezieher höherer Einkommen attraktiver als ein pauschales Erziehungsgeld, das für diese Personengruppen mit größeren Einkommenseinbußen verbunden wäre.

Die wichtigste familienpolitische Voraussetzung dafür, dass Mütter und Väter ihre Erwerbswünsche realisieren können, ist die Verfügbarkeit bezahlbarer, qualitativ hochwertiger **Kinderbetreuungsangebote**. Im Jahr 2002 wurde auf dem Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Barcelona vereinbart, dass in allen EU-Mitgliedstaaten bis 2010 für mindestens 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren und für mindestens 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem schulpflichtigen Alter Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereit stehen müssen. Insgesamt besuchten im Jahr 2006 in der EU-25 26 Prozent der unter 3-Jährigen und 84 Prozent der Kinder zwischen drei und sechs Jahren eine Kinderbetreuungseinrichtung. Die mit Abstand höchste Rate von Kindern unter drei Jahren in Betreuungseinrichtungen hat Dänemark mit 73 Prozent, gefolgt von den Niederlanden (45 Prozent) und Schweden (44 Prozent). Am seltensten werden Kinder dieser Altersgruppe in der Tschechischen Republik (2 Prozent) und in Polen (2 Prozent) institutionell betreut. In den post-sozialistischen Ländern Polen, Litauen, Tschechien, Slowakei und Ungarn sind die Betreuungsraten relativ niedrig, seit in den 1990er Jahren die Anzahl der Kinderbetreuungseinrichtungen aus ideologischen und finanziellen Gründen deutlich heruntergefahren wurde. Doch auch Deutschland, insbesondere Westdeutschland, weist derzeit noch gravierende Defizite hinsichtlich der Versorgung mit Betreuungsangeboten für Kleinkinder auf.

Die meisten EU-Staaten zahlen eine **Geburtsbeihilfe** an Frauen, die nicht an Beitragsleistungen geknüpft ist. Die mit Abstand höchste Geburtsbeihilfe in der EU erhalten die Spanierinnen, seit die spanische Regierung vor dem Hintergrund der extrem niedrigen Geburtenraten im Juni 2007 die Einmalzahlung von 2.500 € für jedes neugeborene Kind eingeführt hat. In den europäischen Staaten wird ein monatliches **Kindergeld** gewährt mit dem Ziel, Familien von den Kosten der Kindererziehung teilweise zu entlasten. Deutschland gehört zu den Ländern, die in der Familienförderung besonders großes Gewicht auf dieses langfristige Instrument legen. Die höchsten Kindergeldzahlungen erfolgen in Luxemburg, die ost- und die südeuropäischen Länder leisten hingegen nur geringe Kindergeldzahlungen. Frankreich zahlt für das erste Kind überhaupt kein Kindergeld und setzt auf diese Weise im Rahmen des bevölkerungspolitischen Impetus seiner Familienpolitik Anreize, mehr als ein Kind zu bekommen. In einigen Ländern gibt es eine finanzielle Förderung der häuslichen Kinderbetreuung in Form eines **Betreuungsgeldes**. Bemerkenswert ist dabei, dass Eltern bei Selbstbetreuung ihres Kindes in Dänemark, Finnland, Frankreich und – seit 1. Juli 2008 – auch in Schweden eine finanzielle Unterstützung erhalten, obwohl in den genannten Ländern qualitativ hochwertige und gut ausgebaute institutionelle Angebote der Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Diese Kombination fördert die elterliche Wahlfreiheit in der Betreuungsfrage.

Die **steuerliche Behandlung von Familieneinkommen** ist ein wichtiger Bestandteil der Familienlastenausgleichssysteme. Dabei sind verschiedene Besteuerungstypen zu unterscheiden: Schweden kennt ausschließlich die Individualbesteuerung von Einkommensbeziehern (ohne Freibeträge für Kinder oder Ehegatten ohne Einkommen) und in Belgien, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich und Italien werden Ehepartner individuell besteuert, erhalten aber Steuerabzüge nach Kinderzahl oder wenn ein Ehegatte kein oder ein sehr geringes Einkommen hat. In Irland, Polen und Spanien können Ehepaare wählen, ob sie gemeinsam oder getrennt veranlagt werden möchten. Deutschland, Portugal, die Tschechische Republik und Luxemburg zeichnen sich durch ein Ehegattensplitting aus, und Frankreich setzt auf ein Familiensplitting, in dem das zu versteuernde Einkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird. Das Steuern-Transfer-System der meisten Staaten stellt bei gleichem Familieneinkommen Zwei-Verdiener-Paare gegenüber Alleinverdienern günstiger, d. h. dass die Belastung der Bruttoeinkommen niedriger ausfällt, wenn sie von zwei statt von einem Ehepartner verdient werden. Am stärksten fällt die Bevorzugung von Doppelverdiener-Familien gegenüber dem Ernährer-Modell in Ungarn aus. Einzig in der Tschechischen Republik und in Deutschland wird der traditionelle Ernährer verglichen mit einem Elternpaar mit zwei gleich hohen Bruttoeinkommen bevorzugt.

Kapitel 3: Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell? Familie und Erwerbstätigkeit – Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven

Seit einigen Jahrzehnten befindet sich das Verhältnis der Geschlechter am deutschen Arbeitsmarkt in einem tief greifenden Wandel. Seit den 1970er Jahren hat insbesondere die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern kontinuierlich zugenommen, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwa zwei von drei Frauen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig sind. Trotz des fast kontinuierlichen Anstiegs der weiblichen Erwerbstätigkeit zeigen aktuelle Studien jedoch, dass bei der Arbeitsmarkt-Integration von Frauen, insbesondere nach der Geburt von Kindern, nach wie vor noch Defizite existieren. Viele Mütter in Deutschland kehren nach einer „Kinderpause“ zunächst in Teilzeitarbeit auf den Arbeitsmarkt zurück, und erhöhen ihre Arbeitsmarktteilnahme erst nach und nach mit zunehmendem Alter der Kinder. Angesichts jüngerer sozialstruktureller und demografischer Entwicklungen stellt sich jedoch die Frage, inwiefern dieses Modell der Geschlechterbeteiligung am Arbeitsmarkt langfristig zukunftsfähig sein wird. Einerseits verweisen Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen darauf, dass die gegenwärtig vorherrschenden Arbeitszeitmuster von Frauen häufig nicht mit deren gewünschten Arbeitszeiten übereinstimmen. Zum anderen zeigen demografische Prognosen, dass im Zuge des Rückgangs der Geburtenrate die deutsche Bevölkerung nicht nur altern, sondern gleichzeitig auch zahlenmäßig abnehmen wird. Eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und Erwerbskontinuität von Frauen in Deutschland würde hier insofern Entlastung bringen, als dass hierdurch ein bislang noch weitgehend brachliegendes Erwerbspotential erschlossen werden kann.

Vor diesem Hintergrund bietet der vorliegende Beitrag auf Basis neuesten verfügbaren empirischen Datenmaterials eine aktuelle Bestandsaufnahme geschlechtsspezifischer Erwerbsmuster in Europa. Im Zentrum steht dabei die Frage, inwieweit moderne europäische Gesellschaften auf dem Weg vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell fortgeschritten sind: Den Ausgangspunkt bildet dabei die Situation in *Deutschland*. Dieser wird jedoch mit der Entwicklung von Erwerbsmustern und deren institutionellen Hintergründen in anderen europäischen Ländern und den USA verglichen, die ihrerseits unterschiedliche Ansätze zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen verfolgen. Dieser systematische Vergleich von Erwerbsmustern und

ländertypischen Rahmenbedingungen bietet die Möglichkeit, das deutsche Politikmodell vor dem Hintergrund internationaler Alternativmodelle auf seine politische Effizienz hin zu überprüfen.

Zusammengefasst verdeutlichen die Ergebnisse der Untersuchung, dass sich das klassische „Ernährermodell“ mit einem erwerbstätigen Ehemann und einer auf Haushalt und Kinderbetreuung spezialisierten Ehefrau, das vor einem halben Jahrhundert noch das dominante Modell des Geschlechterverhältnisses in nahezu allen europäischen Staaten darstellte, seit den 1970er Jahren europaweit auf dem Rückzug befindet. Auf die Frage nach dem „legitimen Nachfolger“ dieses Modells werden jedoch in Europa bislang noch sehr unterschiedliche Antworten gefunden.

Insbesondere die angelsächsischen und skandinavischen Staaten haben bereits den Übergang zu einem „Zweiverdienermodell“ mit umfangreicher und kontinuierlicher Erwerbstätigkeit beider Ehepartner vollzogen. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Hintergründe für diese auf den ersten Blick ähnliche Entwicklung deutlich unterscheiden: In den *skandinavischen* Staaten fördern der umfangreiche Ausbau familienpolitischer Unterstützungsleistungen sowie eine aktive, an der Erwerbstätigkeit der gesamten Bevölkerung orientierte aktive Arbeitsmarktpolitik die umfangreiche Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen auch während der Familienphase. Dem hingegen lässt sich die umfangreiche Erwerbstätigkeit beider Ehepartner in den *angelsächsischen* Staaten eher durch die finanzielle Notwendigkeit eines Verdienstes beider Ehepartner infolge geringer Sozialleistungen und Löhne, die Verfügbarkeit flexibler Arbeitszeitoptionen sowie die betriebliche Bereitstellung von alternativen Vereinbarkeitsoptionen, etwa in Form betrieblicher Kinderbetreuungseinrichtungen, erklären. Hierbei gilt es jedoch zu beachten, dass derartige privatwirtschaftliche Maßnahmen mitunter sozial selektiv wirken und somit benachteiligten Bevölkerungsschichten (z. B. Geringqualifizierten) die Realisierung einer beiderseitigen Erwerbstätigkeit erschweren können. Insbesondere bei höheren Kinderzahlen zeigen sich zudem die Grenzen derartiger Leistungen; hier ist die Erwerbstätigkeit von Müttern in den angelsächsischen Staaten meist stark rückläufig.

In den *mitteleuropäischen* Staaten, inklusive *Deutschland*, dominiert insbesondere nach der Familiengründung überwiegend noch ein „Zuverdienermodell“, in dem Frauen ihre Arbeitszeit reduzieren oder vorübergehend aufgeben, und lediglich einen „ergänzenden“ Beitrag zum gemeinsamen Haushaltseinkommen erbringen. Dieses Modell kann zum einen als Konsequenz eines geringen Betreuungsangebotes für Kleinkinder und einer zeitlich begrenzten Betreuung für Schulkinder angesehen werden. Darüber hinaus bieten flexible Arbeitszeitoptionen sowie die Verfügbarkeit von Teilzeitarbeit umfassende Möglichkeiten zur reduzierten Erwerbstätigkeit während der „Familienphase“. Gleichwohl stellt sich hier die Frage, inwiefern in Zeiten rapiden sozialen Wandels dieses „Zuverdienermodell“ noch den Wünschen und Vorstellungen junger Frauen und Männer entspricht. So zeigen aktuelle Zahlen zur Entwicklung von Kinderlosigkeit in Deutschland, dass gegenwärtig eine beträchtliche Anzahl von Frauen in Deutschland zu Gunsten der Fortführung einer (Vollzeit-)Erwerbskarriere vollkommen auf die Familiengründung verzichtet.

In den *osteuropäischen* und *südeuropäischen* Ländern erfordern niedrige Lohnniveaus und geringe wohlfahrtsstaatliche Leistungen einerseits eine umfangreiche Erwerbstätigkeit beider Geschlechter. Gleichzeitig tragen jedoch die fehlende familienpolitische Unterstützung einer Erwerbstätigkeit, das Fehlen flexibler Arbeitszeiten sowie der angespannte Arbeitsmarkt mit hohen Langzeitarbeitslosigkeitsraten dazu bei, dass nur einer begrenzten Anzahl von Männern und Frauen de facto eine aktive Teilnahme am Erwerbsleben möglich ist. Dieses institutionelle Arrangement resultiert in einer *Polarisierung* zwischen einem in hoher Stundenzahl praktizierten Zweiverdienermodell und einem männlichen Alleinverdienermodell. Während in den osteuropäischen

Staaten dabei das Zweiverdienermodell quantitativ noch überwiegt, ist in den südeuropäischen Staaten trotz jüngerer Anstiege der Erwerbsquoten das klassische Ernährermodell in v. a. Mehrkinderfamilien weiterhin noch von beachtlicher Bedeutung. Beide Entwicklungsmuster erscheinen indes aus sozialpolitischer Sicht als kritisch, da angesichts mangelnder staatlicher Sozial- und Unterstützungsleistungen für Familien eine Nicht-Teilnahme eines Ehepartners am Erwerbsleben meist mit negativen Konsequenzen für das materielle Auskommen des gesamten Familienhaushalts verbunden ist, und somit – wie die Analysen in Kapitel 4 zeigen – ein beträchtlicher Teil ost- bzw. südeuropäischer Familienhaushalte mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert ist.

Kapitel 4: Sozioökonomische Situation von Familien im internationalen Vergleich

Die vergleichenden Analysen zur sozioökonomischen Situation von Familien in Europa anhand der Haushaltserhebung „Statistics on Income and Living Conditions“ (EU-SILC) 2007 erbrachten teilweise deutliche Unterschiede hinsichtlich der finanziellen Situation von Familien und Haushalten zwischen den 24 EU-Ländern, zu denen Daten vorlagen.

Es zeigt sich grundsätzlich, dass das **Niveau der absoluten Haushaltseinkommen** in den neuen, östlichen Mitgliedstaaten mit Abstand am niedrigsten ausfällt. In Luxemburg erreichen die Haushalte die höchsten Einkommen, gefolgt von Irland und Großbritannien. Über alle Länder hinweg liegt das durchschnittliche Einkommen der Paar-Familien mit zwei Kindern höher als das der Paar-Familien mit nur einem Kind. Dieser Zusammenhang zeigt sich bei einem Vergleich mit Paar-Familien mit drei und mehr Kindern nicht mehr durchgängig. Die absoluten Einkommen der Paar-Familien liegen generell teilweise deutlich über denen der Alleinerziehenden. Die Durchschnittseinkommen der deutschen Haushalte liegen durchwegs über dem EU-24-Niveau und im Ländervergleich stets im oberen Einkommensviertel.

Auch bei der Betrachtung der **durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen** zeigt sich das beschriebene Gefälle. Die Kernländer Europas weisen die höchsten, die südlichen und östlichen Staaten die niedrigsten durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen auf. Bei den Paar-Familien dreht sich allerdings der weiter oben beschriebene Zusammenhang um, d. h. mit steigender Kinderzahl sinkt das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen. Dies zeigt sich für alle Länder der EU. Zudem ist das Einkommen von Alleinerziehenden, verglichen mit allen anderen Haushaltstypen, am niedrigsten. Die durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen deutscher Haushalte befinden sich wiederum im oberen Viertel und liegen damit immer über dem EU-24-Durchschnitt.

Analysen zur **relativen Einkommensarmut**, bei denen geprüft wird, ob das individuelle Äquivalenzeinkommen unter oder über der 60-Prozent-Marke des Medians des nationalen Einkommens liegt, erbrachten die folgenden Ergebnisse: Die EU-24-Armutquote beträgt über alle einbezogenen Länder hinweg 16,3 Prozent, d. h. ein Sechstel der Europäer lebt in relativer Einkommensarmut. Die Spanne reicht dabei von 21,2 und 20,3 Prozent in Lettland bzw. Griechenland bis zu 9,5 und 10,2 Prozent in Tschechien bzw. den Niederlanden. Deutschland liegt dabei mit 15,2 Prozent unter dem EU-Durchschnitt und damit im dritten Viertel. EU-weit gilt: Steigt bei den Paar-Familien die Kinderzahl, nimmt die relative Einkommensarmut zu, wobei sich die Armutquoten der Paar-Familien mit einem und zwei Kindern nicht sehr gravierend unterscheiden. Dagegen vervielfacht sich die Quote bei den kinderreichen Paaren. Wiederum deutlich höher liegt die Betroffenheit von Armut bei den Alleinerziehenden. Für die deutsche Bevölkerung kann festgehalten werden, dass die Armutquoten in Paar-Familien unter dem EU-Durchschnitt, für die anderen Konstellationen darüber liegen. So sind z.B. kinderreiche Paar-Familien nur halb so stark von Armut betroffen als im EU-weiten Vergleich.

Die **Bedeutung bestimmter Einkommenskomponenten**, d. h. der verschiedenen Einkommensquellen und Abgaben, für das verfügbare Haushaltseinkommen variiert in der EU mit dem Haushaltstyp: Der Anteil des Erwerbseinkommens am verfügbaren Einkommen ist bei Paar-Familien mit Abstand höher als bei den Alleinerziehenden, bei denen hingegen die öffentlichen Transferzahlungen eine wichtige Rolle spielen. Des Weiteren nimmt die Bedeutung von familienbezogenen Transferzahlungen mit der Kinderzahl zu. Insbesondere für Alleinerziehende spielt dieses Einkommen eine wichtige Rolle. Hervorzuheben ist außerdem die große Bedeutung der privaten Unterhaltszahlungen bei den Alleinerziehenden.

Einen wichtigen Bereich für die Lebensverhältnisse stellt die **Wohnsituation** dar. Die Europäer leben etwa zu zwei Dritteln im Eigenheim. Die Deutschen weisen dabei mit 54 Prozent die niedrigste Eigentümerquote auf. Dagegen leben fast neun Zehntel der Litauer, Slowaken und Ungarn in ihrer eigenen Wohnung oder einem eigenen Haus. Eine Differenzierung nach dem Haushaltstyp zeigt EU-weit, dass Paare in der Mehrzahl in der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus leben, und zwar mit einer Quote von etwa drei Vierteln. Im Gegensatz dazu fällt der Anteil bei den Alleinerziehenden mit einem guten Drittel deutlich geringer aus. Die deutschen und niederländischen Alleinerziehenden ragen wiederum heraus, da dort nur etwa ein Viertel in den eigenen vier Wänden lebt. In der Slowakei und in Lettland besitzen dagegen über 80 Prozent der Alleinerziehenden Wohneigentum. Einzig bei kinderreichen Paaren liegt der deutsche Wohneigentümeranteil leicht über dem EU-Durchschnitt. Letztlich fällt die deutsche Gesamtquote deshalb so gering aus, weil Ein-Personen- und Alleinerziehenden-Haushalte sowie kinderlose Paare eher selten im Wohneigentum leben.

Finanziell stark belastet durch das Wohnen sind die Bevölkerungen Zyperns und Italiens. Dänen und Schweden sehen dagegen eher keine Belastungen durchs Wohnen. Für die EU-24 nimmt die Belastung bei den Paar-Familien mit der Kinderzahl zu. Dies ist wenig überraschend, da mit der zunehmenden Personenzahl auch ein erhöhter Wohnbedarf einhergeht. Am stärksten belastet sind wiederum Alleinerziehenden-Haushalte. Die Deutschen bewerten ihre Situation dabei durchgängig leicht besser als im europäischen Vergleich.

Sechs Prozent der europäischen Bevölkerung haben mindestens einmal in den vergangenen 12 Monaten ihre Miete oder Hypothekenrate für die Wohnung nicht bezahlen können. Die nationalen Anteile der **Zahlungsrückstände für die Unterkunft** schwanken dabei deutlich. So haben fast ein Viertel der Slowenen und Griechen diese Kosten nicht begleichen können. Dagegen fällt dieser Anteil mit rund zwei Prozent in Dänemark und Luxemburg europaweit am geringsten aus. Deutschland bewegt sich mit knapp drei Prozent ebenfalls in diesem unteren Bereich. Wird zusätzlich die Familienform, in der die Personen leben, berücksichtigt, zeigen sich den Armutsquoten ähnliche Differenzierungen. Die Nichtzahlungs-Rate nimmt EU-weit mit der Kinderzahl zu und bei den Alleinerziehenden fällt sie mit einem Achtel am höchsten aus. Die höchsten Werte weisen griechische und lettische Alleinerziehende sowie die slowenischen und lettischen kinderreichen Paar-Familien aus. Dagegen haben dänische kinderreiche Paare mit unter ein Prozent offensichtlich die geringsten Schwierigkeiten, die Kosten für die Unterkunft aufzubringen.

Ein wichtiger Indikator für die Überschuldung sind **Zahlungsrückstände für Privatkredite**, von denen EU-weit 6,8 Prozent der Haushalte berichten. Länderspezifisch ragen dabei die Griechen mit einem Anteil von 43,4 Prozent heraus, was mit Abstand der höchste Nicht-Zahlungsanteil ist. Bei Berücksichtigung der Familienform hatten annähernd drei Viertel der griechischen Alleinerziehenden Probleme, Kredite zurückzuzahlen. Etwa die Hälfte der griechischen kinderreichen Paarhaushalte konnte ihren Privatkredit nicht bedienen. Die niedrigsten Quoten weisen wiederum die luxemburgischen Haushalte auf. Die deutschen Werte befinden sich, im europäischen Vergleich, ebenfalls im unteren Bereich.

Zusammenfassend zeigen die Analysen, dass sich die sozioökonomische Situation der Familienhaushalte in Deutschland meist besser darstellt als in den anderen EU-Ländern. Vor allem zu den osteuropäischen Mitgliedstaaten bestehen teilweise gravierende Unterschiede. Das aus Deutschland bekannte Bild, dass Alleinerziehende und kinderreiche Familien sich in finanzieller Hinsicht tendenziell schlechter stellen als andere Familientypen, findet sich europaweit. Insbesondere sind Alleinerziehende in allen EU-Mitgliedstaaten überdurchschnittlich oft von relativer Einkommensarmut betroffen.

Kapitel 5: Rollenbilder und Arbeitsteilung in den Ländern der EU

Die steigende Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt in ganz Europa wirft die Frage auf, wie sich in diesem Zusammenhang die Einstellungen zur weiblichen Erwerbstätigkeit und die Arbeitsteilung im Haushalt aktuell gestalten bzw. in den letzten Jahren verändert haben. Vergleichende Analysen anhand von Daten des Eurobarometers und des International Social Survey Programms (ISSP) zeigen deutliche Unterschiede zwischen den europäischen Ländern, aber auch gleichförmige Entwicklungstendenzen. So ist in allen betrachteten Ländern die Erwerbstätigenquote der Frauen in den letzten Jahren gestiegen.

Rollenbilder: Gegenwärtige Tendenzen und Entwicklungen

Die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen lagen 2006 in der EU insgesamt in der Mitte zwischen „traditionell“ und „modern“. Unter „traditionell“ werden dabei Werthaltungen verstanden, die befürworten, dass eine Frau idealerweise zuhause bleibt und sich um die Kinder kümmert, und die erwarten, dass das Familienleben und die Beziehung zum Kleinkind darunter leiden, wenn die Mutter erwerbstätig ist. Unter „modernen“ Einstellungen wird die Ablehnung dieser Statements subsumiert.

Im Zeitraum von 1994 bis 2002 hat in allen betrachteten Ländern eine Liberalisierungstendenz der Rollenbilder stattgefunden, besonders auffallend bei den osteuropäischen Staaten, sowie in Deutschland (hier vor allem auf dem Gebiet der alten Bundesländer und in Bayern), Irland, Schweden und Spanien.

Bei der Betrachtung der aktuellen Situation in den einzelnen Ländergruppen zeigt sich folgendes Ergebnis: Während die nordeuropäischen Staaten die „modernsten“ Einstellungen aufweisen, zeigten die südeuropäischen und post-sozialistischen Länder in diesem Zusammenhang die „traditionellsten“ Werte. Die mitteleuropäischen und angelsächsischen Länder wiederum entsprechen in ihrer Gesamtheit annähernd dem europäischen Durchschnitt. Auffallend „modern“ und auf skandinavischem Niveau sind die Rollenbilder in den neuen Bundesländern Deutschlands, vermutlich als Ausfluss der institutionell umgesetzten Gleichheit der Geschlechter innerhalb des sozialistischen Regimes der ehemaligen DDR. Die Einstellungen der bayerischen Befragten zur Erwerbstätigkeit von Frauen sind traditioneller als der europäische Mittelwert.

Frauen weisen im Großteil der betrachteten Länder „modernere“ Einstellungen zur weiblichen Erwerbstätigkeit auf als Männer. Die größten Differenzen in den Einstellungen von Frauen und Männern zeigen sich durchschnittlich in den nord- und mitteleuropäischen Ländern, die geringsten hingegen in den angelsächsischen sowie in den süd- und osteuropäischen Staaten. Auch in Bayern sind die Unterschiede überdurchschnittlich groß.

In fast allen Ländern lassen sich Alters- und Bildungseffekte erkennen. Ältere Befragte weisen traditionellere Einstellungen auf als die jüngere Generation und mit steigender Bildung werden

die Haltungen moderner. Auch das Vorhandensein von Kindern zeigt einen (wenn auch schwachen) Einfluss auf die Rollenbilder: Eltern äußern traditionellere Vorstellungen als Kinderlose.

Arbeitsteilung im Haushalt: Entwicklungen und aktuelle Situation

Wie die Ergebnisse zeigen, sind parallel zu der Entwicklung der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen auch die Einstellungen zur weiblichen Erwerbstätigkeit in vielen europäischen Ländern liberaler geworden. Erwerbstätig zu sein bedeutet für Frauen jedoch auch, dass weniger Zeit bleibt für die Arbeit im Haushalt bzw. in der Familie. Insofern stellt sich die Frage, inwieweit Einstellungen und Verhalten konform gehen und früher vorwiegend von Frauen erledigte Tätigkeiten im Haushalt zunehmend auch von Männern übernommen werden.

Die Analysen belegen, dass aktuell in den meisten Ländern die anfallenden Arbeiten im Haushalt noch immer vorwiegend durch die Frauen erledigt werden. Im Zeitverlauf sind hier teils nur geringe Veränderungen zu erkennen. Insgesamt weisen die nordeuropäischen Länder die partnerschaftlichste Aufteilung der Hausarbeit auf, aber auch hier ist noch keine Ausgeglichenheit in der Form erreicht, dass jeder Partner die Hälfte der Arbeiten übernehmen würde. Die südeuropäischen Länder sowie Ungarn, Irland und Österreich zeigen die vergleichsweise traditionellste Arbeitsteilung. Auch in Bayern übernehmen die Frauen nach wie vor den Großteil der häuslichen Aufgaben.

Männer schätzen die Aufgabenteilung durchwegs partnerschaftlicher ein als Frauen. Auch diesbezüglich lassen sich in (fast) allen Ländern Alters- und Bildungseffekte erkennen. Jüngere Geburtskohorten weisen eine weniger traditionelle Arbeitsteilung im Haushalt auf als ältere. Mit zunehmendem Bildungsgrad werden die Aufgaben eher partnerschaftlich verteilt. Weiterhin zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen und der Beteiligung an der Haushaltsführung durch ihre Männer dahingehend, dass mit zunehmender Erwerbsbeteiligung der Frauen auch die Beteiligung der Männer an den Haushaltstätigkeiten steigt. In allen betrachteten Ländern zeigen Familien durchweg eine traditionellere Arbeitsteilung als kinderlose Paare.

Rollenbilder und Arbeitsteilung

Setzt man die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen in Beziehung zur tatsächlich praktizierten Arbeitsteilung im Haushalt, so ergibt sich eine Kluft: Die Alltagspraxis ist weitaus weniger partnerschaftlich ausgerichtet als die geäußerten Einstellungen vermuten ließen. Besonders stark ist diese Differenz in den nord- und mitteleuropäischen Ländern, hier vor allem in Dänemark, Frankreich, Deutschland. In den post-sozialistischen Ländern hingegen ist die Abweichung zwischen Einstellungen und tatsächlicher Arbeitsteilung am schwächsten ausgeprägt. In Bayern liegen die Einstellungen zur weiblichen Erwerbsbeteiligung und die alltägliche Aufgabenteilung relativ weit auseinander. Die Arbeitsteilung folgt eher traditionellen Einstellungen und Rollenzuschreibungen, zumal neue Orientierungsmuster bislang weitgehend fehlen.

Kapitel 6: Gesellschaftliche Alterung und intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Aufgrund der steigenden Lebenserwartung bei gleichzeitigem Fertilitätsrückgang altern westliche Gesellschaften in den letzten Jahren zunehmend. Dies gilt insbesondere für Europa. In diesem Zusammenhang hat der wachsende Anteil nicht mehr erwerbstätiger Älterer an der Gesamtbevölkerung in den letzten Jahren zu einer öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte über die ökonomischen Kosten der demografischen Alterung geführt. Da sich die Diskussion im Wesentlichen auf die Kosten für umlagefinanzierte Rentensysteme und solidarisch organisierte Gesundheitssysteme konzentriert, werden die Älteren dabei häufig als wirtschaftliche Belastung für die Jüngeren charakterisiert und Krisenszenarien über die Entwicklung des Generationenverhältnisses entwickelt. Dabei wird häufig die Frage aufgeworfen, in welcher Weise der Generationenvertrag aufrechterhalten werden kann, ohne bestimmte Geburtsjahrgänge übermäßig zu „belasten“. Bislang bleiben Generationskonflikte jedoch weitestgehend aus, denn obwohl sich das Verhältnis der Generationen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in der Tat ungünstig entwickelt hat, sind die Generationenbeziehungen auf der familialen Ebene in aller Regel nach wie vor intakt.

Um das Ausmaß und die Qualität dieser Beziehungen abschätzen zu können, widmet sich das Kapitel daher in erster Linie den Austauschbeziehungen zwischen familialen Generationen, also zwischen Eltern und ihren erwachsenen Kindern und zwischen Großeltern und Enkelkindern. Dabei interessiert vor allem die Frage, ob ein starker Sozialstaat intergenerationale Austauschbeziehungen begünstigt oder unterminiert. Der Fokus liegt dabei auf instrumentellen Unterstützungsleistungen, d. h. der Hilfe bei Tätigkeiten im Haushalt oder der Erledigung von Verwaltungsaufgaben, aber auch auf zeitintensiveren Tätigkeiten wie der Pflege und Enkelkinderbetreuung. Mithilfe von Analysen auf Basis der Daten des „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“ (SHARE) kann auf diese Weise gezeigt werden, dass Ältere in Europa im Rahmen von intergenerationalen Beziehungen häufig mehr Hilfe leisten als sie empfangen.

Neben diesem länderübergreifenden Trend zeigen sich auch deutliche Unterschiede in der EU. Während in Nord- und Mitteleuropa die Beteiligung an intergenerationalen Austauschbeziehungen höher ist als im Süden, ist in Südeuropa die zeitliche Intensität dieser Beziehungen deutlich

höher. Wesentliche Gründe für diese Unterschiede sind divergierende Wertvorstellungen in Bezug auf die Familie, Unterschiede in der Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen sowie unterschiedliche Muster des Zusammenlebens von Eltern und ihren erwachsenen Kindern. So lässt sich beispielsweise die niedrige Beteiligungsquote in Südeuropa dadurch erklären, dass mit den vorliegenden Daten nur Austauschbeziehungen zwischen Eltern und erwachsenen Kindern, die in getrennten Haushalten leben, berücksichtigt werden konnten. Ein weiterer Grund für die geringere, aber dafür intensivere Beteiligung in Südeuropa ist darauf zurückzuführen, dass insbesondere hier zeitintensive Pflegeleistungen in den Tätigkeitsbereich der Familie fallen. In Ländern, in denen diese Tätigkeiten eher von sozialen Diensten übernommen werden, ist die Intensität der Transfers geringer, dafür deren Häufigkeit größer.

Die Ergebnisse zeigen einerseits, dass Ältere keineswegs nur als Last für Jüngere wahrgenommen werden dürfen, da sie ihre Kinder durch instrumentelle Transfers, insbesondere durch Betreuung von Enkelkindern, häufig mehr ent- als belasten. Würde man zusätzliche finanzielle Transfers zu Lebzeiten sowie Erbschaften und das ehrenamtliche Engagement der Älteren berücksichtigen, könnte man die Rhetorik von der „Altenlast“ noch mehr entkräften.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass in Ländern mit stark ausgebauten Sozialsystemen besonders häufig intergenerationale Austauschbeziehungen zu beobachten sind. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die Familien hier seltener um eher unangenehme, weil zeit- und kostenintensive Pflegetätigkeiten kümmern müssen und sich daher mehr auf freiwillige und weniger konfliktreiche Hilfeleistungen konzentrieren können.



ANHANG

Anhang Kapitel 1: Familienhaushalte im europäischen Vergleich

Tab. 1.1: Bevölkerungsbewegungen in der EU-15, EU-25 und EU-27 (1960-2008)

Jahr	Gesamtbevölkerung	Lebendgeburten	Sterbefälle	Natürliches Bevölkerungswachstum	Lebendgeburten	Sterbefälle
	in 1.000			pro 1.000 Einwohner		
1960	314.826,0	5.783,7	3.386,1	2.397,6	18,3	10,7
1965	328.648,2	6.096,7	3.542,2	2.554,5	18,5	10,7
1970	339.974,9	5.495,3	3.679,0	1.816,3	16,2	10,8
1975	348.644,3	4.748,0	3.792,7	955,3	13,6	10,9
1980	354.571,7	4.630,0	3.737,2	892,8	13,0	10,5
1985	358.475,4	4.274,7	3.764,8	509,9	11,9	10,5
1990	363.763,4	4.379,1	3.720,8	658,3	12,0	10,2
1995	371.589,5	4.009,0	3.733,9	275,1	10,8	10,0
1996	372.669,9	4.040,1	3.737,7	302,4	10,8	10,0
1997	373.716,7	4.096,8	3.707,1	389,7	10,9	9,9
1998	374.584,0	4.000,5	3.712,1	288,4	10,7	9,9
1999	375.461,7	3.997,2 ¹	3.734,5 ¹	262,7 ¹	10,6 ¹	9,9 ¹
2000	376.455,2 ²	4.038,2 ²	3.665,9 ²	372,3 ²	10,7 ²	9,7 ²
2001	378.036,6 ²	4.010,6 ²	3.606,8 ²	403,8 ²	10,6 ²	9,5 ²
2002	377.698,1 ²	3.995 ²	3.693,7 ²	301,3 ²	10,6 ²	9,8 ²
EU-25 ³						
2003	456.998,8	4.761,0	4.558,3	202,7	10,4	10,0 ²
2004	459.244,2	4.830,9	4.356,2	474,7	10,5	9,5 ²
2005	461.604,0	4.842,5	4.467,1	375,4	10,5	9,7 ²
2006	463.646,2	4.929,7	4.375,6	554,1	10,6	9,5 ²
EU-27						
2006	492.975,2	5.223,1	4.747,3	475,8	10,6	9,7 ²
2007	495.090,3	5.281,6	4.798,1	483,5	10,6 ²	9,7 ²
2008	497.455,0	5.384,2 ²	4.828,4 ²	555,8 ²	-	-

¹vorläufige Angaben, ²Schätzung Eurostat, ³Ab 2003: EU-25.

Quelle: Eurostat; Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung Ausgabe 2001, S. 47; Bevölkerungsstatistik 2004, S. 75, 2006, S. 73; Statistik kurz gefasst Thema 3 - 17/2002, S. 3, Thema 1/2006, S. 2, 41/2007, S. 2, Thema 3/2008, S. 1.

Tab. 1.2: Privathaushalte in den EU-Mitgliedsländern (2007)

Land	Privathaushalte	Einpersonenhaushalte	Durchschnittliche Haushaltsgröße
	in 1.000	Anteile in Prozent	
Bayern	5.902	37,9	2,1
EU – 15	159.191 ¹	30,7 ¹	2,3 ¹
EU – 25	185.350 ¹	29,4 ¹	2,4 ¹
EU – 27	195.593 ¹	29,0 ¹	2,4 ¹
Belgien (BE)	4.439	29,4	2,4
Bulgarien (BG)	2.866	26,5	2,5
Dänemark (DK)	2.365 ¹	-	2,2
Deutschland (DE)	39.291	38,7	2,1
Estland (EE)	544	29,9	2,4
Finnland (FI)	2.434	38,6	2,2
Frankreich (FR)	26.734	33,3	2,3
Griechenland (GR)	4.221	26,5	2,5
Irland (IE)	-	-	-
Italien (IT)	23.902	28,9	2,5
Lettland (LV)	868	25,2	2,6
Litauen (LT)	1.280	29,8	2,6
Luxemburg (LU)	187	31,2	2,5
Malta (MT)	135	13,9	3,0
Niederlande (NL)	7.202	34,1	2,2
Österreich (AT)	3.536	35,0	2,3
Polen (PL)	12.933	19,5	2,9
Portugal (PT)	3.852	17,1	2,8
Rumänien (RO)	7.381	20,3	2,9
Schweden (SE)	-	-	-
Slowakei (SK)	1.697	19,9	2,9
Slowenien (SI)	745	23,0	2,7
Spanien (ES)	16.226	17,3	2,8
Tsch. Republik (CZ)	4.219	26,2	2,5
Ungarn (HU)	3.810	24,6	2,6
Ver. Königreich (UK)	26.649	30,8	2,3
Zypern (CY)	261	15,2	2,9

¹Daten von 2006.Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt: Daten aus der Arbeitskräfteerhebung; *ifb*-Berechnungen.

Tab. 1.3: Familienhaushalte in Europa (2007)

Land	Privathaushalte	Familienhaushalte ¹	Anteil Familienhaushalte
	in 1.000		in Prozent
Bayern	5.902	1.362 ³	23,1 ³
EU – 15	159.191 ²	48.160	30,3 ²
EU – 25	185.350 ²	59.125	31,9 ²
EU – 27	195.593 ²	63.369	32,4 ²
Belgien (BE)	4.439	1.486	33,5
Bulgarien (BG)	2.866	913	31,9
Dänemark (DK)	2.365 ¹	-	-
Deutschland (DE)	39.291	9.378	23,9
Estland (EE)	544	199	36,6
Finnland (FI)	2.434	604	24,8
Frankreich (FR)	26.734	8.489	31,8
Griechenland (GR)	4.221	1.292	30,6
Irland (IE)	-	-	-
Italien (IT)	23.902	7.690	32,2
Lettland (LV)	868	323	37,2
Litauen (LT)	1.280	532	41,6
Luxemburg (LU)	187	68	36,2
Malta (MT)	135	57	42,5
Niederlande (NL)	7.202	2.199	30,5
Österreich (AT)	3.536	1.009	28,6
Polen (PL)	12.933	5.826	45,1
Portugal (PT)	3.852	1.531	39,7
Rumänien (RO)	7.381	3.218	43,6
Schweden (SE)	-	-	-
Slowakei (SK)	1.697	722	42,6
Slowenien (SI)	745	283	37,9
Spanien (ES)	16.226	6.202	38,2
Tsch. Republik (CZ)	4.219	1.497	35,5
Ungarn (HU)	3.810	1.346	35,3
Ver. Königreich (UK)	26.649	8.476	31,8
Zypern (CY)	261	111	42,6

¹ Entsprechend der Definition von Eurostat handelt es sich dabei um Haushalte mit unter 15-jährigen Kindern bzw. unter 24-jährigen Kindern, falls diese noch in Ausbildung sind.

² Daten von 2006.

³ Haushalte mit minderjährigen Kindern.

Quelle: Eurostat, *ifb*-Berechnungen.

Tab. 1.4: Eheschließungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2007)

Land	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in 1.000															
Bayern	9,3	8,2	7,0	5,9	6,1	6,0	6,6	5,6	5,2	4,9	4,9	4,8	4,9	4,8	4,6	4,6
EU-15	2.504,2	2.561,8	2.625,5	2.521,1	2.247,9	2.088,4	2.172,4	1.913,5	1.926,7 ²	-	1.831,1 ²	2.167,7 ²	2.205,6	2.221,2 ¹	-	-
EU-25	-	3.040,6	3.217,2	3.187,3	2.841,7	2.637,9	2.713,9	2.314,0	2.333,1	2.195,6	2.215,6	2.200,3	2.204,2	2.224,5	-	-
EU-27	-	3.270,8	3.435,9	3.450,4	3.094,1	2.865,7	2.966,4	2.504,7	2.504,1	2.357,5	2.373,8	2.364,9	2.378,6	2.399,9	-	-
Belgien (BE)	65,2	66,5	73,3	71,7	66,4	57,6	64,6	51,4	45,1	42,1	40,4	41,8	43,3	43,2	44,9	45,5 ¹
Bulgarien (BG)	69,0	65,9	73,3	75,0	69,7	66,7	59,9	36,8	35,2	32,0	29,2	30,6	31,0	33,5	32,8	29,6
Dänemark (DK)	35,9	41,7	36,4	31,8	26,5	29,3	31,5	34,7	38,4	36,6	37,2	35,0	37,7	36,1	36,5	36,6
Deutschland (DE) ³	689,0	621,1	575,2	528,8	496,6	496,2	516,4	430,5	418,6	389,6	392,0	382,9	396,0	388,5	373,7	368,3 ¹
Estland (EE)	12,2	10,6	12,4	12,4	13,0	12,9	11,8	7,0	5,5	5,6	5,9	5,7	6,0	6,1	7,0	7,0
Finnland (FI)	32,8	36,2	40,7	31,6	29,4	25,8	25,0	23,7	26,2	24,8	27,0	25,8	29,3	29,3	28,2	29,5
Frankreich (FR)	319,9	346,3	393,7	387,4	334,4	269,4	287,1	254,7	305,4	295,9	286,3	282,9	278,6	283,2	274,1	266,5 ¹
Griechenland (GR)	58,2	80,7	67,4	76,5	62,4	63,7	59,1	64,0	48,9	57,0	57,9	61,1	51,4	61,0	57,8	57,7 ¹
Irland (IE)	15,5	16,9	20,8	21,3	21,8	18,8	17,8	15,6	19,2	19,2	20,6	20,3	20,6	21,4	21,8	-
Italien (IT)	387,7	399,0	395,5	373,8	323,0	298,5	319,7	290,0	284,4	260,9	265,6	257,9	249,0	247,7	243,5	249,8 ¹
Lettland (LV)	23,4	20,0	24,0	24,5	24,6	24,0	23,6	11,1	9,2	9,3	9,7	10,0	10,4	12,5	14,6	15,5
Litauen (LT)	28,1	24,9	30,0	29,6	31,5	34,2	36,3	22,2	16,9	15,8	16,2	17,0	19,1	19,9	21,2	23,1
Luxemburg (LU)	2,2	2,2	2,2	2,4	2,2	2,0	2,3	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,9	2,0
Malta (MT)	1,9	2,0	2,4	2,8	2,8	2,6	2,5	2,3	2,5	2,2	2,2	2,4	2,4	2,4	2,5	2,5
Niederlande (NL)	89,1	108,5	123,6	100,1	90,2	82,8	95,6	81,5	88,1	79,7	84,0	78,9	73,4	73,8	71,2	73,6
Österreich (AT)	58,5	56,7	52,8	46,5	46,4	44,9	45,2	42,9	39,2	34,2	36,6	37,2	38,5	39,2	36,9	36,0
Polen (PL)	244,2	199,9	280,3	330,9	307,4	266,8	255,4	207,1	211,2	195,1	191,9	195,4	191,8	206,9	226,2	248,7
Portugal (PT)	69,5	75,5	81,5	103,1	72,2	68,5	71,7	65,8	63,8	58,4	56,5	53,7	49,2	48,7	47,9	46,3 ¹
Rumänien (RO)	197,7	164,2	145,5	188,1	182,7	161,1	192,7	153,9	135,8	129,9	129,0	134,0	143,3	141,8	146,6	189,2 ¹
Schweden (SE)	50,1	60,0	43,3	44,1	37,6	38,3	40,5	33,6	39,9	35,8	38,0	39,0	43,1	44,4	45,6	47,9
Slowakei (SK)	32,2	30,5	36,0	43,8	39,6	38,9	40,4	27,5	25,9	23,8	25,1	26,0	27,9	26,1	25,9	27,4
Slowenien (SI)	14,0	15,1	14,3	15,4	12,4	10,6	8,5	8,2	7,2	6,9	7,1	6,8	6,6	5,8	6,4	6,4 ¹
Spanien (ES)	236,9	228,3	248,2	271,4	220,7	199,7	220,5	200,7	216,5	208,1	211,5	212,3	216,1	209,4	203,5	-
Tsch. Republik (CZ)	74,2	81,8	90,6	97,4	78,3	80,7	91,0	55,0	55,3	52,4	52,7	48,9	51,4	51,8	52,9	57,2
Ungarn (HU)	88,6	89,6	96,6	103,8	80,3	73,2	66,4	53,5	48,1	43,6	46,0	45,4	43,8	44,2	44,5	40,8 ¹
Ver. Königreich (UK)	393,6	422,1	471,0	430,7	418,5	393,1	375,4	322,3	305,9	286,1	293,0	306,2	311,2	314,9	-	-
Zypern (CY)	-	4,5	5,3	5,6	3,9	5,7	5,6	6,7	9,8	10,6	10,3	5,6	5,3	5,9	5,3	5,9 ¹

¹vorläufige Angaben.²Schätzung Eurostat.³ab 1991 einschließlich der neuen Bundesländer.

Quelle: Eurostat; Eurostat Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung Ausgabe 2000, S. 106, Ausgabe 2006, S. 115; Statistik kurz gefasst Thema 3 - 15/2001, S. 7, Thema 3 - 20/2003, S. 7, Thema 13/2004, S. 7, Thema 15/2005, S. 7, Thema 16/2006, S. 8, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, *ifb*-Berechnungen.

Tab. 1.5: Eheschließungen nach Familienstand in der EU-15, EU-25, EU-27 und in den EU-Mitgliedsländern (in Prozent) (1960-2006)

Land	1960				1980				2000				2006			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	ledig	gesch.														
in Prozent																
EU-15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-25	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-27	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Belgien (BE)	90,58	4,79	90,96	4,88	89,19	8,89	89,83	8,89	74,75	23,22	75,71	23,12	-	-	-	-
Bulgarien (BG)	-	-	-	-	-	-	-	-	86,95	11,64	87,81	11,03	86,53	11,41	87,66	11,09
Dänemark (DK)	84,84	12,24	86,55	11,21	72,48	22,86	73,95	22,86	72,67	21,33	71,68	20,60	73,48	22,18	72,38	21,12
Deutschland (DE) ¹	85,76	-	89,11	-	80,81	-	81,96	-	74,23	23,53	73,02	25,56	73,33	24,79	73,12	25,72
Estland (EE)	-	-	-	-	-	-	-	-	67,66	29,50	67,57	28,92	69,64	28,50	71,60	25,71
Finnland (FI)	89,73	6,86	91,32	5,38	85,80	12,62	87,14	11,30	78,26	20,33	77,32	21,11	74,35	20,50	76,60	21,88
Frankreich (FR)	89,92	6,47	90,48	6,00	87,48	10,62	88,56	9,68	81,42	17,15	82,41	16,23	79,44	19,07	80,47	17,97
Griechenland (GR)	94,35	2,68	96,52	2,05	92,50	5,13	95,30	3,52	87,54	10,69	89,23	9,65	86,97	11,99	88,14	11,16
Irland (IE)	97,72	-	98,70	-	99,04	-	99,08	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Italien (IT)	97,13	-	98,88	-	95,98	1,97	97,77	1,26	93,22	5,56	94,59	4,73	-	-	-	-
Lettland (LV)	-	-	-	-	-	-	-	-	70,34	26,70	70,50	25,24	71,81	25,96	73,15	23,52
Litauen (LT)	-	-	-	-	-	-	-	-	78,36	19,53	79,72	17,57	76,62	21,78	78,33	19,31
Luxemburg (LU)	94,59	3,04	94,28	3,00	87,34	10,47	87,85	10,61	75,88	22,86	76,68	22,21	73,41	25,31	75,67	23,56
Malta (MT)	-	-	-	-	-	-	-	-	94,50	4,64	95,52	3,61	91,84	1,18	91,64	2,01
Niederlande (NL)	91,89	4,45	93,58	4,41	87,51	10,50	89,25	9,47	80,00	17,95	81,83	16,53	-	-	-	-
Österreich (AT)	83,50	11,51	87,33	9,06	82,82	14,84	85,28	13,16	76,19	22,34	77,04	22,02	73,45	25,15	74,39	24,71
Polen (PL)	-	-	-	-	-	-	-	-	90,03	7,64	90,46	6,90	89,50	8,76	90,30	7,80
Portugal (PT)	95,86	0,74	97,72	0,47	91,92	4,70	95,25	2,83	90,03	8,38	92,33	6,74	84,71	13,88	87,34	11,71
Rumänien (RO)	-	-	-	-	-	-	-	-	84,95	13,47	85,83	12,24	84,31	14,36	85,03	13,24
Schweden (SE)	87,59	9,92	88,67	9,58	78,59	19,86	79,36	19,63	73,90	18,81	78,03	21,13	72,09	17,55	77,96	21,19
Slowakei (SK)	-	-	-	-	-	-	-	-	87,90	11,11	89,73	9,45	85,22	14,01	87,49	11,95
Slowenien (SI)	-	-	-	-	-	-	-	-	90,24	8,21	90,22	8,50	89,26	9,30	91,06	7,87
Spanien (ES)	97,40	-	98,72	-	98,53	-	99,22	-	93,41	5,73	94,65	4,91	89,39	9,69	90,57	8,88
Tsch. Republik (CZ)	-	-	-	-	-	-	-	-	74,76	23,93	75,07	23,54	74,06	24,90	74,86	23,94
Ungarn (HU)	-	-	-	-	-	-	-	-	78,95	19,49	79,57	18,88	98,93	26,45	78,73	19,92
Ver. Königreich (UK)	89,59	5,01	90,66	4,82	75,24	20,95	76,26	19,93	-	-	-	-	-	-	-	-
Zypern (CY)	-	-	-	-	-	-	-	-	76,96	20,67	79,42	18,93	81,82	15,59	83,82	14,20

¹ab 1991 einschließlich der neuen Bundesländer.

Quelle: Eurostat, *ifb*-Berechnungen, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, eigene Berechnungen; die Spalten „ledig“ und „geschieden“ ergeben kumuliert nicht 100 %, da weitere Kategorien erhoben wurden.

Tab. 1.6: Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung bei Frauen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2004)

Land	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Bayern	-	23,9	23,2	23,0	23,3	24,5	25,3	27,3	28,4	28,7	28,8	29,0	28,7
EU-15	24,1	23,8	23,2	23,0	23,3	24,5	25,3	26,5	27,6	27,6	27,7	28,2	28,5
EU-25	23,8	23,5	23,0	22,8	23,1	24,1	24,8	25,8	27,0	27,1	27,2	27,7	28,0
EU-27	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Belgien (BE)	22,8	23,4	22,4	22,0	22,3	23,1	24,3	25,4	26,3	26,5	26,7	27,3	27,1
Bulgarien (BG)	21,7	21,4	21,4	21,4	21,2	21,4	21,4	22,6	24,1	24,3	24,5	24,9	25,3
Dänemark (DK)	22,8	22,5	22,8	23,5	24,6	26,2	27,6	29,0	29,5	29,5	29,6	30,4	30,7
Deutschland (DE) ¹	23,4	23,5	22,5	22,3	22,9	24,2	25,3	26,4	27,0	27,2	27,2	28,2	28,6
Estland (EE)	-	-	23,5	23,2	22,6	22,8	22,5	23,5	24,8	25,2	25,5	25,8	-
Finnland (FI)	23,8	23,4	23,4	23,5	24,4	25,2	25,0	27,0	28,0	28,1	28,5	27,9	29,2
Frankreich (FR)	23,0	22,7	22,6	22,5	23,0	24,2	25,6	26,9	28,0	28,1	28,2	28,6	-
Griechenland (GR)	25,2	24,7	23,7	23,6	-	-	24,7	25,7	27,0	-	27,3	27,6	-
Irland (IE)	27,6	26,1	25,3	25,0	24,7	25,4	26,5	27,9	-	-	29,7	-	-
Italien (IT)	24,8	26,1	23,9	23,7	23,9	24,5	25,6	26,7	27,4	-	-	-	-
Lettland (LV)	-	-	-	23,3	22,8	22,7	22,3	22,9	24,5	24,7	24,8	24,9	25,1
Litauen (LT)	-	-	-	-	-	-	22,4	22,3	23,6	23,9	24,1	24,5	24,7
Luxemburg (LU)	-	-	-	-	-	-	25,4	26,6	27,1	27,5	27,7	28,0	28,2
Malta (MT)	-	-	-	-	-	-	-	-	25,8	-	25,5	26,4	26,5
Niederlande (NL)	24,2	23,6	22,9	22,6	23,2	24,4	25,9	27,1	27,8	27,9	28,2	28,6	28,9
Österreich (AT)	24,0	23,3	22,9	22,8	23,2	24,1	24,9	26,1	27,2	27,2	27,4	27,8	28,1
Polen (PL)	-	-	21,9	22,1	22,5	22,6	22,7	22,0	23,9	24,1	24,4	24,7	25,0
Portugal (PT)	24,8	24,8	24,3	23,7	23,1	23,4	23,9	24,7	25,3	25,6	25,9	26,3	26,4
Rumänien (RO)	-	-	22,1	21,5	22,0	22,0	22,0	22,8	23,4	23,6	23,8	24,2	24,8
Schweden (SE)	23,9	23,5	23,9	24,8	26,0	27,2	27,5	28,7	30,1	29,9	30,1	30,8	31,1
Slowakei (SK)	21,8	21,8	21,6	21,7	21,9	21,9	21,8	22,6	24,0	24,2	24,6	25,0	25,0
Slowenien (SI)	-	-	23,1	22,5	22,5	22,8	23,8	25,2	26,7	27,0	27,4	27,6	27,9
Spanien (ES)	26,1	25,4	24,7	23,9	23,5	24,3	25,3	26,8	27,8	-	28,3	28,7	-
Tsch. Republik (CZ)	-	-	21,6	21,6	21,5	21,6	21,1	22,4	24,5	24,8	25,2	25,7	26,0
Ungarn (HU)	21,9	21,6	21,1	20,8	21,3	21,3	21,5	22,2	24,6	25,1	25,5	25,9	26,3
Ver. Königreich (UK)	-	-	-	-	-	25,4	25,0	25,9	27,2	-	27,2	-	-
Zypern (CY)	-	-	-	22,9	23,3	23,7	24,2	25,2	26,1	-	27,1	27,2	26,7

¹ab 1991 einschließlich der neuen Bundesländer.

Quelle: Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung Ausgabe 2004, S. 122, Ausgabe 2006, S. 120, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Tab. 1.7: Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung bei Männern in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2003)

Land	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	1999	2000	2001	2002	2003
Bayern	-	26,2	25,8	25,6	26,1	27,2	27,7	29,8	31,0	31,3	31,7	31,8	32,0
EU-15	26,7	26,5	25,9	25,7	26,0	27,2	27,7	29,0	30,3	29,9	29,9	30,0	-
EU-25	26,5	26,3	25,7	25,5	25,8	26,8	27,3	28,3	29,2	29,3	29,4	29,7	30,0
EU-27	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Belgien (BE)	25	25	24	24	24	25	26	27,4	28,2	28,4	28,6	28,9	29,3
Bulgarien (BG)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dänemark (DK)	26	25	25	26	27	29	30	31,4	31,8	31,8	31,8	31,9	32,3
Deutschland (DE) ¹	25	26	25	25	26	27	28	29,1	29,8	29,5	29,8	-	30,6
Estland (EE)	-	-	-	-	-	-	-	25,6	27,0	27,3	27,7	28,1	-
Finnland (FI)	26	25	25	25	26	27	27	28,9	29,7	30,0	30,1	30,4	-
Frankreich (FR)	26	25	25	25	25	26	28	28,9	29,9	30,1	30,2	30,4	-
Griechenland (GR)	29	30	29	29	28	28	29	29,8	30,4	-	-	31,0	-
Irland (IE)	31	29	27	27	27	27	28	29,7	-	-	-	-	-
Italien (IT)	29	28	27	27	27	28	29	29,6	30,0	30,4	-	-	-
Lettland (LV)	-	-	-	-	-	-	-	24,8	26,2	26,5	26,7	26,7	26,8
Litauen (LT)	-	-	-	-	-	-	-	24,2	25,1	25,6	26,0	26,3	26,6
Luxemburg (LU)	-	-	-	-	-	-	27	28,8	29,9	29,6	30,0	30,1	30,2
Malta (MT)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29,0
Niederlande (NL)	27	26	25	25	25	27	28	29,4	30,2	30,3	30,3	30,7	30,8
Österreich (AT)	27	26	26	26	26	27	27	28,6	29,4	29,6	29,7	29,9	-
Polen (PL)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26,5	26,7	27,0
Portugal (PT)	27	27	27	26	25	26	26	26,6	27,1	27,3	27,5	27,7	28,0
Rumänien (RO)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schweden (SE)	27	26	26	27	29	30	30	31,1	32,0	32,4	32,3	32,5	32,9
Slowakei (SK)	-	-	-	-	-	-	-	24,9	-	-	26,8	27,3	27,7
Slowenien (SI)	-	-	-	-	-	-	-	27,9	-	-	29,6	30,1	30,1
Spanien (ES)	29	29	27	27	26	27	28	28,8	29,6	29,8	-	30,2	-
Tsch. Republik (CZ)	-	-	-	-	-	-	-	25,0	26,8	27,2	27,6	28,1	28,4
Ungarn (HU)	-	-	-	-	-	-	-	25,0	-	-	27,9	28,2	28,6
Ver. Königreich (UK)	-	-	-	-	25	28	27	28,5	29,5	29,3	-	-	-
Zypern (CY)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28,9	-	-	-

¹ab 1991 einschließlich der neuen Bundesländer.

Quelle: Eurostat Jahrbuch 2003, S. 88, 2004, S. 47; Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung Ausgabe 2006, S. 115, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Tab. 1.8: Anteile außerehelicher Lebendgeburten an allen Lebendgeburten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2007)

Land	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Prozent																
Bayern	9,1	6,5	7,1	7,2	7,9	8,9	9,9	-	17,0	17,9	19,4	20,3	20,8	21,6	22,5	23,0	23,7
EU-15	5,0	4,9	5,4	6,3	8,9	13,3	17,6	21,9	26,1	27,0	28,3	29,3	-	-	-	-	-
EU-25	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30,6 ²	31,2	31,8	-	-
EU-27	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	33,0	-	-
Belgien (BE)	2,1	2,4	2,8	3,1	4,1	7,1	11,6	16,6	25,5	22,0 ²	27,5 ²	29,5 ²	31,0 ²	-	-	-	39,0
Bulgarien (BG)	-	-	-	-	-	-	-	25,7	35,1	38,4	42,0	42,8	46,1	48,7	49,0	50,8	50,2
Dänemark (DK)	7,8	9,5	11,0	21,7	33,2	43,0	46,4	46,5	44,9	44,6	44,6	44,6	44,9	45,4	45,7	46,4	46,1
Deutschland (DE) ³	7,6	5,8	7,2	8,5	11,9	16,2	15,3	16,1	22,1	23,4	25,0	26,1	27,0	27,9	29,2	30,0	30,0
Estland (EE)	-	-	-	-	-	-	-	44,2	54,2	54,5	56,2	56,3	57,8	58,0	58,5	58,2	58,1
Finnland (FI)	4,0	4,6	5,8	10,1	13,1	16,4	25,2	33,1	38,7	39,2	39,6	39,9	40,0	40,8	40,4	40,6	40,6
Frankreich (FR)	6,1	5,9	6,9	8,5	11,4	19,6	30,1	37,6	42,8	43,6	44,7	45,3	46,2	47,4	48,4	50,5	-
Griechenland (GR)	1,2	1,1	1,1	1,3	1,5	1,8	2,2	3,0	3,9	4,0	4,3	4,4	4,8	5,1	5,1	5,3	5,0
Irland (IE)	1,6	2,2	2,7	3,7	5,0	8,5	14,6	22,3	31,1	31,5	31,3	31,2	31,2	32,0	32,0	33,2	-
Italien (IT) ¹	2,4	2,0	2,2	2,6	4,3	5,4	6,5	8,1	9,2	9,7	9,9	10,9	13,0	17,3	15,4	-	20,7
Lettland (LV)	-	-	-	-	-	-	-	29,9	39,1	40,3	42,1	43,1	44,2	45,3	44,6	43,4	43,0
Litauen (LT)	-	-	-	-	-	-	-	12,8	19,8	22,6	25,4	27,9	29,5	28,7	28,4	29,6	29,2
Luxemburg (LU)	3,2	3,7	4,0	4,2	6,0	8,7	12,8	13,1	18,7	21,9	22,3	23,2	25,0	26,1	27,2	28,8	30,7
Malta (MT)	-	-	-	-	-	-	-	4,6	-	10,9	12,9	14,6	16,8	19,1	20,0	-	24,9
Niederlande (NL)	1,4	1,8	2,1	2,1	4,1	8,3	11,4	15,5	22,8	24,9	27,2	29,1	30,7	32,5	34,9	37,1	39,7
Österreich (AT)	13,0	11,2	12,8	13,5	17,8	22,4	23,6	27,4	30,5	31,3	33,1	33,8	35,3	35,9	36,5	37,2	38,2
Polen (PL)	-	-	-	-	-	-	-	9,5	11,7	12,1	13,1	14,4	15,8	17,1	18,5	18,9	19,5
Portugal (PT)	9,5	7,8	7,3	7,2	9,2	12,3	14,7	18,7	20,9	22,2	23,8	25,5	26,9	29,1	30,7	31,6	33,6
Rumänien (RO)	-	-	-	-	-	-	-	19,8	24,1	25,5	26,7	26,7	28,2	29,4	28,6	29,0	26,7
Schweden (SE)	11,3	13,8	18,6	32,8	39,7	46,4	47,0	53,0	55,3	55,3	55,5	56,0	56,0	55,4	55,5	55,5	54,7
Slowakei (SK)	-	-	-	-	-	-	-	12,6	16,9	18,3	19,8	21,6	23,4	24,8	26,0	27,5	28,8
Slowenien (SI)	-	-	-	-	-	-	-	29,8	35,4	37,1	39,4	40,2	42,5	44,8	46,7	47,2	48,1
Spanien (ES)	2,3	1,7	1,4	2,0	3,9	8,0	9,6	11,1	16,3	17,7	19,7	21,8	23,4	25,1	26,6	28,4	-
Tsch. Republik (CZ)	-	-	-	-	-	-	-	15,6	20,6	21,8	23,5	25,3	28,5	30,6	31,7	33,3	34,5
Ungarn (HU)	-	-	-	-	-	-	-	20,7	28,0	29,0	30,3	31,4	32,3	34,1	35,0	35,6	37,5
Ver. Königreich (UK)	5,2	7,3	8,0	9,0	11,5	18,9	27,9	33,6	38,8	39,5	40,1	40,6	41,5	42,3	42,9	43,7	-
Zypern (CY)	-	-	-	-	-	-	-	1,4	2,2	2,3	2,5	3,5	3,5	3,3	4,4	5,6	-

¹Daten beziehen sich auf die De-facto-Bevölkerung.

²Schätzung Eurostat.

³ab 1991 einschließlich der neuen Bundesländer.

Quelle: Eurostat; Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung Ausgabe 2001, S. 89; Statistik kurz gefasst Thema 3 - 17/2002, S. 5, Thema 13/2004, S. 5, Thema 15/2005, S. 5, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Tab. 1.9: Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2006)

Land	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bayern ¹	-	-	25,0	-	25,4	-	-	-	-	28,0	-	29,4	29,1	29,2	29,4	29,5	29,1	29,1	29,9
EU-15	28,0	27,7	27,3	27,0	26,9	27,3	27,8	28,5	28,6	28,7	28,8	28,9	29,1	29,1	29,2	-	-	-	-
EU-25	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29,2	29,3	-	-
EU-27	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27,7
Belgien (BE)	-	-	-	-	-	-	26,4	27,3	27,4	27,6	-	-	-	-	-	28,5	-	-	27,9
Bulgarien (BG)	-	-	-	-	-	-	-	22,4	22,6	22,8	22,9	23,0	23,5	23,7	23,9	24,2	24,4	24,7	24,9
Dänemark (DK)	-	-	-	-	-	-	-	27,4	27,5	27,0	27,0	27,1	27,3	27,3	28,1	28,2	28,4	28,4	28,4
Deutschland (DE) ²	-	24,9 ³	24,3 ³	24,8 ³	25,2 ³	26,2 ³	26,9 ³	27,5	27,6	27,7	27,9	28,0	28,2	28,3	28,6	28,8	-	29,1	-
Estland (EE)	-	-	-	-	-	-	22,4	23,0	23,2	23,4	23,6	23,8	24,0	24,2	24,6	24,8	25,0	25,2	-
Finnland (FI)	-	-	-	-	-	-	26,5	27,2	27,2	27,4	27,4	27,4	27,4	27,5	27,6	26,8	27,8	27,9	28,0
Frankreich (FR)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27,7	27,8	27,8	28,0	28,1	28,3	28,4	28,5	27,8
Griechenland (GR)	-	-	-	-	-	-	-	26,6	26,8	27,0	27,2	27,3	28,0	27,6	27,9	28,0	28,2	28,5	28,5
Irland (IE)	-	-	-	-	-	-	-	27,3	27,3	27,5	27,5	27,5	27,7	-	-	-	-	-	28,7
Italien (IT)	-	-	-	-	-	-	-	28,0	28,3	28,7	-	-	-	-	-	-	-	-	28,7
Lettland (LV)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24,5	23,7	24,0	-	24,4	24,6	24,7	25,0	25,5
Litauen (LT)	-	-	-	-	-	-	-	23,1	23,2	23,4	23,6	23,8	23,9	24,2	24,3	24,5	24,8	24,9	25,2
Luxemburg (LU)	-	-	-	-	-	-	-	27,4	27,7	27,8	27,9	28,3	28,3	28,4	28,8	28,7	28,7	29,0	-
Malta (MT)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande (NL)	25,7	25,2	24,8	25,2	25,7	26,6	27,6	28,4	28,6	28,6	28,7	28,7	28,6	28,6	28,7	28,8	28,9	28,9	29,0
Österreich (AT)	-	-	-	-	-	24,3	25,0	25,6	25,9	26,0	26,1	26,3	26,4	26,5	26,7	26,9	27,0	27,2	27,5
Polen (PL)	-	-	-	-	-	-	-	23,8	23,9	24,1	24,2	24,3	24,5	24,8	25,0	25,3	25,5	25,8	25,9
Portugal (PT)	-	-	-	-	-	-	24,9	25,8	25,9	26,0	26,1	26,4	26,5	26,6	26,8	27,1	27,2	27,4	27,5
Rumänien (RO)	-	-	-	-	-	-	-	22,9	23,1	23,2	23,4	23,5	23,7	23,8	24,1	24,2	24,5	24,8	25,1
Schweden (SE)	-	-	25,7	24,4	25,3	26,1	26,3	27,2	27,4	27,5	27,7	27,9	27,9	28,1	28,2	28,5	28,6	28,7	28,8
Slowakei (SK)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23,8	24,2	24,3	24,7	25,0	25,3	25,7	25,9
Slowenien (SI)	-	-	-	-	-	-	-	24,9	25,2	25,5	25,8	26,1	26,5	26,7	27,2	27,2	27,5	27,7	27,9
Spanien (ES)	-	-	-	-	-	-	26,8	28,4	28,4	28,7	28,9	29,0	29,1	29,1	29,2	29,2	29,3	29,3	29,3
Tsch. Republik (CZ)	-	-	-	-	-	-	-	23,3	23,7	24,0	24,3	24,6	24,9	25,3	25,6	25,9	26,3	26,6	26,9
Ungarn (HU)	-	-	-	-	-	-	-	23,8	24,1	24,3	24,5	24,9	25,1	25,3	25,6	25,9	26,3	26,7	26,9
Ver. Königreich (UK)	-	-	-	-	-	-	-	-	29,3	-	-	28,9	29,1	29,2	29,3	-	29,7	29,8	30,0
Zypern (CY)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25,3	-	-	26,6	26,9	27,2	27,5	27,9

¹Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten ehelichen Kindes.

²ab 1991 einschließlich der neuen Bundesländer.

³eheliche Geburten im früheren Bundesgebiet.

Quelle: Eurostat; Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung Ausgabe 2006, S. 73; Statistisches Bundesamt Fachserie 1 Reihe 1.1 2006, Vienna Institute of Demography, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Daten des Mikrozensus.

Tab. 1.10: Entwicklung der Erwerbstätigenquote von Frauen (15 bis 64 Jahre) in der EU-15, EU-25, EU-27 und den EU-Mitgliedsländern (1983-2007)

Land	1983	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	in Prozent																
Bayern	-	-	-	-	-	-	60,6	62,1	62,5	64,0	63,3	63,0	62,8	62,9	64,8	66,0	67,5
EU-15	-	-	-	49,6	50,1	50,6	51,3	52,7	53,9	54,9	55,5	56,2	56,7	57,8	58,8	59,7	60,4
EU-25	-	-	-	-	-	-	-	-	53,5	54,2	54,7	55,2	55,6	56,6	57,6	58,6	59,4
EU-27	-	-	-	-	-	-	-	-	53,6	54,3	54,5	55,0	55,4	56,3	57,3	58,3	59,1
Belgien (BE)	36,4	37,0	40,8	45,4	45,6	46,7	47,5	50,2	51,9	50,7	51,1	51,4	53,0	53,8	54,0	55,3	56,2
Bulgarien (BG)	-	-	-	-	-	-	-	-	47,2	47,9	48,2	49,5	51,6	51,7	54,6	57,6	59,5
Dänemark (DK)	64,3	67,4	70,7	67,0	67,4	69,4	70,3	71,6	72,1	71,4	72,6	70,5	72,0	71,9	73,4	73,2	74,3
Deutschland (DE) ¹	45,2	47,3	54,0	55,3	55,4	55,2	55,6	57,1	57,8	58,7	58,8	58,9	58,5	60,6	62,2	64,0	65,4
Estland (EE)	-	-	-	-	-	61,0	60,9	58,1	57,2	56,9	57,6	58,3	60,3	62,1	65,3	65,9	66,3
Finnland (FI)	-	-	-	58,1	58,4	59,2	60,5	64,6	65,2	66,6	67,3	67,1	66,2	66,5	67,3	68,5	69,0
Frankreich (FR)	50,5	49,5	50,9	52,1	52,4	52,2	52,9	53,5	54,8	55,7	56,4	58,4	57,7	58,5	58,8	60,0	60,7
Griechenland (GR)	34,4	36,1	37,5	38,0	38,5	39,1	40,6	41,1	41,8	41,7	43,1	44,5	45,5	46,1	47,4	47,9	48,7
Irland (IE)	33,4	31,4	35,5	41,3	42,8	44,7	48,1	51,2	53,2	54,0	55,2	55,3	55,8	58,3	59,3	60,6	60,2
Italien (IT)	34,0	33,6	36,4	35,5	36,1	36,5	37,1	38,1	39,3	40,9	41,9	42,8	45,2	45,3	46,3	46,6	47,2
Lettland (LV)	-	-	-	-	-	-	55,6	53,7	53,3	56,1	57,6	57,8	57,4	59,3	62,4	64,4	65,4
Litauen (LT)	-	-	-	-	-	-	58,1	59,9	58,2	56,9	57,2	60,0	57,8	59,4	61,0	62,2	61,8
Luxemburg (LU)	38,6	39,7	41,4	42,2	43,6	45,4	45,6	48,5	50,0	50,8	51,5	50,9	51,9	53,7	54,6	56,1	55,1
Malta (MT)	-	-	-	-	-	-	-	-	33,4	32,7	34,3	33,4	31,6	33,7	33,4	35,7	37,4
Niederlande (NL)	34,5	36,0	46,7	53,2	54,8	56,9	58,9	61,3	63,4	65,3	65,9	66,0	65,7	66,4	67,7	69,6	71,1
Österreich (AT)	-	-	-	59,2	58,6	58,5	59	59,7	59,7	59,8	61,0	61,1	60,1	62,0	63,5	64,4	65,8
Polen (PL)	-	-	-	-	-	51,6	52,2	51,6	49,3	48,3	46,7	46,4	46,1	46,8	48,2	50,6	52,4
Portugal (PT)	-	-	53,3	54,3	54,2	55,5	58,6	59,5	60,5	61,2	61,7	61,5	61,7	61,7	62,0	61,9	62,5
Rumänien (RO)	-	-	-	-	-	61,1	60,1	59,7	59,0	58,2	52,8	52,8	53,5	51,5	53,0	52,8	52,5
Schweden (SE)	-	-	-	69,8	68,7	66,8	66,4	68,9	69,7	72,6	72,5	72,2	70,8	70,4	70,7	71,8	71,8
Slowakei (SK)	-	-	-	-	-	-	53,6	52,1	51,1	51,8	51,2	52,3	50,6	50,9	51,9	53,0	54,6
Slowenien (SI)	-	-	-	-	57,5	58,4	59,5	58,1	58,5	58,6	59,8	57,7	61,3	61,3	61,8	62,6	64,2
Spanien (ES)	-	-	30,7	31,7	32,8	34,5	35,6	38,2	41,2	42,8	44,3	46,1	47,9	51,2	53,2	54,7	54,9
Tsch. Republik (CZ)	-	-	-	-	-	60,2	58,9	57,4	56,8	56,9	57,1	56,6	56,1	56,3	56,8	57,3	57,6
Ungarn (HU)	-	-	-	-	45,1	44,8	46,8	48,8	49,4	49,6	49,8	50,9	50,5	51,0	51,1	50,9	50,6
Ver. Königreich (UK)	51,4	54,2	61,7	61,4	62,3	63,0	63,3	63,9	64,5	64,9	65,2	65,3	65,5	65,8	65,8	65,5	65,8
Zypern (CY)	-	-	-	-	-	-	-	50,4	53,0	57,1	59,0	60,2	59,7	58,4	60,3	62,4	62,9

¹ab 1991 einschließlich neue Bundesländer.

Quelle: Eurostat.

Tab. 1.11: Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht (2008)

Land	Erwerbstätigenquote 15-64 Jahre in Prozent		Teilzeiterwerbstätigenquote 15-64 Jahre in Prozent	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Bayern	80,5	67,5	6,1	46,0
EU – 27	72,8	59,1	7,9	31,1
Belgien (BE)	68,6	56,2	7,9	40,9
Bulgarien (BG)	68,5	59,5	2,0	2,7
Dänemark (DK)	81,9	74,3	-	36,5
Deutschland (DE)	75,9	65,4	9,4	45,4
Estland (EE)	73,6	66,3	4,1	10,4
Finnland (FI)	73,1	69,0	8,9	18,2
Frankreich (FR)	69,8	60,7	5,8	29,4
Griechenland (GR)	75,0	48,7	2,8	9,9
Irland (IE)	74,9	60,2	-	-
Italien (IT)	70,3	47,2	5,3	27,9
Lettland (LV)	72,1	65,4	4,5	8,1
Litauen (LT)	67,1	61,8	4,9	8,6
Luxemburg (LU)	71,5	55,1	2,7	38,3
Malta (MT)	72,5	37,4	4,5	25,5
Niederlande (NL)	83,2	71,1	23,9	75,3
Österreich (AT)	78,5	65,8	8,1	41,5
Polen (PL)	66,3	52,4	5,9	11,7
Portugal (PT)	74,0	62,5	7,4	17,2
Rumänien (RO)	65,7	52,5	9,1	10,8
Schweden (SE)	76,7	71,8	13,3	41,4
Slowakei (SK)	70,0	54,6	1,4	4,2
Slowenien (SI)	72,7	64,2	7,1	11,4
Spanien (ES)	73,5	54,9	4,2	22,7
Tsch. Republik (CZ)	75,4	57,6	2,2	8,5
Ungarn (HU)	63,0	50,6	3,3	6,2
Ver. Königreich (UK)	77,3	65,8	11,3	41,8
Zypern (CY)	79,2	62,9	4,8	11,4

Quelle: Eurostat, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; eigene Berechnungen.

Tab. 1.12: Erwerbstätigenquoten von Müttern (2007)

Land	Erwerbstätigenquote von Müttern im Alter von 15 bis 64 Jahren in Prozent		
	allgemein	Mit jüngstem Kind unter 5 Jahre	Mit drei und mehr Kindern unter 15 Jahre
Bayern	68,3	53,4 ¹	45,1
EU ²	65,8	61,7	62,5
Belgien (BE)	70,0	69,0	68,7
Bulgarien (BG)	71,7	53,4	64,9
Dänemark (DK)	-	-	-
Deutschland (DE)	68,7	56,7	43,8
Estland (EE)	77,1	46,0	57,9
Finnland (FI)	-	-	-
Frankreich (FR)	70,9	63,6	51,0
Griechenland (GR)	52,3	53,4	57,4
Irland (IE)	-	-	-
Italien (IT)	49,5	53,5	50,3
Lettland (LV)	74,2	57,1	62,5
Litauen (LT)	80,0	71,6	72,4
Luxemburg (LU)	62,2	68,4	42,9
Malta (MT)	-	-	-
Niederlande (NL)	73,6	73,3	64,6
Österreich (AT)	70,6	66,9	68,5
Polen (PL)	61,9	63,2	63,1
Portugal (PT)	70,3	75,0	72,3
Rumänien (RO)	63,2	64,2	61,3
Schweden (SE)	-	-	-
Slowakei (SK)	62,7	27,7	58,2
Slowenien (SI)	76,4	85,7	71,1
Spanien (ES)	54,5	58,2	46,9
Tsch. Republik (CZ)	67,2	27,7	57,8
Ungarn (HU)	60,1	27,8	53,4
Ver. Königreich (UK)	67,3	55,3	42,8
Zypern (CY)	69,1	74,2	72,6

¹mit jüngstem Kind unter 6 Jahren.

²ohne Dänemark, Finnland, Irland, Italien, Malta, Schweden.

Quelle: EU-Arbeitskräfteerhebung 2007, Mikrozensus; *ifb*-Berechnungen.

Tab. 1.13: Erwerbskonstellation von Familien mit Kindern

Land	Erwerbskonstellation von Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren in Familien mit Kindern in Prozent					
	Dual Earner		Male Breadwinner		Female Breadwinner	
	Beide Vollzeit	Beide Teilzeit	klassisch	Zuverdienst	klassisch	Zuverdienst
Bayern	15,9	1,9	29,6	46,5	4,9	1,3
EU ¹	40,8	1,4	27,5	24,5	4,6	1,2
Belgien (BE)	35,2	2,0	24,1	34,7	2,3	1,7
Bulgarien (BG)	71,3	0,2	18,3	0,8	9,1	0,3
Dänemark (DK)	-	-	-	-	-	-
Deutschland (DE)	22,1	1,9	26,8	45,2	2,8	1,2
Estland (EE)	63,7	0,4	23,2	6,1	5,3	1,3
Finnland (FI)	-	-	-	-	-	-
Frankreich (FR)	45,8	1,1	23,5	24,0	4,3	1,4
Griechenland (GR)	48,3	0,2	41,7	5,3	3,9	0,5
Irland (IE)	-	-	-	-	-	-
Italien (IT)	34,0	0,6	43,6	16,6	4,5	0,8
Lettland (LV)	62,9	0,4	23,5	4,6	7,7	1,1
Litauen (LT)	67,2	1,4	15,7	6,5	7,2	1,8
Luxemburg (LU)	26,3	0,8	35,0	34,2	2,9	0,8
Malta (MT)	-	-	-	-	-	-
Niederlande (NL)	6,7	9,0	20,5	61,2	1,0	1,5
Österreich (AT)	27,9	1,5	24,8	41,7	3,0	1,2
Polen (PL)	54,8	0,8	27,9	6,1	9,0	1,5
Portugal (PT)	61,0	0,7	23,7	7,3	5,9	1,4
Rumänien (RO)	59,7	2,4	23,8	3,3	9,4	1,4
Schweden (SE)	-	-	-	-	-	-
Slowakei (SK)	62,6	0,1	28,0	2,7	6,2	0,4
Slowenien (SI)	72,0	0,4	13,7	4,0	8,0	1,9
Spanien (ES)	38,8	0,3	41,0	15,1	4,1	0,8
Tsch. Republik (CZ)	61,1	0,1	28,7	5,9	3,7	0,4
Ungarn (HU)	55,2	0,2	31,4	3,0	9,3	0,9
Ver. Königreich (UK)	31,5	1,5	22,9	40,5	1,5	1,4
Zypern (CY)	61,4	0,2	26,9	7,6	3,1	0,7

Anmerkung: ¹ohne Dänemark, Finnland, Irland, Italien, Malta, Schweden.

Die Konstellation der Erwerbstätigkeit von Paaren bzw. in Familien wurde wie folgt typisiert: „Dual Earner“ gehen einer gleichwertigen bezahlten Beschäftigung nach, wobei hier differenziert wurde nach dem Umfang, d.h. ob beide Partner Vollzeit oder Teilzeit arbeiten. Bei den „Male-Breadwinnern“ übernimmt der Mann entweder entsprechend dem traditionellen Alleinverdienermodell die alleinige Versorgung der Familie, wobei die Frau entweder keiner bezahlten Arbeit („klassisch“) oder in Form des Zuverdienermodells einer zeitlich und monetär geringer ausgeprägten Beschäftigung als die des Mannes nachgeht. Bei „Female-Breadwinnern“ sind die Verhältnisse umgekehrt. Hier sichert die Frau entweder alleinig den Unterhalt der Familie (klassische Form) oder wird dabei durch den Mann mit seinem Zuverdienst unterstützt.

Quelle: EU-Arbeitskräfteerhebung 2007, Mikrozensus; *ifb*-Berechnungen.

Anhang Kapitel 2: Familienpolitik im europäischen Vergleich

**Tab. 2.7: Formale Kinderbetreuung nach Altersklassen und zeitlicher Nutzung
(in % der Population der einzelnen Altersklassen) im europäischen Vergleich (2006)**

	unter 3 Jahren		zwischen 3 Jahren und schulpflichtigem Alter	
	zwischen 1 und 29 Wochenstunden	30 Wochenstunden oder mehr	zwischen 1 und 29 Wochenstunden	30 Wochenstunden oder mehr
EU25	14	12	44	40
Belgien	17	23	36	62
Tschech. Republik	1	1	28	39
Dänemark	7	66	16	80
Deutschland	11	7	66	27
Estland	6	12	7	78
Irland	13	5	80	13
Griechenland	2	8	41	20
Spanien	20	19	47	44
Frankreich	14	17	52	42
Italien	10	16	24	66
Zypern	7	18	50	37
Lettland	2	14	4	56
Litauen	0	4	9	47
Luxemburg	14	17	42	16
Ungarn	2	6	21	58
Malta	5	3	32	25
Niederlande	41	4	82	7
Österreich	3	1	55	16
Polen	0	2	7	21
Portugal	1	32	9	66
Slowenien	3	26	15	66
Slowakei	1	4	10	63
Finnland	5	21	21	56
Schweden	17	27	34	58

Quelle: http://www.eds-destatis.de/de/press/download/08_12/172-2008-12-05.pdf.

Anhang Kapitel 4: Sozioökonomische Situation von Familien im internationalen Vergleich

Tab. 4.11: Gültige Beobachtungen (Haushaltsebene)

Land	Haushaltstyp							alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	keinem Haushaltstyp zuordenbar	
AT	2,011	1,868	341	918	910	445	313	6,806
BE	1,770	1,928	383	751	917	415	184	6,348
CY	525	1,005	98	453	747	479	198	3,505
CZ	2,714	3,011	433	1,258	1,521	395	343	9,675
DE	4,079	5,049	877	1,722	1,698	532	196	14,153
DK	1,127	2,158	215	748	1,041	417	77	5,783
EE	1,058	1,328	281	772	799	472	436	5,146
ES	2,084	3,373	293	2,331	2,582	722	944	12,329
FI	2,319	3,726	357	1,579	1,461	994	188	10,624
FR	2,875	3,205	584	1,319	1,534	832	149	10,498
GR	1,276	1,652	99	944	1,045	259	368	5,643
HU	2,282	2,431	373	1,207	1,297	535	612	8,737
IE	1,782	1,603	302	540	641	540	200	5,608
IT	5,527	5,524	558	3,811	3,546	1,039	977	20,982
LT	1,102	1,587	190	752	703	242	399	4,975
LU	863	1,038	201	691	665	320	107	3,885
LV	1,267	1,159	252	582	473	242	496	4,471
NL	2,448	3,454	378	1,146	1,945	791	57	10,219
PL	2,638	3,431	505	2,317	2,410	1,288	1,697	14,286
PT	783	1,318	98	824	675	220	392	4,310
SE	1,632	2,535	325	884	1,177	562	68	7,183
SI	821	1,807	240	1,669	2,353	690	1,127	8,707
SK	993	1,067	140	725	1,045	482	494	4,946
UK	2,577	3,153	529	1,047	1,191	507	271	9,275
EU-24	46,553	58,410	8,052	28,990	32,376	13,420	10,293	198,094

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Tab. 4.12: Bevölkerungsrepräsentative Anteile der Haushaltstypen (Haushaltsebene; in Prozent)

Land	Haushaltstyp							alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	keinem Haushaltstyp zuordenbar	
AT	35.02	25.96	4.05	12.73	11.94	5.60	4.70	100.00
BE	34.07	28.94	5.00	11.64	11.01	6.62	2.73	100.00
CY	16.02	25.40	3.14	13.75	29.71	7.67	4.32	100.00
CZ	23.79	29.61	4.21	15.92	17.77	4.36	4.32	100.00
DE	38.32	31.06	4.66	11.26	10.17	3.40	1.12	100.00
DK	44.17	27.45	5.32	8.00	10.24	3.97	0.86	100.00
EE	33.58	24.91	5.84	13.69	12.43	4.60	4.94	100.00
ES	17.26	27.82	1.70	19.74	22.23	4.22	7.03	100.00
FI	38.51	32.21	4.08	9.70	9.32	5.19	0.99	100.00
FR	34.20	29.75	4.82	11.44	12.35	6.00	1.44	100.00
GR	19.98	27.21	1.64	17.78	24.69	2.53	6.17	100.00
HU	24.44	27.72	4.43	14.06	16.28	6.51	6.55	100.00
IE	21.36	23.97	9.33	11.11	15.28	14.08	4.87	100.00
IT	29.17	25.40	2.80	17.62	16.82	4.34	3.85	100.00
LT	27.00	23.00	5.21	16.52	16.49	5.11	6.67	100.00
LU	28.90	26.01	3.71	14.88	20.20	4.37	1.93	100.00
LV	25.13	23.08	5.38	16.62	11.92	6.51	11.36	100.00
NL	35.23	30.59	3.46	10.27	13.53	6.18	0.74	100.00
PL	24.66	21.23	2.95	16.28	16.47	7.89	10.52	100.00
PT	16.99	27.13	2.94	22.73	17.72	4.82	7.67	100.00
SE	39.41	29.75	5.28	8.90	11.20	4.76	0.70	100.00
SI	20.76	21.87	3.68	17.36	23.08	5.87	7.37	100.00
SK	24.50	21.22	2.68	14.58	20.26	8.08	8.69	100.00
UK	30.27	30.37	5.59	12.12	12.91	5.47	3.27	100.00
EU-24	30.74	28.33	4.08	13.79	14.32	5.08	3.65	100.00

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Tab. 4.13: Gültige Beobachtungen (Personenebene)

Land	Haushaltstyp							alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	keinem Haushaltstyp zuordenbar	
AT	2,011	3,736	861	2,771	3,621	2,334	1,350	16,684
BE	1,770	3,856	1,049	2,271	3,660	2,199	688	15,493
CY	525	2,010	268	1,369	3,009	2,577	872	10,630
CZ	2,714	6,022	1,096	3,788	6,029	2,034	1,376	23,059
DE	4,079	10,098	2,112	5,198	6,762	2,761	699	31,709
DK	1,127	4,316	558	2,257	4,168	2,181	280	14,887
EE	1,058	2,656	721	2,335	3,136	2,529	1,937	14,372
ES	2,084	6,746	747	7,060	10,292	3,847	3,859	34,635
FI	2,319	7,452	964	4,746	5,839	5,468	666	27,454
FR	2,875	6,410	1,521	3,969	6,102	4,468	562	25,907
GR	1,276	3,304	254	2,836	4,176	1,376	1,571	14,793
HU	2,282	4,862	947	3,647	5,123	2,845	2,591	22,297
IE	1,782	3,206	896	1,630	2,544	2,924	709	13,691
IT	5,527	11,048	1,390	11,489	14,115	5,324	3,879	52,772
LT	1,102	3,174	475	2,274	2,761	1,284	1,707	12,777
LU	863	2,076	549	2,089	2,653	1,714	475	10,419
LV	1,267	2,318	638	1,781	1,845	1,255	2,105	11,209
NL	2,448	6,908	997	3,444	7,773	4,139	196	25,905
PL	2,638	6,862	1,323	6,987	9,566	7,036	8,440	42,852
PT	783	2,636	253	2,500	2,689	1,163	1,667	11,691
SE	1,632	5,070	873	2,662	4,688	2,989	212	18,126
SI	821	3,614	612	5,025	9,345	3,650	5,503	28,570
SK	993	2,134	352	2,207	4,151	2,621	2,406	14,864
UK	2,577	6,306	1,477	3,156	4,750	2,663	1,013	21,942
EU-24	46,553	116,820	20,933	87,491	128,797	71,381	44,763	516,738

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Tab. 4.14: Bevölkerungsrepräsentative Bevölkerungsanteile der Haushaltstypen (in Prozent)

Land	Haushaltstyp							alle Haushalte
	Ein-Personen-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	keinem Haushaltstyp zuordenbar	
AT	15.08	22.35	4.38	16.55	20.42	12.66	8.55	100.00
BE	14.76	25.08	5.86	15.22	19.06	15.51	4.49	100.00
CY	5.45	17.29	2.73	14.11	40.43	13.88	6.10	100.00
CZ	9.44	23.49	4.13	18.99	27.97	8.98	7.00	100.00
DE	18.42	29.85	5.38	16.32	19.44	8.67	1.91	100.00
DK	21.97	27.31	6.75	11.95	20.37	10.29	1.37	100.00
EE	14.47	21.47	6.07	17.79	21.02	10.38	8.81	100.00
ES	6.27	20.23	1.55	21.74	32.22	8.06	9.94	100.00
FI	18.19	30.42	5.06	13.75	17.56	13.38	1.65	100.00
FR	15.08	26.23	5.32	15.16	21.66	14.16	2.38	100.00
GR	7.45	20.29	1.56	19.96	36.72	4.98	9.04	100.00
HU	9.39	21.30	4.32	16.33	24.78	13.20	10.67	100.00
IE	7.55	16.95	9.56	11.87	21.36	26.60	6.10	100.00
IT	11.96	20.83	2.83	21.81	27.43	9.09	6.05	100.00
LT	10.50	17.89	4.98	19.37	25.21	10.70	11.35	100.00
LU	11.71	21.08	4.07	18.16	32.63	9.21	3.15	100.00
LV	9.51	17.47	5.11	19.26	17.70	12.71	18.24	100.00
NL	15.58	27.06	4.11	13.65	23.89	14.61	1.09	100.00
PL	8.68	14.95	2.61	17.26	23.08	15.12	18.28	100.00
PT	6.17	19.72	2.66	25.04	25.64	9.17	11.59	100.00
SE	18.67	28.19	6.53	12.70	21.12	11.92	0.87	100.00
SI	7.37	15.51	3.21	18.53	32.50	10.86	12.02	100.00
SK	8.67	15.02	2.36	15.69	28.49	15.27	14.49	100.00
UK	12.86	25.80	6.51	15.53	21.89	12.19	5.22	100.00
EU-24	12.90	23.78	4.36	17.46	23.93	11.28	6.29	100.00

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Tab. 4.15: Bevölkerungsanteile der Bezieher der einzelnen Komponenten des verfügbaren Einkommens (in Prozent)

Land	Komponente des verfügbaren Einkommens						verfügbares Einkommen
	Erwerbseinkommen	Einkommen aus Vermögen	private Unterhaltszahlungen	öffentliche Familientransfers	sonstige öffentliche Transfers	Abgaben	
AT	79.7	87.5	9.2	50.9	54.9	97.9	100.0
BE	73.9	90.9	8.1	51.8	54.3	92.5	100.0
CY	88.8	91.0	7.1	66.0	51.3	92.6	100.0
CZ	81.0	91.5	9.3	43.2	64.1	91.8	100.0
DE	74.3	91.0	10.4	50.4	51.2	93.2	100.0
DK	83.7	98.7	17.3	47.2	68.8	99.8	100.0
EE	84.6	97.4	6.9	51.0	59.8	93.3	100.0
ES	83.3	93.7	6.9	5.2	52.3	93.0	100.0
FI	82.4	92.8	13.7	44.2	69.8	98.9	100.0
FR	76.7	91.6	8.4	41.4	66.9	99.5	100.0
GR	81.8	84.4	7.0	15.1	47.4	98.0	100.0
HU	81.5	97.1	15.6	51.5	69.3	90.1	100.0
IE	83.2	91.6	2.8	66.7	56.6	78.0	100.0
IT	80.8	86.9	6.3	34.9	61.0	97.6	100.0
LT	84.9	98.8	7.4	28.5	64.7	81.2	100.0
LU	82.1	87.3	4.2	58.6	46.2	99.9	100.0
LV	87.5	94.4	11.3	55.3	70.5	92.1	100.0
NL	80.9	89.0	9.5	46.5	54.1	100.0	100.0
PL	82.8	97.5	11.3	30.8	61.4	98.8	100.0
PT	82.0	90.7	3.6	48.5	56.6	91.9	100.0
SE	84.5	87.9	30.8	43.5	82.0	98.8	100.0
SI	87.1	94.8	4.7	53.5	77.0	98.4	100.0
SK	83.2	90.6	6.5	57.3	56.3	97.5	100.0
UK	76.8	98.0	5.2	48.5	49.9	97.6	100.0
EU-24	79.2	92.3	8.8	39.8	57.7	96.0	100.0

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Tab. 4.16: Bevölkerungsanteile bei Zahlungsrückständen für die Wohnnebenkosten nach Haushaltstypen (in Prozent)

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	2.2	1.8	6.2	1.2	1.4	1.6	1.9
BE	4.1	1.8	12.2	2.5	3.5	10.7	4.8
CY	8.6	6.0	25.3	8.3	9.1	15.3	10.1
CZ	3.3	1.8	8.1	3.6	3.7	8.2	3.8
DE	4.6	3.1	7.7	3.4	3.3	5.7	4.0
DK	2.6	0.5	7.9	1.2	1.6	1.3	1.9
EE	3.6	3.4	10.3	4.8	5.1	6.6	4.7
ES	3.5	2.6	10.2	3.2	4.0	7.3	4.1
FI	3.9	3.0	8.6	4.5	4.8	9.0	4.8
FR	6.7	2.9	17.5	5.4	5.1	7.9	5.9
GR	24.5	15.2	32.0	14.1	13.7	20.9	15.8
HU	10.2	9.6	29.4	15.9	18.0	33.7	17.9
IE	4.3	2.8	23.3	0.7	4.7	7.0	6.3
IT	7.2	5.4	12.6	7.7	12.9	22.3	10.4
LT	6.6	6.5	23.1	7.5	7.8	16.5	9.0
LU	2.0	1.2	3.4	2.5	1.7	3.3	2.1
LV	9.2	6.1	16.8	9.7	9.6	9.7	9.2
NL	2.5	1.1	6.9	2.1	2.5	2.3	2.2
PL	12.9	10.2	33.4	14.0	16.9	26.2	16.9
PT	3.7	4.1	13.3	4.8	6.0	6.3	5.4
SE	4.3	1.5	8.2	2.7	2.8	4.1	3.3
SI	9.0	7.3	20.3	10.2	11.3	20.4	11.7
SK	4.8	3.8	8.9	4.7	4.0	11.5	5.7
UK	4.6	2.2	17.8	3.3	2.6	6.8	4.6
EU-24	5.8	3.7	14.5	5.7	6.9	11.4	6.9

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Tab. 4.17: Bevölkerungsanteile derjenigen, die keine unerwarteten Ausgaben selbstständig aufbringen können, nach Haushaltstypen (in Prozent)

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	36.0	22.5	54.2	25.1	28.6	28.0	28.7
BE	31.8	12.2	55.0	13.2	14.8	25.9	20.9
CY	64.2	52.3	81.0	39.5	33.1	40.8	42.0
CZ	51.1	31.5	70.8	31.5	35.3	56.8	38.5
DE	48.6	27.7	69.1	32.2	31.7	38.0	36.5
DK	29.6	11.2	46.7	13.8	10.4	19.5	18.7
EE	37.9	20.2	47.3	15.6	14.0	24.1	22.3
ES	41.8	28.4	51.5	26.2	22.7	40.5	29.0
FI	45.4	20.4	65.3	24.9	24.7	32.0	30.2
FR	40.9	22.6	63.0	30.5	29.4	42.1	33.5
GR	41.9	31.9	42.9	28.4	23.8	31.3	29.5
HU	64.8	54.5	80.9	59.5	61.2	75.8	62.9
IE	42.5	31.6	80.0	27.1	30.1	39.2	39.1
IT	38.9	29.0	45.2	26.5	30.7	40.0	32.0
LT	62.1	40.0	61.9	32.2	36.3	50.1	42.4
LU	22.9	14.3	48.6	17.6	18.5	38.8	21.5
LV	82.0	68.5	68.9	51.1	56.5	72.4	62.6
NL	33.4	14.1	61.4	18.3	17.4	18.7	21.3
PL	68.2	48.7	72.4	45.8	51.2	67.0	54.5
PT	35.9	19.6	45.1	15.4	15.4	23.9	19.6
SE	27.6	9.4	47.7	14.7	12.4	20.5	18.0
SI	57.4	40.2	62.6	36.8	37.4	46.2	41.6
SK	60.7	42.8	71.1	32.6	35.9	54.2	43.3
UK	30.4	15.8	69.3	20.6	20.5	35.9	26.7
EU-24	42.6	25.7	63.5	28.7	29.1	41.4	33.6

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Tab. 4.18: Bevölkerungsanteile derjenigen, die sich keinen Urlaub leisten können, nach Haushaltstypen (in Prozent)

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	27.0	19.2	45.7	20.4	25.6	30.7	25.6
BE	35.1	17.1	54.0	16.7	16.2	27.1	23.4
CY	57.3	52.5	73.6	48.0	45.7	66.1	52.8
CZ	46.2	30.7	55.2	26.6	28.1	53.1	33.6
DE	31.2	15.9	52.3	21.6	21.2	32.4	24.5
DK	14.9	4.7	32.0	6.6	4.8	9.4	9.5
EE	66.4	55.7	73.3	45.3	48.2	63.5	56.5
ES	39.7	33.1	52.8	32.4	32.5	46.8	36.0
FI	25.8	11.9	41.6	14.3	13.5	23.4	18.2
FR	39.5	23.0	52.4	24.9	25.0	37.0	30.0
GR	55.7	51.8	56.6	45.1	41.1	49.7	46.9
HU	70.3	63.3	74.8	61.8	58.2	74.5	65.0
IE	19.8	16.1	45.5	14.3	19.8	21.6	21.4
IT	42.7	37.0	48.2	33.3	37.4	52.4	39.1
LT	77.0	62.8	67.9	46.1	52.3	74.4	59.8
LU	12.2	5.6	30.1	7.9	9.2	15.0	10.1
LV	75.7	66.9	67.5	54.1	58.6	79.7	65.2
NL	25.1	10.3	49.2	12.3	8.2	11.2	14.3
PL	71.1	58.3	74.3	51.7	58.6	81.6	64.8
PT	69.0	61.9	72.3	54.1	58.1	69.4	61.5
SE	18.3	6.6	36.6	10.7	9.3	17.6	13.4
SI	47.3	32.3	37.9	24.7	21.1	35.7	29.6
SK	67.6	56.6	67.5	41.4	46.0	66.7	54.0
UK	24.1	11.7	59.5	12.9	17.8	30.4	21.4
EU-24	37.0	25.6	54.4	29.2	30.7	42.9	33.7

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Tab. 4.19: Bevölkerungsanteile derjenigen, die sich keinen Computer leisten können, nach Haushaltstypen (in Prozent)

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	6.4	5.6	13.1	4.2	4.7	4.6	5.5
BE	14.3	5.0	13.9	5.0	2.0	5.3	6.4
CY	7.4	5.0	13.0	9.5	6.6	5.3	7.2
CZ	10.8	8.5	21.7	8.3	6.6	23.6	10.0
DE	8.2	3.8	7.1	1.4	0.6	1.4	3.5
DK	4.3	1.3	9.1	0.3	0.8	0.9	2.2
EE	20.3	18.2	13.5	7.9	5.8	12.6	12.3
ES	7.9	6.3	16.3	7.7	6.5	14.6	7.9
FI	13.9	4.9	5.9	1.3	1.0	1.4	4.9
FR	9.4	4.8	15.5	5.3	4.0	6.3	6.4
GR	11.6	10.8	22.0	18.4	15.6	19.6	15.6
HU	17.0	14.5	22.8	16.5	12.5	23.3	16.2
IE	9.2	6.5	18.4	3.4	4.8	7.0	7.0
IT	5.9	4.6	9.7	5.3	6.6	12.1	6.6
LT	11.2	11.7	23.5	13.2	10.6	28.8	14.9
LU	3.5	1.4	13.2	3.1	0.6	2.9	2.3
LV	28.2	25.7	28.3	19.3	17.9	36.2	24.3
NL	6.2	1.3	1.7	0.4	0.6	0.1	1.6
PL	19.5	20.4	24.9	18.8	15.9	27.2	21.5
PT	10.8	10.9	33.7	16.6	17.8	27.3	17.9
SE	4.3	1.2	4.9	0.8	0.4	0.4	1.7
SI	14.1	8.0	5.7	5.2	3.6	6.1	6.2
SK	22.8	17.9	26.7	13.3	10.4	20.8	16.2
UK	7.1	2.5	13.0	3.4	2.3	3.7	4.1
EU-24	9.0	5.7	12.9	6.8	5.9	10.0	7.7

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

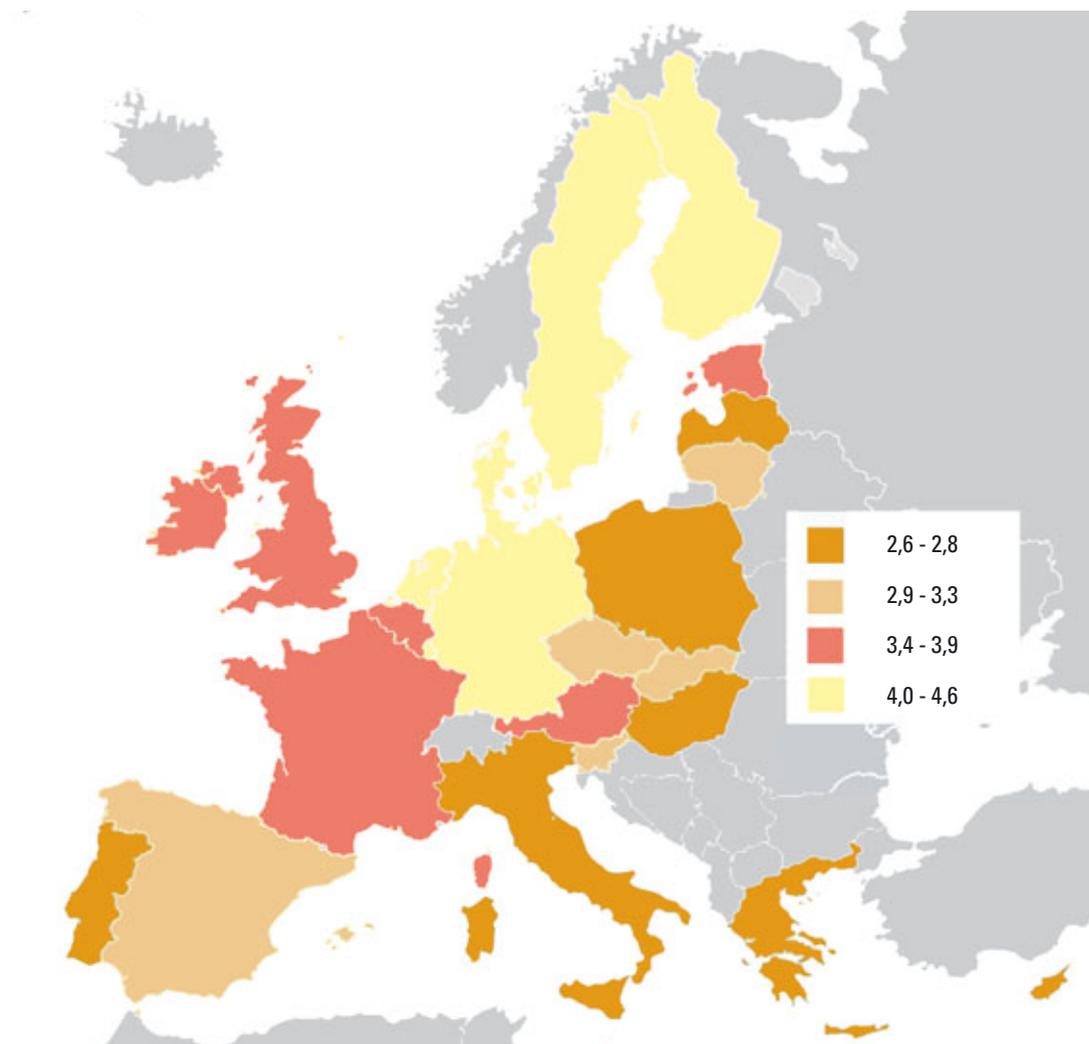
Tab. 4.20: Bevölkerungsanteile derjenigen, die sich kein Auto leisten können, nach Haushaltstypen (in Prozent)

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	9.3	5.2	17.3	3.7	4.0	4.8	5.7
BE	16.3	3.5	23.8	2.8	3.5	3.6	6.6
CY	8.4	2.1	8.5	0.7	1.0	0.5	1.7
CZ	16.9	9.5	36.4	9.2	7.7	21.8	11.8
DE	13.6	3.3	16.3	2.1	1.4	1.0	5.1
DK	19.1	4.6	29.5	4.2	1.2	2.9	8.7
EE	29.2	23.4	46.8	13.7	12.3	15.8	20.5
ES	5.5	4.1	19.2	2.9	2.1	7.3	4.1
FI	27.5	6.1	20.5	1.4	0.6	1.1	8.4
FR	6.7	1.6	10.7	2.2	1.9	3.2	3.3
GR	22.2	12.3	26.3	8.1	5.0	6.5	9.3
HU	27.6	21.7	42.4	19.9	17.2	30.7	22.8
IE	10.0	8.6	30.3	4.1	4.8	5.0	9.1
IT	5.8	3.1	7.2	1.6	1.3	2.7	2.8
LT	16.2	15.5	40.4	12.0	9.4	21.1	15.3
LU	4.8	0.5	13.3	1.0	0.2	0.5	1.5
LV	36.0	32.5	47.5	25.9	25.8	31.5	30.0
NL	15.7	3.2	25.4	2.8	1.4	2.6	5.5
PL	23.1	22.5	43.9	17.2	16.6	25.1	19.7
PT	14.3	12.7	37.4	7.6	7.5	16.9	11.4
SE	9.0	1.9	13.4	1.4	1.3	2.5	3.8
SI	15.2	4.4	11.2	2.0	1.3	3.9	3.5
SK	32.7	27.8	54.3	17.3	16.7	33.3	23.9
UK	7.5	3.1	21.5	2.2	1.3	4.4	4.9
EU-24	11.9	5.4	20.3	4.7	4.0	7.8	7.0

Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Abb. 4.2: Regionale Verteilung der durchschnittlichen Beurteilung der finanziellen Fähigkeit



Hinweis: EU-24: EU-25 ohne Malta;

Skala von 1 „mit großen Schwierigkeiten“ über 3 „mit einigen Schwierigkeiten“ und 4 „eher leicht“ bis zu 6 „sehr leicht“.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Tab. 4.21: Durchschnittliche Beurteilung der Fähigkeit, finanziell über die Runden zu kommen, nach Haushaltstypen

Land	Haushaltstyp						alle Haushalte
	Ein-Personen Haushalt	Paarhaushalt ohne Kind	Alleinerziehende	Paar mit einem Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 oder mehr Kindern	
AT	3.8	4.1	3.2	4.0	3.8	3.7	3.8
BE	3.5	4.2	3.0	4.2	4.2	3.7	3.9
CY	2.8	3.0	1.9	2.9	2.8	2.4	2.7
CZ	3.1	3.3	2.5	3.3	3.1	2.7	3.1
DE	4.0	4.4	3.6	4.3	4.3	4.1	4.2
DK	4.3	4.9	3.5	4.7	4.6	4.4	4.6
EE	3.3	3.6	3.1	3.8	3.7	3.5	3.6
ES	3.2	3.4	2.7	3.3	3.3	2.8	3.2
FI	4.0	4.5	3.3	4.3	4.2	3.9	4.2
FR	3.4	3.7	2.8	3.5	3.5	3.3	3.5
GR	2.4	2.6	2.1	2.6	2.6	2.4	2.6
HU	2.6	2.8	2.2	2.7	2.7	2.3	2.6
IE	3.5	3.7	2.5	3.6	3.5	3.3	3.4
IT	2.8	2.9	2.5	2.9	2.8	2.4	2.8
LT	2.7	3.0	2.7	3.2	3.1	2.8	3.0
LU	4.4	4.6	3.6	4.4	4.3	3.9	4.3
LV	2.3	2.7	2.5	2.9	2.8	2.3	2.7
NL	4.1	4.7	3.0	4.5	4.4	4.2	4.4
PL	2.5	2.9	2.2	3.0	2.9	2.4	2.8
PT	2.6	2.8	2.3	3.0	2.9	2.4	2.8
SE	4.1	4.7	3.3	4.3	4.2	3.9	4.2
SI	3.1	3.4	2.8	3.4	3.3	3.1	3.3
SK	2.6	2.9	2.5	3.1	3.0	2.6	2.9
UK	3.8	4.1	2.8	3.9	3.7	3.3	3.7
EU-24	3.2	3.4	2.9	3.3	3.2	3.0	3.2

Hinweise: EU-24: EU-25 ohne Malta;

Skala von 1 „mit großen Schwierigkeiten“ über 3 „mit einigen Schwierigkeiten“ und 4 „eher leicht“ bis zu 6 „sehr leicht“.

Quelle: EU-SILC 2007; eigene Berechnungen.

Anhang zu Kapitel 6: Gesellschaftliche Alterung und intergenerationale Austauschbeziehungen im internationalen Vergleich

Fragestellungen und Aufbereitung der ersten drei Merkmale aus Tab. 6.4

1. Anteil Personen: Familie in Verantwortung/Staat in Verantwortung

Summenscore aus drei Items; Antwortmöglichkeiten von 1 „Verantwortung nur bei Staat“ bis 5 „Verantwortung nur bei Familie“

- a) Finanzielle Unterstützung von bedürftigen älteren Menschen?
- b) Hilfe für ältere Personen bei der Hausarbeit, falls diese z. B. beim Putzen oder Waschen Hilfe brauchen?
- c) Persönliche Betreuung von hilfsbedürftigen älteren Menschen, z. B. Krankenpflege oder Hilfe beim Baden oder Anziehen?

Scorewert geteilt durch drei ergibt neue Skala von 1 bis 5;

Personen mit einem Wert größer 3,5 sehen tendenziell Familie in der Verantwortung.

Personen mit einem Wert kleiner 2,5 sehen tendenziell Staat in der Verantwortung.

2. Anteil Personen: Großeltern auch um Enkel kümmern

Summenscore aus drei Items; Antwortmöglichkeiten von 1 „Stimme gar nicht zu“ bis 5 „Stimme voll zu“

- a) Großeltern sollten für ihre Enkel da sein, falls diese Schwierigkeiten haben (zum Beispiel bei Scheidung der Eltern oder Krankheit).
- b) Großeltern sollten zur wirtschaftlichen Absicherung ihrer Enkel und deren Familien beitragen.
- c) Großeltern sollten Eltern bei der Kinderbetreuung helfen, wenn diese noch klein sind.

Scorewert geteilt durch drei ergibt neue Skala von 1 bis 5;

Personen mit einem Wert größer 3,5 sind tendenziell der Ansicht, dass sich die Großeltern auch um die Enkel kümmern sollten.

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Abb. 1.1:	Anteil der in Familienhaushalten lebenden Personen an der Gesamtbevölkerung in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)	11
Abb. 1.2:	Anteil der Familienhaushalte mit drei und mehr Kindern in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)	12
Abb. 1.3:	Anteil der Alleinerziehenden an allen Familienhaushalten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)	13
Abb. 1.4:	Eheschließungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1.000 Einwohner) (2007)	14
Abb. 1.5:	Eheschließungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1.000 Einwohner) (1960-2007)	15
Abb. 1.6:	Eheschließungen von ledigen Frauen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2006)	16
Abb. 1.7:	Erstesheeschließungsalter bei Frauen und Männern in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2007)	17
Abb. 1.8:	Ehescheidungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1.000 Einwohner) (2007)	18
Abb. 1.9:	Ehescheidungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1.000 Einwohner) (1960-2007)	19
Abb. 1.10:	Ehescheidungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 100 Eheschließungen) (1960-2007)	20
Abb. 1.11:	Ehescheidungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 100 Eheschließungen) (2007)	21
Abb. 1.12:	Lebendgeburten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1.000 Einwohner) (1960-2007)	22
Abb. 1.13:	Lebendgeburten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (je 1000 Einwohner) (2008)	23
Abb. 1.14:	Zusammengefasste Geburtenziffern in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)	24
Abb. 1.15:	Zusammengefasste Geburtenziffern in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2006)	25
Abb. 1.16:	Anteile nichtehelicher Lebendgeburten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2007)	26
Abb. 1.17:	Anteile nichtehelicher Lebendgeburten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)	27
Abb. 1.18:	Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)	28
Abb. 1.19:	Frauenerwerbstätigenquote in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2008)	30
Abb. 1.20:	Teilzeitquote von Frauen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (2007)	31
Abb. 2.1:	Staatliche Ausgaben für Familien nach Barleistungen, Dienstleistungen und Steuervergünstigungen in Prozent des BIP (2005)	40
Abb. 2.2:	Freistellung bei Krankheit des Kindes in ausgewählten EU-Ländern	45
Abb. 2.3:	Institutionelle Kinderbetreuung im europäischen Vergleich in % der Altersklassen (2006)	47
Abb. 2.4:	Höhe der Geburtsbeihilfe mit universalem Anspruch beim ersten Kind im europäischen Vergleich in € (Stand: 2009)	51
Abb. 2.5:	Kindergeldleistungen im europäischen Vergleich in € (Stand: 2009)	53
Abb. 2.6:	Durchschnittliche Nettozahlungen an den Staat in Prozent des Bruttoeinkommens von Ehepaaren mit zwei Kindern und einem Familieneinkommen in Höhe von 133 % des Durchschnittseinkommens nach Erwerbskonstellation (2006)	59

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 3.1:	Verbreitung familienfreundlicher Arbeitszeitarrangements in Europa, 2005	70
Abb. 3.2:	Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im internationalen Vergleich, 1970-2006, ausgewählte europäische Länder	78
Abb. 3.2:	Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im internationalen Vergleich, 1970-2006, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung)	79
Abb. 3.3:	Erwerbstätigenquoten von Frauen im Lebenslauf, 1975-2007, ausgewählte europäische Länder	82
Abb. 3.3:	Erwerbstätigenquoten von Frauen im Lebenslauf, 1975-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung)	83
Abb. 3.4:	Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen, 1987-2007, ausgewählte europäische Länder	86
Abb. 3.4:	Altersspezifische Teilzeitquoten von Frauen, 1987-2007, ausgewählte europäische Länder (Fortsetzung)	87
Abb. 3.5:	Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007	91
Abb. 3.5:	Beschäftigung und Arbeitszeitmuster nach Kinderzahl, ausgewählte europäische Länder, 2007 (Fortsetzung)	92
Abb. 4.1:	Durchschnittliches Äquivalenzeinkommen in Kaufkraftparitäten (PPP)	103
Abb. 5.1:	Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen in der EU (Mittelwerte), 1994 und 2002	123
Abb. 5.2:	Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen in der EU (Mittelwerte), 2006	127
Abb. 5.3:	Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen in der EU nach Geschlecht (Mittelwerte), 2006	128
Abb. 5.4:	Arbeitsteilung im Haushalt in der EU (Mittelwerte), 1994 und 2002	132
Abb. 5.5:	Arbeitsteilung im Haushalt in der EU (Mittelwerte), 2002	134
Abb. 5.6:	Arbeitsteilung im Haushalt in der EU nach dem Geschlecht (Mittelwerte), 2002	136
Abb. 5.7:	Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Arbeitsteilung im Haushalt in der EU (Mittelwerte), 2002 und 2006	139
Abb. 5.8:	Veränderung der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen und der Arbeitsteilung im Haushalt zwischen 1994 und 2002 (Differenzen der Mittelwerte)	140
Abb. 6.1:	Altersabhängigkeitsraten in elf europäischen Ländern 1995-2050 (ab 2006 Prognose)	145
Abb. 6.2:	Ausgaben für Altenpflege als Anteil am BIP 2006	146
Abb. 6.3:	Beteiligung an einzelnen Unterstützungsarten – Empfangen von instrumenteller Unterstützung	150
Abb. 6.4:	Median-Stunden pro Woche vs. durchschnittliche Beteiligung am Leisten instrumenteller Unterstützung	154
Abb. 6.5:	Anteile der Gewährung von einzelnen Unterstützungsarten	155
Abb. 6.6:	Median-Stunden pro Woche aufgewendet für Enkelkinderbetreuung	156
Abb. 6.7:	Median-Stunden gewährter und empfangener Hilfen in Ländern der EU	161
Abb. 6.8:	Gewährte und empfangene Hilfen in Ländern der EU nach Altersgruppen	162
Abb. 6.9:	Differenz der Stunden-Mediane von gewährten und empfangenen Hilfen	163

Abbildung im Anhang

Abb. 4.2:	Regionale Verteilung der durchschnittlichen Beurteilung der finanziellen Fähigkeit	203
-----------	--	-----

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tab. 2.1:	Zentrale Instrumente der Familienpolitik	36
Tab. 2.2:	Familienpolitikstile in Europa im Überblick	37
Tab. 2.3:	Zuordnung von europäischen Staaten nach den Bestimmungsfaktoren der Höhe des Elternschaftsgeldes (Stand: 2009)	42
Tab. 2.4:	Elternzeitregelungen im Drei-Länder-Vergleich (Stand: 2009)	44
Tab. 2.5:	Familienbesteuerung in Frankreich für ausgewählte Haushaltstypen	56
Tab. 2.6:	Anstieg der effektiven Steuer- und Abgabenbelastung von Familien bei Beschäftigungsaufnahme des Zweitverdieners im Drei-Länder-Vergleich	58
Tab. 3.1:	Verbreitung von Langzeitarbeitslosigkeit (1980-2008) und staatliche Transfers (2006) im europäischen Vergleich	72
Tab. 3.2:	Institutionelle Rahmenbedingungen familialer Erwerbsmodelle im europäischen Vergleich	74
Tab. 3.3:	Teilzeitquoten von Männern und Frauen in Europa und den USA, 1990-2007	85
Tab. 4.1:	Durchschnittliches absolutes Haushaltseinkommen auf der Haushaltsebene nach Haushaltstypen in Kaufkraftparitäten (PPP)	102
Tab. 4.2:	Durchschnittliches Äquivalenzeinkommen in Kaufkraftparitäten (PPP) nach Haushaltstypen	105
Tab. 4.3:	Anteile relativer Einkommensarmut nach Haushaltstypen (in Prozent)	106
Tab. 4.4:	Bedeutung der einzelnen Komponenten des verfügbaren Einkommens (in Prozent)	109
Tab. 4.5:	Bedeutung der einzelnen Komponenten des verfügbaren Einkommens für EU-24 und Deutschland nach Haushaltstypen (in Prozent)	110
Tab. 4.6:	Bevölkerungsanteile der Bezieher einzelner Komponenten des verfügbaren Einkommens für EU-24 und Deutschland nach Haushaltstypen (in Prozent)	111
Tab. 4.7:	Bevölkerungsanteile der Wohneigentümer nach Haushaltstypen (in Prozent)	113
Tab. 4.8:	Durchschnittliche finanziellen Belastung durch Wohnen nach Haushaltstypen	114
Tab. 4.9:	Bevölkerungsanteile bei Zahlungsrückständen für die Unterkunft nach Haushaltstypen (in Prozent)	115
Tab. 4.10:	Bevölkerungsanteile bei Zahlungsrückständen für Privatkredite nach Haushaltstypen (in Prozent)	117
Tab. 5.1:	Überblick Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen in ausgewählten Ländern der EU und nach relevanten Merkmalen (Mittelwerte), 1994 und 2002	125
Tab. 5.2:	Überblick Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen in ausgewählten Ländern der EU und Bayern nach relevanten Merkmalen (Mittelwerte), 2006	130
Tab. 5.3:	Überblick Arbeitsteilung im Haushalt in ausgewählten Ländern der EU und Bayern nach relevanten Merkmalen (Mittelwerte), 1994 und 2002	133
Tab. 5.4:	Überblick Arbeitsteilung im Haushalt in ausgewählten Ländern der EU und Bayern nach relevanten Merkmalen (Mittelwerte), 2002	137

Tab. 6.1:	Beteiligung und Umfang – Empfangen instrumenteller Unterstützung	148
Tab. 6.2:	Gesetzliche Verpflichtung und ambulante Pflege	151
Tab. 6.3:	Beteiligung und Umfang – Leisten instrumenteller Unterstützung	152
Tab. 6.4:	Deskription wichtiger erklärender Merkmale	158

Tabellen im Anhang

Tab. 1.1:	Bevölkerungsbewegungen in der EU-15, EU-25 und EU-27 (1960-2008)	179
Tab. 1.2:	Privathaushalte in den EU-Mitgliedsländern (2007)	180
Tab. 1.3:	Familienhaushalte in Europa (2007)	181
Tab. 1.4:	Eheschließungen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2007)	182
Tab. 1.5:	Eheschließungen nach Familienstand in der EU-15, EU-25, EU-27 und in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (in Prozent) (1960-2006)	183
Tab. 1.6:	Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung bei Frauen in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2004)	184
Tab. 1.7:	Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung bei Männern in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2003)	185
Tab. 1.8:	Anteile außerehelicher Lebendgeburten an allen Lebendgeburten in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2007)	186
Tab. 1.9:	Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes in den EU-Mitgliedsländern und Bayern (1960-2006)	187
Tab. 1.10:	Entwicklung der Erwerbstätigenquote von Frauen (15 bis 64 Jahre) in der EU-15, EU-25, EU-27 und den EU-Mitgliedsländern (1983-2007)	188
Tab. 1.11:	Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht (2008)	189
Tab. 1.12:	Erwerbstätigenquoten von Müttern (2007)	190
Tab. 1.13:	Erwerbskonstellation von Familien mit Kindern	191
Tab. 2.7:	Formale Kinderbetreuung nach Altersklassen und zeitlicher Nutzung (in % der Population der einzelnen Altersklassen) im europäischen Vergleich (2006)	192
Tab. 4.11:	Gültige Beobachtungen (Haushaltsebene)	193
Tab. 4.12:	Bevölkerungsrepräsentative Anteile der Haushaltstypen (Haushaltsebene; in Prozent)	194
Tab. 4.13:	Gültige Beobachtungen (Personenebene)	195
Tab. 4.14:	Bevölkerungsrepräsentative Bevölkerungsanteile der Haushaltstypen (in Prozent)	196
Tab. 4.15:	Bevölkerungsanteile der Bezieher der einzelnen Komponenten des verfügbaren Einkommens (in Prozent)	197
Tab. 4.16:	Bevölkerungsanteile bei Zahlungsrückständen für die Wohnnebenkosten nach Haushaltstypen (in Prozent)	198
Tab. 4.17:	Bevölkerungsanteile derjenigen, die keine unerwarteten Ausgaben selbstständig aufbringen können, nach Haushaltstypen (in Prozent)	199
Tab. 4.18:	Bevölkerungsanteile derjenigen, die sich keinen Urlaub leisten können, nach Haushaltstypen (in Prozent)	200
Tab. 4.19:	Bevölkerungsanteile derjenigen, die sich keinen Computer leisten können, nach Haushaltstypen (in Prozent)	201
Tab. 4.20:	Bevölkerungsanteile derjenigen, die sich kein Auto leisten können, nach Haushaltstypen (in Prozent)	202
Tab. 4.21:	Durchschnittliche Beurteilung der Fähigkeit, finanziell über die Runden zu kommen, nach Haushaltstypen	204

www.sozialministerium.bayern.de
www.ifb-bamberg.de



Dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wurde durch die berufundfamilie gemeinnützige GmbH die erfolgreiche Durchführung des audits berufundfamilie bescheinigt: www.beruf-und-familie.de.



BAYERN DIREKT

ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Telefon 0180 1 201010 (3,9 ct/min aus dem deutschen Festnetz; abweichende Preise aus Mobilfunknetzen; ab 1.3.2010 Mobilfunkpreis maximal 42ct/min) oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.



Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Winzererstr. 9, 80797 München
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@stmas.bayern.de
Autoren: Tanja Mühling · Harald Rost
Staatsinstitut für Familienforschung
an der Universität Bamberg (ifb)
Gestaltung: PicaArt Werbeagentur Nürnberg
Fotonachweis: ImageSource
Druck: Mintzel-Druck, Hof
Stand: November 2009
gedruckt auf umweltzertifiziertem Papier
(FSC, PEFC oder vergleichbares Zertifikat)
Artikelnummer: 1001 0243

Bürgerbüro: Tel.: 0 89/ 12 61 -16 60, Fax: 0 89/ 12 61 -14 70
Mo–Fr 9.30 bis 11.30 Uhr und Mo–Do 13.30 bis 15.00 Uhr
E-Mail: Buergerbueero@stmas.bayern.de

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien, sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.